

# Radi Aktiv

bayerisches Anti Atom Magazin

Ausgabe 8  
JUNI/JULI 1986

4,- DM

## PFINGSTEN '86: Nachschub ...



*Collection Lakes Foundation*

[www.lake.org](http://www.lake.org)  
Digitized 2019

# An unsere Leserinnen und Leser

als Schwerpunkt für diese Nummen hatten wir eigentlich geplant, Gefahren von Atomanlagen generell aufzuzeigen und daran deutlich zu machen, daß es nicht ausreicht, nur gegen die WAA Widerstand zu leisten. Doch die Tragik der Geschichte, die Katastrophe von Tschernobyl, kam uns zuvor, und hat damit diesen Teil unseres Anliegens makaberer Weise von selbst erledigt, denn für fast alle Menschen bei uns liegt dieses Problem inzwischen auf der Hand ... in den Haaren, im Sandkasten, auf der Straße, in der Milch, im Gemüse ... überall ... in Form von Radioaktivität, die zwar immer noch nicht sichtbar, fühlbar oder riechbar ist, von deren Existenz inzwischen aber jeder weiß und sie fürchtet. Hier kann es nur eine Antwort geben: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Wir waren von der Atomkatastrophe in der ersten Woche zunächst einmal genauso gelähmt wie die meisten von Euch – dazwischen platzten dann noch die Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahmung des **RADI AKTIV** (s. Artikel). Zynisch und gleichzeitig sehr bezeichnend ist es, daß die Polizei in dieser Situation eine Zeitung beschlagnahmt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, gerade vor den Gefahren der Atomindustrie zu warnen. Anstatt das **RADI** zu produzieren, mußten wir uns um das Drumherum der Beschlagnahmung kümmern (z. B. bei der Kripo aus 1 200 **RAD**Is 3 Seiten rausreißen, um die **RAD**Is wieder freizubekommen), waren wir natürlich in die allgemeinen Tschernobyl-Aktivitäten eingebunden, Vorbereitungen für die 7. Juni-Demo, Bundeskonferenz im Juni ... und gleichzeitig die Vorstellung, die gesamte Tschernobyl-Problematik aufarbeiten zu müssen. – Dies ist natürlich in der Kürze der Zeit nicht möglich. Deswegen können wir jetzt nur einige Aspekte bringen und planen darüber hinaus in Gemeinschaftsproduktion mit der Zeitung „atom“ eine Sondernummer zu Tschernobyl bis Ende Juni – ab sofort könnt ihr uns Eure Massenbestellungen für diese Sondernummer schicken (s. Anzeige mit Inhaltsverzeichnis).

Ein zweiter Schwerpunkt dieser Nummer sollte die Berichterstattung über den Ostermarsch 1986 werden: Erster CS-Gas-Einsatz per Wasserwerfer in der Geschichte der BRD, mit 48 Wasserwerfern größter Wasserwerfer-Einsatz, der zweite Tote in einem Monat im WAA-Widerstand vor Ort durch das CS-Gas, Massenfestnahmen im Vorfeld ... erdrückendes Material, das die ganze Zeitung füllen könnte ...

Doch die aktuellen Ereignisse werfen ihre Schatten, der Hexenkessel von Ostern gehört schon der Vergangenheit an und die neuen Eskalationen von Pfingsten brechen über uns herein: Jetzt ist die Rede von Bürgerkrieg, Giftgaseinsatz von BGS-Hubschraubern auf alles, was sich bewegt; ob nah oder fern, vom Bauzaun, ob Kind, Rollstuhlfahrer, alte Menschen, Rote Kreuz-Station, Schießbefehl, Festnahmen mit Knarre im Anschlag ... Verfolgungsjagd per Hubschrauber ...

Dann noch eins drauf: Pläne, das Demorecht zu verschärfen, Einführung von „Distanzwaffen“, notfalls im bayerischen Alleingang.

Wir haben das Gefühl, uns zehnteilen zu müssen, um das alles zu machen, was wir für dringend notwendig erachten.

In dieser Situation ist unser größtes Anliegen: Wir dürfen uns von nichts und niemanden spalten lassen – das heißt, nicht kritiklos jede Aktion gut finden zu müssen, es muß möglich sein, über alles zu diskutieren – aber letztendlich müssen wir dabei bleiben, an einem Strang ziehen. Das letzte halbe Jahr des WAA-Widerstandes hat uns ganz drastisch gezeigt, an was die WAA-Durchpeitscher am meisten zu beißen hatten – das war unsere Geschlossenheit, die über politische Unterschiede und unterschiedliche Vorstellungen von Widerstandsformen hinweg bis jetzt nicht aufzubrechen war – nur so können wir überhaupt die WAA verhindern.

Das alte Wort „teile und herrsche“ ist noch immer aktuell. Jetzt noch eine Bitte: Wir brauchen für unser **RADI** noch dringend Mitarbeiter/innen: **RADI**-Verkauf bei Euch vor Ort, **RADI**-Werbung in Euren örtlichen Alternativzeitungen, in Broschüren, auf Flugblättern, wenn ihr Übergriffe der Polizei o. ä. mitbekommen habt, Augenzeugenberichte, Fotos.

In einer der nächsten Ausgaben wollen wir einen möglichst vollständigen Überblick über die bisherigen Unfälle in bayerischen Atomkraftwerken liefern, wer dazu Material hat, mag es uns bitte zur Verfügung stellen...

Redaktionsschluß ist der 1. August – die nächste reguläre Ausgabe wird voraussichtlich im September erscheinen, die Sondernummer Tschernobyl Ende Juni.

Außerdem müssen wir jetzt endgültig die Abo-Preise erhöhen, nachdem nicht mehr absehbar ist, wann wir mal wieder auf 30 Seiten kommen: Abo/5 Ausgaben kostet jetzt 25,- DM, Förder-Abo 35,- oder mehr. Unsere bisherigen Abonnenten wollen wir bitten, eine kleine Extra-Überweisung zu machen (vielleicht mit einer kleinen oder großen Spende für unseren anstehenden Prozeß).

DIE *Radi Aktiv* – REDAKTION

Radioaktive Wolke über Bayern –

bayerisches  
Anti Atom Magazin

*Radi Aktiv*

**BESCHLAGNAHMT.**

Herausgeber:  
LAKO – Landeskonzferenz der  
bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:  
NIGA – Nürnberger Initiative gegen  
Atomanlagen

Bestellungen:  
NIGA c/o Anita Aschenbrenner  
Keßlerplatz 15  
8500 Nürnberg  
Konto: Postscheckkonto Nürnberg  
Anita Aschenbrenner  
(Sonderkonto)  
Kto.-Nr.: 113237-850

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet  
incl. Porto 25,- DM. Ein Förderabo  
kostet 30,- DM. Ab 5 Exemplaren  
kostet 1 Exemplar 3,50 DM zu-  
züglich Porto.

Einzelpreis: 4,- DM  
2. Auflage Auflagenhöhe: 3000

V.i.S.d.P.: Anita Aschenbrenner  
Christian Bothe

Ausgabe 8/1986

INFO-BÜRO  
FREIES WACKERLAND  
Altenschwand 91  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/3368

Unter dieser Telefonnummer  
erreicht ihr auch den ERMIT-  
TLUNGS-AUSSCHUSS.

## LESERBRIEF

Liebe Anita und die anderen von dem  
RADI-AKTIV,

weiß nicht genau, wie lang es her ist,  
daß die Bullen bei euch waren, einge-  
brochen sind und die letzte Nummer be-  
schlagnahmt haben. Das paßt alles wie  
ein Mosaiksteinchen zum anderen. Auch  
wenn ich weit weg bin, und meine Soli-  
darität nur symbolisch sein kann, so sei  
euch doch versichert, wie beeindruckend  
ich es finde, was bei euch in der Region  
sich regt. Ich zitter mit euch, so be-  
scheuert sich das auch anhören mag!

Macht bloß weiter, ihr alle zusammen,  
laßt euch nicht unterkriegen. Ich hoffe  
wirklich, daß der wilde Widerstand zäh  
bleibt und sich nicht schlucken läßt. Ich  
habe momentan auch viel Muffe;  
mensch darf sich aber bloß nicht davon  
vereinnahmen lassen! In diesem Sinne  
viel Gefühl und Liebe und Zähheit im  
Widerstand.

Ein WAA-Gegner  
aus Morbach-Merscheid

Bayerns Antwort auf Tschernobyl:	
Krieg gegen die Oberpfälzer .....	6
Unsere Antwort: Stilllegung aller Atomanlagen .....	4
Parteien zu Tschernobyl: .....	4

PFINGSTEN IN WACKERSDORF .....	10
Chronologie der Eskalation .....	10
Übergriffe, Repressionen und Mißhandlungen .....	18
Erlebnisberichte – Leserbriefe .....	19
... und es gab doch einen Schießbefehl .....	24

AUFRÜSTUNG DER STAATSGEWALT .....	26
Testfeld Wackersdorf .....	26
CS-Gas .....	32
Gummigeschosse .....	28
Das (perfekte) Polizeiwaffenarsenal der 80er Jahre .....	30

TSCHERNOBYL .....	38
Chronologie der Widersprüche, Verharmlosungen und Volksverdummung .....	38

Radi Aktiv beschlagnahmt .....	42
--------------------------------	----

Mediziner-Bericht .....	44
-------------------------	----

Super-GAU bei uns nicht möglich? .....	49
--	----

Zur geplanten Novellierung der Strahlenschutzverordnung .....	55
--	----

Wackerland im Widerstand	
Chronologien des alltäglichen Widerstands .....	56
Prozesse – Zwischenbilanz .....	61

OSTERMARSCH NACH WACKERSDORF .....	64
------------------------------------	----

Geschlossen am Bauzaun .....	64
------------------------------	----

Vorfeldhetze mit allen Mitteln .....	66
--------------------------------------	----

Parteien zum Ostermarsch .....	67
--------------------------------	----

Der 2. Tote in Wackersdorf	
----------------------------	--

CS-Gas-Premiere .....	69
-----------------------	----

„Unabhängige Wissenschaftler im Auftrag der DWK .....	73
---	----

## TERMINLISTE

### JUNI

12. Juni: Riesenhuber kommt nach  
Gronau, 9.30 Uhr Kundgebung am  
WAA-Gelände

14. Juni, 11.00 Uhr: Landeskonzferenz  
der bayerischen BIs in der Gast-  
stätte Zum Turner, Schwandorf.

21. Juni, ab 13.00 Uhr: Tagesver-  
anstaltung der Grünen zum Thema  
„Arbeitsplätze für die Oberpfalz“,  
Gaststätte Schützenheim, Schwan-  
dorf

21./22. Juni: 50. CSU-Parteitag in  
Nürnberg. Motto: „Bayern vorn“  
(das ist kein Witz). Wie wär's mit einem  
Besuch?

28./29. Juni: Bundeskonferenz aller  
Initiativen gegen Atomanlagen in Frank-  
furt – kommt massenhaft!

29. Juni: Sonntagsspaziergang zum  
Schacht Konrad, Gorleben

### JULI

5./6. Juli: Atommüllkonferenz in  
Dortmund

14. Juli: Anti-AKW-Demo in Wiesba-  
den

# Unsere Antwort auf Tschernobyl:



## Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen

Am 26. 4. 1986 ist geschehen, was AKW-Gegner/innen immer behauptet haben. Der GAU von Tschernobyl ist der bisher schlimmste „Unfall“ in der Geschichte der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ – der radioaktive FALL OUT bestrahlt die gesamte nördliche Erdhalbkugel. Die radioaktiven Substanzen werden neben den bisher 23 Toten ihre nachhaltigen Wirkungen zeigen – und zwar auf bisher unabsehbare Zeit. Eine erhöhte Krebsrate und genetische Schäden sind also vorprogrammiert.

Kaum war der GAU passiert, die radioaktive Wolke hatte gerade ihren Höhepunkt erreicht, traten bei uns die AKW-Protagonisten auf den Plan, um größeren Schaden abzuwenden: der große „Sicherheitsstandard“ der bundesdeutschen AKWs wird gelobt, bei uns könne sowas sicher nicht geschehen, in Tschernobyl hat nicht die AKW-Technologie versagt, sondern das sowjetische System usw. usf. Sicher, die technischen Anlagen in Tschernobyl sind im Detail etwas anders als in der BRD, doch prinzipiell gibt es keine grundlegenden Unterschiede bei der Spaltung des Atoms. So hatte denn auch die „Atomwirtschaft“, die Zeitung der bundesdeut-

schen Atomlobby, noch 1983 den hohen Sicherheitsstandard der sowjetischen AKWs vom Typ Tschernobyl hervorgehoben. Ganz abgesehen davon, daß die Steuerung dieses Reaktortyps teilweise mit bundesdeutscher Technologie im Leitwerk ausgestattet ist.

Selbst wenn es so wäre, daß in bundesdeutschen AKWs zusätzliche „Sicherheitsstufen“ eingebaut sind, würde dies grundsätzlich nichts an der Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie ändern: mit jedem zusätzlichen Sicherheitsfaktor wird bestenfalls das „Restrisiko“ nach hinten verschoben, was bleibt, ist eben immer noch die Option auf den GAU oder den Super-GAU – auch und gerade hier in der BRD. Der einzige Unterschied läge wahrscheinlich darin, daß hier die Auswirkungen noch katastrophaler wären. Aufgrund der hohen Siedlungsdichte der BRD ist wohl mit wesentlich mehr Soforttoten zu rechnen, an eine Evakuierung wäre nicht zu denken – höchstens an Selektion in mehr oder weniger verschobener, was bleibt, ist eben immer noch die Option auf den GAU oder den Super-GAU – auch und gerade hier in der BRD. Der einzige Unterschied läge wahrscheinlich darin, daß hier die Auswirkungen noch katastrophaler wären. Aufgrund der hohen Siedlungsdichte der BRD ist wohl mit wesentlich mehr Soforttoten zu rechnen, an eine Evakuierung wäre nicht zu denken – höchstens an Selektion in mehr oder weniger verschobener, was bleibt, ist eben immer noch die Option auf den GAU oder den Super-GAU in bundesdeutschen AKWs kein Hirngespinnst

durchgeknallter AKW-Gegner/innen ist, sondern zwangsläufig vorprogrammiert, zeigen selbst die allzu optimistischen Risikostudien der AKW-Betreiber: Noch unter der sozialliberalen Bundesregierung wurde 1976 die „Risikostudie deutsche Kernkraftwerke“ angefertigt, nach der mit mindestens einem großen Kernschmelzunfall in 10 000 Reaktorbetriebsjahren zu rechnen ist, d. h. auch in dieser AKW-freundlichen Studie ist der GAU vorprogrammiert, er kann JEDERZEIT eintreten, heute, morgen, oder erst ein bißchen später – kommen muß er zwangsläufig.

Deshalb kann die einzig logische, vernünftige und letztlich realistische Antwort auf Tschernobyl und Harrisburg nur heißen: Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen – ohne wenn und aber!

Abgesehen von GAUs, Beinahe-GAUs oder Super-GAUs liefern auch schon das Freiwerden radioaktiver Nuklide im Normalbetrieb von AKWs und die Unmöglichkeit einer sicheren „Entsorgung“ und der laufend anfallende Atom- müll genügend Gründe, um zum selben Ergebnis zu kommen.

Ein bißchen  
**Einstieg  
in den Ausstieg:**

Die Parteien nach Tschernobyl

Aufgrund der massenhaft anwachsenden Anti-AKW-Stimmung in der bundesdeutschen Bevölkerung geben sich (fast) alle Parteien ein bißchen kritischer. Selbst in der klassischen Atom-Partei, der CDU gibt es Stimmen, die von einem (natürlich nur ganz langfristig zu realisierenden) Ausstieg aus der Kernenergie reden – zumindest wird nicht mehr ganz so dümmlich argumentiert wie anfangs. Dennoch, der Regierungskurs geht weiterhin seinen festen Atomgang, mit einem weiteren Zubau von AKWs, dem geschlossenen atomaren Kreislauf (auch mit der Bombe?) inklusive Schneller Brüter und WAA. Auf AKWs kann nicht verzichtet werden,

ansonsten droht das wirtschaftliche Chaos und die Steinzeit.

Aus diesen Kreisen wird auch lauthals die Forderung erhoben, daß weltweit alle AKWs (v. a. aber die russischen) auf den bundesdeutschen Sicherheitsstandard „nachgerüstet“ werden sollen. Dies liefe dann im Endeffekt auf eine neue Exportoffensive der bundesdeutschen Atomfirmen (v. a. der KWU) hinaus.

Auch die FDP gibt sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung und mit herannahenden Wahlterminen plötzlich etwas nachdenklich, will gar überprüfen, ob WAA und Schneller Brüter noch nötig sind, will auch die Option auf längerfristigen Ausstieg offenhalten.

Aber mit diesen Sprechblasen braucht mensch sich nicht länger aufzuhalten, im Zweifel stehen diese Parteien CDU/CSU/FDP fürs Atomkapital und deren Interessen.

Etwas genauer sollten wir als konsequente AKW-Gegner/innen uns die Politik der SPD und der Grünen ansehen.

## Und die SPD ?

Die SPD gibt sich nach langen Jahren AKW-höriger Politik geläutert, besonnen und lernfähig, bereit, den Bürgerprotest aufzunehmen. Landauf, landab, geben hauptsächlich die Spitzenkandidaten ihre Statements zu AKWs ab. „Für konsequente Überprüfung der niedersächsischen AKWs“, so Schröder, „gegen den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch Schnellen Brüter und WAA“, so Bruder Johannes, und last not least, „auch wir Bayern müssen umdenken“, so die neue Kraft für Bayern, der SPD-Spitzenkandidat Hiersemann in seiner Anzeige vom 10. 5. 1986. Wir wollen nicht nachtragend sein, aber der Umstand, daß das bisher größte Atomprogramm der BRD in allen seinen Bestandteilen (mit WAA und Schnellm Brüter) unter sozialdemokratischer Federführung ausgekocht wurde, sollte doch bei aller Ausstiegseuphorie nicht ganz vergessen werden. Immerhin, warum sollte denn auch die SPD nicht dazulernen? Es wurde ja sogar eine Kommission eingerichtet, die für den kommenden SPD-Bundesparteitag im August in Nürnberg eine Ausstiegsvorlage erarbeiten soll (bisher angepeilter Ausstieg – so um das Jahr 2000 bis 2010).

So lohnt sich denn ein genauerer Blick auf die sozialdemokratische Praxis, erst da treten einige Pferdefüße zutage. So schnell soll da eben der Ausstieg auch wieder nicht gehen, er muß ja auch „wirtschaftlich vertretbar“ sein. So vergleichen wir mal Wort und Text:

„... Wir Sozialdemokraten haben uns seit langem entschieden: Es dürfen keine weiteren Kernkraftwerke gebaut werden, der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft mit ihren zusätzlichen Risiken darf nicht stattfinden ...“

„... Wir bayerischen Sozialdemokraten sagen NEIN zur Plutoniumwirtschaft, NEIN zur WAA in Wackersdorf. Wir

wollen den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie: Vor allem Energiesparen und sanfte Energien machen es möglich.

*Panikmache und unerfüllbare Forderungen helfen niemandem ...“*

Ihr Karl-Heinz Hiersemann (in seiner Zeitungsanzeige vom 10. 5. 1986) Aber Hallo!

Als es dann am 14. 5. 1986 im Bundestag zum Stechen kam, als die grüne Fraktion den Antrag stellte, die derzeit in Bau befindlichen AKWs nicht auch noch zusätzlich ans Netz gehen zu lassen, stimmte dann prompt die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion gegen diesen Antrag, also für die Inbetriebnahme weiterer Atomanlagen. Darunter auch sämtliche 20 sozialdemokratischen MdBs aus Bayern und Fraktionschef Vogel, der kurz vor der Abstimmung noch falsch erklärte: „Nach Tschernobyl ist nichts mehr so, wie es war“ ... „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Kernenergie ab“. So ist das also mit dem „schrittweisen Ausstieg“, da müssen erst mal neue Atomanlagen ans Netz. Das läßt aufhorchen, Eier-tanz ist noch ein gelinder Ausdruck für die derzeitigen sozialdemokratischen Zirkelschlüsse, wenn bei der SPD vom „Einstieg in den Ausstieg“ die Rede ist.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Uns geht es nicht um eine pauschale Diffamierung einzelner SPD-Mitglieder, die hart um Positionen ringen – auch in ihrer Partei, oder sich an gemeinsamen Aktionen der Anti-AKW-Bewegung beteiligen. Da sind bei vielen Menschen gerade auch in den letzten Wochen große Lernprozesse vonstatten gegangen. Aber wir wollen hier vor allzu großen Illusionen in eine geläuterte SPD warnen, die bei der massenhaften Anti-AKW-Haltung in der Bevölkerung auf Stimmenfang geht.

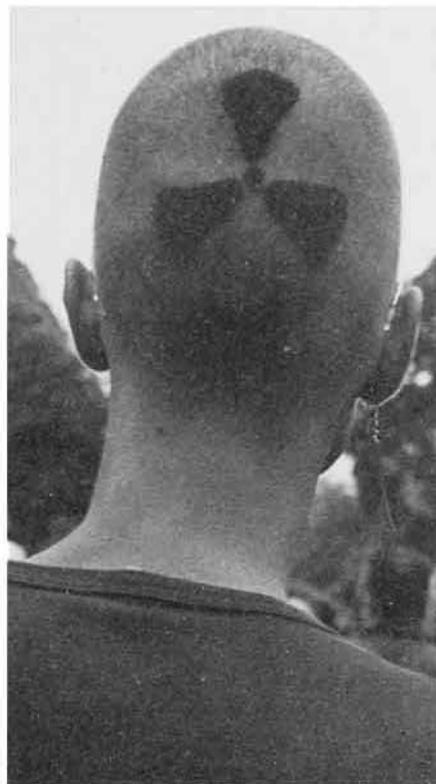


Foto: Wolfgang Gast

## Und DIE GRÜNEN ?

Noch ein Wort zu unseren grünen Mitkämpfern/innen. Die grüne Partei hat mit dem „Unfall“ in Tschernobyl und dem Wiederaufleben der Anti-AKW-Bewegung, als einzige Anti-Atom-Partei ihre eigene Abschwindungsphase überwunden und stößt wieder auf größeren Zuspruch. Aber auch hier gibt es teilweise den Wunsch nach „machbaren und realistischen Ausstiegskonzepten“, welche der Forderung nach „sofortiger Abschaltung“ entgegengestellt werden, weil diese parlamentarisch nicht durchsetzbar seien. Wir fordern die Grünen unmißverständlich auf, die AKW-Stilllegungsfrage – gerade nach Tschernobyl als absoluten Knackpunkt bei zukünftigen und laufenden Koalitions- und sonstigen Zusammenarbeitsspielen mit der SPD zu begreifen. Wenn's nicht anders geht, müssen eben die Finger davon gelassen werden. Auch grün regierte AKWs gefallen uns nicht besser. Auch nach vorgelegtem Ausstiegsszenarium ist uns nicht ganz erklärlich, wieso Joschka Fischer noch Minister in Hessen ist. Auch verlangen wir von manchen Grünen etwas mehr Toleranz gegenüber der gesamten Bandbreite des außerparlamentarischen Widerstands. Vorschneelle Distanzierung dienen vielleicht der eigenen Profilierung im bürgerlichen Lager, fördern aber auch die Kriminalisierung von AKW-Gegnern/innen.

## Wie weiter im Widerstand?

Im Grunde genommen nicht viel anders als bisher, nur noch viel entschlossener, gestärkter und in dem Bewußtsein, daß immer mehr Menschen zu der jetzt neu entstehenden Anti-AKW-Bewegung stoßen, die nicht die verschiedenen Widerstandsformen gegeneinander ausspielen darf. Wir können und wollen hier nicht großkotzig „neue Konzepte“ (sprich Rezepte) für den Widerstand vorlegen. Allerdings können wir wieder etwas entschiedener auch an den guten Traditionen der alten Anti-AKW-Bewegung anknüpfen, die auch vor harten Konfrontationen mit der Atomlobby und deren Durchpeitschern nicht zurückscheute. Die letzten Aktionen an Pfingsten in Wackersdorf waren da durchaus ein Erfolg, vor allem, weil es nicht zu einer Spaltung, Militante und Friedliche, Einheimische und Auswärtige, kam. Gleichzeitig müssen die neuen Möglichkeiten des gewachsenen Anti-AKW-Bewußtseins genutzt werden und möglichst viele neue Menschen in den Kampf mit einbezogen werden. Ein Einsatz für einen Volksentscheid gegen Atomanlagen könnte hierbei durchaus von Nutzen sein.

Insgesamt gilt aber, daß an jedem einzelnen Punkt (z. B. WAA) wieder stärker der Kampf gegen das gesamte Atomprogramm thematisiert werden muß. Wir haben eine allerletzte Chance – nutzen wir sie!

Eure Radi Aktiv

---

# Bayerns

## Antwort auf Tschernobyl:

---



Foto: Joker

Aus tief über einer mehrtausendköpfigen Menschenmenge kreisenden BGS-Großraumhubschraubern wurden Gift-Gasgranaten abgeworfen – mitten in die Menschen hinein: Einige Granaten landeten in der Rot-Kreuz-Station, andere detonieren neben Kinderwägen und Rollstuhlfahrern. Würstchenstände und Bücherstände stürzen unter dem von den Rotorblättern erzeugten Druck zusammen.

Nicht Szenen aus von Strauß heißgeliebten Ländern wie z.B.: Chile oder Südafrika sind hier beschrieben – sondern aus Strauß eigenem Land:

Oberpfalz, Pfingstmontag den 19.5.86, nachmittags

Bevor auch nur der erste Grundstein für die WAA gelegt ist, ist diese Fabrik jetzt schon unendlich viel gefährlicher für die Bevölkerung – denn sie ist bereits jetzt schon tödlich: 2 Tote im März, Tausende von Verletzten im Wonnemonat Mai, darunter mehrere Schwerverletzte.

Bayern ist vorne (das Motto des diesjährigen 50. CSU-Parteitages in Nürnberg am 21./22. Juni) – ohne Zweifel! **vorn**, bei der bundesdeutschen Premiere von CS-Gas am Ostermontag gegen

Tausende von Menschen, **vorn**, bei der Reaktion auf Tschernobyl, als bei den wöchentlich stattfindenden Sonntagsspaziergängen, die nach der atomaren Katastrophe auf regelmäßig 10000 bis 20000 Menschen angeschwollen sind, die bayerische Antwort nach wie vor lautet: CS-Gas. An Pfingsten fand dann mit Schießbefehl (s. Bericht) und „Luftangriff“ ein weiterer Schritt zur nackten Gewalt statt, **vorn**, bei der Forderung nach gefährlichen Distanzwaffen, **vorn**, bei der Forderung nach Verschärfung des Demorechts,

vorn, bei der Wiedereinführung des alten Landesfriedensbruchparagraphen, der einem Demonstrationsverbot gleichkäme, welches Bayern faktisch durch das brutale Polizeivorgehen, auf alles, was sich draußen am Gelände bewegt,

# „Krieg gegen die Oberpfälzer“

mit Giftgas zu beschießen, bereits schon praktiziert,

vorn, bei der Einführung einer „Bannmeile“, um das WAA-Gelände herum, was heißt, auf einer Fläche von 300 qkm die bestehenden Gesetze, wie z.B. das Recht auf Demonstrationsfreiheit außer Kraft zu setzen und die bereits dazu verfügbaren Urteile des Bundesverfassungsgerichts für null und nichtig zu erklären – diktatorische Maßnahmen außerhalb der Verfassung.

Und dies alles, Tote, Tausende von Verletzten und Gesetzesverschärfungen, um einen lächerlichen Bauzaun zu schützen, hinter dem sich auch in absehbarer Zeit noch nichts schützenswertes befinden wird, hinter dem die Bauarbeiten unter der Woche ungestört weiter laufen und was alles in allem dazu dienen soll, den Oberpfälzern 1000 Arbeitsplätze zu schenken?

Einige Fakten lassen die Vermutung aufkommen, daß die Eskalation der Polizeigewalt nicht aus situationsbedingten scheinbaren Sachzwängen heraus geschah, sondern daß sie u.U. bewußt geplant und gewollt war (entsprechende Fakten vergl. Artikel „und es gab doch einen Schießbefehl ... gezielte Eskalation der Polizeigewalt“).

Im wesentlichen könnten zwei Gründe dafür sprechen, daß Strauß zielgerichtet die Eskalation der Polizeigewalt verfolgt:

Zum einen geht es natürlich ganz offensichtlich darum, die Leute einzuschüchtern, ihnen im wahrsten Sinne des Wortes endlich einzubläuen, daß sie draußen am WAA-Gelände nichts zu suchen haben, daß es sich hier faktisch um ein Militärsperregebiet handelt, und je-



der, der in die Nähe kommt, als potentieller Gewalttäter behandelt wird. Nachdem sich im vergangenen halben Jahr schon deutlich gezeigt hat, daß sich an der Frage des militanten Widerstands keine Spaltung zwischen örtlichen und anderen WAA-Gegnern zurechtbasteln ließ, hatte Strauß wohl darauf gesetzt, nach der CS-Premiere vom Ostermontag

die Menschen so zu „überzeugen“, daß sie sich nicht mehr zum WAA-Gelände trauen bzw. dann im wesentlichen der „harte Kern“ abgegriffen werden kann. Doch er hatte sich hochgradig verrechnet, stattdessen breitet sich der harte Kern unter den Oberpfälzern immer mehr aus. Und anstatt einzugestehen, daß die WAA auch in Bayern „politisch

nicht durchsetzbar“ ist, zeigt er vollends sein wahres Gesicht und geht auf offenen Bürgerkriegskurs über: mit allen Mitteln für die WAA!!

Der zweite Grund mag möglicherweise viel grundsätzlicher und weitsichtiger sein: Ginge es ausschließlich um die WAA, hätte es polizeitaktisch elegantere Möglichkeiten gegeben gegen den Protest vorzugehen, was nicht heißen soll, daß es eine sichere Befriedungsstrategie hätte geben können. Doch die gesamte Strategie geht und ging zielstrebig und bewußt in eine Richtung: in die Eskalation der Gewalt – spätestens seit den von der Polizei initiierten Haidhausener Krawallen ist dies nachweisbar.

Und das Ziel dieser Strategie wird sofort deutlich, wenn man sich die ersten Äußerungen der bayerischen Politiker nach den Pfingstauseinandersetzungen anschaut: Einführung von Distanzwaffen, notfalls auch im bayerischen Alleingang, weitere Verschärfung des Demonstrationsrechts (s. Artikel) und Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagrafen.

Nichts neues, sondern alte Steckenpferde von FJS, die er aber bisher, trotz mehrmaliger Anläufe, nicht durchsetzen konnte. Daß das Ganze möglicherweise geplant war, wird wohl spätestens daran deutlich, daß bereits eine (!) Woche später Innenminister Hillermeier dem Ministerrat einen Entwurf zur beschleunigten Entwicklung und Einführung von Distanz-Wurfgeschossen vorlegte und sich die Zustimmung des Ministerrates auch dazu erteilen ließ, diese Waffen notfalls im Alleingang einzuführen.

Daß Strauß aus seiner Sicht nicht so verkehrt liegt, nämlich rechtzeitig das gesamte Instrumentarium zum in Schach halten der Bevölkerung umfassend auszubauen, zeigt doch die plötzlich durch Tschernobyl von einem auf den anderen Tag veränderte politische Situation, wo plötzlich in allen Städten, Kleinstädten und Dörfern Demonstrationen stattfinden... Man stelle sich z.B.



Foto: OPA

vor, was in diesem unserem Lande los ist, wenn das nächste AKW, das hops geht, hier bei uns in der BRD steht... da wäre eine noch weiter militarisierte Polizei doch wohl ganz brauchbar...

Daß es bei den zusätzlichen Waffen und Gesetzen wohl nicht nur um den

WAA-Widerstand geht, sondern dann insgesamt überall „genutzt“ werden soll, macht die Tatsache deutlich, daß nur wenige Wochen nach der CS-Gas-Premiere an Ostern in München das CS-Gas sogar auch gegen Fußballfans eingesetzt wurde! (Sz, 26.5.86)

# Die Antwort der Oberpfälzer:

**Wir  
sind einfach  
immer wieder da  
(und von Mal zu  
Mal besser  
ausgerüstet...)**

In verschiedenen Tageszeitungen konnte man nach Pfingsten lesen, daß sich die „Organisatoren“ des Pfingst-camps, bzw. die „BI-Schwandorf“, bzw. ein namentlich genanntes Vorstandsmitglied der örtlichen BI von den Auseinandersetzungen distanziert hätten – das hätten sie zwar alle gerne, aber dem war überhaupt nicht so. Deutlich wird daran nur, wie wichtig es für die „veröffentlichte Meinung“ ist, eine, wenn auch

nicht vorhandene Trennung zwischen „Gewalttätern“ und örtlicher Bevölkerung zu beschwören.

Die Entschlossenheit der Oberpfälzer, die WAA zu verhindern und die Erkenntnis, daß das nicht über Apelle an Strauß möglich ist, sondern daß dafür auch gemeinsam Hand angelegt werden muß, war bereits vor Tschernobyl vorhanden.

Tschernobyl hat allerdings drastisch

vor Augen geführt, um was es ganz konkret geht, was wir hier verhindern müssen.

Die Mischung aus Tschernobyl und CS-Gas hat dabei für ein explosives Gemisch gesorgt: War bisher breite Zustimmung, dem Zaun auf die Pelle zu rücken, hat sich jetzt, durch die polizeiliche Gewalteskalation, der Haß auf die „Staatsbüttel“ und „Giftgasmörder“ so gesteigert, daß das Abwehren von Polizeiangriffen inzwischen mit Beifallsklatschen unterstützt wird.

Klar ist, daß diese Uniformierten nicht zum Angriffsziel per se werden dürfen – wenn sie mit blindem Kadavergehorsam die erteilten Befehle ausführen und knüppeln und Leute festnehmen wollen, dann sollte sich allerdings auch niemand als Märtyrer begreifen und einfach alles über sich ergehen lassen – die natürliche Notwehr muß immer erlaubt sein. Ein militantes Vorgehen, an dem möglichst viele Menschen sich beteiligen können, ist der Verhinderung der WAA nicht abträglich, auch wenn uns viele Politiker dies Glauben machen wollen.

Im Gegenteil – damit wird deutlich, wie ernst und entschlossen die Leute die Gefahr sehen und zu verhindern gewillt sind. Wichtig ist dabei jedoch die **Vermittelbarkeit** der Aktivitäten. So sollte man/frau sich jedes Mal aufs Neue kon-

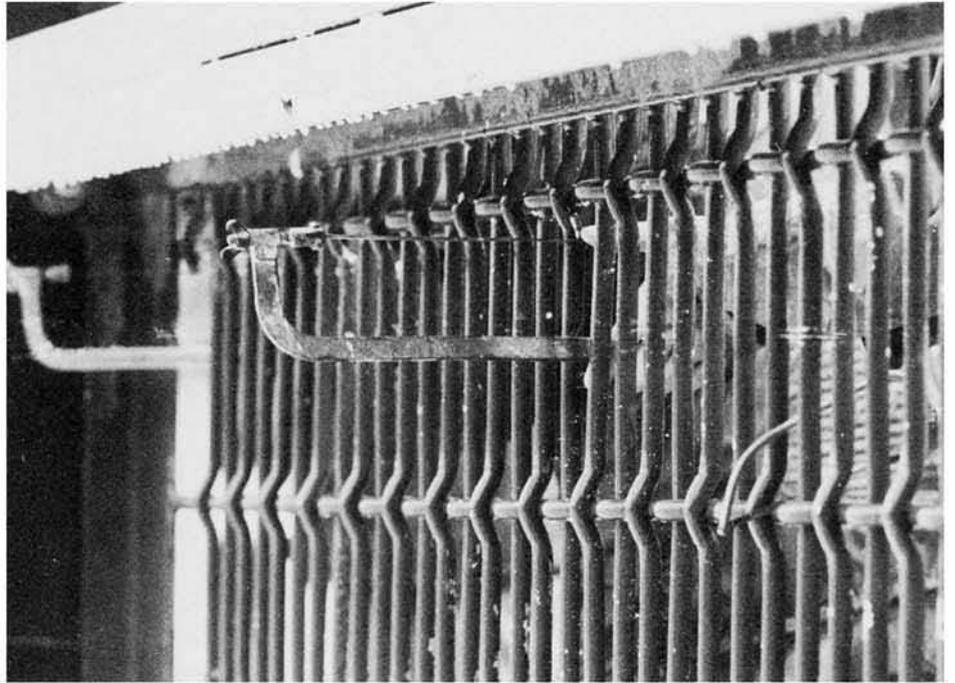


Foto: Joker

cret überlegen, was der WAA-Widerstand z.B. mit einem Personenzug zu tun hat.

Klar muß auch sein, daß die WAA nicht „militärisch“ zu verhindern ist – denn die einzigen, die bis zu den Zähnen gerüstet sind, sind die Bullizisten. Selbst wenn es gelingen sollte, den Zaun

streckenweise ganz niederzureißen, ist es letztendlich ein symbolischer Akt, der allerdings sicher eine große Ausstrahlung hat in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche hinein. Und dort ist nach wie vor noch ein großer Teil der Anti-WAA-AKW-Arbeit zu machen: überall, in allen gesellschaftlichen Berei-



chen muß die Stimmung und der entschlossene Wille und die verschiedensten Aktivitäten (z.B. Volksabstimmung) so stark anwachsen, daß das Projekt politisch nicht mehr haltbar ist.

Und bei allem müssen die AKW-Gegner/innen auf der Basis des gemeinsamen Ziel „sofortige Stilllegung aller Atomanlagen“ auch weiterhin eng zusammenstehen und dabei auch den

übelsten Tricks der Regierung gewachsen sein. Meinungsverschiedenheiten sind dabei dazu da, in einer gemeinsam, solidarischen Diskussion untereinander gelöst zu werden. ●

# Pfingsten - eine Chronologie

## ● Freitag, 16.5.86

Im Camp versammeln sich etwa 300 Leute, alles ist ruhig.

## ● Samstag, 17.5.86

Gegen Abend sind einige hundert Leute im Gelände rund um den Bauzaun, im Laufe der Nacht wächst ihre Zahl auf über 1000; im Camp machen derweil et-

## ● Sonntag, 18.5.86

### Trotz brutalem Gaseinsatz: Bauzaun a la Schweizer Käse

Bereits am Morgen versammeln sich viele Demonstranten am Bauzaun, es gibt vereinzelte Aktionen. Gegen Mittag fliegen die ersten Gasgranaten. Bis 14.00 Uhr befinden sich rund 20.000 Menschen am Bauplatz; der Zaun wird auf einer Länge von etwa 2 1/2 Kilometer in Angriff genommen. Etliche Ausfälle von jeweils 50 bis 100 Polizisten, besonders in der Nähe des „Chaotenecks“ und des Roten Kreuzes – werden wieder zurückgeschickt. Beste Lage ist die Südseite des Zaunes, da sich die meisten Wasserwerfer im Norden konzentrieren; außerdem treibt hier das Gas, welches massiv und in mannigfaltiger Granatenform (mindestens 5 verschiedene „Wirkstoffwurfkörper“) eingesetzt wird, wieder zu den Polizisten zurück. Daher auch die vielen Augenverletzungen von Polizisten. Der Wasserwerferbeschuß ist, wie gesagt minimal, da zuwenige vorhanden sind (16) und im Verlauf der Auseinandersetzungen 9 davon wegen Mollis und Säure ausfallen.

Außer den Hunderten von Gasgranaten, die in die Menge geschossen werden, werfen die Polizisten fast überall mit Steinen. Im Gegensatz zu den gut ausgerüsteten, mit Helm und Schild geschützten Polizisten sind auf unserer Seite die Menschen, auch Kinder und ältere Leute, völlig ungeschützt den Steinwürfen ausgesetzt. Gegen 18.00 Uhr ziehen sich die WAA-Gegner geschlossen zurück. Es bleiben haufenweise Löcher im Zaun zurück (ca. 35 größere); die Polizei hat fast ihre



Foto: Wolfgang Gast

Gegen 11 Uhr haben sich etwa 6000 Demonstranten auf dem Marktplatz in Erlangen versammelt. Die Polizei läßt Spalier laufen und versucht, einzelne Leute aus dem schwarzen Block herauszugreifen. Zwei Bankschaufenster werden eingeworfen, zwei Leute festgenommen.

Ab 14.30 Uhr bewegen sich die Gruppen verstärkt durch andere Demonstrationsteilnehmer, zum Camp zurück. Die Polizei errichtet Straßensperren und filzt – zum wiederholten Male nach einer Demo am Ende der Autobahn Nürnberg-Amberg vor Schwandorf.

wa 4000 Leute Festivalstimmung. Am frühen Abend setzt die Polizei ca. 80 Beamte am Bahnübergang ab, welche den Wald zum Bauzaun hin durchkämmen. Daraufhin werden an dieser Stelle Barrikaden errichtet und später angezündet. Dabei werden auch die Bestandteile des Bahnübergangs mitbenutzt. Ein Personenzug hält selbst, ein Güterzug wird gestoppt (hier muß diskutiert werden, ob das nicht unsinnig und nicht vermittelbar ist, die Red.). Zwischen den Zügen: Jagd und Vertreibung von Polizeikräften und Beschädigung ihrer Fahrzeuge. Fünf Festnahmen und zwei Verletzte.

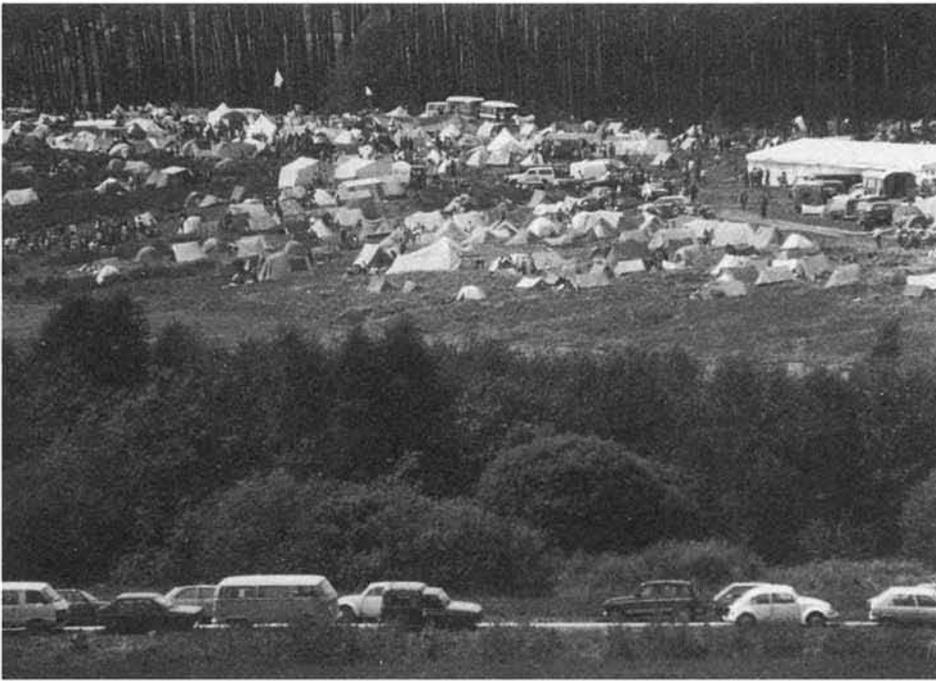


Foto: Strahlenfreie Oberpfalz



Foto: Joker

gesamten Bestände an CN/CS verschossen und muß im Laufe der Nacht mit Hubschraubern neue Stammlösung und Granaten einfliegen lassen. Die Polizei hat 128 Verletzte zu beklagen, davon 24 im Krankenhaus; unter den Demonstranten ca. 2000 hauptsächlich Leichtverletzte, mindestens 7 im Krankenhaus.

Im Laufe der Nacht werden aus Hessen und Baden-Württemberg 40 zusätzliche Wasserwerfer angefordert sowie einige Hundertschaften Polizei verschiedener Couleur. Einige Einheiten werden mit Hubschraubern eingeflogen.

Derweil wird auf dem Gelände schon wieder der Bauzaun angegangen. Einige hundert Leute versuchen mit einem geklauten Bagger ein Tor einzureißen. Dabei lassen sie sich anfangs nicht von den wieder massenweise eingesetzten Gasgranaten und Wasserwerfern stören – als jedoch klar wird, daß das Unterfangen nicht klappt, zieht frau/mann sich geschlossen zurück, nachdem der Bagger angezündet worden ist.

• Montag, 19.5.86

## „Wie in Vietnam“

(Beckstein, CSU)

Schon vormittags gibt es wieder Klein-geplänkel am Zaun mit vereinzelt Gasangriffen. Gegen 14 Uhr wird der Zaun eingekreist. Durch massivsten Gaseinsatz wird ein Vordringen zum Zaun fast unmöglich gemacht. Der Wald wird „präventiv“ eingenebelt, anfangs hauptsächlich mit Gasgranaten, später auch aus einem BGS-Hubschrauber. Ein Großteil der Leute zieht sich zum Roten Kreuz zurück, nur wenige bleiben am Zaun. Gegen 15.30 Uhr wird eine von 4 dort recht provokant stehenden Wannen am Roten-Kreuz-Platz umgeworfen. Durch den Schlagstockeinsatz der etwa 60 Polizisten werden die Umstürzler vertrieben. Nach einer halben Stunde (höchstens 15 Autonome stehen noch bei der Wanne, der Rest hat eine Barrikade zum Roten Kreuz gebaut, die Lage hat sich vollkommen beruhigt) werden von einem BGS-Hubschrauber Gasgranaten auf die an der Barrikade stehenden Leute geworfen. Die meisten flüchten danach nach unten zu der Wanne und vertreiben die dort stehenden Polizisten, dabei fliegen vereinzelt Steine. Nachdem der Hubschrauber erneut auftaucht und den ganzen Platz im großen Umkreis vollkommen mit CS-Gas eingedeckt hat, entsteht eine totale Haß-Stimmung und die Polizisten werden mit konzentriertem Steinwurf zurückgedrängt. Die Wanne wird angezündet und ein weiteres Einsatzfahrzeug, in dem, wie sich herausstellt, Maschinenpistolenmunition lagert, angezündet. Nachdem die Polizeikräfte abgerückt sind, ziehen sich auch die militanten WAA-Gegner geschlossen zurück.



Collection *Life* Foundation  
www.life.org  
Digitized 2018

Während des Abzugs werden diese und alle anderen Demonstranten aus Polizeihubschraubern mit CN/CS Wurfkörpern bombardiert. Danach überfliegt der Hubschrauber den Verbandplatz des bayerischen Roten Kreuzes und deckt diesen mit CS-Wurfkörpern ein. Um 16.58 Uhr trifft ein Wurfkörper einen Rettungswagen aufs Dach. Nachdem die BRK-Leitstelle in Schwandorf sich sofort mit der Polizeiführung in Verbindung setzt, wird der Beschuß eingestellt. Die Polizei verlangt vom BRK Standortwechsel und setzt dann nochmals CN/CS-Gas ein.

Nach diesem Bombardement löst sich die Demonstration größtenteils auf. Am Montagabend beschließt der Sprecherrat der auf dem Camp verbleibenden Gruppen, wegen der Räumungsgefahr auf dem Camp nur noch die Veranstaltungen, Plenen und Sprecherräte stattfinden zu lassen und dezentral zu übernachten.

## ● Dienstag, 20.5.86

### Polizei räumt Camp

Vormittags fand ein Plenum der verbleibenden ca. 300 Leute im Camp statt, nachmittags ein Frauenplenum, während sich ein Teil der männlichen Campteilnehmer ans Aufräumen des Geländes machte. Bevor am Abend ein Diavortrag und ein Konzert von „Cochise“ stattfinden konnte, begann die Räumung des Camps.

Aus Richtung Hofenstetten rückt ein großer BGS-Konvoi an, gleichzeitig landen 4 BGS-Hubschrauber auf der Wiese hinter dem Wald – das Camp wird umzingelt. Kurze Zeit später rückt aus Richtung Baugelände ein Polizeikonvoi an. Es können eine ganze Reihe Leute flüchten. Einige werden von Hubschraubern verfolgt und festgenommen. Die Anwesenden werden unter den Tatvorwürfen „Teilnahme am Pfingstcamp, Gewalttätigkeiten am Bauzaun und Eingriff in die Straßenverkehrsordnung festgenommen. Ab ca. 19.30 Uhr läuft der Abtransport der Gefangenen (etwa 150). Die angekündigten Behinderungsaktionen laufen gut an (unter tatkräftiger oberpfälzer Beteiligung), die Gefangenentransporter gelangen jedoch alle nach Amberg. 16 Leute werden noch bei den Behinderungsaktionen festgenommen.

Auf der Spontandemo nachts in Schwandorf werden sämtliche Fenster des Polizeipräsidiums eingeschlagen. Nach Abschluß der Demo wurden 2 Leute von der Polizei verprügelt, einer wurde vom Motorrad herunter festgenommen.

## ● Mittwoch – Freitag

Einige Camp-Veranstaltungen wurden an verschiedenen Orten nachgeholt wie z.B. das Konzert vom Dienstag, anson-



sten mußte erst einmal der Überblick wiedergewonnen werden. Der Ermittlungsausschuß hatte alle Hände voll zu tun, Mittwoch und Donnerstag wurden Gefangene und die ganzen beschlagnahmten Sachen hauptsächlich aus Amberg zurückgeholt. Es machte sich eine gespannte, bisweilen ängstliche Stimmung breit, da sich in diesen Tagen brutale Ziviübergriffe und willkürliche Festnahmen auf dem Camp (beim Aufräumen) und am Roten Kreuz-Platz häuften (Bericht Polizeiübergriffe). Die Veranstaltungen liefen, wenn auch mit weniger Zuspruch als erhofft, weiter. Insgesamt läßt sich mit Sicherheit sagen, daß das Camp die Erwartungen in Sachen inhaltlicher Diskussion nicht erfüllt hat. In Sachen Aktionen fast schon übererfüllt. War es am Pfingstwochenende sowohl wegen der Anzahl (es kamen einige tausend mehr Menschen als erwartet) als auch wegen der – von den Gruppen selbstgewählten Schwerpunkte – eher Aktion als Theoriediskussion – kaum möglich, jene Diskussion in Gang zu bringen, so litt der Rest der Woche an den vielen organisatorischen Arbeiten, die zu erledigen waren. Dazu kam, daß die Dezentralisierung des Camps (die Quartiere waren bis zu 45 km vom Baugelände entfernt) Schwierigkeiten machte. Nach den Erfahrungen dieser Woche hat sich auch gezeigt, daß Plenen mit 300 Leuten, geschweige denn, mit über 1000, wenig bringen. Die Sprecherräte, auch wenn sie von längst nicht allen Gruppen besucht wurden, erwiesen sich da als erheblich effektiver. In ihnen wurden die neuen Veranstaltungsprogramme entwickelt, Empfehlungen (auch Beschlüsse) für das weitere Verhalten am

Bauzaun ausgearbeitet sowie die Vorgehensweise für Sonntag, den 25.5.86 beschlossen. Mann/Frau einigte sich auf einen möglichst ruhigen Ablauf, da die allgemeine Überlegung vorherrschte, die Polizei würde bei größeren Ausschreitungen einen „Rachefeldzug“ durchführen.

## ● Samstag, 24.5.86, Sonntag, 25.5.86

Schon ab Samstagmittag trafen etliche Gruppen von Sonntagsspaziergängern ein, denen Quartiere besorgt werden mußten. Auf diesem Weg noch mal ein Dankeschön denjenigen, die sie zur Verfügung stellten. Einzelne Gruppen besuchten den Bauzaun.

## Trotz Einschüchterung kein Abflauen des Widerstands

Trotz der militärischen Einschüchterung am Pfingstwochenende und der Drohung seitens der Staatsregierung, mit Gummigeschossen und notfalls Schußwaffen den Widerstand zu brechen, und großräumigen Absperrungen am Beginn der Betonstraße und Einsatz BGS-Panzerwagen mit Menschenräumgitter, haben sich die Bürger und Bürgerinnen der Oberpfalz nicht abhalten lassen, am Sonntag nach Pfingsten wiederum zum Bauplatz der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu gehen. Am Nachmittag versammelten sich 6000 Demonstrantinnen und Demonstranten, darunter auch 500 Teilnehmer des am vergangenen Dienstag geräumten Pfingstcamps, am Gelände. Zunehmend beteiligten sich die Oberpfälzer auch an militanten Aktionen. Angesichts der offenen Brutalität des Staates warfen sie mit Steinen, zerstörten Baumaterial und begrüßten Beschädigungen des Zauns mit Beifall und Gelächter. Um 19.00 Uhr verhinderten sie durch eine spontane Blockade die Abfahrt eines BGS-Konvois und beschimpften die Beamten als Mörder.

Auch an Stellen, an denen es zu keinerlei Auseinandersetzungen kam, griff die Polizei zum CS-Gas, um die Demonstranten und Demonstrantinnen vom Gelände zu entfernen. Gegen 17.30 Uhr trieb sie die Anwesenden vom Bauzaun weg, wobei es zu mehreren Festnahmen und durch Schlagstockeinsatz zu einigen schwereren Verletzungen kam.

**INFO-BÜRO  
FREIES WACKERLAND  
Altenschwand 91  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/3368**

**Unter dieser Telefonnummer  
erreicht ihr auch den ERMITTLUNGSAUSSCHUSS.**

**Neues****Koordinationsstreffen**

Als handfestes Ergebnis des letzten großen Plenums, wurde beschlossen, jeden Monat ein bundesweites Koordinationsstreffen einzurichten.

Es ist total notwendig, sich regelmäßig zu treffen. Dabei müssen wir selbst da sein, und keine Diskussionspapiere durchdiskutieren. Sonst wird wieder theoretisches Gelabere.

Also, das Info-Büro Freies Wackerland schickt für Juli die Einladungen raus. Incl. nähere Erklärungen und Vorstellungen!

Zwei Einzelfälle vom Sonntag, 18.5.86:

– eine Person, wurde mehrere Minuten von 7 Polizisten mit Schlagstöcken, Fußtritten, Faustschlägen mißhandelt. Mehrere Platzwunden am Kopf, 6 offene Prellungen an Rücken und Schulterblättern, schwere Gehirnerschütterung.

– eine Frau wurde von mehreren Polizisten festgehalten und geschlagen, danach weggeschickt.

Rechter Arm im Ellenbogengelenk ausgekugelt, mehrere, zum Teil sehr schwere Prellungen, welche genäht werden mußten.

Vom BRK wurden am Pfingstwochenende 12 Menschen in Krankenhäuser eingeliefert. Weitere begaben sich selbständig dorthin.

Zwei junge Frauen mußten mit Schockzuständen auf die Intensivstationen der nächsten Krankenhäuser gelegt werden.

– Ein einjähriger Säugling, der in 1 km Entfernung vom Bauzaun CS-Gas einatmete, mußte mit schwersten Erstickenanfällen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

– Ein dreijähriges Kind, das sich in ca. 1 km Entfernung aufgehalten hatte, in der Nähe der Würstchenbude, erlitt nach dem Gasabwurf einen Schock und spricht seither nicht mehr.

Am Sonntag, dem 25.5. mußten wieder Augenspülungen + Inhalationen vorgenommen werden. Ein Verdacht auf beginnendes Lungenödem. Ein 16-jähriger Junge wurde durch Schlagstockeinsatz am Kopf verletzt – Platzwunde. Aus dem Tor 1 ausrückende SEK-Einheiten setzten im Getümmel aus nächster Nähe die chemische Keule ein. ●

# Wer kalkuliert hier Schwerverletzte oder gar Tote ein?

## 3500 Verletzte WAA-Gegner am Pfingstwochenende

Während aus Polizeikreisen verschiedene Angaben über 180 bis 231 durch Steinwürfe, Stahlkugeln u.ä. verletzte Polizisten gemacht wurden, läßt sich die Anzahl der verletzten Demonstranten – zumindest vorläufig – noch nicht genau ermitteln.

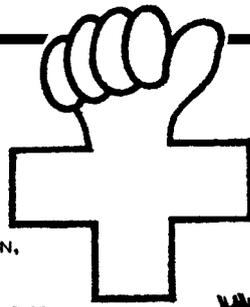
Nach Informationen des Infobüros Freies Wackerland schätzt man/frau die Zahl der Leichtverletzten auf etwa 3500, die Augenspülungen durch die Demo-Sanis und das bayerische Rote Kreuz, welches diesmal sehr aktiv war (dankeschön), mit eingerechnet. Leicht verletzt bedeutet hier, mehr oder weniger brutale CS-Gasbeschwerden, leichtere Prellungen, Verbrennungen, Rißwunden etc. Weiterhin wurden mindestens 38 Menschen schwerer verletzt, wobei davon ausgegangen werden kann, daß dies längst nicht alles ist: Verdacht auf Schädelbruch nach Knüppeleinsatz, mehrere Erstickenanfalle sowie eine Netzhautablösung durch CS-Gas, Schädelplatzwunden, Gehirnerschütterungen, schwere, teilweise offene Prellungen durch Knüppeleinsätze sowie 1 Kreuzbandriß durch Knüppeleinsatz.

Außerdem sind inzwischen weitere, vor allem längerfristige CS-Gasbeschwerden und Spätfolgen bekannt geworden: Allergieentwicklungen, Bronchienentzündungen, wiederkehrende Reizhustenanfälle, ebenso Hautausschläge, Angstanfälle, Depressionen, Schwächeanfälle.

Foto: Wolfgang Gast



## INFO DER DEMO-SANIS



Angesichts der veränderten Situation durch den Einsatz von CN, CS Gas bei Demonstrationen einige wichtige Hinweise:

Bei jeder Demo sind besonders gekennzeichnete Sanis, Ärzte und eventuell eine Station (Basis) vor Ort. Informiert Euch möglichst bald, wo die Sani-Basis ist und wendet Euch bei Verletzungen dorthin bzw. an die Sanis. Erfahrungsgemäß hat es sich als ungünstig erwiesen, sich bei gesundheitlichen Problemen an Polizeibeamte zu wenden. Wir empfehlen sich an die gekennzeichneten Demo-Sanis zu wenden, die immer vor Ort sind.

### Selbstverständlich dabei haben sollte jede/r:

- Ausweis, ggf. Kfz.-Papiere
- Telefon-Nr. des Ermittlungsausschusses bzw. eines Anwaltes
- Wasserfeste Kleidung (doppelt zum Wechseln)
- Schutzbrille für die Augen (fest anliegend)
- Trockenes Halstuch als Mund- und Nasenschutz (möglichst mehrere zum Wechseln)
- Medikamente die regelmäßig genommen werden müssen
- Klares Wasser in einer Spritzflasche (200 ml besser 500 ml)

### Vermeidet:

- Kontaktlinsen, sie verhindern schnelles Augenspülen; bleibende Schäden können entstehen
- Schminke und Fettcreme; CN/CS Gas wird in Fett gebunden, die ätzende Wirkung wird so verstärkt

### Kopfverletzungen:

Schläge auf den Kopf, auch wenn nicht viel zu sehen ist, können immer eine Gehirnerschütterung verursacht haben! Diese stellt eine sehr ernst zunehmende Verletzung dar, auch noch Stunden oder Tage später können noch ernstzunehmende Konsequenzen auftreten.

- Kennzeichen:**
- Bewußtseinsstörungen (Benommenheit, Dämmerzustand bis zur Bewußtlosigkeit, auch kurzfristig)
  - Gedächtnisstörungen (Erinnerungsverlust über den Schlag bzw. über die Zeit vorher und nachher)
  - Übelkeit und Erbrechen
  - Kopfschmerzen

Bei Auftreten eines oder mehrerer Symptome solltest Du Dich sofort an einen Arzt wenden!

### Schäden durch CN/CS Gas:

**AUGEN:** Brennen, Tränen, Lidkrampf  
Kopf des Betroffenen zur Seite neigen, Auge öffnen, von innen nach außen spülen bis der Reiz nachläßt. Nicht reiben!!!

**HAUT:** Brennen

vollgesogene Kleidung frühestmöglich wechseln; Haut mit Wasser spülen bis das Brennen nachläßt. Getränkte Kleidung im geschlossenen Plastiksack aufbewahren, auf keinen Fall in geschlossenen Räumen (z.B. Auto) anbehalten oder offen liegen lassen.

**ATMUNGSORGANE:** Reizung, Brennen, Beklemmungsgefühl in der Brust

### Spezielle Auswirkungen von CS Gas, akut:

Atemnot (Erstickungsgefühl), Brech- und Würgereiz, Panik, Angst, Desorientiertheit, Bewegungsunfähigkeit, Hautstechen und -brennen (bei höherer Konzentration Blasen und Verbrennungen 2. Grades), Kopfschmerzen, Lidkrampf

!!! In allen Fällen sofort aus der Gefahrenzone rausgehen bzw. Betroffene rausbringen, zum Demo-Sani oder zur Sani-Basis!!!

!!! Asthmatiker sollten CS-Gas-Kontakt vermeiden - Lebensgefahr!!!

**zu Hause:** - ausgiebig kalt duschen und mit Neutralseife abwaschen, danach erst warm duschen  
- getränkte Kleidung gründlich wässern und waschen

Erkundigt Euch bei den Demo-Sanis welches Krankenhaus bzw. welcher Arzt zu empfehlen ist (manche Krankenhäuser melden Eure Namen der Polizei)

### Mögliche Spätfolgen durch CS Gas:

1. - bei Lungenschmerzen, Allergien und bei anhaltender Augenreizung einen Arzt aufsuchen
  2. - Allgemeines Schwächegefühl und Lähmungserscheinungen können auch noch Wochen danach auftreten (besonders an Tagen an denen Du wenig gegessen hast, weil die Substanz sich dann wieder aus dem Fettgewebe lösen kann) **Sofortmaßnahme:** viel Flüssigkeit und Essen!
  3. CS/CN Gas gelten als alkylierende Substanzen, d.h. sie können zu Krebs (Haut, Schleimhäute), Schädigung der Erbsubstanz oder eines Kindes im Mutterleib führen.
- Deshalb: Immer sofort abwaschen/spülen zur Verringerung der giftigen Konzentration.



### Aufruf der Sanitätergruppe an alle Verletzten

Schickt uns dringend Gedächtnisprotokolle und Arztberichte über eure Verletzungen; insbesondere von CS-Gas-Auswirkungen und ärztliche Aussagen über mögliche Spätfolgen.

Anti-WAA-Büro  
Sandstraße 1  
8460 Schwandorf

### Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden Mit Rechtshilfetips

Eine Anleitung für jedefrau und jedermann

Hrsg.: Sanitätergruppen  
7. vollst. überarb. Auflage  
15. - 20. Tausend - 64 S. - 41 Abb.  
Preis 4,- DM - 3,50 sfr - 28 öS  
(Incl. 50 Pf. Nicaragua-Spende)

zu bestellen bei:

FUU — Förderverein Umweltschutz  
Untereibe, Weidenstieg 17  
2000 Hamburg 20  
Für Buchhandel und BI's Rabatte  
Einzelexempl.: 4 DM + 1 DM Porto

**Inhalt:** Vorbereitung und Verhaltenstips für Demos, Blockaden und phantasievolle Aktionen; Rechtshilfetips; Erkennen und Selbstversorgung der wichtigsten demonstrationstypischen Verletzungen; Checklisten für Demos, Blockaden u.a.m.

### Infomaterial der Hamburger Demo-Sanis

Für Gruppen oder einzelne Sanis, die neu auf der Szenerie erscheinen, haben wir im Angebot: Die Erste-Hilfe-Broschüre (3 DM), Ablauf eines Kurzurses in Demo-Erste-Hilfe für BIs und andere interessierte Gruppen, alte Ausgaben der Zeitung „Straßenmedizin“ und eine kleine Zusammenstellung der in den vergangenen Jahren erschienenen Beiträge über Arbeit und Selbstverständnis von Sani-Gruppen. Zu den Themen Wasserwerfer und CS sind für 10 DM bzw. 15 DM Materialsammlungen erhältlich, die wir auf Anfrage gern zuschicken.

Überall im Lande werden Sani-Gruppen kleiner, nur in der Oberpfalz und umliegenden Landkreisen natürlich nicht. Wir bitten deshalb alle Sani-Gruppen in Bayern, uns ihre Kontaktadressen zukommen zu lassen, damit wir ihnen Mitteilungen und Material zuschicken können.

Schmeißt einer uns'nen Stein hier rein,

# dann schlag'n wir eure Sanis klein!

## Polizeioberrat Wolf Hartmann offenbart seine Gedanken zum Roten Kreuz

Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, hat Frikers Stellvertreter Hartmann während eines Gespräches mit Mitgliedern der Schwandorfer Anti-WAA-BI zum Beschluß der Sanitätskräfte am Pfingstmontag Stellung genommen.

Sinngemäß meinte Hartmann: Falsch sei es, daß das BRK durch die Polizei mit CS-Gas-Wurfkörpern aus einem Hubschrauber beschossen wurde. Im übrigen sei für ihn nur das BRK Rotes Kreuz. Alle anderen „selbsternannten Sanitäter und Ärzte“ wurden genauso wie andere Demonstranten behandelt und hätten außerdem Funkgeräte, womit sie die Chaoten am Bauzaun warnen würden. Es werde gegen diese Sanitäter und Ärzte also wie gegen die Störer vorgegangen.

Dazu meinen wir: Ohne uns hätte es Tote gegeben, denn die DRK-Sanitäter waren nicht direkt am Bauplatz im Einsatz. Am Pfingstmontag waren insgesamt 32 Einsatzkräfte (29 Sanitäter, 3 Ärzte) des BRK im Einsatz. Der Geschäftsführer des Schwandorfer BRK, Hans Deinhart, bestätigte auf telefonische Anfrage, daß mehrere CS-Ladungen über dem Verbandsplatz niedergingen und ein Rettungsfahrzeug durch einen CS-Wurfkörper getroffen wurde. Also, entweder haben die Demonstranten jetzt auch schon Hubschrauber (demnächst dann wahrscheinlich Panzer und Kanonen) oder alle anwesenden BRK-Einsatzkräfte haben schlichtweg „gasige Träume“ gehabt.

Es ist nämlich natürlich absolut hundertprozentig auszuschließen, daß Herr Hartmann lügt, wo doch vorher Herr Hillermeier schon dasselbe gesagt hatte. Und es wäre doch absurd anzunehmen, daß christliche Politiker in Bayern lügen würden. Also wirklich, wo kämen wir denn da hin?

Die, wie Herr Hartmann meint, selbsternannten Sanitäter und Ärzte sind fast ausschließlich ausgebildete Rettungssanitäter, Krankenschwestern/-pfleger, Medizinstudenten/innen und Ärzte, auch Notärzte darunter.

Nach der Rechtslage und nach ethischen und christlichen Grundsätzen sind anwesende Ärzte, Rettungs- und Krankenpflegepersonal sowie nach dem StGB alle Menschen verpflichtet, bei Bedarf Hilfe zu leisten. Will Herr Hartmann dieses unterbinden, verhindert er (der Poli-

zist), daß sich der Helfer an auch in Bayern geltendes Recht hält.

Wir fordern jeden Verletzten auf, sofort den zuständigen Einsatzleiter anzuzeigen, wenn bei ihm eine Erste Hilfeleistung durch Polizeimaßnahmen erschwert oder verhindert wird.

Sanitäter brauchen Funk, um Ärzte und Rettungswagen schnell und gut informieren und anfordern zu können. Sanitäter brauchen Megaphone, da die Polizei nicht oder nur unzureichend über die Gefährlichkeit von CN- und CS-Gas informiert. Das Schlagwort „Wir setzen jetzt Reizstoffe ein“ kann ja wohl nicht ausreichen.

Am Pfingstsonntag und -montag haben Demonstrationssanitäter wiederholt bei verletzten Polizisten Erste Hilfe geleistet. Der Polizeisanitäter war nicht in der Lage, dies zu tun und waren sehr schlecht ausgerüstet.

**Eine Bitte an die Polizei- und BGS-Beamten:** Behindern Sie die Sanitäter – ob gekennzeichnet oder nicht – nicht bei ihrer Hilfeleistung. Wenden Sie sich gegen anderslautende Aussagen ihrer Vorgesetzten oder kommen Sie solchen Befehlen nicht nach.

**Kleine Chronologie:** 1. Hüttendorf, Dezember 1985: Zerstörung eines Sanitätszeltes und Besprühen von Sanitätsmaterial durch Polizeikräfte. Grund: 2 Funkgeräte.

**Räumung des 2. Hüttendorfes:** Gekennzeichnete Sanitäter werden von Polizei und BGS verprügelt. Polizeiarzt erkennt die Sanis als Rettungskräfte an und ermöglicht mehreren Demo-Sanis, wieder ins Hüttendorf zu gelangen. Das Dorf war von der Polizei umstellt und die Sanis hatten eine Trage mit einem Verletzten herausgebracht.

**In der Folgezeit** werden wiederholt Erste Hilfe-Maßnahmen der Demo-Sanis durch Polizeimaßnahmen behindert.

**Waldspaziergänge:** Sanis werden gezielt von Wasserwerfern mit CN- und CS-Gas beschossen:

**Pfingsten 1986:** Polizei bombardiert BRK und unabhängige Demo-Sanis und Ärzte mit CN- und CS-Wurfkörpern aus Hubschraubern.

Der Geschäftsführer des Schwandorfer BRK, Hans Deinhart, bedankt sich ausdrücklich bei den Demo-Sanis und Ärzten für deren Anwesenheit, Hilfeleistung und die gute Zusammenarbeit.

Noch eine Woche nach den Pfingstauseinandersetzungen müssen täglich Personen mit Spätfolgen des CS-Gases in umliegende Krankenhäuser transportiert werden wegen Atembeschwerden, Haarverlust, Ausschlägen, Lungenödemem und wegen vielen anderen Symptomen.

Die Sanitäter



Foto: Joker

Weil sie gemerkt haben, daß es ihnen nicht gelang, den „harten Kern“ durch Verhaftung und Psycho-Folter auf der Wache und im Knast zu vertreiben, und auch der Terror durch Hubschrauber, Verkehrskontrollen und Polizeipatrouillen nicht fruchtete, gehen sie dazu über, die Leute am Gelände, auf der Wache und im Knast zu mißhandeln um unsere Moral zu zerstören. Zu den Knüppeleien am Gelände kommen immer mehr Knüppeleien in Situationen, in denen Leute alleine sind und sich nicht wehren können hinzu.

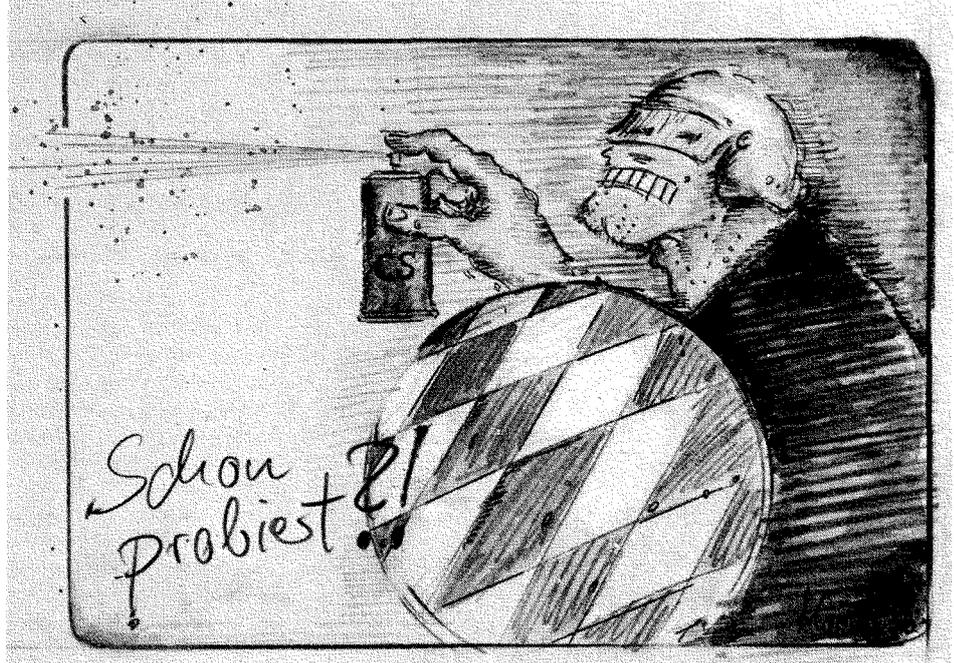
Schon an Ostern sahen sich einige nach einer Spontandemo in Schwandorf brutalen Methoden in der JVA Amberg ausgesetzt. Sechs Männer wurden in eine Gemeinschaftszelle, in der sich zwei Matratzen befanden, gesperrt. Vorher hatte man ihnen jedoch Plastikfesseln um die Handgelenke geschnürt, die sie zwei Stunden tragen mußten. Jegliches Bitten, die Plastikfesseln abzunehmen, da sie das Blut abschnürten, wurde mit der Androhung von Prügel beantwortet. Einem Gefangenen wurden wichtige Medikamente verweigert, die er regelmäßig hätte zu sich nehmen müssen. Als die Gefangenen am nächsten Morgen den Knast verließen, hatten sie immer noch ein taubes Gefühl in den Händen, manche noch Tage danach.

Dieser Behandlung war ein brutaler Polizeieinsatz vorangegangen, in dem eine Frau zusammengeschlagen wurde und andere Frauen sexuelle Belästigungen und Schimpfwörter in Kauf nehmen mußten (Schleimfotze). Die Aktion wurde von MEK's oder SEK's in Zivil durchgeführt.

Auch bei den Aktionen über das Pfingstwochenende gab es derartige Übergriffe der Polizei. Am Sonntag wurde am Tor 1 ein 16-jähriger Junge unbeschadet verhaftet. Im Gelände wurde er dann entsprechend behandelt, so daß er blutige Prellungen und Platzwunden am ganzen Körper hatte, als er an einem anderen Tor wieder rausgeworfen wurde.

In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde um 0.30 Uhr grundlos ein Mann verhaftet, seiner Freundin wurde gesagt, er hätte einen Stein geworfen und käme nun nach Amberg. Sodann durfte er 2 Stunden im Gelände im Regen stehen. Zwischendurch wurde er auch noch aufgefordert, sich in den Schlamm zu setzen, was er jedoch nicht tat. Ein Anflug von Humanismus muß die Bullen daran gehindert haben, ihn selbst in den Schlamm zu setzen. Um 4.00 Uhr setzte sich die Wanne, in die er sich nach der Regendusche setzen durfte, nach Amberg in Bewegung. Nach einiger Zeit öffnete ein Bulle das Seitenfenster. Auf die Beschwerde, daß es ihn in seinen nassen Kleidern fror, bekam der Gefangene die Antwort: „das paßt

## Ist das noch das Land, das Sie zu kennen glaubten?



## Übergriffe, Repressionen und Mißhandlungen der Polizei

schon so.“ Die Polizei tauchte zusätzlich auch noch bei der Vermieterin auf. Der wurde gesagt, ihr Sohn hätte am Bauzaun mit einem Motorrad, mit einem Gewehr oder einer Pistole auf Polizisten geschossen. Die Beamten erkundigten sich nicht danach, ob die Frau, die sie so informierten, überhaupt die Mutter des Gefangenen ist. Auch der Arbeitgeber wurde von dem „kriminellen“ Verhalten seines Angestellten unterrichtet. Als sich herausstellte, daß der Mann weder einen Führerschein Klasse I, noch ein Motorrad und schon gar nicht eine Waffe besitzt, wurde er wegen „Steinewerfen“ angezeigt.

Repressionen auch nach der Räumung des Pfingstcamps: Leute, die nicht im Lager selbst, sondern auf der Flucht oder bei den Behinderungsaktionen verhaftet wurden, bekamen die Staatsmacht auf eine subtile Art demonstriert. Ein WAA-Gegner bekam von Dienstag 19.00 Uhr bis Mittwoch 18.00 Uhr weder zu essen noch zu trinken. Dieser Gefangene trank dann aus der Schüssel des Behelfsklos in der Zelle. Anderen Gefangenen wurde das Austreten verweigert, manchen mehrere Stunden lang.

Besonders schlimm erwischte es einen Wiener. Nachdem er in Amberg nach Hinterlegung einer Kautions erst einmal freigelassen wurde, suchte er draußen

in den Wannen, in denen noch nicht abgefertigte Gefangene saßen, nach Bekannten. Auch seine Freundin war schon frei und suchte ihn. Plötzlich wurde er von BGS'lern gegriffen und in Handschellen gelegt. Beide wurden an eine Wanne gestellt. Zuerst wurde die Freundin verprügelt, dann er. Nach der Prozedur wurde er auf den Boden gedrückt und man nahm ihm die Handschellen wieder ab. Er konnte seinen rechten Arm nur noch minimal bewegen, hatte eine Beule, Schürfwunden und Prellungen am ganzen Körper und eine Verletzung im Unterleib.

Auch Angriffe von Zivis auf Einzelne oder kleine Grüppchen häufen sich. Am Mittwoch, dem 23. 5. 86, wurden um Viertel nach fünf nicht weit vom Infobüro Freies Wackerland zwei Leute verprügelt. Sie wurden schon seit geraumer Zeit von einem weißen Golf verfolgt, der in Taxöldern, wo WAA-Gegner einquartiert waren, schon fast einen Mann überfahren und ihn fotografiert hatten. Auszüge aus den Gedächtnisprotokollen:

„Er drückte mich zu Boden, packte mich am Arm und zerrte mich mit. Auf meinen Ruf: „Festnahme“, bekam ich einen Schlag auf den Hinterkopf.“

„Mein Personalausweis wurde mir abgenommen, dann wurde das Auto durchsucht. In einer Tasche befanden

sich Knallkörper und Tränengas, welches mir der Mann, der mich mit sich zerrte, anspruhte.“ (eine Frau)

„ . . . nach ca. 10 – 20 m spüre ich einen Schlag auf den Kopf (Taschenlampe oder Schlagstock . . .!). Ich lief in den Hof des Hauses, vor dem ich um Hilfe schrie und klingelte. Vor der Haustür wurde ich von meinem Verfolger überwältigt. Er packte mich an den Haaren und schlug meinen Kopf mehrmals gegen die Hauswand, dabei bog er mir den Arm um und schleifte mich von dort auf die Straße hinunter. Auf der Straße wurde ich nochmals mit den Füßen traktiert. Der Mann nahm mir meine Papiere ab und ließ mich auf der Straße liegen.“ (ein Mann)

Ein 14-jähriger Junge wurde auf der Polizeiwache auf den Tisch gelegt. Dann wurde ihm mit dem Knüttel der Arsch verprügelt. Anschließend ließ man(n) ihn wieder frei.

Diese Liste ließe sich ohne weiteres erheblich erweitern!!!!

## „Herr Hillermeier, wir sind die Chaoten“

Mit dieser Aussage traten Vertreter der Schwandorfer Bürgerinitiativen gegen die WAA an die Münchner Bevölkerung, um das öffentliche Bild vom WAA-Widerstand vor Ort zu korrigieren und gegen die „rücksichtslosen“ Polizeieinsätze v.a. vom Pfingstwochenende zu protestieren.

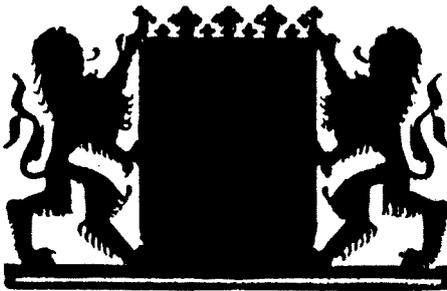
In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß stellen sie klar: „Die Einschätzung der Polizei ist falsch, sie dient nur der eigenen Rechtfertigung. Nicht auswärtigen Chaoten sind am Bauzaun am Werk, sondern die betroffene Bevölkerung des Landes, der Region und des Nahbereichs.“

Wie berechtigt dieser Widerstand ist, macht gerade die Katastrophe von Tschernobyl deutlich. Es geht nicht darum, „ob ein solcher Unfall bei uns zehn- oder tausendmal weniger wahrscheinlich vorkommen könnte – da ist jede Wahrscheinlichkeit zuviel“.

Ihre konkrete Forderung lautet deshalb, „die Bauarbeiten für fünf Jahre einzustellen und während dieser Zeit die Notwendigkeit und die Gefahren der Wiederaufarbeitungstechnik neu zu bewerten“.

Gerade nach der Katastrophe von Tschernobyl wird die Rücksichtslosigkeit der Polizeieinsätze am WAA-Gelände deutlich. „Zehntausende waren

bisher Opfer des Gaseinsatzes der Polizei, Tausende sind in Gewahrsam genommen worden, ...Hunderte sind angeklagt, weil sie zu ihren Widerstandshandlungen stehen.“ Die Münchner Bevölkerung erhält auf dem Marienplatz von den Oberpfälzern die Mitteilung: „Die bayr. Staatsregierung hat uns den Krieg erklärt. Wir wollen diesen Krieg nicht, wir wollen diese WAA nicht, sondern wir wollen den Frieden in der Oberpfalz“. Die Konsequenz dieser Politik lautet: „Sollten zehn Staatsfeinde unter uns gewesen sein – es besteht die Gefahr, daß wir alle zu Staatsfeinden werden,“ und „Die Polizei macht Chaoten“. Dieselbe Einschätzung bringt Erna Wellenhofer von der Schwandorfer BI in einem Interview anlässlich des Gesprächs von Vertretern der Oberpfälzer BI's mit dem Einsatzleiter der Polizei Hartmann (Taz 27.5.86) zum Ausdruck: „Einstimmig war die BI der Meinung, daß der nicht gewaltfreie Widerstand durch den Gaseinsatz am Ostermontag von der Polizei provoziert wurde.“ Zum weiteren Verlauf des Gesprächs sagte



DIE BAYERISCHE STAATSRREGIERUNG  
BEHRT SICH.

*das Freigehege  
„Lebendige Demokratie  
in Wackersdorf“  
der Öffentlichkeit mit  
diesem Tage  
vorzustellen.*

sie: „Die Polizei forderte, daß die BI nicht den Hintergrund und Schutz bilden sollte für die Gewalttäter aus dem – ‚Schwarzen Block‘. Das wurde von der BI abgelehnt. Wir bilden keine Hilstruppen für die Polizei. Unsere Vorschläge waren: Einstellung der Gaseinsätze, die Polizei soll sich nicht mehr wie an Pfingsten außerhalb des Bauzauns aufhalten und hinter dem Bauzaun den Rückzug antreten und auf Distanz gehen... Das Ergebnis dieses Gesprächs war gleich Null, denn am Sonntag wurden wieder hohe Konzentrationen von CS-Gas eingesetzt, die Polizisten lagen mit kugelsicherer Weste und Schußwaffen versteckt im Wald, Radpanzer vom Bundesgrenzschutz wurden aufgefahren. Natürlich wollen wir die Gespräche weiterführen, aber ich bezweifle, daß es was bringt.“

## Leserbrief

Pfingsten 1986 am Baugelände

*Wie so oft, fuhren meine Frau und ich an Sonn- oder Feiertagen zu den dort üblichen Waldspaziergängen.*

*Was bisher die Polizei duldete, scheint seit vergangener Pfingsttage der Polizei ein Dorn im Auge zu sein.*

*Anders sind die von den Polizeihubschraubern auf friedliche Demonstrationen geflogenen Sturzflüge, die dabei abgeschossenen Tränen- und Kampfgasbomben, wahllos in die Ansammlung friedlicher Demonstranten geschossen, nicht zu erklären.*

*Die Hubschrauber flogen so tief, daß sogar die Bratwürste von den Bratwurstständen davon flogen. Erst nach diesen planlosen und willkürlichen Einsätzen gingen zwei Polizeifahrzeuge in Flammen auf. Was wollte die Polizei erreichen, indem sie außerhalb des Bauzauns so radikal vorging?*

*Meiner Meinung nach hat sie diese schweren Auseinandersetzungen provozieren wollen, um alle Gegner der WAA zu kriminalisieren, noch härtere Methoden gegen die Demonstranten zu rechtfertigen und politisch durchzusetzen. Ferner will die CSU und allen voran Herr Hillermeier erreichen, daß vom eigentlichen Thema – Ausstieg aus der Kernkraft und Baustopp für die WAA – abgelenkt wird. Den durch Tschernobyl aufgeschreckten Mitbürgern soll suggeriert werden, die WAA-Gegner seien ohnehin nur Krüminelle, die den Staat aus den Angeln heben wollen.*

*Wir Oberpfälzer lehnen jede Gewaltanwendung ab, wir wollen auch keinen Bürgerkrieg um diese Anlage. Wir lassen uns jedoch auch nicht einschüchtern und werden weiterhin am Baugelände demonstrieren und unseren Widerstand ausdrücken. Früher war es noch möglich, mit den Polizisten zu reden. Doch zur Zeit ist das nicht mehr drin, denn die Polizei setzt bereits auf friedliche Spaziergänger, egal welchen Alters, Tränengaswerfer ein.*

*Es muß endlich wieder Vernunft herrschen auf beiden Seiten. Denn bei jedem Krieg gibt es nur Verlierer.*

*Wir werden uns jedoch weiterhin unerschrocken gegen die WAA und für unsere Heimat einsetzen. Wir werden uns auch nicht von der Bayerischen Staatsregierung einschüchtern lassen. Den gesunden Menschenverstand kann die CSU nicht verbieten.*

Wismeth Wolfgang

## Leserbrief

Sonntagsspaziergang  
in Wackersdorf  
(18. Mai / Pfingsten)

*Wie es schon seit Monaten Tradition geworden ist, versammelten sich auch am Pfingstsonntag die Oberpfälzer zusammen mit AKW-Gegnern aus der gesamten BRD rund um den Bauzaun.*

*Schließlich war man unter anderem auch gekommen, um seinen radioaktiven Hausmüll endzulagern. So flog vom*

verseuchten Gemüse bis zum Joghurt alles über den Zaun. Die Polizei war anscheinend mit dieser Endlagerung nicht einverstanden und setzte Wasserwerfer gegen die Aktivisten ein.

Erstmals war an diesem Sonntag die Polizei nicht wie sonst in ihrem „Gehege“ geblieben, sondern postierte sich provokativ unter die Demonstranten. Dies sollte nicht lange so bleiben. Ca. 30 bis 50 Polizisten, die mit Helm, Schild und Schlagstock ausgerüstet waren, bildeten vor dem Haupttor einen Pulk. Vereinzelt Steinwürfe veranlaßten sie zum Rückzug. Der Wasserwerfereinsatz war ungebrochen, man hätte fast meinen können, die Wasserwerferbesatzung führt noch einen Kampf gegen ihre eigenen Kollegen, denn auch sie wurden durch den Zaun voll von hinten getroffen. Klatschnaß schlüpfen sie einer nach dem anderen durch das spaltbreit geöffnete Haupttor wieder ins „Gehege“.



Vom Haupttor aus kam eine Hundertschaft Bullen die Teerstraße in militärisch geordneter Formation – links Schild, rechts Schlagstock – auf die Demonstrantenmenge Richtung Rot-Kreuz-Platz zu. Es entstand Panik, alles rannte durcheinander. Jede/r hatte Angst, daß die Bullen gleich fürchterlich in die Menge knüppeln. Man hörte Rufe wie: „Wir können die doch nicht einfach so auf uns zu laufen lassen!“, „Wir müssen sie stoppen!“ Einige entschlossene Aktivisten griffen zu Steinen und stoppten den Polizeiaufmarsch. Viele folgten diesem Beispiel und ein Hagel von Steinen traf den Pulk von Bullen, die sich mit ihren Schildern schützten und sich schnell in den Wald flüchteten. Die Masse blieb am Platz stehen und verfolgte die Abwehr mit Wohlwollen.

Dies sollte nicht der letzte Versuch sein, mit dem Polizeiknüppel auf die Demonstrantenmenge loszugehen. Auf der Wiese zwischen Wald und Teerstraße zog abermals eine Polizeikette auf. Auch

diese wurde von den Demonstranten mit Steinwürfen zurückgedrängt.

Am späten Nachmittag bei einem erneuten Rundgang um das Baugelände sah man das Ergebnis der fleißigen Arbeit vieler AKW-Aktivisten. Mindestens 20 qm große Löcher zierten den als so sicher geltenden Zaun. Teilweise waren Baumstämme in die Löcher geschoben, um die Durchfahrt der Wasserwerfer zu blockieren. Der NATO-Draht hing an allen Ecken und Enden wie Lametta herunter und so mancher sägte sich ein Stück ab, um es als Souvenir des Widerstandes mit nach Hause zu nehmen.

Eine WAA-Gegnerin

## Leserbrief

„Solch eine Wut war noch nie in mir“

Ich fuhr am Pfingstmontag nach Wackersdorf. Zuerst einmal wollte ich mir das Camp ansehen. Es war für mich

ein gutes Erlebnis, so viele Menschen dort zu treffen. An den Kennzeichen der Autos war zu erkennen, daß von überall Menschen gekommen waren.

Bei den Sonntagsspaziergängen sah ich sonst nur Oberpfälzer und ein paar Franken und Auswärtige und jetzt im Camp Hamburger, Berliner, dazwischen Österreicher, auch Oberpfälzer und viele andere.

Nun wollte ich an den Zaun und meine Ablehnung gegen die WAA demonstrieren. Ich sah von weitem Schwaden in der Luft und dachte, irgendwo brenne es. Ständig flogen Hubschrauber über den Köpfen der Leute herum. Als ich näher hinkam, sah ich, daß es kein Rauch war, sondern Wasserwerfer, die über baumhoch in die Menschenmassen zielten. Durch die diversen Spaziergänge war mir das kein ungewohntes Bild, aber in derartigen Mengen hatte ich sie noch nicht gesehen. Ich ging erst ein Stück auf der Bahnseite entlang. Da waren kaum Wasserwerfer und Polizisten. Hin

und wieder fruchtlose Diskussionen mit der Polizei, z. B. ob sie nach Tschernobyl nicht selber an ihren Einsätzen zweifeln, worauf einige erklärten, sie würden auch anders darüber denken, aber zuerst käme ihr Dienst. Welch ein Hohn, etwas wie die WAA zu verteidigen, daß auch sie irgendwann mal kaputt machen wird.

Auf dem Rückweg zum Auto kam ich wieder an den Wasserwerfern vorbei. Alle 50 m stand so ein Ding. Der Waldboden getränkt mit Gas. Es war unmöglich, ohne ein Tuch vor dem Mund vorbei zu laufen. Mir brannten die Augen, Zunge und Hals. Es waren an der Stelle kaum noch Menschen. Auf einmal ging so ein Ding los. Ich bekam eine solche Ladung ab, daß ich nur noch rannte. Ich hatte Angstzustände und Hustenreiz. Ein Stück weiter wollte ich wieder an den Zaun, meine Präsenz zeigen. Auf einem Weg kamen noch einige. Wir waren jetzt vielleicht 50 Personen. Ich überlegte gerade, ob ich weitergehen oder zum Auto zurück sollte, da sah ich Polizisten mit Gewehren hinter einem VW-Bus laufen. Auf einmal knallte es und über den Zaun kamen Bomben geflogen, direkt in die Menge. Ich dachte erst, das wären Rauchbomben, aber gleich merkte ich, daß es Tränengas war. Ich fing an zu heulen. Solch eine Wut war noch nie in mir. Ich rannte an den Zaun und schrie rüber – ihr Schweine, hört auf zu schießen. Die reagierten überhaupt nicht. Ständig flog wieder so ein Ding rüber – mitten unter die Demonstranten. Einer rief: „Hört doch auf! Hier sind nur friedliche Leute.“ Ich war völlig fertig. So etwas hatte ich noch nicht erlebt. Bisher hatten sich immer welche an Zaun zu schaffen gemacht und daraufhin wurden die Wasserwerfer eingesetzt. Sie zielten auch auf Unbeteiligte, aber es war immer vorher irgendwas los. Aber hier wurde willkürlich auf Menschen gezielt, die nicht einmal am Zaun standen oder liefen. Wir waren ja alle ca. 50 m entfernt vom Zaun. Mein einziger Wunsch war – weg hier. Auf dem Rückweg sah ich eine schwarze Rauchfahne. Ich fragte Leute, was das zu bedeuten hätte. Sie erzählten, daß aus Hubschraubern auf eine größere Menge Demonstranten Tränengasbomben geworfen worden sind. Die Menschen waren derart erzürnt, daß sie auf Polizisten, die in der Nähe mit einem Mannschaftswagen standen, mit Steinen losgingen und das Fahrzeug umgeworfen und in Brand gesteckt hatten.

Ich konnte die Wut der Leute gut verstehen. Wenn mir einer dieser Scheiß-Bullen da am Zaun über den Weg gelaufen wäre, ich wäre auf ihn losgegangen. Am Abend wollte ich wissen, was im Fernsehen gebracht wird. Zuerst das 3. Programm. Es wurde nur von militanten Demonstranten gesprochen, und von dem in Brand gesteckten Fahrzeug. Davon, daß auf Leute ohne irgendwelche Veranlassung mit Tränengasbomben gezielt wurde, kam nichts. Das ZDF erzählte nur von Ausschreitungen am Gelände, weiter nichts. Dafür erklärte ein Reporter im Zusammenhang mit dem

Foto: Joker



Foto: OPA

*Parteitag der Grünen, daß deren Wahlprogramm so radikal sei, daß es für jede andere Partei unmöglich sei, mit ihnen zu koalieren. Ich glaube, daß nach Tschernobyl es keiner für radikal hält, wenn die Grünen den Ausstieg aus der Kernenergie oder den Austritt aus der NATO fordern. Hoffentlich bleiben sie auch bei ihren Forderungen und fallen nicht dauernd wegen irgendwelchen Sachzwängen um – siehe SPD/Grüne in Hessen. Solange unsere Politiker nicht nein sagen, werde ich nach Wackersdorf, Gorleben, Brokdorf usw. fahren und lasse mich weder von den Bullen noch von unserem Herrn Hillermeier daran hindern.*

Eine WAA-Gegnerin

das Pfingstcamp sein. Die große Anzahl der Leute, die gekommen waren, die verschiedenen Gruppen (von Berufspfadfindern über Kirchentagsgeschädigte zu sog. Reisechaoten) und die etwas schleppende Getränkeorganisation brachten eine wohlsortierte Gerüche-Küche in Gang: So sollte in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag eine Gruppe von Leuten in Nähe des Bauzauns von Polizisten eingeschlossen worden sein; ein unerschrockener Trupp machte sich somit auf den Weg zum Baugelände, das auch nächtens, illuminiert sich als eine Art Festung präsentierte, über der stets ein CS-Nebel hing. Die „Eingeschlossenen“ gab es nicht, dafür blockierte ein Zug mit Viehfutter beladen sowohl den Schienen- als auch den Fahrweg zum Baugelände. Aufgrund der unmittelbaren Zugehörigkeit der Eisenbahnverbindung zur geplanten WAA wurde der Zug unter den Augen des Lokführers ein wenig zerlegt und der Abend mit einem Lagerfeuer in der Nähe des Zau-

nes abgeschlossen, wo sich ein leichter CS-Gasnebel bemerkbar machte.

## Aktionen am Bauzaun, Volksfest am Parkplatz

Am darauffolgenden Pfingstsonntag zogen dann, gegen Mittag, die Widerstandscamper (einige Tausend) zum Baugelände, wo sie dann auf die Oberpfälzer Widerständler (ebenfalls mehrere Tausend) trafen. Beim roten Kreuz flogen dann Müll, Gemüse und andere Flugobjekte über den Bauzaun, der auch einige Meter weiter versucht wurde zu demontieren. Die massenhaft aufgefahrenen Wasserwerfer (u. a. die berühmten Hochdruckmodelle) reagierten darauf prompt, schossen aber noch mit Wasser pur (ph-Wert unbekannt). Plötzlich, völlig überraschend, griff dann ein Trupp Bullen ein, die vorher noch deeskalierend in der Nähe standen. Sie griffen einen Aktivisten ab, der dann durch ein Tor auf das Gelände gezerrt wurde. Eine Befreiung wurde zwar versucht, scheiterte aber an mangelnder Entschlossenheit.

Das Gros der Demonstranten bewegte sich danach in Richtung Kundgebungsplatz, wo sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Wiederum überraschend kam dann vom roten Kreuz ein Trupp B. (ca. 50 - 70), in Schildkrötenformation, der die Menge etwas verunsicherte und zurücktrieb. Doch unter einem Steinhagel, eines schnell formierten, entschlossenen Blockes, wurden sie in ihre Schranken verwiesen. Aber diese Lektion wollten, konnten oder sollten sie nicht verstehen und wiederholten ihr Manöver, welches dem bereits oben erwähnten Ablauf gleich. Auch ein weiterer Ausfall zur Seite, des inzwischen versprengten B.-Trupps, brachte für sie nur einen erneuten Steinhagel ein. Dieses B.-Manöver würde man im Schach als „Bauernopfer“ bezeichnen, in der realen Politik- und Medienlandschaft als Legitimierung verschärfter staatlicher Gewalt (Gummigeschosse, Schußwaffeneinsatz).

Währenddessen gab es an vielen Stellen,

## Leserbrief

### Fischköpfe im Wackerland

Nach einigen Stunden Autobahnreise, durchsetzt mit den beliebten Pfingststauungen, liefen wir gegen Freitagabend in Nürnberg, und hier in die „Planungskneipe“ ein. Trotz der dort geführten Gespräche über das zu erwartende Spektakel in den nächsten Tagen („weg vom Bauzaun oder was“) konnte sich auch bei uns kaum eine Vorstellung über wirkungsvolle Vorgehensweisen bzw. „Pläne“ festsetzen.

Als Einstieg und Auftakt der widerstandsbewegten Route nahmen wir somit die Demonstration am Samstagvormittag gegen KWU, WAA und Siemens in Erlangen (Siemensstadt) wahr. Gute, prägnante Redebeiträge („wo ist Jens Scheer eigentlich nicht?“), erstaunlich viele Menschen (ca. 5000) und Spalier stehende Ordnungshüter, die verhinderten, daß unachtsame Mitbürger in eine der vielen Schaufensterscheiben fallen konnten. Überzeugend wirkte das Konzept der Entsorgung radioaktiv verseuchter Lebensmittel: wuffreudig wurde den begleitenden Ordnungshütern Joghurte und andere Frischmilchprodukte zur vorchriftsmäßigen Vernichtung übereignet!

Nächste und eigentliche Station durfte



besonders entlang der Schneise am Bauzaun, ständige Versuche mit mehr oder weniger geeigneten Mitteln gegen den Zaun anzugehen (Eisensägen erwiesen sich als durchaus brauchbar). Außerdem flogen Steine, Knüppel, Farbeier und Mollies gegen die Wasserwerfer, welche permanent im Einsatz waren. Zwischendurch kam es immer wieder zu interessanten Szenen: direkt vor dem Zaun präsentierte sich ein Typ, mit hinter den Kopf verschränkten Armen, dem Wasserwerfer, der ihn dann abdrückte.

Eine alte Frau verteilte Steine, die sie in ihrer Einkaufstasche mitbrachte, an wurf-freudige Aktivisten, und meinte bedauernd, daß sie halt nicht mehr kräftig genug wäre, um selbst zu werfen.

Um ca. 14.15 Uhr wurde dann per Lautsprecher von den B.'s dazu aufgerufen, daß sich die friedlichen Demonstranten und „Unbeteiligten“ entfernen sollten und den „Gewalttätern“ keinen Schutz mehr bieten, sie drohten mit dem Einsatz von CS-Gas, bzw. offiziell „Reizstoffmitteln“. Fast das gesamte Widerstandsspektrum gab darauf die passende Antwort: Pfliffe, Buh-Rufe und die Erwidern, es gäbe keine „Unbeteiligten“. Als dann CS-Gas eingesetzt wurde, blieb die Szenerie fast die Gleiche: Sägen am Zaun, Steine usw. gegen die Wasserwerfer. Dies geschah alles weiterhin im Schutz, sowie unter reger Anteilnahme und Anfeuerung des einheimischen Widerstandes. In der folgenden Zeit hing dann ein permanenter CS-Nebel in der Luft, doch die meisten blieben in der Nähe des Zaunes, ob wirksam ausgerüstet oder nicht, was den Sanis einen Großeinsatz in Augenaus-spülen einbrachte.

Später wurden dann auch Tränengasgranaten abgefeuert, und zwar noch in die Luft, sodaß sie unvermittelt von oben durch die Bäume flogen. Es wurde hierbei auch ein aus den USA importierter Typ eingeführt, der wegen der versetzt angebrachten Düsen ziemlich unberechenbar umhersprang.

Zusätzliche Gefahr ging auch von immer wieder zu beobachtenden Steine schmeißenden Bullen aus, wobei es zu verletzten Demonstranten kam, was manchmal zu einem freudigen Gejohle der Bullen führte.

Ein ziemlicher Lärm wurde am später Nachmittag vom roten Kreuz hörbar. Dort trommelte eine größere Gruppe, anscheinend gewaltfreie Aktivisten, mit Steinen und anderen Materialien gegen den Zaun, was diesen jedoch leider nicht veranlaßte, einzustürzen.

Ein Szenenwechsel und eine kleine Erholungspause bot sich den erschöpften, CS-verseuchten Aktivisten am nahegelegenen Parkplatz. Würstchen, Bier und Brezeln für den Magen, Bücher, Flugblätter und Zeitschriften für den Kopf. Das Ganze hatte fast ein bißchen Volksfeststimmung, die besonders bei den „sachlich, objektiven“ BR-Nachrichten anstieg. Im Laufe der Zeit zogen dort trophäensammelnde Widerständler mit geröteten Augen und einem Stück vom Zaun vorbei. Auch einige abgebrannte Tränengasgranaten wurden für das Widerstandsmuseum gesammelt.

A. R. + J. A.

## ● Gedächtnisprotokoll ●

*Meine Bekannte und ich fuhren am 19. 5. 1986 (Pfingstmontag) gegen 22.30 Uhr zum Baugelände, wo wir uns den Bagger und die ausgebrannten Polizeifahrzeuge ansehen wollten. Die späte Zeit deswegen, weil am Nachmittag starke Krawalle waren, mit denen wir nichts zu tun haben wollten. Als wir das Auto abgestellt hatten, kamen wir um ca. 23.00 Uhr zum Haupttor (Rotes Kreuz), wo wir uns ca. fünf Minuten aufhielten. In dieser Zeit nahmen wir Tücher vor die Nasen wegen Gasdampf. In diesen fünf Minuten fand ich ein Styroporstück, welches von einer Gasgranate stammte. Ich hob es auf und zeigte es meiner Freundin und warf es in Richtung Tor wieder weg. Dann gingen wir weiter in Richtung Bagger. Als wir ca. 100 m weg waren, hörten wir einen Wasserwerfer-Einsatz, gingen aber weiter. Etwas weiter kamen Beamte zum Zaun, die sich mit uns unterhielten. Wir gingen dann wieder weiter zum Bagger, den wir um ca. 24.00 Uhr erreichten. Als wir dann wieder zurückgehen wollten, sahen wir, daß Polizisten aus dem Tor kamen; wir gingen jedoch weiter, weil wir nichts getan haben. Als wir das Tor erreichten, kamen Beamte zu uns herüber und fragten, ob wir Ausweise dabei haben. Als wir erklärt hatten, daß diese im Auto liegen, wurde ich wegen angeblichen Steinwerfens verhaftet. Meiner Freundin wurde erklärt, daß ich nach Amberg transportiert werde und sie nicht warten bräuchte. Im Baugelände mußte ich mich zwei Stunden in den Regen stellen. Einer der Polizisten kam aus dem Polizeibus und sagte, ich solle mich in den Schlamm setzen (was ich nicht tat). Dann wurde ich ins Zelt gebracht, wo ich eine weitere Stunde mit nassen Klamotten warten mußte. Als ich dann gegen 4 Uhr nach Amberg transportiert wurde, machte ein hinter mir sitzender Polizist das Fenster des Busses auf. Er fragte, ob es „irgend jemanden ziehe“, worauf ich ihn bat, das Fenster wieder zuzumachen, weil es zog und mir in den nassen Klamotten fror. Er sagte, daß es dann so passen würden.*

*Als wir oben (Amberg) ankamen, konnte ich nach einem kleinen Streit endlich telefonieren, bevor ich in die Zelle kam. Am Dienstag, 20. 5. 1986 um 16.30 Uhr, wurde ich erst wieder freigelassen.*

*Als ich nach Hause kam, erfuhr ich, daß die Kripo bei mir war und zu meiner Vermieterin sagte: „Ihr Sohn ist verhaftet worden, weil er mit dem Motorrad am Bauzaun vorbeifuhr und mit einem Gewehr oder einer Pistole auf Beamte geschossen hat.“ Als sich dann herausstellte, daß ich nicht ihr Sohn war, sondern ihr Mieter, daß ich keinen Führerschein Klasse eins, kein Motorrad, keine Waffe besitze, wurde ich wegen schwerer Körperverletzung angezeigt.*

Ein Schwandorfer WAA-Gegner

## Straßenblockade gegen die Räumung des Pfingstcamps

am 20. 5. 1986

*Gegen 18 Uhr begann die Räumung des Pfingstcamps (obwohl sich dort keine Camper/innen befanden und nur noch die Veranstaltungen durchgezogen werden sollten). Kurz nach 18 Uhr wurde deshalb im Schwandorfer Landkreis (und darüber hinaus) die Telefonkette ausgelöst. Die Schwandorfer Bevölkerung war nur aufgerufen, die Abfahrtswege vom Camp zu blockieren.*

*Daß wir bei diesen Aktionen um unser Leben bangen sollten, ahnten wir bei unserem Aufbruch nicht. Auf der Straße nach Fuhr – in der Nähe von Hofenstetten, wußten wir – eine kleine Gruppe von zehn Leuten – nicht, wie uns geschah:*

*Polizeidirektor Lang (bekannt als Einsatzleiter der Ostercamp-Räumung) stand uns mit gezogener Dienstwaffe gegenüber. Lediglich ein Auto stand quer auf der Straße. Ist dies nun schon Grund genug, daß zur Schußwaffe gegriffen wird? Wo soll das denn hinführen? „Schußwaffengebrauch ist erlaubt“, sagt der bayerische Innenminister Herr Hillermeier im Zusammenhang mit den Pfingstaktionen.*

*Das läßt mich nur an mafiaartige Zustände in der Oberpfalz denken.*

*Eine andere Sache:*

*Ein sichtlich betrunkenen Zivilbeamten will einen 70jährigen Mann (angeblich mit Gaspistole) aus dem Auto heraus verhaften, und ist drauf und dran, die Autofensterscheibe einzuschlagen. Es kommt fast zu Schlägereien zwischen Polizei und Einheimischen, die die Verhaftung verhindern wollen und was ihnen auch gelingt.*

*Immer mehr BGSler werden per Hubschrauber auf der Straße ohne Vorwarnung abgesetzt. Aber auch immer mehr Einheimische treffen ein. Polizeiautos, Gefangenentransporte werden blockiert – Reifen zerstochen. Ein BGS-Lastwagenfahrer ist anscheinend nervös, daß er freiwillig in einen Graben fährt und so sich selbst blockiert.*

*Zu guter letzt wirft ein Hubschrauber 30 SEKler ab. Diese stimmen eine Art Kriegsgeschrei an, trommeln mit ihren Knüppeln auf ihre Schilder und stürzen besinnungslos in die Menschenmenge, ohne zu wissen, was abläuft.*

*Anscheinend ist nun jedes Mittel recht, um die WAA zu bauen. Aber wir geben nicht auf. WAA nie!*

Karin, Oberpfalz

Am Hang 8, Wackersdorf



gestern war ich mit Tante Liesel in Wackersdorf am Bauzaun um uns ein paar Chaoten anzuschauen. Der Spaziergang um den Zaun hat uns sehr gut getan und wir haben auch ein paar von diesen Leuten kennengelernt. Besonders haben wir uns darüber gewundert, wie die alle ausgerüstet sind. Entweder hatten sie alle schwarze Lederkleidung an oder sie waren durch wasserfeste Regenkleidung vor dem Gas, das die Polizisten verspritzten, geschützt. Auch hatten sie alle feste Schuhe an, vor allem diese Stiefel mit den spitzen Stacheln von der Bundeswehr. Manchmal, wenn sie am Zaun hochkletterten, um an dem Draht mit so Bolzenschneidern rumzuwerkeln, schauten weiße Plastikteile unter den verrutschten Hosenbeinen heraus. Einer erklärte mir dann, das seien Schienbeinschützer, wie sie Hockeyspieler tragen. An den Armen hatten sie auch Schützer. Wir haben dann aber keinen von den jungen Männern oder Frauen Hockey spielen sehen, die Schläger, die sie und die Polizisten dabei hatten, wären auch gar nicht dazu geeignet gewesen.

An den Gürteln hatten manche ihre Helme befestigt. Sogenannte „Jet-Helme“, die wohl für Düsenjägerpiloten sind. Die wären besser als die normalen, weil die „Bullen“ sonst den „Bullengriff“ anwenden würden, und dabei könnte einem das Genick gebrochen werden. Manche sahen wirklich lustig aus, wie so Marsmenschen mit Rüsseln. Das waren aber keine, sondern Gasmasken für Mund- und Nasenschutz. Die hätten Feinstaubfilter, sagten sie. Andere hatten größere Masken. Die nannten sie ABC-Masken. Das war alles wegen dem Gas. Das war so schlimm, daß Tante Liesel und ich uns unsere Taschentücher vor den Mund halten mußten. Das half aber trotzdem nichts. Am meisten hat Tante Liesel über diese Chlorbrillen gelacht, die alle trugen. Zwischendurch wurden die mit Anti-Beschlag-Tüchern ausgeputzt, damit sie nicht anliefen. Darunter trugen sie alle Bankräuber-Masken. Die Leute ohne Chlorbrillen hatten ihre Masken in der Mitte zugenäht, damit man nicht so viel von ihrem Gesicht sieht. (Dabei waren bestimmt nicht alle so häßlich, daß es das gebraucht hätte. Onkel Heinrich ist ja auch keine Schönheit und er trägt sowas nicht). Auch bei dem warmen Wetter trugen alle Motorradhandschuhe, wohl wegen dem gefährlichen Draht auf dem Zaun.

Wirklich begeistert waren wir von dem Fleiß, mit dem die jungen Leute arbeiteten. Sie hatten alle Eisensägen dabei, die am Bogengriff durchgeschnitten, abgeflacht und neu verschweißt waren. Dadurch konnten sie am Zaun auch waagrecht die Stäbe durchschneiden. Auch hatten manche so Schnüre aus Wolfram oder Diamantensplitter, mit denen das wirklich fix ging. So was Kluges! Umsichtig fanden wir auch, daß viele Wasserspülflaschen aus dem Krankenhaus dabei hatten. Damit spritzten sie anderen in die Augen, um das Gas wieder herauszuholen.

Zufällig war in unserem Picknickkorb noch die Thermoskanne voll Kaffee und der gute Rührkuchen von Tante Erna, den wir dann an die ausgehungerten Leute verteilten. So kamen wir mit ihnen ins Gespräch, und sie erzählten uns, wie sie die Bullen leimen. Sehr wichtig sei es, in Bezugsgruppen durch den Wald zu laufen, um den Polizisten das „Abgreifen“ zu erschweren. Dann könnten sich auch nicht so leicht getarnte Polizisten (Denk mal!) unter die Leute mischen. Jede Gruppe habe einen Namen, den sie manchmal rufen um sich wiederzufinden, denn in ihren Masken sind sie nicht zu erkennen. Da waren ganz ausgefallene Namen dabei wie „Aldi“, „H-Milch“ oder „Mukambo“ (das waren wohl Neger). Etliche Funkgeräte würden benutzt um den rückwärtigen Wald abzusichern, damit sich von da keine „Bullen“ ranschleichen könnten. Man müsse aber auf einer anderen Frequenz funken, sonst würden plötzlich die Polizisten den Bauzaun angreifen, da sich die Meldungen überschneiden.

Wenn sich die Gruppen dann gefunden hätten, würde erstmal im Abstand von 50 Metern ein gutes Stück von dem häßlichen Draht auf dem Zaun beseitigt. Da sei dann genügend Platz, um Barrikaden für den Wasserwagen von der Polizei rüberzuschmeißen. Meistens werfen die Chaoten dann mit Bäumen. Die besten Stellen seien in guter Entfernung vom „Chaoteneck“, weil dort die „Bullen“ nicht so zahlreich vertreten seien.

Dann meinten sie doch wirklich, der größte Lacherfolg sei auf ihrer Seite, wenn man anschließend die Polizisten gut mit Matschwürfen eindeckt. Sind die Visiere erst einmal ordentlich dreckig, kriegen die Angst von Steinen und Steinschleudern und ziehen sich zurück. Dazu benützen die auch Frühstücksbeutelchen mit Farbe drin. Diese fliegen auch auf die Windschutzscheiben der Wasserwerfer, allerdings ist dann ein ganz klebriges Zeug drin, Bitumen oder so. Dann endlich könnten die Gruppen sägen und wieder sei ein Loch mehr in den Bauzaun gesägt.

Du siehst, wir haben auf unserem Spaziergang eine Menge gelernt und sehr viel erlebt. Wir haben uns vorgenommen, ab jetzt jeden Sonntag dorthin zu gehen und die jungen Leute zu unterstützen. Tante Erna hat sich schon so eine Berufsdemonstranten-Ausrüstung besorgt. Ich finde, das sieht toll aus, aber Tante Erna meint, daß es sie ein wenig dicker machen würde. Wir sammeln jetzt auch Geld, damit sich die jungen Leute Funkgeräte und Material besorgen können. Ein paar von ihnen haben wir Sonntag zum Tee eingeladen. Wir meinen, wenn sie so gut am Zaun schlagen und sägen können, könnten sie uns auch das Holz für den Winter machen.

# ... und es gab doch einen

# Schießbefehl

## Gezielte Eskalation der Polizeigewalt

„Bayerns Innenminister Hillermeier setzte gestern eine Belohnung von 10 000 DM Belohnung für die Identifizierung der Gewalttäter aus, die am Montag 30 Polizisten umzingelt und bedroht sowie Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt hatten ... Nach Ansicht seines Ministeriums (hätten) Beamte bei der Demonstration zu Recht ihre Schußwaffe gebrauchen können, da sie sich in einer lebensbedrohlichen Situation befunden hätten. Von diesem Mittel hätten die Polizisten jedoch keinen Gebrauch gemacht.“ (NT, 22. 5. 1986)

So lauteten mit zweitägiger Verspätung nach Pfingsten die Presseverlautbarungen des Innenministeriums.

Das in einer Situation, als die Öffentlichkeit über den „Luftangriff“ vom Pfingstmontag noch immer aufgebracht war. Sollte hier gleich noch ein Pfund draufgegeben werden zur weitergehenden Einschüchterung oder sollte damit etwas kaschiert und schon mal präventiv gerechtfertigt werden?

Die uns vorliegenden Aussagen eines Augenzeugen lassen auf letzteres schließen:

Pfingstmontag, 15.00 Uhr beim WAA-Gelände. Bevor es zu der Konfrontation mit den 30 oben genannten Polizisten gekommen war, hatten sich die Polizisten mit Plastikschaalen ausgestopft, oben am Wald sammeln sich ca. 50 schwarz verummte Bürger und kommen gemächlich bis auf ca. 50 - 7 m Entfernung auf die Polizisten zu, die herumstehenden Menschen riefen zu den Polizisten: „Haut's ab, haut's ab — die stellten sich jedoch in Formation mit Helm und Schild auf, um dann mit Steinen beworfen zu werden ... nach einiger Zeit gaben sie es auf und flüchteten zu ihren Fahrzeugen. Zwei PKWs und die Wannen 1 und 2 düsen ab. Die letzten Polizisten drängten sich in Wanne 3, fuhren aber nicht los. Stattdessen stoppten die anderen Fahrzeuge nach ca. 30 bis 50 m Fahrt. Die Polizisten sprangen heraus und rannten zu

Wanne 3 zurück, deren Besatzung schon wieder ausgestiegen war und Aufstellung genommen hat (ob wohl in dem Moment ein Befehl von „Oben“ ausgegeben worden war, um jeden Preis durchzuhalten?, die Red.)

Ziemlich als letzter kommt der verumtliche Gruppenleiter der Polizisten und schreit, schreit von hinten zu seinen Kollegen, die wieder mit Steinen beworfen werden: „Jetzt schießt doch öndlich, jetzt schießt doch öndlich.“ Eine konkrete Reaktion der Polizisten konnte nicht beobachtet werden, stattdessen riefen die umstehenden Menschen: „Bullenmörder, Mörder, Faschisten“ ... Wanne 3 wird umgekippt ... kurz danach kommen 10 Wannen Verstärkung an. Barrikaden werden errichtet, ca. 20 Bürger stellen sich zwischen Polizei und Barrikaden, um die Polizei von einem Angriff auf diese abzuhalten ... kurze

Zeit später ... Luftangriff mit CS-Bomben ... Der Rest ist bekannt.

Viele Punkte in diesem Augenzeugenbericht bieten interessante Interpretationsmöglichkeiten. — Fakt ist: Der Befehl zum Schießen wurde erteilt — warum er nicht ausgeführt wurde, darüber kann man nur spekulieren: Vielleicht war die Hemmschwelle für die Polizisten zu groß oder durch das Dazwischengehen der Umstehenden wurde noch einmal die höchste Form der Eskalation vermieden — das einzige, was hier klar ist, ist, daß die Polizisten dem Befehl nicht Folge geleistet haben.

### Stimmungsmache im Vorfeld

Schaut man sich verschiedenen Begebenheiten um Pfingsten genauer an, könnte sich fast der Verdacht aufdrängen, daß sich gewisse Führungskreise die Option auf einen Schußwaffeneinsatz offen gehalten oder sogar darauf hingearbeitet haben:

— Rechtzeitig am Pfingstamstag war in den Tageszeitungen zu lesen, daß das Polizeipräsidium Regensburg bekanntgegeben hat, daß an einem Hubschrauber und einem Wasserwerfer Einschußlöcher eines Kleinkalibergewehres gefunden worden seien (nt, 17. 5. 1986). Die Einschüsse sollen vom Sonntagsspaziergang am 4. Mai stammen! Äußerst merkwürdig dabei ist, warum diese Information erst zwei Wochen später an die Öffentlichkeit weitergegeben wird. Anstatt z. B. ein Bild als Beweismittel vorzulegen, rief Hillermeier die „besonnenen Bürger“ auf, sich von diesen „Gewalttätern zu distanzieren, sie zu isolieren und mitzuhelfen, die Täter der Strafe zuzuführen“. Jedem unvoreingenommenen Leser kommt beim Lesen dieser Fakten ein gewisses Mißtrauen hoch — wir, von der RADI-Redaktion hatten dies auch, doch zu allem Überfluß wurde es für uns zur Gewißheit: Aus Polizeikreisen erhielten wir die Aussage, daß es diese Einschußlöcher gar nicht gibt, sondern dies nur dazu dienen sollte, die Stimmung unter den Polizisten anzuheizen. — Ein altes Strickmuster, das seinerzeit 1977 schon in Grohnde erhalten mußte. — Damals wurde den Polizisten während der Demo zugetragen, daß ein Kollege von Demonstranten erstickt worden sei.

### Aufgespießt

*„Ich versichere, daß die bayerische Staatsregierung den Terror nicht hinnehmen, sondern unterdrücken wird. Ich warne die Gewalttäter. Der Staat wird sich wehren. Für die Folgen sind die Gewalttäter und ihre Helfer, zum großen Teil Schreibtisch- oder Mikrofontäter, verantwortlich.“*

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in der „Bild“-Zeitung.

Auf dem Hintergrund dieser Fakten wirkt die Hillermeier'sche Stellungnahme wie eine Rechtfertigung nach innen. Immerhin gibt es ja zu dem Hubschrauberangriff Polizeistimmen, denen entfuhr: „Sind die denn verrückt geworden?“ (SPIEGEL Nr. 22) Wieviel stärker mag hier die Reaktion auf einen Schießbefehl sein — die Auswirkungen von Tschernobyl gehen ja schließlich auch nicht an den Polizisten ganz vorbei — Aufweichungen von innen sind hier durchaus nicht unrealistisch — dem muß nach Möglichkeit vorgebaut werden.

— In Bayern 3 wurde die Meldung lanciert, daß ein Mann gesucht wird, der mit einer Schußwaffe in der Hand in der Nähe des Bauzauns auf einen Polizisten gezielt haben soll. Tatsächlich wurde dann in der nächsten Nacht ein Mann festgenommen. Als Begründung wurde angegeben, er habe von einem Motorrad aus auf einen Polizisten geschossen. Als sich herausstellte, daß der Mann weder Führerschein noch eine Waffe besitzt, wurde er schließlich wegen „Steinwerfen“ angezeigt.

— Entgegen der sonstigen Praxis bei Sonntagsspaziergängen gab es an Pfingsten mehrmals Ausfälle von Polizeitrupps mit ca. 50 - 100 Mann. Sie waren außerhalb des Bauzauns stationiert und rannten mit gezückten Knüppeln auf die Menschenmenge zu. Sie konnten von beherzten Demonstranten mit Steinwürfen gestoppt und zurückgetrieben werden.

Um wohl den Eindruck einer hilflosen und dem „Mob“ ausgelieferten Polizei zu erwecken, wurden nach ihren Angaben dabei mehrere Hundertschaften „aufgerieben“.

Dem stand eine Meldung des Polizeifunks gegenüber, daß die meisten wieder dienstfähig waren. (TAZ, 20. 5. 1986)

— Am selben Tag, als die verspätete Aussage von Hillermeier gekommen war, daß Schußwaffengebrauch gerechtfertigt gewesen sei, ließ Hillermeier ebenfalls vermelden: „Immer wieder sähen Beamte im Taxöldener Forst solche Kleinkalibergewehre auf sich angelegt, geschossen worden sei bisher nicht.“ (SZ, 22. 3. 1986).

Unvorstellbar, daß solche „Provokationen“ nicht schon früher von der Polizei öffentlich ausgeschlachtet worden wären.

Daß es nicht das erste Mal wäre, daß eine Eskalation durch die Polizei planmäßig durchgeführt würde, wurde bereits schon bei den sog. „Haidhausener Krawallen“ nachgewiesen, die durch Zivis angezettelt worden waren.

Auch für die CS-Gas-Premiere an Ostern gibt es Hinweise, daß der CS-Gas-Einsatz lange vorgeplant war. Es wurden nämlich nach Informationen des SPD-Abgeordneten Kurz nur Polizeibeamte ohne Lungen- und Bronchialschäden eingesetzt.

— ANZEIGE —

Prof. Jens Scheer (Universität Bremen)  
Dr. Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie)  
R. Paul, B. Weidmann (Redaktion atom)  
Michael Pelster, Manfred Wallenschus

# ATOM KRAFT am ENDE?

Verlag Die Werkstatt

**Endlich erschienen!!!**

Aktivisten und kritische Wissenschaftler aus der Anti-AKW-Bewegung haben ein neues Buch herausgebracht. Es ist der längst überfällige Versuch, die nationalen und internationalen Entwicklungen in der sogenannten „friedlichen Nutzung der Atomenergie“ der letzten Jahre zu analysieren und darzustellen. Schwerpunkte des Buches sind

- die weltweite Krise der Atomindustrie
- Geschichte des deutschen Atomprogramms
- Aussichten bis zum Jahr 2000
- die Macht der Stromkonzerne
- Harrisburg u. neue Sicherheitsstudien
- die Gefahren im Normalbetrieb
- die Unmöglichkeit der Entsorgung
- die Gefahren der Wiederaufarbeitung

Autoren dieses Buches sind u.a. Jens Scheer, H. Hirsch (Gruppe Ökologie) und einige Redaktionsmitglieder der „atom“.

Das Buch ist erschienen im Verlag Die Werkstatt (Göttingen), kostet 14,80 DM u. ist in jeder guten Buchhandlung erhältlich. BI's u.a. Wiederverkäufer erhalten ab 5 Stck. 30% Rabatt. Bestellungen an: Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945 in 3400 Göttingen oder direkt an den Verlag Die Werkstatt, Lotzesstr.24a, 34 Göttingen, Tel.0551-7700557

Klar, das mußte ja so kommen! Nach Pfingsten schreit die CSU nach einem schärferen Demonstrationsstrafrecht. Das, was die CDU/CSU/FDP erst vor ca. einem Jahr an Aushöhlung des Demonstrationsrechts durchgesetzt haben, reicht ihnen nicht. Wenn es nach ihren Vorstellungen ginge, dann sollten sich an Pfingsten alle Demonstrationsteilnehmer wegen Landfriedensbruch strafbar gemacht haben, die nicht einer Aufforderung der Polizei nachgekommen sind, das Gelände zu verlassen.

Am 5. Juli 1985 stimmte dann der Bundesrat einem geänderten § 125 StGB und Versammlungsgesetz zu. Das Vermummungsverbot und das Verbot von sog. „Schutzwaffen“ wurde in das Versammlungsgesetz aufgenommen und ein Verstoß dagegen zur Ordnungswidrigkeit erklärt. Vor allem aber macht sich jemand nach dem neuen Gesetz, der trotz gegenteiliger Aufforderung durch die Polizei vermummt ist oder sog. „Schutzwaffen“ wie z. B. einen Helm trägt, während aus einer Menschenmen-

# Verschärfung des Demorechts?

Der § 125 StGB ist heute ein vielbenutztes Instrument zur Kriminalisierung von Demonstranten, ein Mittel zur Einschüchterung von politischen und sozialen Bewegungen. In diesem Sinne hat der Paragraph auch seine spezifische Geschichte.

1970 wurde der alte § 125 reformiert. Durch die Studentenbewegung hatte sich eine solche Flut von Landfriedensbruchverfahren angesammelt, daß die Gerichte nicht mehr damit fertig wurden. Durch die SPD als Regierungspartei, die zudem auch einige ihrer Wahlversprechen einlösen mußte, wurde der § 125 StGB dahingehend verändert, daß nur noch diejenigen Landfriedensbruch begingen, die eigenhändig gewalttätig waren oder damit drohten oder auf eine Menschenmenge einwirkten, „solche Handlungen zu begehen“. Für die Verfahren nach dem alten Paragraphen wurden Amnestien eingeleitet.

Diese Liberalisierung war der CDU/CSU von Anfang an ein Dorn im Auge. Nach der „Wende“ bemühte sie sich daher umgehend um eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts.

ge heraus Gewalttätigkeiten begangen werden, wegen Landfriedensbruch strafbar. Ihm selbst müssen Gewalttätigkeiten nicht vorgeworfen werden.

Ursprünglich geplant und jetzt wieder gefordert, war eine noch viel weitergehende Regelung: ein Demonstrationsteilnehmer, der sich nicht vom Geschehen entfernt, wenn die Polizei dazu aufgefordert hat, sollte sich bereits wegen Landfriedensbruchs strafbar gemacht haben. In der Diskussion im Jahre 1983 war dann noch eine sog. Abwiegler-Regelung im Gespräch. Danach sollten nur diejenigen einer Bestrafung wegen Teilnahme an einer Demo entgehen, die sich deutlich darum bemüht haben, Gewalttätigkeiten zu verhindern. Dies hätte den Betroffenen die Pflicht auferlegt, vor Gericht nachzuweisen, daß sie als Abwiegler tätig geworden sind.

Damals ging dies auch dem Bundesgerichtshofpräsidenten Pfeiffer zu weit: „Sollten Tausende von Demonstranten wie Kriegsgefangene in die Untersuchungshaft abgeführt werden?“ (FR, 11. 7. 1983) Das oder zumindest eine wirksame Abschreckung vom Demonstrieren soll das Ziel der nach Pfingsten entfachten Diskussion um eine noch weitergehende Beschneidung des Demonstrationsrechts sein.



Foto: Marilyn Stronx



## Der „Frosch“

läßt sich schwer fangen –

Polizeieinheiten haben am Pfingstwochenende in Wackersdorf neuartige CS-Körper eingesetzt –

Innenministerium dementiert

Es klingt wie aus einem Handbuch zur Guerillabekämpfung: Wie „Fische im Wasser“ seien die „Chaoten“ in der Menschenmenge geschwommen“, deshalb hätten die Hubschrauber großflächig CS-Kampfstoffbehälter über der Demonstration abwerfen müssen. So begründet ein Polizeioffizier den Amoklauf seiner Einheiten am Pfingstwochenende. Und sein Chef, Innenminister Karl Hillermeier, trommelt aus seiner Sicht habe „schon lange kein friedlich gestimmter Atomkraftgegner mehr etwas im Taxöldner Forst zu suchen“. Sein Rezept: erneute Verschärfung des Demonstrationsrechtes und vor allem neue Waffen. Vor Ort in der Oberpfalz sind seine Ansichten schon Wirklichkeit: Sieben Wochen nach der unangekündigten CS-Premiere zu Ostern kamen über die Pfingsttage CS-Trägerwaffen zum Einsatz, die bislang unbekannt waren in der BRD.

Ein komisches Ding hüpfte da über den Boden, klein, rund, schwarz und übelriechend – zum kotzen, also eindeutig CS. Das hatte der demonstrationserfahrene Zugereiste noch nicht gesehen. Seine gedankenlose Reaktion: ausbrennen lassen, einwickeln, einstecken. Wenig später der nächste Hüpfen. Diesmal ein Metallzylinder der vor seinen Augen in drei Teile auseinanderfällt.

Der nähere Blick gab Gewißheit: „WARNING: MAY CAUSE SEVERE INJURY – GIVE MEDICAL AID TO PERSON SERIOUSLY AFFECTED!“ – Deutlich weist die Schrift auf der metallenen Hülse der us-amerikanischen Federal Laboratories Inc. auf die Gefahren hin: „Achtung: Kann ernste Verletzungen verursachen – stark Betroffene benötigen medizinische Versorgung!“. Der Metallkörper trägt einen Zündbügel am Kopf, aus mehreren Düsen strömt der CS-Kampfstoff. Besonderer Clou: Beim Aufprall am Boden soll die zylindrische Metallhülse (Durchmesser 65 mm) in drei Einzelkörper zerfallen, von denen jeder sich stark erhitzt. Fünf an den Böden befindliche Düsen lassen die scharfkantigen Subkörper dann wild durch das

Gelände kreiseln. Ein Festhalten und Zurückwerfen, wie bei den bisher gebräuchlichen styroporummantelten Kampfstoffbehältern möglich, wird dadurch erschwert.

### Ein reizender Gummiball

Froschähnliche Bewegungen vollführt auch der zweite aufgefundene CS-Körper, der über Pfingsten erstmalig in der BRD zum Einsatz kam. „Frog“ – Frosch nennen amerikanische Polizeitechniker die Gummikugel „519 CS“ der Federal Laboratories Inc.. Ebenfalls mit einem Zündbügel wie bei herkömmlichen scharfen Handgranaten versehen, erfährt die faustgroße brennende Kugel bei jedem Aufprall einen willkürlichen Rückstoß und zischt ab wie ein Squash-Ball mit Eigenantrieb. Deutsche Polizeitechniker nennen den reizenden Gummiball mit den drei Düsen am Äquator deshalb auch scherzhaft „tanzender Derwisch“.

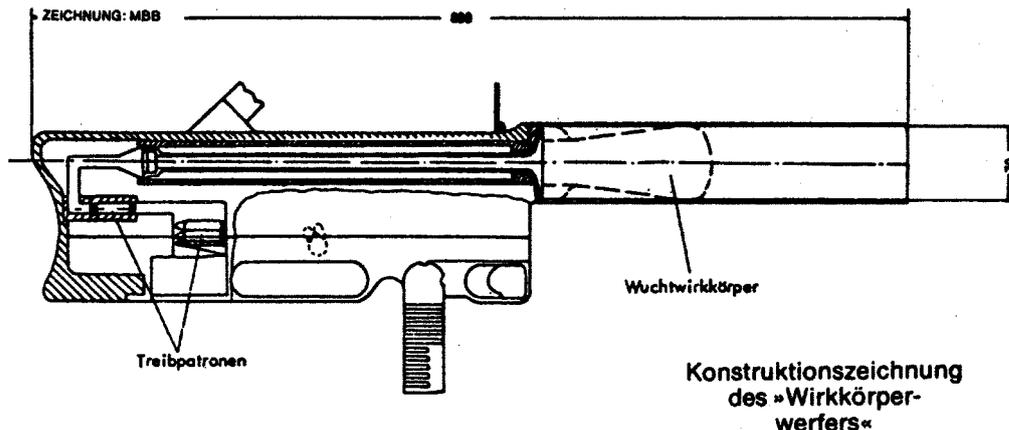
Die Wirkung ist nicht gerade meditativ: Allein die metallischen Zünder und die scharfen, stark erhitzten Kanten der „Triple Chasers Granade“ (Drillingsjagdgranate) bergen die Ge-

fahr schwerer mechanischer Verletzungen. Zumal die unberechenbaren Bewegungen ein Ausweichen zum Glückspiel machen. Außerdem fehlt die herkömmliche schützende Styropor-Ummantelung, und die Einsatzkräfte haben praktisch keine Erfahrung mit dem Einsatz der brennenden Knallfrösche.

Eine Woche nach dem Vorfall folgte prompt ein heftiges Dementi aus dem bayerischen Innenministerium. Dort ist angeblich nichts über die Anwendung dieser neuartigen CS-Trägerwaffen bekannt. So bleibt vorerst ungeklärt, auf wessen Verantwortung der Einsatz erfolgte.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich vor drei Jahren an der Frankfurter Startbahn-West: Dort hatte eine Einsatzgruppe mehrere Blend-Schock-Granaten in die Menschenmenge geschleudert. Trotz mehrerer Zeugenaussagen wagte das Polizeipräsidium ein Dementi und mußte es zurückziehen, als von Demonstranten ein Beweisstück vorgelegt werden konnte. Das ausgebrannte Exemplar war der Aufmerksamkeit eines eigens zu nächstlicher Stunde ausgeschickten Säuberungstrupps der Polizei entgangen.

## Hillermeier fordert „Wirkwürfkörper“



Wenige Tage nach dem Feldversuch am WAA-Bauzaun sattelte Innenminister Karl Hillermeier drauf: Jetzt müßten sofort neue Distanzwaffen her. Sein Wunsch: „Wirkwürfkörper“ der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Seit über einem Jahr sitzen MBB-Ingenieure an einem Auftrag der Innenministerkonferenz vom Juni 1984. Diese beschloß damals, neue Distanzwaffen „unterhalb der Schwelle des Schußwaffengebrauchs unter besonderer Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit“, entwickeln zu lassen. Die physikalischen Grundlagen hatte zuvor das Frankfurter Batelle Institut geliefert, eine maßgeblich mit Geldern des Verteidigungsministeriums finanzierte Forschungseinrichtung. Ein Problem machte den Wissenschaftlern zu schaffen: Die Gesetze der Mechanik lassen es nicht zu, daß ein Geschloß über die geforderte Distanz von 60 Metern gleichbleibend „umwerfende“ Wirkung zeigt, ohne daß ernsthafte Verletzungen auftreten. Denn die Geschwindigkeit, und damit auch die Wucht beim Auftreffen, nimmt mit der Entfernung ab. Die MBB-Forscher kamen deshalb zu dem Ergebnis, das Geschloß mit einem raketenähnlichen Eigenantrieb zu versehen. Doch diese Lösung geriet zum Flop: Wenn in zehn Meter Entfernung jemand getroffen wird, brennt die für 60 Meter berechnete Treibladung weiter und setzt den Gefroffenen in Brand.

Vier verschiedene „Wirkkörper“ sollte MBB der Innenministerkonferenz vorlegen, und einen Wirkkörperwerfer. Einzig das 70 mm Durchmesser zählende Abschlußgerät von polizeikritischen Zynikern auch „Zimmermannorgel“ genannt, ein panzerfaustähnliches Metallrohr,

konnte im Test überzeugen. Die Wirkkörper hingegen gerieten zum Mißerfolg. „Die physikalischen Gesetze lassen sich nun mal nicht per Innenministerbeschuß überlisten“, spottete Wolfgang Dicke, Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei und Waffenexperte seiner Organisation.

### „Hohes Verletzungsrisiko“

Ein internes Papier der Polizeiführungsakademie (PFA) nennt die Gründe: – Der „Wuchtwirkkörper (WK 1)“ erreicht mit Eigenantrieb eine Einsatzreichweite von 60 Meter. Allerdings gibt der Diplom-Physiker Prof. Dr. med. K. Sellier vom Institut für Rechtsmedizin in Bonn in einem begleitenden Gutachten für die PFA über die biomechanische Wirkung des WK 1 ein „hohes Verletzungsrisiko“ an. Selbst bei einer reduzierten Mündungsgeschwindigkeit von 50 m/s seien noch „Schädelbrüche, Bewußtlosigkeit, Lungenblutungen und Rippenbrüche zu erwarten“. So kommt das Polizeipapier zu dem Ergebnis, „die ursprüngliche Idee eines umwerfenden Wuchtkörpers mit nur geringer Schmerzwirkung – wie beim Boxhieb – kann allerdings nicht verwirklicht werden.“ Deshalb und wegen unsicherer ballistischer und Treffereigenschaften seien „noch weitere Überlegungen erforderlich“.

– Die „Gummischrotkörper (WK 2)“, eine Anzahl verpackter Hartgummikugeln, verteilen sich nach dem Abschluß und können „vor allem das Auge erheblich und bleibend“ schädigen. Auf 60 m Entfernung ergibt sich zudem eine unberechenbare Verteilungsfläche der Treffer.

– Der Wirkkörper 3 steckt noch in der Entwicklungsphase: Es handelt sich hierbei um ein mit „Schaumstoff umkleidetes Alu-Rohr“, das in der Luft 16 Kampfstoffsubkörper ausstoßen soll, die dann auf die Menschenmenge herabageln.

– Für den vierten Wirkkörper ging der Auftrag an die Waffenschmiede Meckler & Koch im baden-württembergischen Oberndorf. Ein Hartgummizylinder, so das seit längerem vorliegende Zwischenergebnis, sollte sich in der Luft zu einem ca. 20 cm Spannweite messenden, vierzackigen Stern entfalten. Schon die ersten Testreihen zeigten, daß der Aufklappmechanismus häufig nicht funktionierte und das halbpfundschwere Geschloß als geschlossener Zylinder ins Ziel traf. Fazit des internen Vermerks der Polizeikaderschmiede: die „taktischen Forderungen“, also in erster Linie die geforderte Reichweite von 60 Meter, sind „technisch lösbar“. Aber nur zu einem blutigen Preis: „Fest steht aber auch, daß in Einzelfällen schwerwiegende Verletzungen jedoch nicht auszuschließen sind.“

### „Ein Schuß in den Ofen“

Der 2,2 Millionen D-Mark teure Entwicklungsauftrag – lediglich das sozialdemokratische Marburg hat sich an den Kosten nicht beteiligt – verspricht zum Fiasko zu werden. GdP-Waffenexperte Wolfgang Dicke bezeichnet jedenfalls die bisherigen Ergebnisse als „Schuß in den Ofen“ und rechnet mit der Möglichkeit, daß die nächste Innenministerkonferenz im Herbst das gesamte Projekt mit „einem Begräbnis erster Klasse“ zu Grabe trägt. Dann, so der sozialdemokratische Gewerkschafter, müßten seine Kollegen eben mit dem vorhandenen Arsenal auch weiterhin auskommen.

Schlimm genug. Und erst recht die Töne, mit denen der bayerische Innenminister die Öffentlichkeit auf eine härtere Gangart einstimmt: Einzelne seiner Beamten hätten zu Recht ihre Schußwaffen gebrauchen können, da sie sich an den Pfingsttagen in einer lebensbedrohlichen Situation befunden hätten. Wer sagt diesen Gewaltphantasten endlich mal deutlich, daß das WAA-Projekt bereits im Wendland am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist, und auch sein niedersächsischer Kollege mit seinem militärischen Konzept eine Bauchlandung erlebte?!

H.G.

Bayerns Antwort auf Tschernobyl:  
Krieg gegen die Oberpfälzer

# Alles zusammenschießen, dann auseinandersortieren



Photo: M. Fries

Zürich 1981: Durch ein Gummigeschoß einseitig erblindete Demonstrantin

Ein gefundenes Fressen waren die Ereignisse am Pfingstwochenende für die Befürworter der Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Aufrüstung der Polizei. Bayerns Innenminister Hillermeier nutzte sofort die Gelegenheit, um die Einführung der sog. Gummigeschosse wieder ins Gespräch zu bringen. Er forderte die Beschleunigung der laufenden Untersuchungen über neue, verarmlosend „Distanzmittel“ genannte Waffen, und kündigte an, daß Bayern diese „Distanzmittel“ notfalls alleine einführen wird. Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB) appelliert an alle Politiker, „sofort mit dem Lamentieren und wahltaktischen Äußerungen aufzuhören und der Polizei die Mittel in die Hand zu geben, um zu verhindern, daß der Mob der Straße über die Zukunft unseres Landes entscheidet“.

Die Forderung nach diesen Waffen ist keineswegs neu. Die Polizeiführungsakademie (PfA) beschäftigt sich bereits seit Anfang der 70er Jahre mit der Prüfung

von Gummigeschoßwaffen. In der Schriftenreihe der PfA hieß es 1974: „... Aus eigener Aufgabenstellung untersuchte die Technische Kommission (TK) verschiedene Waffen, die nach der Devise „erst alles ohne Lebensbedrohung zusammenschießen, dann Gangster, Geisel und Gendarmen auseinandersortieren“ für einen sog. humanen Polizeieinsatz geeignet sein sollten: ... Die TK untersuchte zunächst die Wirkung der Gummi- und Holzgeschosse, wobei schon eine erste Firmenvorführung wenig befriedigend verlief ... Das medizinische Gutachten schloß die Möglichkeit lebensgefährlicher Verletzungen bei einem denkbaren Einsatzbereich bis etwa 20 m nicht aus.

Nach dem mißglückten militaristischen Spektakel in Bremen (Rekrutiertenvereidigung) am 6. 5. 1980 forderte Bremens Polizeipräsident Diekmann (SPD) erstmals öffentlich die Ausrüstung der bundesdeutschen Polizei mit Gummigeschossen. Die Reaktionen auf diesen Vorstoß waren jedoch eher bescheiden.

Heftig wurde die Diskussion erst nach der Großdemonstration in Brokdorf am 28. 2. 1981. Dies wohl auch deshalb, weil ein Aufwand von 10 000 Mann Bereitschaftspolizei- und BGS-Truppen und 12 Mio. DM auf die Dauer für die Regierenden kaum tragbar ist.

Im selben Jahr kündigte Tandler, damals noch bayerischer Innenminister, vor dem Bayerischen Landtag die baldige Ausrüstung seiner Polizei mit CS-Gas und „Abschußgeräten für Gummischrot- und Gummiwuchtgeschosse“ an, notfalls im Alleingang, um für den „zu erwartenden Höhepunkt der Gewalt“ (!) gerüstet zu sein.

Am weitgehendsten befürwortete der Baden-Württembergische Innenminister Herzog (CDU) die Einführung von Gummigeschossen. Er zeigte sich Anfang 1983 vom Nutzen der Waffe bei gewalttätigen Auseinandersetzungen überzeugt und deutete an, sie noch in der ersten Hälfte des Jahres einzuführen. Später ließ er diese Entscheidung jedoch nochmals überprüfen.

Im Juli 1983 erklärte Bundesinnenminister Zimmermann in einem Interview seine Absicht, er wolle nicht nur den Bundesgrenzschutz, sondern auch die Länderpolizeien mit Gummiwuchtgeschossen bewaffnen. Auf der Innenministerkonferenz im September 1984 wurde die Einführung solcher Gummigeschosse jedoch abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnung waren die mangelnde Treffsicherheit und die zu große Verletzungsgefahr für Demonstranten durch die bislang entwickelten Geschosse. Es wurde jedoch das Frankfurter Batelle-Institut beauftragt, nach einer geeigneten „Distanzwaffe“ zu forschen. Deren Forschungsergebnisse (v. a. eigener Antrieb der Geschosse) wurden schließlich Anfang 1984 an Messerschmidt-Bölkow-Blohm übergeben, die mit der „Konkretisierung“ beauftragt wurden.

Auch bei dieser neuesten Entwicklung sind schwere Verletzungen, wie z. B. Gehirnerschütterungen, Lungenblutungen, Verletzungen von Leber und Milz, unvermeidlich. Der gewünschte Effekt, die Abschreckung von Demonstranten, wäre jedoch erzielt.

Der folgende Bericht aus der empfehlenswerten Broschüre „Ruhe oder Chaos; Technologie politischer Unterdrückung“ zeigt konkrete Auswirkungen von angewandten Gummigeschossen am Beispiel Nordirland auf.

Vertrieb: Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6.

# „Tod als unvermeidbares Restrisiko“

Gummigeschosse werden in die Kategorie der „nichttödlichen Waffen“ eingeordnet und die durch diesen Begriff vorgetäuschte Harmlosigkeit wird auch immer wieder hervorgehoben.

Gummigeschosse sollen „Störer“ auf Distanz halten, sie durch schmerzhaftere Treffer von weiteren Aktivitäten abhalten, ohne sie dabei „ernstlich“ zu verletzen — so lautet jedenfalls die Argumentation von Polizeistrategen.

Grundvoraussetzung für die Berechtigung dieser Argumentation wäre allerdings erst einmal die Einhaltung der sog. Einsatzparameter, d.h.: Einhaltung der vorgeschriebenen Mindestentfernung, eine gesunde, erwachsene „Normalperson“ als Ziel und Schüsse nur auf den Boden vor den „Opfern“ bzw. auf die Beine.

Doch selbst unter diesen „optimalen“ Bedingungen kommt es neben Prellungen, Blutergüssen, Rißquetschungen und Knochenbrüchen oft genug zu schwersten und mitunter auch tödlichen Verletzungen. Die konkreten Erfahrungen mit dem Einsatz von Gummi- (und Plastik-) Geschossen in der Schweiz und Nordirland beweisen, daß diese Einsatzparameter gar nicht eingehalten werden können bzw. ganz bewußt ignoriert werden. So wurde und wird aus kürzester Entfernung direkt auf Kopf und Oberkörper gefeuert und auch auf Kinder oder alte Leute.

Während es an persönlichen Erfahrungsberichten über den Einsatz von Gummigeschossen nicht mangelt, liegen andererseits wissenschaftliche Veröffentlichungen über die Art und Häufigkeit von Verletzungen durch Gummigeschosse kaum vor. Es existiert lediglich eine einzige (öffentlich) bekannte und zugängliche Untersuchung von einer Chirurgengruppe aus Belfast und auch diese konnte nur unter Schwierigkeiten veröffentlicht werden, nachdem die Britische Armee den Inhalt zunächst zur Geheimsache erklärt hatte. (Ein 1973 im Auftrag der Polizeiführungsakademie erstelltes Gutachten der Medizinischen Hochschule Hannover ist öffentlich nicht zugänglich.)

Das *Nordirland-Gutachten* basiert auf den Erfahrungen mit 90 Patienten, die zwischen 1970 und 1972 durch Gummigeschosse verletzt und in nordirischen Krankenhäusern behandelt wurden (dabei sind nicht alle Verletzten erfaßt, da einige in Krankenhäusern der Republik Irland transportiert wurden).

Alle Zahlenangaben, Zitate und Tabellen in der folgenden Beschreibung der Verletzungen durch Gummigeschosse entstammen diesem Gutachten mit dem Originaltitel:

„Injuries caused by rubber bullets: a report on 90 patients“, zu deutsch: Verletzungen durch Gummigeschosse — eine Studie auf der Grundlage von 90 Patienten (erstmalig veröffentlicht in *British Journal of Surgery*, Vol. 62 (1975), pp. 480-488; Autoren: R. Millar, W. H. Rutherford, S. Johnston und V. J. Malhorta, alle Royal Victoria Hospital, Belfast).

Als häufigste, fast obligate Verletzung ist die Hautverletzung anzusehen: Prellungen, Schwellungen und Rißquetschungen von z.T. erheblichem Ausmaß treten auf. Gelegentlich kann es dabei zu sog. Fettgewebnekrosen, d.h. zu Einschmelzungen von Unterhautfettgewebe mit Wundheilungsstörungen kommen.

Während Brüche der Arme und Beine kaum beobachtet werden, kommen Frakturen der Finger und der Rippen häufiger vor.

Durch die ungeheure Wucht der Geschosse (vor allem auf kurze Distanzen) kommt es nicht selten zu Verletzungen innerer Organe. Dabei stehen Lungenprellungen im Vordergrund. Während man rein äußerlich zunächst nur die typischen Prellmarken erkennen kann, ist innerhalb des Brustkorbes häufig der Teufel los: in dem getroffenen Lungenbereich kann es zu einer Ansammlung von Blut und Gewebswasser kommen, die das Atmen erschwert. Innerhalb einer Stunde kommt es dann u.U. zu einer zunehmenden Atemnot und quälendem Husten. Dabei wird schaumig-blutiger Auswurf abgehustet. Während die akuten Beschwerden bei ärztlicher Behandlung nach einigen Tagen abklingen, bleiben Veränderungen der Lunge möglicherweise noch nach Wochen sichtbar.

Treffer im Bauchbereich können zu (schweren) Leberprellungen (evtl. mit nachfolgender Gelbsucht), Leber-, Milz-, Nieren- und Darmrisen sowie zu schweren Verletzungen des Genitalbereichs führen.



Photo: VUA Zürich

Zürich 1981: großflächige Blutergüsse, Schußentfernung: zwei Meter

Wesentlich häufiger und auch bei weitem gefährlicher sind Verletzungen des Gesichtes, des Schädels (je nach Art des Geschosses) auch des Gehirns. Einerseits führen offene Gesichtsverletzungen sowie Brüche des Gesichtsschädels fast immer zu Entstellungen, zum anderen befinden sich hier sämtliche Sinnesorgane, deren Verletzung zur Invalidität führen kann (Augen, Nase, Ohren). Und schließlich sind Hirnverletzungen, insbesondere Hirnblutungen, immer lebensgefährlich und erfordern sofortiges operatives Eingreifen. Sie stellen bei weitem die häufigste Todesursache bei Gummi- bzw. Plastikgeschößverletzungen dar und führen auch bei erfolgreicher Operation nicht selten zu bleibenden Einschränkungen der Hirnfunktion.

Notwendigerweise sind die Augen nur unzureichend durch eine knöcherne Hülle geschützt und so besonders gefährdet. Bei direkten Treffern kommt es zu Einrisen des gesamten Augapfels, die meist eine totale Entfernung des Auges erforderlich machen, in jedem Fall aber zur Erblindung führen. „Einfache“ Augenprellungen können durch Netzhautablösungen und Blutungen in den sog. Glaskörper des Auges zu starken Beeinträchtigungen der Sehkraft (evtl. auch wieder bis zur Blindheit) führen. Häufig bildet sich durch den Aufprall des Geschosses ein grauer Star, der ebenfalls eine Verschlechterung der Sehkraft verursacht. Verletzungen der Augenlider schließlich können die Funktion des Auges beeinträchtigen.

Das *Nordirland-Gutachten* berichtet von 28 Augenverletzungen, bei denen 11 zur Erblindung und 5 zu schweren Sehbehinderungen führten. Nur in 12 Fällen konnte das Behandlungsergebnis als „gut“ bezeichnet werden, was immerhin noch eine Sehkraftminderung von 10 - 20% bedeutet.

Auch durch die in der Schweiz verwendeten Gummischrotgeschosse kam es bereits zu zahlreichen Augenverletzungen. Zwei der Getroffenen verloren dabei ein Auge.

Die Ergebnisse des *Nordirland Gutachten* belegen noch einmal sehr deutlich, was von den sog. Einsatzparametern zu halten ist: das jüngste Opfer war gerade 7 Jahre, das älteste 67 Jahre alt. Insgesamt waren weit über die Hälfte der Verletzten (64%) im Alter zwischen 10 und 19 Jahren. Das in Nordirland verwendete Gummigeschöß (15 cm Länge, 150 g Gewicht — heute ersetzt durch Plastikprojekteile von 15 cm Länge und ca. 70 g) darf „vorschriftsmäßig“ nur ab einer Mindestentfernung von 25 m und nur auf den Boden vor den „Störern“ verschossen werden. Aber: Über die Hälfte der erfaßten Patienten erlitten Kopfverletzungen und dies aus Entfernungen, die bei 50 % unter 14 m und bei 30 % sogar unter 5 m lagen. (Allerdings war die Schußdistanz nur bei 19 Patienten bekannt.)

Brian Stewart starb am 10. Oktober 1976 an den Folgen eines Schädelbruchs und der massiven Zerstörung des Gehirns, verursacht durch ein Plastikgeschöß der Britischen Armee. Er war 13 Jahre alt.



Tabelle IV : Endzustand

Tot	1
blind auf beiden Augen	2
blind auf einem Auge	7
schwerer Sehkraftverlust auf einem Auge	5
Entstellung des Gesichtes	4
Anosmie (Verlust der Riechfähigkeit)	3
Versteifung eines Fingergelenkes	1
Keine permanente Behinderung oder Entstellung	62

# Die gestopfte Lücke

## Mit perfektem Polizeiwaffen-Arsenal durch die 80er Jahre

Mit der Polizeiausrüstung ist es wie mit der Strategischen Rüstung: Wer mehr und perfektere Waffen haben will, muß Lücken entdecken. Das Aufrüstungsprogramm der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundesgrenzschutzes bietet dafür ein anschauliches Beispiel: Seit Mitte der 70er Jahre wurde systematisch Lücke für Lücke entdeckt und mit modernstem Gerät aufgefüllt. Den Rest erledigten eine perfekt inszenierte Propaganda und einschlägige Firmen.

Der Anlaß: Die großen Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung, die strukturierte Gewalt von Brokdorf und Grohnde, hatten unvermutet aufgezeigt, daß Polizeieinheiten kurzfristig auf dem Schlauch standen: Da gingen in Brokdorf plötzlich die CN-Vorräte zur Neige, ganze Hundertschaften gerieten in Bedrängnis durch trainierte Anti-AKW-BI's, und Wasserwerfer zeigten kaum noch Wirkung, da sie aufgrund geringer Tankkapazitäten ständig leer liefen. Kurz: Die Polizei sah ihren Rüstungsvorsprung gefährdet.

In den folgenden Jahren führten Techniker, Polizeitaktiker und Entwicklungsingenieure die Regie. An drei Beispielen sei verdeutlicht, wie sich seitdem das Erscheinungsbild der Polizei gewandelt hat: Schlagstock, Kampfgas und Wasserwerfer.

### Der lange Arm

Die älteste der sog. polizeitypischen Waffen ist der Schlagstock, der Nachfolger des preußischen Gendarmensäbels. Er verlängert sozusagen direkt den Polizistenarm. Die klassische Version ist kurz, aus Hartgummi und findet seine Grenzen, wenn in Rangeleien kein Platz zum Ausholen ist. Des Abstandes wegen wurde folglich das Modell verlängert — auf 80 bzw. 100 cm der Hartgummi-Knüppel, auf bis zu 1,50 m Knüppel aus Eschenholz, die zur Ausrüstung von Sondereinheiten gehören, deren Aufgaben überwiegend darin bestehen, Menschenansammlungen regelrecht auseinanderzuknüppeln.

Das Nachfolgemodell ist bereits in der Entwicklung: Glasfaserknüppel, die nicht brechen und gleichzeitig elastisch sind. Auch bei der Polizei ist der Trend zu Erzeugnissen der chemischen Industrie nicht zu übersehen — wäre vielleicht mal ein Ansatz für eine ökologische Polizeikritik.

### Kampfstoffe gegen die Bevölkerung

In internationalen Konflikten verboten, aber weltweit bei inneren Unruhen im Einsatz: Kampfstoffe aus der Reihe der Tränengase. Hier haben Chemiker, Physiker und Techniker die möglichen Einsatzformen weitgehend ausgeschöpft: von 1 bis 120 Meter reichen die Einsatzdistanzen.

— Die Chemische Keule (Chemical Mace), ein Sprühgerät, das hochkonzentriertes CN bis 7 Meter weit verspritzt;

— das Pepper-fog-Gerät, ein CN-Vernebler, der bis 20 Meter ganze Menschenmengen eindecken bzw. besetzte Häuser ausräuchern kann. Vor drei Jahren kam diese amerikanische Entwicklung, eine zivil genutzte Technologie aus Vietnam-Kriegs-Erfahrungen, mal wieder an der Startbahn zum Einsatz.

— Das TRGG von Heckler & Koch, ausgeschrieben: Tragbares Reizstoff-



großgerät, die chemische „Superkeule“. Entwickelt für Situationen, in denen eine chemische Keule nicht ausreicht und Wasserwerfer nicht manövrieren können. An der Startbahn erstmal unter Einsatzbedingungen getestet. Reichweite: 25 Meter.

— Tränengaswurfkörper verschiedener Bauart, Wurfweite 20 bis 40 Meter. Bekannt und bei Demo-Erfahrenen nicht besonders gefürchtet, da verhältnismäßig leicht zurückzubefördern. Eine technische Fortentwicklung sieht vor, die Ausströmdüsen unregelmäßig anzubringen, damit die Plastikbehälter froschähnlich in der Gegend herumspringen und nicht so leicht festzuhalten sind (siehe auch Artikel: „Testfeld Wackersdorf — Hillermeier fordert neue Waffen“).

— Wasserwerfer „mit Geschmack“: In alten Modellen wurden Wasser und Kampfstoff noch mit einer Art Mixer vermischt. Die neuen Modelle haben elektronisch gesteuerte Einspritzpumpen, die konstante Konzentrationen garantieren. Es gibt drei verschiedene Konzentrationsstufen, die Geräte sind auch für den Einsatz mit CS geeignet (wie alle der vorgenannten Waffen), die Reichweite beträgt 65 Meter.

— Abschließbare Wurfkörper, sog. Petarden, die erstmals 1981 in Brokdorf bis 120 Meter weit verballert wurden. Darüber hinaus existieren noch CN-Geschosse, die Fenster und Türen durchschlagen, um im dahinter gelegenen Raum den Kampfstoff freizusetzen. Ebenfalls an der Startbahn direkt auf Menschen abgefeuert, Reichweite ca. 60 m.

Die Debatte um CS, das in christlich regierten Ländern eingelagert ist, mutet vor diesem Hintergrund wie eine inszenierte Ablenkung an: Zugegeben, das Zeug ist stärker als CN und verliert seine Wirkung auch nicht bei niedrigen Temperaturen, aber entscheidend bleibt in erster Linie die Einsatztechnologie — im militärischen Sprachgebrauch: die Trägerwaffen. Und gegen deren Einführung regte sich kaum Widerspruch.

## „Eine kalte Dusche reicht nicht“

Zum wirkungsvollsten Distanzmittel der 80er Jahre haben sich die Hochdruckwasserwerfer entwickelt. Die alten Modelle waren zwar auch nicht von Pappe, aber Druckstärken und Tankkapazitäten ließen einiges zu wünschen übrig. Von 1977 bis 1981 entstanden deshalb in Zusammenarbeit von Mercedes und Metz (eine Spezialfirma für Feuerwehrausrüstung) mit den hessischen und niedersächsischen Bereitschaftspolizeien die Bauserien WaWe 6000 und WaWe 9000. Die Tanks wurden größer, die Reichweite steigerte sich von 35 Meter auf 65 Meter, und der Druck verdoppelte sich auf glatte 16 bar. Zum Vergleich: Hydranten des öffentlichen Wassernetzes haben 4 bar Druck; die Feuerwehr füllt ihre Schläuche mit knapp 10 bar.

An den WaWe 6 und 9 wurde nichts vergessen: Bug- und Heckrohr in Stoßstangenhöhe decken den toten Winkel nach vorn und hinten ab. Der Rundumblick wird nach hinten durch eine Kamera ermöglicht; nach vorn und seitlich geben großflächige, bruchssichere Acrylglasplatten einen freien Blick. Die Behauptung der Frankfurter Polizeiführung, der im Herbst 1985 von einem WaWe 9000 überrollte Demonstrant Günter Sare sei vorher nicht gesehen worden, ist absolut unglaubwürdig, zumal jemand, der im Wasserstrahl steht, gleichzeitig von einem parallel geschalteten Scheinwerfer erfaßt wird und mitten im Lichtkegel steht. Die anschließend veröffentlichten Fotos zeigten ganz deutlich, wie Günter Sare von einem Wasserwerfer geradezu verfolgt wurde. Überdies hat man bei der Entwicklung auf so ziemlich alle ergonomischen Vorschläge von Arbeitsmedizinern und Polizeigewerkschaftern Rücksicht genommen und gerade besonderen Wert auf gute Sicht gelegt.

## Potentiell tödliche „Hilfsmittel“

Ein Blick auf die Gesetzeslage läßt an der deutschen Perfektion wieder zweifeln: Seit bald zehn Jahren laufen vergeblich Versuche, die Polizeigesetze der Länder bundesweit zu vereinheitlichen. Das ist eine lange Geschichte, die in diesem Zusammenhang nur hinsichtlich der sog. Waffen und der Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs von Interesse ist. Die Einsatzmittel haben sich nämlich fortentwickelt, die Gesetze nicht. Die Folgen beschreibt der Bremer Anwalt Bernhard Docke, der einige Demonstrationsverletzte vertritt: Hochdruckwasserwerfer, deren Auswirkungen „vergleichbar einer Geschosswaffe mit Breitflächenwirkung“ sind, werden in den Gesetzen weiterhin als Hilfsmittel geführt. Das gilt ebenfalls für Knüppel und die geschosähnlichen Kampfstoffe.

Für die Polizeipraxis bedeutet dies: Ein Hilfsmittel kann mehr oder weniger nach der sog. Verhältnismäßigkeit der Mittel eingesetzt werden, die Entschei-

dung darüber liegt auf den unteren Führungsebenen. Im Gegensatz zu Schusswaffen bedarf es dann keines anschließenden Berichtes über die Berechtigung des Einsatzes. Die Schwelle sitzt dementsprechend niedrig.

Der polizeilichen Aufrüstung wurde vor allem mit dem Argument der Weggebnet, „militante Störer“ könne die Polizei sich nur mit „Distanzmitteln“ vom Leibe halten. Insbesondere die Gewerkschaft der Polizei tat sich mit anhaltendem Ruf nach einer besseren Eigensicherung für die Ordnungskräfte hervor. Doch wer verstärkte Verteidigungsfähigkeit fordert, meint in der Regel Aufrüstung zu Angriffszwecken. Auch hierin entsprechen sich Militärs und Polizeiführer. Und folgerichtig beschrieben Polizeitaktiker die Anforderungen an Distanzmittel ganz unverblümt: Hochdruckwasserwerfer beispielsweise müßten „ggf. schmerzhaft sein, umwerfen und verletzen können“, forderte 1980 der damalige Chef der Hamburger Wasserwerferzüge – eine „kalte Dusche reicht nicht“.

## Niedrige Hemmschwelle

Doch neben der vorgeblichen Eigensicherung und der taktischen Anforderung, gegen militante Störer auch jenseits der Steinwurfgrenze gezielt vorgehen zu können, bietet das Stichwort Distanzwaffe noch einen dritten, mehr psychologischen Aspekt: Aus Untersuchungen an Soldaten läßt sich ablesen, daß mit zunehmender Entfernung zwischen Täter und Opfer eine Abstumpfung eintritt. Wer die Folgen seiner Handlungen nicht unmittelbar sieht, braucht sich auch nicht vor sich selbst zu verantworten, und entfernt sich, distanziert sich damit von seiner (psychologisch gesprochen) Mitleidsfähigkeit. Auch deshalb sinkt die Einsatzschwelle potentiell tödlicher, hochtechnisierter Polizeiwaffen.

Aus der offiziellen Begründung, mit Distanzmitteln einzelne „Störer“ oder kleine militante Grüppchen in die Schranken verweisen zu wollen, um das Recht auf friedliche Demonstrationen zu gewährleisten, ist in der Polizeipraxis längst ein Konzept zur Bekämpfung von protestierenden Menschenmengen geworden: Der großflächige Abwurf von CS-Behältern aus Hubschraubern, die Zusammenstellung von 41 Wasserwerfern am WAA-Bauzaun zu Ostern, die Beschießung von Unbeteiligten, Kindern und Sanitätskräften zeigen deutlich, daß die Köpfe des bayerischen Innenministeriums die gesamte Region befrieden wollen. Wer CS derart hemmungslos unter Volk bringt, hat die Grenze zwischen gesetzlich festgelegtem Polizeiauftrag und Aufstandsabwehr längst überschritten.

Es gehört zu den absurden Begleiterscheinungen, daß die Forderung nach Distanzwaffen ursprünglich einen durchaus fortschrittlichen Ansatz hatte. Es war nämlich die Gewerkschaft der Polizei, die jahrelang die militärische Ausbildung und Ausrüstung der Bereit-

schaftspolizisten beharrlich ablehnte, Handgranaten und Maschinengewehre aus den Arsenalen verbannt sehen wollte und stattdessen eine polizeitypische Bewaffnung forderte, die den Schusswaffeneinsatz überflüssig machen sollte. Das Ergebnis ist, daß heute das ausgeklügelte Distanzwaffenarsenal und eine ganze Palette Schusswaffen zur Verfügung stehen.

Immerhin ist es gelungen, die Einführung von Gummigeschossen zu verhindern: Der gezielte Abschuß von Projektilen hätte sich angesichts der friedlich bleibenden Anti-Raketenbewegung auch nur schwer legitimieren lassen.

Es hat in der öffentlichen Auseinandersetzung nach Günter Sares Tod den Streit gegeben, ob es nun ein Verkehrsunfall mit tödlichen Folgen oder eine vorsätzliche Handlung war und hinsichtlich des tödlichen Asthma-Anfalls der 38jährigen am Ostermontag im Taxöldener Forst ist bis heute ungeklärt, welchen Anteil der vorangegangene CS-Einsatz hatte. In diesem Zusammenhang sei zum Schluß die Frage gestellt, ob tödliche Einsatzfolgen bei Demonstrationen nicht längst in Kauf genommen werden, und welche Rolle die Polizeittechnologie dabei spielt.

## Die innenpolitische Abschreckungsdoktrin

Für jede einzelne Waffe der genannten Aufzählung sind seit ihrer jeweiligen Einführung schwerste Verletzungsfolgen dokumentiert. Und die Zahl der fast tödlichen Zwischenfälle hat in den letzten Jahren zugenommen. Es gibt Einsatzgruppen und Einsatzbefehle, deren einziges Ziel darin besteht, Menschenansammlungen ohne Pardon auseinanderzuprügeln oder mit anderem Gerät zu vertreiben. Und es herrscht häufiger als man glaubt, auf Polizeiseite eine Stimmung, die sich in dem Wunsch ausdrückt, dem ganzen Demonstrantenspek am liebsten gleich den Garau zu bereiten. Es mutet gelegentlich wie ein Wunder an, daß nicht bereits viel mehr und schlimmere Folgen aufgetreten sind.

Die politischen Verhältnisse der BRD schreiben der Polizei die Aufgabe zu, Protestbewegungen auf der Straße mit einem abgestuften Gewaltkonzept niederzuhalten, mit der jeweils geringstmöglichen Gewalt.

Zu dieser innenpolitischen Abschreckungsdoktrin gehören allerdings auch der gezielte Übergriff der Polizei und die gezielte Eskalation: entweder um exemplarische Strafaktionen vorzuführen oder um Radikalisierungen einen Riegel vorzuschieben.

Die vorhandene Unterdrückungstechnologie entspricht von ihrer technischen und taktischen Konzeption her exakt diesem doppelstimmigen Polizeiauftrag.

Der Tod Günter Sares und Alois Sonnleitners mag durchaus im strafrechtlichen Sinne als Unfall gewertet werden, ein Zufall ist er jedoch nicht – sondern

Ergebnis der gezielten Ausweitung und Verfeinerung des Unterdrückungsapparates. Und wer hierfür die politische Verantwortung in Wiesbaden, München und Bonn zu tragen hat, darüber dürften eigentlich keine Unklarheiten bestehen: Die Sicherheitsfetischisten des Atomstaates.

Redaktion STRASSENMEDIZIN,  
(Hamburg), Mitteilungsblatt der  
Sanitätsgruppen

teile gegenüber dem jahrzehntlang benutzten Tränengas CN hatten sich die Innenminister durch ein Gutachten des halboffiziellen Fraunhofer-Instituts bescheinigen lassen: Bereits 1979 war dort die Bitte der Innenministerkonferenz eingetroffen zu klären, „ob die Verwendung von CS in Reizstoffsprühgeräten unbedenklich ist.“ (3) Die Antwort des maßgeblich durch Aufträge des Innen- und Verteidigungsministeriums finanzierten Institutes lautete wie erwünscht: „CS ist zur Zeit ... das wichtigste und sicherste Mittel der sog. 'incapacitating agents', d.h. der handlungs-/kampfunfähigmachenden Stoffe.“ (4)

weitaus schneller ein und geht in der Regel auch eher zurück — in den Augen von Polizeitaktikern ein enormer Vorteil, um höhere Festnahmeziffern zu erreichen.

### „Medizinisch und toxikologisch unbedenklich“

Mit Taschenspielertricks und methodischen Fehlern gelang der Fraunhofer-Studie der Nachweis einer weitaus höheren Giftigkeit von CN gegenüber CS: „In den USA kam es während einer 40-jährigen Verwendung von CN im Polizei-Einsatz zu einem Verlust von über 100 Augen“, enthüllten die Untersucher ihren Auftraggebern und folgerten, daß CS deshalb eine „ungleich höhere Sicherheit“ besitzt und „allein schon aus diesem Grunde favorisiert werden sollte.“ Die

# „Betroffene geraten in Atemnot“

Foto: Schwarz-Rot-Fotografie

Bayern, März 1981: Staatssekretär Dr. Neubauer aus dem Innenministerium begrüßt die von der großen Brokdorf-Demonstration heimkehrenden Polizeieinheiten. Der Augenblick verlangt nach markigen Worten: „Es ist an der Zeit, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch pseudointellektuelles Gefasel nicht überzustrapazieren.“ (1) Die dumpfe Drohung hatte einen durchaus erfreulichen Hintergrund, denn die winterlichen Temperaturen in der Wilstermarsch hatten die Wirkung des Tränengases CN gewaltig abgeschwächt, so daß der Polizeieinsatz vor dem AKW-Bauzaun nicht so recht in Schwung kam.

Zwei Monate später setzten militante Kriegsgegner den Auftakt der Friedensbewegung: Vor dem Bremer Weserstadion lieferten sie der Polizei stundenlange Straßenschlachten. Drinnen im Stadionrund verhüllten Rauchschwaden die groß angekündigte Rekrutenvereidigung vor Bundespräsident Carl Carstens. Aufgebrachte Sicherheitsfanatiker von SPD bis CSU verfielen in schrille Töne: Neue Waffen braucht das Land, her mit Distanzmitteln!

## Aufrüstung oder Deeskalation?

Gesagt, getan: Im Sommer 1981 kam es zu jener denkwürdigen Waffenschau auf dem Gelände der ehemaligen Dachauer SS-Schule, in der Adolf Eichmann ausgebildet worden war, und wo heute eine Abteilung der bayerischen Bereitschaftspolizei kaserniert ist. Vor den Augen Innenminister Gerold Tandler und seiner Gang führten abkommandierte Polizeifreiwillige Scheinangriffe auf Wasserwerfer. Dichte CS-Wolken trieben sie zurück, einige brachen im Nebel zusammen. „Das Arrangement war doch vorzüglich!“, befand ihr Minister anschließend tränendes Auges, die Vorführung hatte ihn überzeugt: Als erstes Bundesland führte der Freistaat im August 1981 daraufhin das von der Genfer Konvention geächtete „Kotzgas“ CS ein (2). Die anderen christlich regierten Bundesländer folgten mit einigen Monaten Abstand; nur die sozialdemokratischen Innenminister und ihre FDP-Kollegen in Bund und Ländern wollten sich mit dem vorhandenen Arsenal zufrieden geben, um den Burgfrieden mit der Anti-Raketen-Bewegung nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Deeskalation hieß das Rezept.

Die Wirkung von CS (Ortho-Chlorbenzylidenmalondinitril) und die Vor-



## „Demoralisierende Wirkung erwünscht“

Das klang vielversprechend, und erst recht die Aufzählung der Wirkungen im einzelnen: „Im Augenbereich in wenigen Sekunden heftiges Brennen, Schmerzen, Tränenfluß und eine Bindehautentzündung. (...) In den oberen Luftwegen stellen sich Husten, Zungenbrennen ein und — im Sinne einer durchaus erwünschten Zunahme der unerträglichen, demoralisierenden Wirkung — ein brennendes Gefühl der Brustbeklemmung.“ Dies „ist typisch für CS: Das damit verbundene Angstgefühl verstärkt die Reizstoff-Gesamtwirkung. Betroffene unterdrücken Ein- und Ausatmung und geraten damit in Atemnot...“. Als weitere Effekte nannte die Studie Hautrötungen und -schmerz sowie Übelkeit und Erbrechen.

Bis auf den Kotzeffekt und die ausgeprägte Atembeeinträchtigung waren die genannten Wirkungen zwar auch vom CN bekannt, aber das klassische Tränengas hatte zwei Nachteile: Erfahrene Demonstranten zeigten einen gewissen Gewöhnungseffekt, und niedrige Temperaturen schwächen den Einsetzerfolg. Überdies tritt die CS-Wirkung

Wissenschaftler sicherten ihre Beweisführung um die gesundheitliche Ungefährlichkeit des CS durch falsche Maßeinheiten, Nichtbeachtung kritischer Quellen und gezielte Auswahl vorhandener Meßwerte aus überdies wenig aussagekräftigen Tierversuchen ab. Fazit: „Aus medizinisch-toxikologischer Sicht und nach dem heutigen Stand des Wissens ist die Verwendung von CS in Reizstoffsprühgeräten unbedenklich.“

Unabhängige Wissenschaftler mochten sich dieser Empfehlung nicht anschließen. Sie machten ihre kritische Beurteilung des „Gefälligkeitsgutachtens“ — so der C-Waffen-Experte und Chemiker Dr. Alfred Schrempf — insbesondere an dem grundlegenden Widerspruch fest, daß CS laut Regierungsgutachten „in wenigen Sekunden zur Handlungsunfähigkeit führt“, aber trotzdem „in der Regel durch sofortige Flucht eine Selbstlimitierung“ erfolgen sollte. (5)

Daß „authentische Berichte über Todesfälle nach CS beim Menschen ... nicht bekannt“ seien, hielt einer Überprüfung in der Fachliteratur nicht stand. Der CS-Einsatz der US-Army gegen südvietnamesische Dörfer und Tunnelsysteme forderte mindestens

689 Todesopfer, dokumentierte das Russel-Tribunal. Einzelne Todesfälle wurden auch aus Nordirland, den USA und Frankreich gemeldet. (6)

Der Kieler Toxikologe Prof. Ottmar Wassermann bemängelte außerdem die fast ausschließliche Auswahl der Testpersonen aus Militär- und Polizeieinheiten: „Nicht repräsentativ für den Durchschnitt der bei einem CS-Einsatz betroffenen Bevölkerungsgruppe.“, beispielsweise hinsichtlich der „individuellen Empfindlichkeit“ von Bronchitis- oder Asthmakranken (7). Gerade dieser Personenkreis wird auch in britischen und niederländischen Regierungsgutachten als Risikogruppe genannt. (8)

Doch die Bedingungen für tödliche Konzentrationen „sind in der Praxis des Reizstoff-Einsatzes nicht erreichbar“, behauptete die Fraunhofer-Studie und schloß mit der Rückversicherung: „Die letzte Sicherheitsgarantie obliegt damit der Sorgfalt des Anwenders.“

### „Keine technische Schwierigkeiten

Umgehend zogen die Polizeitechniker nach: Für das gesamte Arsenal der bisherigen CN-Kampfstoffträger legten sie Nachfolgeuntersuchungen vor. Mehrere hundert „Freiwillige“ der Polizei mußten sich bundesweit den CS-Dämpfen aus Chemischen Keulen, werf- und abschießbaren Tränengaskörpern und großen Sprühgeräten aussetzen. Allein 200 Beamte ließen Polizeiführer von April bis Dezember 1981 gegen das Wasser-CS-Gemisch aus Wasserwerfern anrennen, dann war alles klar: „... keine technischen Schwierigkeiten ... völlig unbedenklich ... In der Regel sollte eine Konzentration von 300 mg CS/l im Mittel verwendet werden, es sei denn, daß taktische Gegebenheiten ein Abweichen von diesen Mischungsverhältnissen erforderlich machen.“ (9)

Der vertrauliche Wasserwerfer-Bericht war kaum über die dienstinternen Verteiler gelaufen, da passierte eine tödliche Panne: Ein kerngesunder 19-jähriger Polizeibeamter erkrankte im Mai 1982 beim Baden. Tags zuvor hatte er sich als Versuchskaninchen völlig ungeschützt zweimal einem Wasserwerfer mit ansteigenden CS-Konzentrationen aussetzen müssen und war dabei kurzfristig zu Boden gegangen. Ein unter fragwürdigen Umständen durchgeführtes gerichtsmmedizinisches Gutachten konnte einen Zusammenhang des mysteriösen Todes mit dem CS-Test letztlich nicht ausschließen. (10) Die Umrüstung in den schwarz regierten Bundesländern lief ungehindert weiter.

Fast vier Jahre ergab sich keine günstige Gelegenheit, das Zeug unters Demonstrantenvolk zu bringen. Die Friedensbewegung blieb gewaltfrei, andere Testgruppen boten sich nicht an. Es war die Anti-AKW-Bewegung, die am Ostermontag in Bayern die Premiere erlebte: Mit einem kombinierten CN-CS-Einsatz gingen 41 Wasserwerfer, das weltweit bislang größte Aufgebot, und 3.000 Beamte zu Fuß gegen die Menge vor dem Bauzaun der oberpfälzischen WAA vor. Im Kampfgasnebel scheiterte der Versuch, „am Bauzaun zu rütteln“. Mehrere hundert Menschen mußten sich hustend, spuckend und nach Luft schnappend in die Behandlung der Demo-Sanis und BI-Ärzte begeben. Abseits vom Geschehen, aber nach Zeugenaussagen noch in einem Bereich, wo die Reizstoffe Wirkung zeigten, verspürte der 38-jährige Alois H. einen nahenden Asthma-Anfall. Sein mitgeführtes Spray bewirkte keine ausreichende Besserung seiner Beschwerden. Auf der Suche nach einer

Stromquelle für sein elektrisch betriebenes Atemgerät wandte er sich an die Polizei. Die ließ ihn in das nächste Krankenhaus einliefern. Dort stellten die Ärzte seinen Tod fest.

Der Polizeibericht will keinen Zusammenhang zwischen dem CS-Einsatz und dem Asthmaanfall zulassen. Doch bei Asthmakranken können schon wenige Moleküle eines Reizstoffes einen Erstickungsanfall auslösen. Eine gerichtsmedizinische Obduktion wird in diesen Fällen aller Erfahrung nach keine CS-Abbauprodukte im menschlichen Körper finden.

Polizeibeamte mit Asthma oder allergischen Erkrankungen können sich von Demonstrationseinsätzen befreien lassen. Schon das Fraunhofer-Gutachten hatte empfohlen, „sollten Polizeibeamte zu diesen seltenen Allergikern gegenüber CS rechnen, wären sie vom Umgang mit Reizstoffen auszuschließen.“

Der Demonstration vor dem Wackersdorfer Bauzaun kündigte die Einsatzleitung nicht einmal die CS-Premiere an.

Sanitätergruppe Hamburg

Seite 34

Quellen:

## Juristische Stellungnahme von Rechtsanwalt

# Wolfgang Baumann

## zum Einsatz von

# CS- und CN-Gas

## bei der Demonstration am Ostermontag am WAA-Gelände Wackersdorf

(...) Die Polizei hat am Rande der Großdemonstration am Ostermontag am WAA-Gelände bei Wackersdorf erstmals das Reizgas CS eingesetzt, mit dem die Bayerische Polizei nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern seit Juli 1981 ausgerüstet ist. (...)

(...) CN- und CS-Gas unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten

Im Genfer Protokoll von 1925 verpflichtete sich das Deutsche Reich, neben anderen Staaten, das Verbot der „Verwendung von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensarten im Kriege“ anzuerkennen. Nach einer Mitteilung des Bundesministers des Innern in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Bundesinnenausschusses am 18. 6. 1979 ist das Kriegsvölkerrecht (Genfer Protokoll von 1925) für den polizeilichen Einsatz von CN- und CS-Gas nicht einschlägig, da nicht die Tötung eines Menschen Ziel ihrer Anwendung sei.

Diese Differenzierung wird nach einheitlicher Auffassung in der völkerrechtlichen Literatur abgelehnt; Ziel chemischer Kampfstoffeinsätze im Kriegsfall ist die Kampfunfähigkeit des Gegners, ohne daß notwendigerweise das Giftgas tödliche Wirkungen herbeiführen muß.

Dem eindeutigen Wortlaut zur Folge bezieht sich das Genfer Protokoll nur auf die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei Staaten, allein auf den Kriegsfall. Nach den Brüsseler Verträgen über Rüstungskontrolle unterliegen nur solche chemische Waffen dem Herstellungsverbot, die dazu bestimmt sind, „für militärische Zwecke“ ausgenutzt zu werden, so die Definition in Anlage II Nr. III des Protokolls.

Damit besteht für militärische Zwecke ein allgemeines Verbot der Herstellung und Verwendung von Giftgasen, wie sie auch die Tränenreizstoffe CN und CS darstellen.

Infolgedessen findet das Verbot keine Anwendung für den zivilen Einsatz dieser Tränengase, insbesondere als Mittel polizeilicher Gefahrenabwehr.

Die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Genfer Protokoll und den Brüsseler Verträgen, die ausschließlich für den Kriegszustand „humanitäres Kriegsvölkerrecht“ regeln, bauen letztendlich auf einem nach allgemeiner Überzeugung zu beachtenden menschlichen Mindeststandard auf. Damit drängt sich der Schluß auf, daß die Menschenrechtsgarantien in Friedenszeiten „erst recht“ den Einsatz von Giftgasen als Polizeikampfmittel verbieten.

Jedoch wird groteskerweise allgemein unter den durch das Verbot chemischer Waffen gebundenen Nationen die Ansicht vertreten, daß das Kriegsvölkerrecht den Einsatz von Reizstoffen durch die Polizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Inneren eines Landes nicht untersage.

E. Einsatz von CS- und CN-Gas nach dem geltenden Polizeirecht

Nach Art. 40 Abs. 3 des Polizeiaufgabengesetzes vom 24. 8. 1978 (PAG) sind Reizstoffe, wie sie die Tränengase CN und CS darstellen, sogenannte Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Das alte Polizeiaufgabengesetz für Bayern von 1954 sah noch eine Zuordnung der Reizmittel zu den Waffen vor. Der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (MEPoIG) der Länder vom 25.11. 1977, dem das PAG im wesentlichen folgt, begründet die Einordnung zu den

## Quellen:

1. DIE POLIZEI, 8/81
2. Die Welt, 9.7.81; Die Zeit, 16.7.81; Die Tat, 17.7.81; FR 14.7.81.
3. Schreiben liegt den Autoren vor.
4. U. a. veröffentlicht in CILIP 9-10, Dez. 1981.
5. Seite 4.
6. U. a. in Ruhe oder Chaos, Technologie der politischen Unterdrückung, Hamburg 1982.
7. Leserbrief vom 19.10.82 an die Kieler Nachrichten, Abschrift in Straßenmedizin, Mitteilungsblatt der Sanitärergruppen, Dez. 1982.
8. Himsworth Committee (1969, 1971): Report of the enquiry into the medical and toxicological aspects of CS, London, H.M.S.O. Cmd. 4173 (I) and 4775 (II).  
Elskamp/de Mik: CS-Tränengas, Eine toxikologische Auswertung, Gutachten für das Innen- und Justizministerium der Niederlande, Juli 1982.
9. Abschlußbericht der Technischen Kommission (TK) des Arbeitskreises II (AK II) der Innenministerkonferenz (IMK) über Versuche mit dem Wasserwerfer unter Verwendung des Reizstoffes CS, Anfang 1982.
10. Med. Hochsch. Hannover, Institut für Rechtsmedizin, Aktenzeichen L 188/82 s vom 9.12.82: Leichensache Michael Rolf.



Hilfsmitteln mit der sachgerechten Zusammenfassung der Reizstoffe mit den Betäubungsmitteln. Dieser Neueinstufung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Einsatz von Reiz- und Betäubungsmitteln die Anwendung von Schußwaffen entbehrlich machen soll.

Die Differenzierung zwischen „Hilfsmitteln“ und „Waffen“ als Mittel des unmittelbaren Zwangs ist deshalb erheblich, weil für den Waffengebrauch verschärfte Vorschriften Anwendung finden, insbesondere hinsichtlich der Androhung vor der Ausübung des unmittelbaren Zwangs.

Angesichts der öffentlichen Diskussion um die Gefährlichkeit des CS-Gases im Jahre 1981, als Bayern als erstes Land die Absicht verkündete, seine Polizei mit CS-Gas auszurüsten, hat Bremen in seinem neuen Polizeigesetz 1983 in § 41 Abs. 4 Reizstoffe unter dem Begriff „Waffen“ eingestuft, damit die schärferen Bestimmungen über Waffen gerade auch für Reizstoffe gelten sollen.

F. Einsatz von CS- und CN-Gas in Wackersdorf am 31. 3. 1986:

Vorliegend stellt sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Einsatzes von CN- und CS-Gas durch die Polizei am Ostermontag in Wackersdorf.

Bei jeglicher polizeilichen Maßnahme ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als oberste Leitmaxime zu beachten. Zunächst heißt dies, daß von mehreren möglichen und geeigneten Maß-

nahmen nur diejenige getroffen werden darf, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt (...).

Zum anderen darf die getroffene Maßnahme keinen Nachteil verursachen, der außer Verhältnis zum erstrebten Erfolg steht (Art. 4 Abs. 2 PAG) – Grundsatz des Übermaßverbotes oder der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn (2). (...)

(...) In der Vollzugsbekanntmachung zu Art. 40 PAG Ziff. 40.9 wird sogar ausdrücklich angeordnet, daß der Gebrauch von Reizstoffen (Tränengas) subsidiär gegenüber den anderen in Art. 40 Abs. 3 PAG aufgeführten Hilfsmitteln ist. (...)

Bei den Vorkommnissen in Wackersdorf kann nicht von einer Verhältnismäßigkeit der Mittel gesprochen werden, da den zwischen 100 und 500 gewalttätigen Störern, die den Bauzaun aufzuschneiden und auf das Baugelände einzudringen versuchten, auf der anderen Seite des Bauzauns Hundertschaften von Bereitschaftspolizisten und 40 Wasserwerfern gegenüberstanden. (...)

Wenn nun schon der Einsatz gegenüber den gewalttätigen Demonstranten als nicht verhältnismäßig erscheint, so war er völlig unsinnig gegenüber denjenigen die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, durch eine Menschenkette friedlicher Demonstranten Gewalttätigkeiten zu verhindern. (...) Damit zeigt sich, daß die Maßnahme absolut unverhältnismäßig war. Dieses Ergebnis wird noch be-

stätigt durch die oben für die Einführung des CS-Gases genannte Begründung des Gesetzgebers, wonach der Einsatz von Reiz- und Betäubungsmitteln erst dann in Betracht kommt, wenn die Anwendung von Schußwaffen ansonsten bevorzünde. Das war nun in Anbetracht der Situation überhaupt nicht geboten.

2. Auch das Übermaßverbot wurde bei den Auseinandersetzungen in Wackersdorf nicht gewahrt, weil die größere Zahl der friedlichen Demonstranten am Bauzaun unzulässig von den CS- und CN-Gasen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Gefährdung von Leben und Gesundheit von Unbeteiligten wiegt weit schwerer als die von der Polizei abzuwehrenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die begrenzte Zahl der Gewalttäter auch die Art der Straftaten, nämlich Sachbeschädigung und Landfriedensbruch, in geringerem Maße Körperverletzung, lassen das Geschehen in keinem anderen Licht erscheinen. (...)

(...) Der Einsatz von CS- und CN-Gasen stellt eine Körperverletzung dar, die durch nichts gerechtfertigt werden kann.

(...) Gegen diese vorsätzlichen Körperverletzungen ist sowohl strafrechtlich als auch verwaltungsrechtlich vorzugehen. Die Betroffenen sollten von ihren Rechten Gebrauch machen und die Verantwortlichen, den Bayerischen Innenminister und den Polizeipräsidenten der Oberpfalz, Herrn Friker, anzeigen wegen vorsätzlicher Körperverletzung. (...)

W. Baumann, Rechtsanwalt

## Strafantrag gegen Hillermeier und Friker

– ANTRAGSTELLER –

Peter Braun, Straßenäcker 18, 7140 Ludwigsburg,  
Ulrich Hensinger, Siemensstr. 14, 7140 Ludwigsburg,  
Maria Keller, Alt-Württemb.-Allee 57, 7140 Ludwigsburg,  
Willi Karremann, Tammerstr. 25, 7140 Ludwigsburg,  
Annemarie Karremann, Tammerstr. 25, 7140 Ludwigsburg,  
Helga Miranda, Straßenäcker 32, 7140 Ludwigsburg,  
Ursula Vyzina, Auf der Schanz 65, 7140 Ludwigsburg,  
Milo Vyzina, Auf der Schanz 65, 7140 Ludwigsburg,  
Reiner Kusmann, Marbacherstr. 81/2, 7140 Ludwigsburg

An die Staatsanwaltschaft Amberg  
Regierungsstr. 8

8450 Amberg

Strafantrag

gegen

1. Karl Hillermeier, Innenminister des Freistaates Bayern

2. Hermann Friker, Polizeipräsident von Regensburg, örtlicher Einsatzleiter der Polizei am 31. 3. 1986 bei der Großkundgebung im Taxöldener Forst bei Wackersdorf

wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung (§ 223a StGB), der fahrlässigen Körperverletzung (§ 230 StGB) und unterlassener Hilfeleistung (§ 323c StGB).

Sachverhalt:

Am 31. 3. 1986 versammelten sich ca. 80 000 Personen im Rahmen einer genehmigten Demonstration (...).

(...) Gegen 15 Uhr begann die Polizei jedoch ohne Vorwarnung mit ihren Wasserwerfern, deren Wasser CN- und CS-Gas beigemischt war (...).

(...) Gleichzeitig mit dem Einsatz der Wasserwerfer gegen die friedlichen Kundgebungsteilnehmer schoß wieder ohne Vorankündigung die Polizei mehrere Tränengas-Granaten ca. 200 m außerhalb des Bauzauns in den dichten Wald. (...) Infolge der stürmischen und wechselnden Windverhältnisse verbreitete sich das CN- und CS-Gas weit außerhalb des Baugeländes und führte noch 1 km entfernt auf dem Kundgebungsplatz zu Augenreizungen und Hustenanfällen von Teilnehmern.

(...) Die Ärzte und Sanitäter waren nur dürftig ausgerüstet (sie wußten auch nichts vom CS-Gas-Einsatz) und versuchten, Hunderte von Leuten die Augen auszuwaschen. Als das knappe Wasser in wenigen Kanistern kurze Zeit unbeaufsichtigt blieb, wurde es vom Bundesgrenzschutz vorläufig beschlagnahmt und weggenommen (...).

(...) Der Direktbeschuß von einem Wasserwerfer verursachte bei dem Kundgebungsteilnehmer WILLI KARREMANN mehrere Blutergüsse und führte durch die CS-Gas-Einwirkung zu einer Bronchialreizung und Atemnot.

Beiweis: beigefügtes ärztliches Attest, Zeugnis von Willi Karremann, Tammerstr. 25, 7140 Ludwigsburg.

Herr Karremann stand zum Zeitpunkt des Beschusses ca. 10 m vom Bauzaun entfernt und in einem Bauzaunabschnitt, von wo keinerlei unfriedliche Aktionen gegen den Zaun oder die Polizei ausgingen.

Die Kundgebungsteilnehmerin URSULA VYZINA, die ca. 300 m entfernt vom Bauzaun stand und vom Standort aus nicht auf den Zaun schauen konnte, erlitt durch das aerosolierte CS erhebliche Augenreizungen und Atembeschwerden.

Beweis: Zeugnis von Ursula Vyzina, Auf der Schanz 65, 7140 Ludwigsburg.

Diese beiden Geschädigten stellen Strafantrag gemäß § 232 StGB.

Aufgrund des gesamten Sachverhaltes stellen die Unterzeichner gegen die oben aufgeführten Personen wegen des Verdachts von strafbaren Handlungen Strafantrag gemäß § 158 StPO.

Der Verdacht einer strafbaren Handlung gegen den bayerischen Innenminister ergibt sich aus seiner Dienstaufsicht gegenüber dem örtlichen Einsatzleiter.

Es ist anzunehmen, daß die Amberger Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellt. Dasselbe hat sie bereits mit einer Anzeige gleichen Inhalts des SPD-Landtagsabgeordneten Peter Kurz, ohne Hinzuziehen von Zeugenaussagen und Beweisen hinsichtlich der vorsätzlichen Gesundheitsgefährdung von Hunderten von Leuten, getan.

## Wasserwerfer-Erfahrungen vor Wackersdorf

Wasserwerfer – das klingt nach kalter Dusche, bestenfalls nach einer kräftigen Erleichterung. Dem Wasserwerfer wurde Tränengas beigemischt, klingt nach kalter Dusche und Zwiebelschneiden gleichzeitig.

Neben Bürgerkriegsstrategen und Technoflütlern kommen die Bürgerkriegspanzer mit Wasserkanonen auch den Polizeistrategen zu recht.

Häßliche Knüppel Szenen bleiben der „demokratischen“ Öffentlichkeit erspart und außerdem kann man ohne großen personellen Aufwand ganze Demonstrantengruppen von der Straße fegen.

Der Wasserdruck, den ein Wasserwerfer Typ 9000/6000 entwickeln kann (16 atü) macht die Einführung von Distanzwaffen wie Gummi- oder Plastikgeschosse weitgehend überflüssig und erspart den Anblick auf Demonstranten zielender Bullen.

Wasserwerfer-Treffer verursachen meist stumpfe Verletzungen, d. h. Verletzungen, die nicht nach außen bluten. So kann eine schwerwiegende Verletzung stattgefunden haben, ohne für Außenstehende überhaupt sichtbar zu sein.

Auch hat der wasserschießende Bulle eine größere Distanz zu seinen Opfern. Er muß sich nicht mehr ins Getümmel stürzen und höchstpersönlich Leute zusammenschlagen. Er nimmt auch die von ihm angerichteten Verletzungen nicht wahr. Er muß nur noch Knöpfchen drücken und Demonstranten gießen.

In der Vielfältigkeit seiner Anwendung ist der Wasserwerfer 9000/6000 fast unübertroffen: Er kann durch direkte Treffer schwer verletzen, kann Kampfgas an den Mann/die Frau bringen und ist eine rollende Festung, die sich auch bei ungünstigen Wegverhältnissen wegen ihres Allradantriebs ausgezeichnet als Verfolgungsfahrzeug eignet.

Daß die deutsche Entwicklung weltweit keinen Vergleich zu scheuen braucht, bestätigen auch nordirische Polizeiexperten. Herzlichen Glückwunsch!

### Einsatzkritik

Hauptsächlich wurden Wasserwerfer bisher dazu eingesetzt, gewaltfreie Blockaden oder wie vor einigen Tagen in

Foto: Joker



Wackersdorf Bürger, die einfach nur mal gucken wollten, von der Bildfläche zu blasen und einzugasen. Abschreckungstaktik gegen Menschen, die sich schon so entschlossen zeigen, daß sie bei weiterer Radikalisierung eine Gefahr für den Staat darstellen könnten, ohne, ob häßlicher Prügelszenen und blutiger Köpfe, die Öffentlichkeit an der Verhältnismäßigkeit der Mittel zweifeln zu lassen.

Weiterhin erwiesen sie sich zur Verteidigung bullenseits besetzter Gebiete als brauchbar. An der Startbahn West standen oft ganze Gaswände nach Wasserwerfer-Einsätzen im Wald und zogen dann durch Feld und Flur, wie auch der gezielte Strahl (vermeintliche) Chaoten in respektvollem Abstand hält.

In Frankfurt und an der Startbahn bewies man dann auch, daß sich diese über 20 t schweren Monster zur Jagd auf Demonstrantengruppen und einzelne vortrefflich eignen.

## Wasserwerfer-Verletzungen

### Vom Scheitel bis zur Sohle ... eine Auflistung

**Gehirnerschütterung** durch direkte Treffer an den Kopf und/oder Aufprall auf den Boden. Gerade beim Aufprall auf den Boden ist die Gefahr von schwerwiegenden Schädel-Hirn-Verletzungen gegeben.

Gehirnerschütterungen mußten wir z. B. bei den Blockaden im Dezember 1983 in Ffm-Hausen und bei der Bundestagsblockade November 1983 in Bonn versorgen. Bei Sitzblockaden in Gorleben (1) wurden einer Frau Jochbein und Wangenknochen gebrochen, indem sie ein Wasser-Werfer-Treffer zu Boden schleuderte.

**Augenverletzungen** erlitt o. g. Frau durch das Eindringen von Brillensplittern ins Auge, was mehrere Operationen nötig machte und wahrscheinlich zu bleibenden Schäden geführt hat. An weiteren Augenverletzungen sind uns bekannt: eine Augapfelprellung mit Vorderkammereinblutung (2), eine Augenprellung mit aufgeplatzt Lid (5) und eine Augenverletzung mit teilweisem Verlust des Augenlichtes (4), verursacht durch direkte Treffer ins Auge aus kurzer Entfernung.

**Halswirbelprellungen** oder Halswirbelschleudertraumen (a) durch direkte Treffer ins Genick sind uns bei mehreren Anlässen untergekommen (1, 3, 4, 5, 6). Die Gefahr bei Genicktreffern bzw. bei Wirbelsäulentreffern überhaupt ist, daß durch Wirbelverschiebungen oder -brüche eine Verletzung des Rückenmarkes stattfinden kann, die zu Lähmungen oder zum Tode (Genickbruch) führen kann!

**Zu Rippenbrüchen bzw. Rippenserienbrüchen** kam es bei mehreren Menschen

bei Blockaden in Gorleben (1) und Garstorf (2), wobei ein Mann neben einem Rippenserienbruch auch eine Lungenkontusion erlitt (1).

Ein stumpfes Bauchtrauma (1), Nieren- und Leberprellungen (1, 3, 5) mußten wir bis jetzt in Krankenhäuser bringen. Die Scheiße bei Bauchverletzungen ist, daß Sani nicht sehen kann, was genau wie schwer verletzt ist. Bei Zerreißung innerer Organe kommt es zu schweren Blutverlusten, Schock, bis hin zum Verbluten!

Auch **Blutergüsse** (1, 3, 4, 5, 6) sollten von uns nicht unterschätzt werden. Z. T. sind sie sehr großflächig, schränken die Beweglichkeit erheblich ein (6 - 8 Wochen Arbeitsunfähigkeit) (1) und können zu Thrombosen führen.

**Brüche von Gliedmaßen** sind uns nicht bekannt, befinden sich aber durchaus im Bereich des Vorstellbaren, wenn Mensch bedenkt, mit welcher Wucht Mensch aufs Pflaster geschleudert werden kann.

Auf die Wirkung von Tränengasen in Wasserwerfern möchte ich hier nicht weiter eingehen. Wichtig ist nur, daß Angst, Schock, Desorientiertheit, also Faktoren, die bei den o. g. Verletzungen auftreten können, durch Gaseinwirkung verstärkt werden. Also auf jeden Fall raus aus dem Gas!

Verfolgungsjagden mit spritzenden Wasserwerfern haben wir des öfteren in Frankfurt und an der Startbahn West erlebt. Grundsätzlich lösten solche Einsätze bei den Leuten Panik aus. Seitlich

zur Fahrtrichtung abhauen, irgendwohin, wo das Ungetüm nicht durchpaßt (schmale Gäßchen, Hauseingänge, hinter Bäume, in Schonungen) hat sich bewährt.

1974 wurde Wolfgang Hytrek durch einen Wasserwerfer in Frankfurt angefahren und schwer verletzt.

1986 wird Günther Sare mit Hilfe eines Wasserwerfers ermordet.

Für alle anderen gilt: Glück gehabt! Nicht dem besonnenem Vorgehen der Bullerei ist es zu verdanken, daß noch nicht mehr Menschen zu Tode kamen, sondern dem persönlichen Reaktionsvermögen der einzelnen. Rentner, Krüppel, Besoffene macht euch von der Straße! Es ist euer Problem, wenn ihr nicht schnell genug wegkommt, wenn ihr eure „demokratischen Rechte“ wahrnehmt.

Autonome Sanität, Hamburg  
(aus: Straßenmedizin 1/86)

(1) Tanz auf dem Vulkan, 4./5. Sept. 82, Gorleben

(2) Blockade der US-Kaserne Garstedt, Ostern 1984

(3) Blockaden des Pershinglagers in Ffm. Hausen, Dez. 83

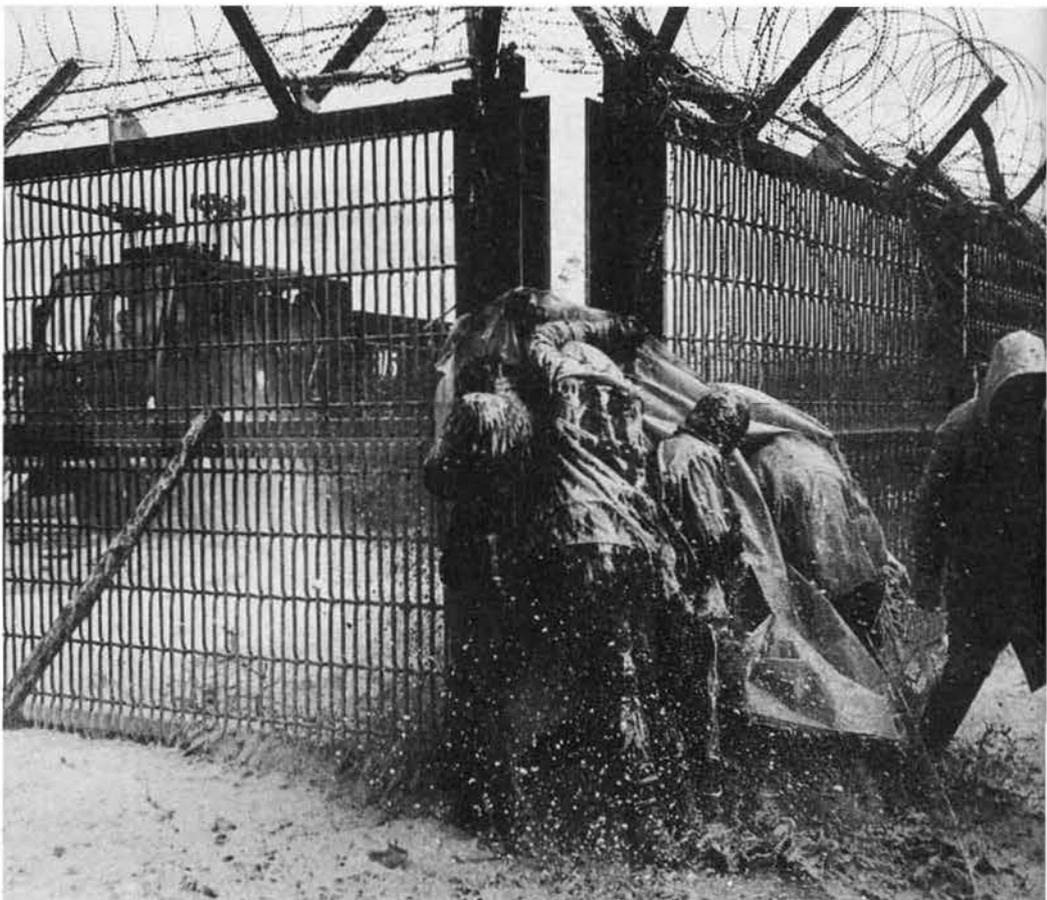
(4) Bundestagsblockade in Bremverhaven, Okt. 83

(5) Blockaden in Bremverhaven, Okt. 1983

(6) Startbahn West/Frankfurt. Der Bericht bezieht sich auf eigene Beobachtungen und ärztliche Atteste der genannten Verletzungen.

a) **Halswirbelschleudertrauma:** entsteht durch ruckartiges Hin und Herschleudern des Kopfes. Folgen: Zerrung von Rückenmarkfasern, dadurch Schmerzen und z. T. schlaffe Lähmungen, möglicherweise Abriß der eng an der HWS verlaufenden Arteria verte - bralis.

Foto: Joker



# Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen

Brigitte Gollwitzer (Bundesvorsitzende der Gustav Heinemann Initiative, GHI)  
Prof. Dr. Jürgen Seifert (Bundesvorsitzender der Humanistischen Union e.V.)  
Prof. Dr. Gerhard Thielecke (Stellv. Bundesvorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, BUND)  
Petra Kelly (MdB, Grace P. Kelly Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e.V.)  
Klaus Vack (Sekretär vom Komitee für Grundrechte und Demokratie)  
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (Theologe)  
Dr. Beatrix Tappesser (Stellv. Vorstandssprecherin Ökoinstitut Freiburg)  
Ina Deter (Musikerin)  
Dr. Christa Reißner (Pressesprecherin der Badisch Elsassischen Bürgerinitiativen)  
Lukas Beckmann (DIE GRÜNEN, Sprecher im Bundesvorstand)  
Karl Bergmann (Ökobank-Initiative)  
Gerd Billen-Girmascheid (Die Verbraucher Initiative e.V.)  
Wolfgang Drogmann (Robin Wood, Mitglied des Bundesvorstandes)  
Joscha Fischer (Minister für Umwelt und Energie, Hessen)  
Herbert Grünemeyer (Musiker)  
Willibald Kwalisch (Bürgerinitiative Stop Kalkar, Kläger gegen den Schnellen Brüter)

Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, IPPNW)  
Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste)  
Trude Unruh (Graue Panther)  
Hans Schulerer (Landrat im Landkreis Schwandorf)  
Christa Reetz (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)  
Karlheinz Koppe (Pax Christi)  
Monika Griefahn (Vorstand Greenpeace International)  
Werner Konias (Sprecher des Dachverbandes der Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA)

Brigitte Krenkers (Organisation für Direkte Demokratie)  
Marie Marcks (Karikaturistin)  
Detlef zum Winkel (Hessisches Volksbegehren für den Frieden)  
Wolfgang Niedecken (Komponist, Texter, Gruppe BAP)  
Henning Obst (Vereinigung Demokratischer Juristen, VDJ)  
Karl Friedrich Osenberg (Bauer, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft-Bauerblatt)  
Alexander Schubart (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen, BUF)  
Prof. Dr. Ernst Schubert (Mathematiker, Mitbegründer der Freien Hochschule für Anthroposophische Pädagogik)

Jo Leinen (Minister für Umwelt, Saarland)  
Ewald Lienen (Bundesliga-Fußballspieler, Sportler für den Frieden, Friedensliste)  
Günther Lott (Apotheker, Friedenssteuerinitiative, FSI)  
Ulla Meinecke (Sängerin, Autorin)  
Barbara Seufft (Frauen für den Frieden)  
Michael Sexauer (Volksbegehren für den Frieden Baden-Württemberg)  
Martin Singe (Initiative Kirche Von Unten, IKVU)  
Konstantin Wecker (Texter, Musiker, Sänger)  
Johannes Stüttgen (Freie Internationale Universität, FIU)

Dr. Jens Scheer (Professor für Kernphysik Universität Bremen)  
Michael Bader (Aktion Dritter Weg)  
Gert Bastian (MdB, Generale für den Frieden)  
Ulli Beller (Geschäftsführer des Deutschen Umwelttages)  
Gerald Häfner (Aktion Volksentscheid)  
Wilfried Heidt (Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht)  
Arno Huber (Netzwerk, Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreis, SPAK)  
Prof. Dr. Robert Jungk (Publizist)  
Matthias Kollatz (Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD)

## Die Atomkatastrophe von Tschernobyl – Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Ein Offener Brief

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen die Atomkatastrophe von Tschernobyl, diese deutlichste Warnung seit Hiroshima und Nagasaki, zum Anlaß nehmen, so schnell wie möglich die **Abschaltung aller Atomanlagen** zu erreichen.

Die unmittelbare Betroffenheit sehr vieler Menschen hat in den letzten Tagen an vielen Orten zu Aktionen, Demonstrationen, Appellen, Unterschrifteninitiativen und Anzeigen in verschiedenen Zeitungen geführt. Dies sind wichtige und notwendige Teile eines Protestes gegen die umfassende Gefährdung unseres Lebens und unserer Lebensgrundlagen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten – wir erinnern an die starke Anti-Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre und an die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre – haben zwar viele Menschen aktiv gegen den Atomstaat protestiert, doch letztlich ist das Atomprogramm im zivilen und militärischen Bereich weiter und weiter ausgebaut worden.

**Wir halten es deshalb für erforderlich, daß wir unsere Protestformen erweitern.** Was den Menschen in Schweden, in Österreich, in der Schweiz, in Spanien und anderen Ländern möglich ist, darf auch uns nicht länger verwehrt werden. **Wir brauchen einen bundesweiten Volksentscheid über die Abschaltung aller Atomanlagen, bei dem jede/r Bürger/in verbindlich mit Ja und Nein abstimmen kann.** Obwohl das Grundgesetz der Bundesrepublik in Art. 20/2 neben Wahlen auch ausdrücklich Abstimmungen vorsieht, gibt es hierzu bisher auf Bundesebene keine Ausführungsbestimmungen. Anders in den meisten Bundesländern: Hier sind Volksbegehren und Volksentscheid möglich und mit diesem Instrument wurde ja in den letzten Jahren auch in Hessen, in Baden-Württemberg und in Bayern versucht, die Startbahn-West, die Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen und die Wiederaufarbeitungsanlage zu verhindern. Unterschriften gab es in sehr kurzer Zeit genug, doch die Volksbegehren wurden wegen der Zuständigkeit des Bundes vom Gericht verworfen.

**Deshalb: Um nicht ein weiteres Mal bei Appellen stehen zu bleiben, die für die verantwortliche Regierung keiner Konsequenzen haben – die Anti-Atomtod-Bewegung erreichte 1958 über zehn Millionen Unterschriften, der Krefelder Appell sieben Millionen – müssen wir uns jetzt zusammenschließen und mit vielen Menschen, Gruppen, Initiativen und Verbänden, die sich seit langem oder auch erst jetzt einer Anti-Atompolitik verpflichtet fühlen, einen bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen durchsetzen.**

**Es ist an der Zeit: Wir müssen uns demokratische Instrumente erkämpfen, die uns nicht länger zu Bittstellern-innen gegenüber der jeweiligen Regierung machen.**

Der beigefügte Unterschriftentext für den bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen ist bewußt einfach und kurz formuliert. Er kann nur das wesentliche enthalten.

**Bitte unterstütze/n Sie/Du mit Ihrer/Deiner Unterschrift diese Initiative.**

**Für die Veröffentlichung einer ersten mobilisierenden Anzeige mit den Erstunterzeichnern-innen (Gruppen, Organisationen, Personen) bitten wir um schnelle Zurücksendung Ihrer/Deiner Unterschrift.**

**Zur Finanzierung der Anzeige bitten wir um Überweisung von mindestens DM 10,- (nach Möglichkeit mehr) auf das unten angegebene Sonderkonto.**

**Auf lokaler Ebene sollten sich Initiativen zusammenschließen, um die Öffentlichkeitsarbeit und das Sammeln von Unterschriften zu koordinieren.**

**Danke für Ihre/Deine Unterstützung!**

**Herzliche und solidarische Grüße!  
Die Mitglieder des Initiativkreises**

**Bonn, den 12. Mai 1986**

### Hinweis:

Nach Pfingsten können folgende Materialien gegen Zahlung der Selbstkosten (Rechnung) angefordert werden:  
1. Dieser Offene Brief mit den Unterschriftenlisten kann ab sofort nachbestellt werden (100 Stück = 10,- DM)

2. Aufruf
3. Unterschriftenlisten
4. Aufkleber
5. Anstecker
6. Informationsblatt über Volksbegehren und Volksentscheid.

Darüberhinaus helfen wir gerne bei der Vermittlung von Referenten-innen.

**Bankverbindung:**  
Gerald Häfner, Skto., Volksentscheid gegen Atomanlagen  
SPARDA-Bank Köln  
Konto-Nr. 140, BLZ 370 605 90

**Anschrift:**  
Volksentscheid gegen Atomanlagen  
Friedrich-Ebert-Allee 120  
5300 Bonn 1

# Tschernobyl —

Der GAU von Tschernobyl machte auf brutale Weise das zur Realität, wovor seit Jahren AKW-Gegner warnten und was die Protagonisten der bundesdeutschen Atompolitik für undenkbar, unmöglich und ausgeschlossen erklärten. Tschernobyl wird eine Zäsur in der Atompolitik bedeuten — sollte man meinen. Doch betrachten wir die Reaktionen der Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung insbesondere, und zahlreicher anderer Behörden, so wird nur eines deutlich: sie versuchen zu beruhigen, zu beschwichtigen und zu verharmlosen, um so weitermachen zu können wie bisher. Verhindert werden soll, daß Tschernobyl eine Zäsur wird — und zwar vor allem in den Köpfen der Menschen. Sie haben Angst, daß der Reaktorunfall so viele Menschen wachgerüttelt hat, daß ihnen für ihre Atomanlagen die nötige Akzeptanz fehlt, daß sie nicht problemlos eine nach der anderen Wahnsinnsanlage bauen können! Und genau das sollte ihnen beschert werden!



TASS-Luftaufnahme des zerstörten Reaktors in Tschernobyl vom 9.5.

## Verharmlosungen — Volksverdummung

**Sonntag, 27. April 1986:**

In Kuipio im Norden Finnlands wird um 20 Uhr ein starkes Ansteigen der Radioaktivität gemessen. Aufgrund der Windrichtung ist es den finnischen Behörden klar, daß die radioaktive Wolke aus der Sowjetunion kommen muß, jedoch bekommt man aus Moskau auf entsprechende Anfragen keine Antworten.

**Montag, 28. April 1986:**

In Schweden und Dänemark werden bis zehnfach gegenüber der natürlichen Radioaktivität gestiegene Strahlungswerte gemessen.

Die sowjetische Regierung gibt ihre Nachrichtensperre auf und berichtet in der TASS, daß sich ein Unfall in dem Atomkraftwerk Tschernobyl bei Kiew ereignete, bei dem der Reaktorkern beschädigt wurde. Weitere Angaben machen die sowjetischen Behörden nicht.

**Dienstag, 29. April 1986:**

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldet, daß bei dem Unfall zwei Menschen getötet und Einwohner aus vier Ortschaften in der Umgebung des Reaktors evakuiert wurden.

Westliche Wissenschaftler befürchten, daß es in Tschernobyl zum gefürchteten GAU (= größter anzunehmender Unfall) gekommen ist, und der Reaktorkern geschmolzen ist.

Forschungsminister Riesenhuber täuscht sich von Anfang an: „Wegen der Windverhältnisse rechne ich nicht damit,

daß die Atomwolke auf die Bundesrepublik zutreibt.“ Aber eine radioaktive Wolke kennt keinen Eisernen Vorhang! Und die Verharmlosungsstrategie beginnt: „Unsere Reaktoren sind absolut sicher.“

Innenminister Zimmermann weist die Bundesländer an, ständig die Radioaktivität der Luft zu messen.

**Mittwoch, 30. 4. 1986:**

Gegen Abend werden über dem Osten Bayerns und Hessens erhöhte radioaktive Werte gemessen, die sich im Laufe der Nacht über dem gesamten Süden der BRD feststellen lassen. Aus Regensburg wird ein Anstieg der Radioaktivität auf das zehnfach bis zwanzigfache gegenüber der sog. „normalen“ Strahlung gemeldet.

Zimmermann und Strauß behaupten, die russischen Kernkraftwerke seien nicht zu vergleichen mit den bundesdeutschen AKWs, deshalb sei ein solcher Unfall hier auch „undenkbar“.

**Donnerstag/Freitag, 1./2. Mai 1986:**

Bonn und München im Chor: „Nach vorliegenden Erkenntnissen besteht für die Bundesrepublik keine Gefährdung von Leben und Gesundheit.“

Das Bayerische Umweltministerium: „Derzeit gibt es überhaupt keine gesundheitliche Relevanz, allenfalls meßtechnische Probleme, mit denen wir es zu tun haben.“

„Wir sind meilenweit von jeder physiologischen Bedrohung entfernt ...“. Behördliche Maßnahmen in Österreich werden als „maßlos übertrieben und ungerechtfertigt“ bezeichnet.

Gleichzeitig ergeht ein Maulkorb-Erlaß an die Wetterstationen: Auf Anweisung des Bundesinnenministeriums dürfen diese keine Meßwerte mehr an die Öffentlichkeit herausgeben. Dies bleibt den Ministerien vorbehalten. Die Meßwerte werden zur geheimen Verschlußsache erklärt!

Warum die Geheimniskrämerei? Die Lage ist tatsächlich bedrohlich und straft die Bundes- und die Bayerische Regierung Lügen.

Während die Bundesstellen angeblich einen Rückgang der Radioaktivität in der Luft messen, stellt das Öko-Institut einen Anstieg fest. Auch das Bayerische Umweltministerium muß eine stärkere Strahlung einräumen.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) stellt „Radioaktivität bis zum Vierfachen der natürlichen Konzentration“ fest. In der Luft seien Stoffe, die sonst nicht feststellbar sind. In Regensburg sind die Werte 40fach erhöht, in München 12fach. Gemessen werden folgende radioaktive Stoffe: Jod 131, Ruthenium, Caesium, Tellur, Technetium, Barium. (Plutonium wird angeblich erst Tage später festgestellt, vorher schon Neptunium, das innerhalb von zwei Tagen in Plutonium zerfällt!)

In Bayern ergeben Frischmilchproben bis zu 900fach erhöhte Jodwerte. Die

# eine Chronologie der Widersprüche,

Strahlenschutzkommission warnt vor erhöhten Jodwerten und rät den Landwirten, auf Frischfutter zu verzichten. Trotzdem seien aber **Gesundheitsschäden nicht zu befürchten.**

Ausgerechnet die Regensburger Milchwerke, wo die höchsten Werte gemessen wurden, erklären: „Es besteht absolut kein Anlaß zu Ängsten.“

**Samstag/Sonntag, 3./4. Mai 1986:**

Die Strahlenschutzkommission empfiehlt: Frischmilch soll nur dann gemessen werden, wenn sie einen radioaktiven Jodgehalt von unter 500 Becquerel hat. **Stärker verseuchte Milch soll aber zu lagerbaren Milchprodukten verarbeitet werden!**

Pressesprecher Schmidt des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums: „Die Milch kann man durchaus trinken. Wir haben jedenfalls keine Erkenntnisse, daß so etwas gefährlich wäre.“

Die GSF: „**Mit der Milch muß auf alle Fälle was geschehen.**“

Und wieder wird der Maulkorb für die Wetterstationen bekannt: nach den Nürnberger Nachrichten verbot die Zentrale in Offenbach dem Münchener Wetteramt, Auskünfte über bayerische Meßergebnisse zu geben. Inoffiziell hieß es, die Strahlung sei 40fach erhöht, offiziell wurde eine 3- bis 4fache Strahlung bekanntgegeben.

Die GSF: „Sowohl die Erwachsenen wie die Kinder sollen raus, weil's einfach blöd wäre, bei dem schönen Wetter sich im Haus bei geschlossenen Türen und Fenstern einzusperrern.“

Das Katastrophenschutzamt in Nürnberg: „Kinder hinterher abduschen und Kleider ausschütteln.“

**Weit über 30 000 AKW-Gegner protestierten an diesem Wochenende gegen die Atompolitik in der BRD und forderten den sofortigen Ausstieg! Das Motto der Demos: TSCHERNOBYL IST ÜBERALL!**

**Montag, 5. Mai 1986:**

Innenminister Zimmermann behauptet weiterhin: „Es gibt für uns keine Gefahr durch den Reaktorunfall.“

Ein unabhängiger Wissenschaftler mißt in Regensburg Feldfrüchte (Spinat und Salat) mit einer Strahlungsintensität von 3000 Becquerel/kg.

Diese gemessenen Werte übersteigen den von der Strahlenschutzkommission als Grenzwert festgelegten Wert (250 Becquerel/kg) um mehr als das zehnfache!

Die höchste Radioaktivität der Luft in der BRD wird in Regensburg mit 55 Becquerel/m<sup>3</sup> gemessen.

Die bayerische FDP räumt dem Thema Kernenergie – WAA – Tschernobyl auf ihrem Landtag erstaunliche 30 Minuten Generaldebatte ein. Tschernobyl und die WAA wurden betont getrennt beraten, um „emotionelle Vermengungen zu vermeiden“. Argumentiert wurde für den Bau der WAA damit, daß die WAA kein AKW sei und deshalb so etwas auch nicht in Wackersdorf passieren könne. Dümmer geht's wohl kaum noch! Die Partei könne auch nicht wie ein Korken auf den Wellen der Emotionen schwimmen. Andere plädierten zwar für eine mehrjährige Denkpause, da man nicht nach dem Motto „Augen zu und durch“ handeln könne. Aber selbstverständlich setzten sich die Atompolitik-Befürworter durch: mit 160 zu 146 Stimmen wurde die Kernenergie für mittelfristig (vorher hieß es langfristig – welch ein Fortschritt) notwendig erklärt, mit 182 zu 118 Stimmen wurde für den Weiterbau der WAA gestimmt, die Inbetriebnahme solle von der Möglichkeit der Endlagerung des radioaktiven Mülls abhängig gemacht werden. Der SPD-Landtagsabgeordnete Kolo warf der Bayerischen Regierung vor, „ohne Not die Bürger Bayerns 72 Stunden mit dem Problem der Radioaktivität allein gelassen zu haben“, da ihnen seit dem 30. 4. schon Meßergebnisse vorlagen, die Warnungen erforderlich gemacht hätten.

Die Grünen reden von krassem Versagen und Fälschung der Meßergebnisse. Die Belastungen würden verharmlost und Langzeitfolgen überhaupt nicht erwähnt.

**Dienstag, 6. Mai 1986:**

Bremen erklärt als erstes Bundesland den Ausstieg aus der Kernenergie. Der Saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) fordert den Abbau sämtlicher Atomkraftwerke in der BRD. Die GRÜNEN und JUSOS rufen zu einem Volksbegehren gegen die Kernenergie in Nordrhein-Westfalen auf.

Die radioaktive Wolke erreicht den nordamerikanischen Kontinent.

Die sowjetischen Behörden teilen erstmals den genauen Zeitpunkt und die wahrscheinliche Ursache der Reaktor-katastrophe mit. Demnach ereignete sich das Unglück durch eine chemische Explosion am 26. 4. 1986 um 1.30 Uhr MEZ, dabei kamen nach sowjetischen Angaben zwei Menschen ums Leben.

Die BILD-Zeitung – sonst vehemente Befürworterin der Kernenergie – berichtet an diesem Tag von 30 000 Toten in der Sowjetunion.

Mit 39 Becquerel/m<sup>3</sup> wird wieder in Regensburg der höchste Luft-Radioaktivitätswert registriert, der jedoch diesmal von nichtstaatlichen Meßstellen als zu niedrig (!) angesehen wird.

Die Freibadsaison wird in Bayern verschoben, da die Liegewiesen verseucht sind.

Herr Panzer von der GSF ist sich unsicher, „ob die Bekanntgabe von Meßwerten in der Öffentlichkeit sinnvoll ist, weil unterschiedliche Leute unterschiedliche Dinge messen und daher unterschiedliche Werte herauskommen.“ Die Schuld wird „bestimmten politischen



Kreisen" gegeben, die „sogleich versucht hätten, das Strahlenrisiko in Zahlen von Tumoren, Leukämiekranken und Toten in fünf oder sechs Jahren auszudrücken“.

Außerdem habe die GSF nie die Strahlenschutzkommission in Bonn kritisiert, wie offensichtlich manche annahmen, „weil wir ja selbst in diesem Gremium sitzen“.

Und Umweltminister Dick ist verärgert: Bonner Politik bezeichnete er als „Geschäftshuberei“: „dort kann jeder quatschen, was er mag.“ „Wir haben uns in Bayern von Anfang an koordiniert, alles zwischen Umwelt-, Innen- und Landwirtschaftsministerium abgestimmt“.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz fordert, Spezialeinheiten der Bundeswehr in Bayern für die Messungen einzusetzen.

### Mittwoch, 7. Mai 1986:

Ein Beispiel für die bayerische Superkoordination an diesem Tag:

Die Bayerische Staatsregierung versichert, die bei Tschernobyl freigesetzte Strahlenwolke bedeute keine gesundheitliche Gefährdung, trotzdem wurde empfohlen, auf Blattgemüse und Frischmilch zu verzichten. Das Landwirtschaftsministerium gibt an, daß das Feldgemüse so hoch belastet ist in Bayern, daß es „nicht mehr handelsfähig“ ist.

Immer noch existiert keine Übersicht über die Bodenwerte. Dick erklärt hingegen, die Bevölkerung sei laufend über die Entwicklung informiert worden.

Der sowjetische Außenminister gibt die Zahl der evakuierten Menschen aus der Nähe des zerstörten Kraftwerks mit ca. 85 000 an.

Sowjetische Atomspezialisten versuchen weiterhin, die Kettenreaktionen im havarierten Kernreaktor aufzuhalten.

Die Strahlenschutzkommission des Innenministeriums legt die zulässigen Höchstwerte für einen Liter Milch bei 500 Becquerel/Liter und 250 Becquerel je Kilogramm Blattgemüse fest.

In Hessen liegt der Höchstwert für Milch bei 20 Becquerel/Liter, im Saarland und in Bremen bei 100 Becquerel/Liter.

Die Regierungen von Schweden, der Niederlande, Jugoslawien und Ägypten erwägen einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die österreichische Bundesregierung erklärt der Atomenergie und somit dem einzigen fast fertiggestellten Atomkraftwerk Zwentendorf endgültig das „Aus“!

Nach den heftigen Regenfällen in den letzten Tagen werden die radioaktiven Spurenelemente zum großen Teil aus der Luft ‚ausgewaschen‘, was zu einer erhöhten radioaktiven Belastung des Bodens führte.

Im Raum Regensburg wird stellenweise eine Bodenbelastung von bis zu 50 000 Becquerel/m<sup>2</sup> gemessen.

Kolo (SPD) weist erneut auf die Informationsverzögerung der Bayerischen Staatsregierung hin. Außerdem berich-

tet er davon, daß die Kuhmilch so lange verdünnt wurde, bis sie den von der Strahlenschutzkommission festgelegten Grenzwerten entsprach.

Tandler (CSU) zieht drei „Konsequenzen“ aus dem GAU:

1. Man müsse aus der widersprüchlichen Informationspolitik lernen.

2. Ein weltweiter Nachrichtenaustausch müsse ermöglicht werden.

3. An Atomkraft sei als preiswerte und zuverlässige Energiequelle festzuhalten!

Zwar sei der Bau der WAA im Moment schwieriger zu vertreten, auch gegenüber einem Teil von CSUlern, aber dem müsse man eben durch eine offensive Auseinandersetzung mit den WAA-Gegnern begegnen (meint er damit die Gas-Bomben?), so müßten beispielsweise deren Veranstaltungen besucht werden.

### Donnerstag, Freitag, 8./9. Mai 1986:

In Regensburg ist die Strahlung einer Wiese um das 220fache erhöht. Herr Vogl vom Umweltministerium bezeichnete den Boden als gesundheitsgefährdend. Zudem seien die Stoffe Caesium und Strontium, die wesentlich längere Halbwertszeiten haben, erst in vier Wochen meßbar.

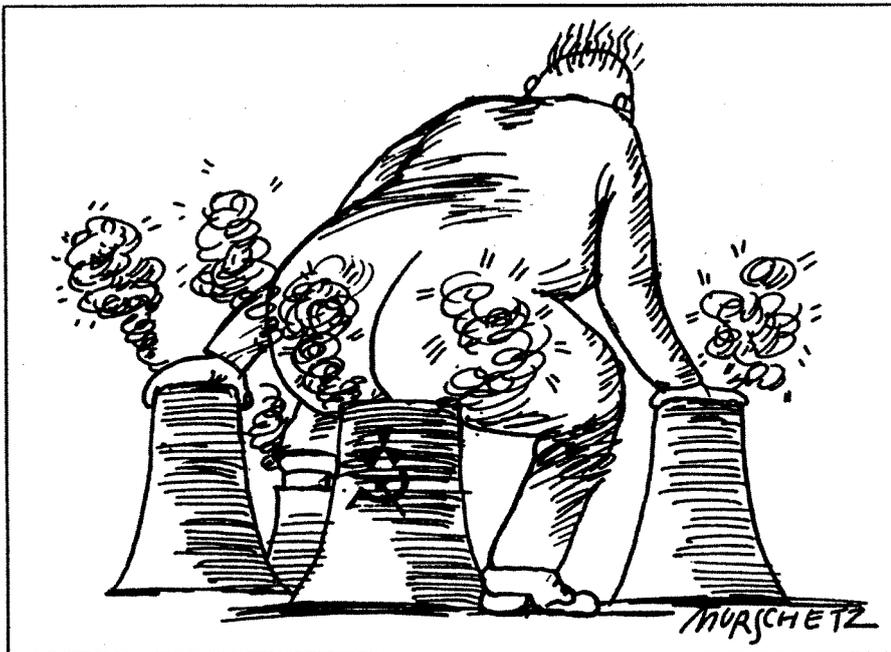
Mit einer Beeinträchtigung der Ernte im Herbst und im Frühjahr nächsten Jahres sei zu rechnen. Deshalb arbeite man jetzt sog. Umpflügeanleitungen für die Landwirte aus; aus diesen Anleitungen müsse z. B. hervorgehen, wie tief umgepflügt werden muß, „um Caesium zu verteilen“. Die Überwachung des Gemüses wird als problematisch bezeichnet, da es hierfür nur 300 Beamte in Bayern gebe.

Gemeinden wie z. B. Nürnberg, die wesentlich schärfere Maßnahmen als die Bayerische Landesregierung ergriffen haben, werden kritisiert, daß sie über ihr Vorgehen nicht einmal das Bayerische Innenministerium informiert hätten.

Tandler bezeichnet den Ausstieg aus der Kernenergie als nicht mehr möglich. Justizminister Lang bezeichnet die WAA als notwendig und sicher: „Das ganze muß durchgestanden werden.“

Dick sitzt am Telefon und beantwortet Bürgerfragen: „Ein Hund frißt doch kein Gras und gibt keine Milch.“ Als eine Frau fragt, wo man Untersuchungen wegen der eigenen Jodbelastung machen lassen kann, meint er, das sei doch nicht nötig, er würde so etwas ja auch nicht machen. Als die Frau erzählt, sie





### Alles unter Kontrolle

sei schwanger, wird ihm seine Antwort wohl peinlich. Immerhin versichert er, die Krankenkassen würden derzeit prüfen, wer die Kosten für derartige Untersuchungen trage! Das zu klären ist natürlich das Dringlichste.

Nürnberg: Die Ernte aus der Nürnberger Umgegend darf nicht in den Verkauf kommen.

München: Gemüse aus Nordbayern ist nicht gesundheitsgefährdend, wenn es „intensiv küchenmäßig“ behandelt wird.

Die Regierung von Oberbayern: Sämtliches Feldgemüse ist als bedenklich einzustufen.

Ein Beamter des Landratsamtes Eichstätt fragt, was denn mit dem jobbelasteten Gemüse geschehen soll. Er hätte zwar Anweisung, dieses nicht in den Verkauf zu lassen, was damit geschehen solle, eine Endlagerung etwa, sei ihm nicht mitgeteilt worden.

Dick räumt ein, daß Bayerns Behörden deshalb von einem Vermarktungsverbot abgesehen haben, um nicht hinterher etwaigen Schadensersatzansprüchen ausgesetzt zu sein!

Nach Angabe der sowjetischen Behörden hat sich die Lage in Tschernobyl weiter stabilisiert, jedoch wird gleichzeitig gemeldet, daß über 250 000 Schulkinder der ukrainischen Hauptstadt Kiew vorzeitig in die Ferien geschickt werden.

Die Landesregierung von Hessen fordert die Bundesstellen auf, Strahlengrenzwerte für Frischfleisch festzulegen, nachdem hessische Lebensmittelüberwacher bis zu 17 Millionen (!) Becquerel/kg Fleisch, Jod 131, gemessen hatten.

Die Bundesregierung bekräftigt, für den Schaden, der den deutschen Bauern durch die Nuklearkatastrophe entstanden ist, schnell aufzukommen.

Der CDU-Vorsitzende des Saarlands, Jacoby, fordert die Unionsparteien zu einem eventuellen Ausstieg aus der Kernenergie auf.

Zum zweiten Mal in dieser Woche wird ein britisches Atomkraftwerk wegen einem schweren Störfall abgeschaltet.

Auf einer Waldbodenfläche im Raum Regensburg mißt Prof. Kreuzberg einen Strahlungswert von 80.000 mrem/qm!

### Samstag/Sonntag, 10./11. Mai 1986:

An diesem Wochenende demonstrieren mehrere Hunderttausend Menschen in ganz Europa gegen Atomkraft. Allein in Rom gehen über 100.000 Kernkraftgegner auf die Straße.

Mittlerweile gibt die sowjetische Regierung die Zahl der Todesopfer mit zwei, die der Verletzten mit 256 an.

Laut einer vom Nachrichtenmagazin 'SPIEGEL' in Auftrag gegebenen Umfrage sprechen sich momentan nur noch 29 % der Bundesbürger für die weitere Nutzung der Kernenergie aus.

Trotz des 'offiziell' gemeldeten Rückgangs der Strahlenwerte des Bodens, empfiehlt das Bayerische Umweltministerium den Bauern, weiterhin auf das Füttern mit Grünfutter zu verzichten.

Bundeskanzler Kohl erklärt, daß die Kernenergie sich als sichere, preisgünstige und umweltschonende Technik weltweit bewährt hat. (Jetzt aber ab ins Endlager, Birne! Husch! – Anm. d. Verfasser)

Neben den bereits in den letzten Tagen nachgewiesenen radioaktiven Bestandteilen wurden heute durch die Münchner Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) auch geringe Spuren des extrem gefährlichen Stoffes Plutonium (!) nachgewiesen.

Das Bundeskanzleramt kritisiert die fehlende Bundestreue der Länder, da diese einfach eigene, zum Teil wesentlich schärfere Maßnahmen, ergriffen haben. Bedauert wird, daß die Bundesregierung den Ländern gegenüber nur dann eine Weisungsbefugnis habe, wenn in einem bundesdeutschen AKW ein Unfall passiert. Jetzt könne sie nur Empfindungen aussprechen.

Bundesforschungsminister Riesenhuber wagt sich tatsächlich nach Schwandorf, um auf einer CDU-Veranstaltung Werbung für Kernenergie zu betreiben. Zu einer verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung gehöre unabdingbar dazu, die beste Technologie zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzusetzen, um den Konkurrenzkampf unter den Industrienationen der Welt zu bestehen. Ein Unglück wie in Tschernobyl sei undenkbar.

Mit der WAA habe man es mit einer der schwierigsten und kritischsten Anlagen zu tun, „aber nicht in technischer Hinsicht, sondern in dem Verständnis mancher Menschen für die Technik.“ „Nur wenn die WAA errichtet werden kann, ist die Kernenergie verantwortbar, und deshalb ist die WAA eingesetzt worden.“ Man habe „das Äußerste an Sicherheit eingesetzt, was überhaupt denkbar ist.“

Die SPD beschließt auf einem Wirtschaftskongreß die Bemühung, „mittelfristig die Kernenergie überflüssig zu machen“. Der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und der Bau der sei ein Irrweg.

### Montag, 12. Mai 1986:

Die Sowjetunion plant, den zerstörten Reaktor mit einer Betonhülle zu umgeben und ein Kühlsystem unter dem geschmolzenen Kern einzubauen, um den Zerfallprozeß kontrollieren zu können.

17 Tage nach der Nuklearkatastrophe in der Ukraine liegen die Schätzungen der Verluste des Einzelhandels und der Landwirtschaft alleine in Bayern bei mindestens 500 Millionen Mark!

Die Bundesregierung verkündet heute eine Entwarnung für das ganze Bundesgebiet, obwohl in vielen Gebieten immer noch erhöhte Boden- und Luftwerte gemessen werden.



Wir sind 2000 Kilometer von dieser Unfallstelle entfernt. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung ist ausgeschlossen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Dienstag vorletzter Woche, nach Bekanntwerden der erhöhten Strahlenwerte über der Bundesrepublik

In Regensburg besteht hingegen ein Verkaufsverbot für versuchte Lebensmittel. Es wird festgestellt, daß das Treibhausgemüse ebenfalls verstrahlt ist. Wild ist extrem verseucht.

Die GSF mißt erstmals Plutonium, wenn auch in kleinen Mengen. (Plutonium 239 – 0,04 Becquerel pro qml, Plutonium 238 – 0,014 pro qm, Halbwertszeit von Plutonium: 24 000 Jahre!) Die GSF dazu: „Natürlich gibt es auch bei der Aufnahme kleinster Mengen Plutonium über die Atemluft eine gewisse Zunahme der Wahrscheinlichkeit eines späteren Knochenkrebses.“

Jetzt erst nimmt die Bayerische Landesregierung eine genaue Untersuchung des Bodens durch das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium vor.

In Hessen erreichen die Strahlenmessungen bei Fleisch zum Teil astronomische Werte. Trotzdem lehnt das Bundesinnenministerium die von Hessen geforderten Grenzwerte für Fleisch ab.

Der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, sagt, die Union gehe davon aus, daß der Ausbau der Kernenergie wie geplant fortgesetzt werde. Es werde „sicher auch in den nächsten Jahren ein Kernkraftwerk pro Jahr dazugebaut werden.“

Erstmals wendet sich die österreichische Staatsregierung direkt an die deutsche Bundesregierung, um ihre ablehnende Haltung zum Bau der WAA-Wackersdorf deutlich zu machen.

Es handele sich hierbei nicht um eine Einmischung in bundesdeutsche Angelegenheiten, wie vor allem Strauß immer behauptet, sondern um die Fürsorge für österreichische Bürger.

Der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Schröder lehnt einen Ausstieg aus der Kernenergie ab, es sollen lediglich keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut und ein Einstieg in die Plutoniumwirtschaft nicht begonnen werden.

**Dienstag, 13. 5. 1986:**

Die Bundesregierung gibt Entwarnung. Trotzdem werden in vielen Städten noch erhöhte Werte gemessen. In Regensburg wird die Entwarnung der Bundesregierung als für Regensburg nicht gültig erklärt.

Regierungssprecher Ost behauptet, die hohen Werte in Regensburg und Essen seien darauf zurückzuführen, daß die Meßgeräte dort verseucht seien.

Der deutsche Alpenverein warnt vor Ski- und Bergtouren.

Die bayerische SPD fordert einen Baustopp für das Kernkraftwerk Isar II, Grafenheinfeld soll stillgelegt werden. Der Freistaat solle sich um einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie bemühen.

Auch der DGB plädiert für einen allmählichen, aber konsequenten Ausstieg aus der Kernenergie. Er warnt davor, die Katastrophe im Interesse einer ungehemmten Weiterentwicklung der Kernenergie im eigenen Land zur Bedeutungslosigkeit herunterzuspielen. Geißler erklärt die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie als unverantwortlich, da dann „16 sichere Kernkraftwerke abgestellt werden, während mehr als 340 weniger sicher um die BRD herum erhalten bleiben.“

Strauß hält nicht die moderne Naturwissenschaft für gescheitert, sondern die politische Utopie des Marxismus.

Die Chronologie läßt sich noch lange fortsetzen. Inzwischen hat der SPD-Abgeordnete Kolo z. B. Strafanzeige gegen Hillermeier und Strauß erstattet. Unterlassene Hilfeleistung wirft er ihnen vor, weil sie die Information der Bevölkerung verzögert haben. Die Strafanzeige ist aber inzwischen auch schon wieder fallengelassen worden. Die Berichte in den Zeitungen werden kürzer, man geht schon wieder zur Tagesordnung über. Das muß verhindert werden.

# Radioaktive Wolke über Bayern – *Radi Aktiv* beschlagnahmt

Als am 30. April die radioaktive Wolke aus Tschernobyl bei uns eintraf, und die Meßstellen in den bundesdeutschen AKWs erstmals erhöhte Werte anzeigten, da bestand – laut Innenminister Zimmermann – keine Gefahr für unsere Gesundheit und erst recht kein Grund zur Besorgnis oder zu irgendwelchen Vorsichtsmaßnahmen, denn „Mairegen bringt Segen und Strahlung ins Leben“, wie uns die Bauernregel jüngst prophezeite ...

Nein – die eigentliche Gefahr ging, wie könnt's auch anders sein, mal wieder von einigen AKW-Gegnern/innen aus.

Fünf Wochen nach Erscheinen der letzten Ausgabe unserer Zeitung wurden in einer groß angelegten Polizei-Aktion 1200 Exemplare der RADI-AKTIV beschlagnahmt. An eben jenem 30. April wurden in Nürnberg, Eichstätt und Regensburg vier Wohnungen von Redaktionsmitgliedern durchsucht, überwiegend in Abwesenheit der Betroffenen und teilweise mit Methoden, die unserem Polizeistaat alle Ehre machen.

In Nürnberg brach die Kripo am helllichten Tag in die Wohnung ein und

sorgte dort für einen regelrechten Staatsempfang: Stell Dir vor, Du kommst heim und stößt auf ein ganzes Dutzend staatlich gedungener Schnüffler, die gierig in Deinen Sachen wühlen – auf der Suche nach Zeitschriften, Photos, Negativen, Manuskripten, Adressenlisten und was es sonst noch an Leckerbissen für den Verfassungsschutz gibt! (Ja – die Gedanken sind frei...lich in unserer Kartei!)

## Gefahr im Verzug

Zur gleichen Zeit brach die Kripo auch in Regensburg in eine Wohnung ein, konnte dort stundenlang ungestört ihren dunklen Geschäften nachgehen, die Wohngemeinschaft vom Keller bis zum Dach gründlich unter die Lupe nehmen, alles erfassen und registrieren, um zwei Tage später ohne zu fragen frech herein-zuspazieren und den Bewohnern noch beim Frühstück die frohe Botschaft zu servieren, daß „wir leider bei Ihnen einbrechen mußten“. So fallen sie gleich mit der Tür ins Haus: eine „unangeneh-

me Geschichte, Herr K.“ – aber in unserem Rechtsstaat völlig legal. Und sie haben auch gleich den richterlichen Beschluß aufgetischt und die Beschlagnahme-Quittung über 1 (in Worten: ein!) Exemplar der Zeitschrift RADI-AKTIV Nr. 7. Sonst nichts! ... behaupten sie jedenfalls.

Stellt sich also die Frage, wer da im Verzug war: Verfassungsschutz, Kripo, Justiz oder was ...?

Erstaunlicherweise faßte das Nürnberger Amtsgericht den Beschluß, der ein derart kriminelles Vorgehen mit der Zauberformel „Gefahr im Verzug“ absegnet, erst vier Wochen nach dem Erscheinen dieser Ausgabe, zu einem Zeitpunkt, da immerhin schon der größte Teil der 5000er-Auflage verkauft war.

Drei Seiten des RADI-AKTIV Nr. 7 mußten als Grund für die Aktion herhalten:

Auf den Seiten 62 und 73 soll zur Begehung strafbarer Handlungen aufgerufen worden sein. Auf Seite 73 befindet sich die sog. „Schwarze Liste“, in der die Firmen aufgezählt sind, die sich vom milliardenschweren WAA-Kuchen ein Scheibchen abschneiden dürfen. Außerdem befand sich dort eine Dokumentation eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag gegen die Firma HOCHTIEF.



Dies allein genügte natürlich nicht zur Konstruktion der Straftat. Also waren Polizei und Staatsanwaltschaft gezwungen, das **RADI-AKTIV** genauer zu lesen – und siehe da, sie wurden fündig: Auf S. 62 war ein Artikel aus der TAZ vom 11. 3. 1986 zu lesen, der folgenden Passus enthielt: Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn.“

Wo hier eine Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen sein soll, ist uns unerfindlich. Offensichtlich fiel die Konstruktion auch der Staatsanwaltschaft schwer, denn erst die Kombination der Seiten ließ sie aktiv werden. Es war wohl auch kein Zufall, daß gerade dieser TAZ-Artikel mit herhalten mußte, der in der TAZ immerhin unbeanstaltet veröffentlicht werden konnte, denn während an anderen Stellen im **RADI** inhaltlich ähnliche Passagen nicht herangezogen wurden, war besagter nachgedruckter TAZ-Artikel namentlich gekennzeichnet und die Verfasserin zufällig identisch mit einer der presserechtlich Verantwortlichen des **RADI-AKTIV**.

Bemerkenswert auch der zweite Grund für die Beschlagnahmung:

Ein Aufruf an alle Sympathisanten, wichtige – auch geheime – Informationen aus dem Polizei-/Staats- und Justizapparat an die **RADI**-Redaktion weiterzuleiten.

Dies sei nach dem Gesetz eine Aufforderung zur Verletzung von Dienstheimnissen und damit strafbar.

Was aber von dieser Geheimnistuerei zu halten ist, hat sich überdeutlich in der menschenverachtenden Desinforma-

tionspolitik staatlicher Stellen über die Reaktorkatastrophe, über Meßwerte und Gesundheitsrisiken gezeigt! Aber auch in früheren Fällen kamen wichtige Erkenntnisse nur durch undichte Stellen im Apparat ans Licht der Öffentlichkeit, z. B.

- daß die Bombenlegertruppe GSG 9 auch in Wackersdorf zum Einsatz gegen Demonstranten bereitstand,

- daß in Bayern Amtshilfe zwischen Bundeswehr und Polizei anlässlich der Demonstrationen gegen die WAA an der Tagesordnung ist (s. **RADI-AKTIV** Nr. 7 – zensiert wieder bei uns erhältlich).

Beides war von den zuständigen Stellen zunächst abgestritten worden, um dann später als Selbstverständlichkeit hingestellt zu werden. Wir sehen unsere Aufgabe unter anderem auch weiterhin darin, solche Verstöße gegen das Grundgesetz wie Beschneidung des Rechts auf Leben und Gesundheit, auf Freiheit und Unverletzlichkeit der Person, öffentlich zu machen und vor einer Entwicklung zum Polizeistaat und dem völligen Abbau demokratischer Rechte zu warnen. Dies ist nur möglich durch umfassende Information der Öffentlichkeit.

*Radi Aktiv*

## SPENDENAUFTRUF!

Um die anstehenden Prozesse finanziell bestreiten zu können und damit gleichzeitig die weitere Herausgabe des **RADI-AKTIV** sicherstellen zu können, sind wir dringendst auf Eure Spenden angewiesen. Darüber hinaus könnt ihr eure Solidarität auch durch eine weitere Verbreitung des **RADI-AKTIV** zeigen: abonniert das **RADI** und stellt euch selbst als Wiederverkäufer bei euch vor Ort, bei Veranstaltungen, Demos, etc. zur Verfügung. Nichtverkaufte Exemplare werden von uns natürlich zurückgenommen.

## CSU-Chefetage – Einsatzzentrale für **RADI-AKTIV**- Beschlagnahmung?

Seit einigen Monaten sind in dem schwarzen Schmierblatt **BAYERNKURIER** des FJS immer wieder Hetzartikel zu finden, die ausführlich auf das **RADI-AKTIV** eingehen und wir über ganze Passagen hinweg zitiert werden. Hauptstoßrichtung ist dabei immer wieder, uns in die Ecke der „Verfassungsfeinde“ zu stellen (vgl. Faksimile im **RADI-AKTIV** Nr. 7, Rückseite). Die Herren scheinen zu befürchten, daß das bayerische Anti-Atom-Magazin **RADI-AKTIV** einen „schlechten Einfluß“ auf die oberpfälzer WAA-Gegner/innen ausüben könnte – die Reaktionen, die wir z. B. auf unsere umfassenden Informationen über das Ausmaß und den Aufbau und die Verflechtung des Polizeiapparats von vielen Oberpfälzern erhalten haben, die sich entsetzt und betroffen gezeigt haben über die schon vollzogene, von dem Großteil der Bevölkerung nicht bemerkte polizeimäßige Hochrüstung, mag den Befürchtungen des **BAYERNKURIER** und damit auch der CSU-Führung rechtgeben.

Genau zehn Tage, bevor der Richter den Beschlagnahme- und Durchsuchungsbefehl unterschrieben hatte, war wieder einmal unter dem Reißer „Strategie des Umsturzes“ 1/3 des Artikels mit Zitaten aus dem **RADI-AKTIV** bestritten, in dem u. a. auf die „Schwarze Liste“ hingewiesen wurde und unsere Berichterstattung bewertet wurde als „Diffamierungen, Denunziationen und Einschüchterungsversuche“.

Im Normalfall erfolgt die Beschlagnahmung einer Zeitung sofort nach Erscheinen und nicht erst einen Monat später – wird doch das **RADI-AKTIV** in Nürnberg immer sofort von der Nürnberger Polizei käuflich erworben – immer gleich zehn Stück auf einmal – aber offensichtlich erkannten sie zunächst genauso wenig strafbaren Inhalt wie wir.

Dieser ganze Hintergrund läßt die Vermutung aufkommen, daß die CSU-Führung erst einen willfährigen Staatsanwalt und einen Richter suchen mußte, die bereit waren, diesen wilden Konstruktionen Folge zu leisten.

# Es besteht kein Grund zur Beunruhigung

Die Lage ist stabil, — die Werte stagnieren, — die Werte sind auf das normale Maß zurückgefallen, — die Lage hat sich beruhigt...

Diese abwiegeln Phrasen scheinen alle von der gleichen Sprechplatte zu kommen.

Es wird so getan, als sei alles geregelt, Hauptsache, wir haben endlich — wenn auch mit Verspätung — schriftliche Anordnungen vorliegen. Die sog. Informationspolitik bei uns unterscheidet sich da um keinen Deut von der Moskauer, auch und gerade im Westen sind Zurückhaltung, Verdrehung und Verleugnung von Störfällen die Grundpfeiler der Informationspolitik bei Kernkraftwerken, man denke etwa an Sellafield, vormals Windscale in England. —

Es gibt keine akute Gefahr — bedeutet nicht etwa: Es gibt keine Gefahr!

Es gibt hier bei uns — im Gegensatz zu Tschernobyl — zwar keine Strahlenkrankheit, wozu wesentlich höhere Dosen notwendig wären — trotzdem kein Anlaß zur Beruhigung.

Zunächst sagen die gemessenen Strahlenwerte nur etwas aus über radioaktive Zerfälle/Sekunde, nichts über die Strahlenart.

Die Grenzwerte werden auch nicht nach gesicherten Daten festgelegt, sondern eher nach pragmatischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, Ausschere nach unten ist dann folgerichtig Panikmache. Nach ähnlichen Kriterien wurde von der internationalen Strahlenschutzkommission z. B. die höchstzulässige Strahlenbelastung pro Generation festgelegt, nämlich 5 rem:

„Die Kommission ist der Ansicht, daß dieser Wert einen vernünftigen Spielraum für die Atomprogramme der absehbaren Zukunft schafft. Es sollte hervorgehoben werden, daß dieser Wert möglicherweise wegen der Unsicherheiten in der Abschätzung der möglichen Schäden und der wahrscheinlichen Vorteile kein richtiges Gleichgewicht zwischen Schäden und Nutzen repräsentiert.“

Die Dosisfestsetzungen wurden also nicht

primär mit dem Ziel vorgenommen, strahlenbedingte Gesundheitsschäden auszuschließen, sondern der Kerntechnik einen vernünftigen Spielraum zur Expansion zu schaffen. —

Dabei muß auch ganz klar festgehalten werden: Es gibt keinen Schwellenwert, unterhalb dessen ionisierende Strahlung unwirksam und unschädlich ist.

In vielen Untersuchungen konnte die schädigende Auswirkung der sog. Niedrigstrahlung bewiesen werden (u. a. Stern-glass, Petkau, in der Hanford-Studie etc.).

Es kommt zum einen zu somatischen Schäden, d. h. Körperzellen können so verändert werden, daß sie nach einer gewissen Latenzphase entarten, d. h. Krebsentstehung und Leukämie, — besonders schnellwachsende Gewebe und Zellen sind sehr empfindlich.

Zum anderen können die Keimzellen in ihrem Erbgut verändert werden, es kommt zu Genschäden.

Eine erhöhte Frühgeborenen- und Mißbildungsrate sowie erhöhte Kindersterblichkeit und Leukämie-Häufigkeit in den Gebieten, die in den USA durch den radioaktiven Fallout der oberirdischen Atomwaffenversuche verseucht wurden, konnte eindeutig nachgewiesen werden. Daher mußten auf internationalen Durck 1962 die oberirdischen Versuche eingestellt werden.

Da es oft lange, u. U. jahrzehntelang dauert bis zur Krebsentstehung, ist es natürlich schwer, den direkten Zusammenhang zu beweisen, — 100 Leukämiefälle in einem bestimmten Zeitraum seien statistisch nicht signifikant, wird es heißen, — was Leukämie heißt, erfahren die Betroffenen und ihre Angehöriger umso bedrohlicher. —

Durch selektive Anreicherung der Isotope während der Nahrungskette z. B. in bestimmten Tieren und Pflanzen, werden im Endeffekt viel höhere Dosen erreicht, als es die verharmlosend als Niedrigstrahlung bezeichnete Dosis erwarten läßt.

Das gleiche gilt entsprechend für die Ansammlung radioaktiver Isotope im mensch-

lichen Körper, die man z. T. nie wieder rauskriegt und die quasi als innere Zeitbombe weiter vor sich hinstrahlen, wie Plutonium und Strontium in Knochen, Caesium in den Muskeln usw.

Es bleibt festzuhalten: Die Medizin ist gegen derartige Strahlenwirkungen und Schäden machtlos, es kann nur symptomatisch behandelt werden.

Die propagierenden Jod-Tabletten sind bei rechtzeitiger und korrekter Einnahme allenfalls in der Lage, die Ansammlung von radioaktivem Jod in der Schilddrüse und damit Schilddrüsenkrebs zu verhindern, Dutzende von anderen Stoffen mit ihrer Strahlenwirkung bleiben unbeeinflusst.

Die vorgeschlagenen widersprüchlichen und z. T. lächerlichen Vorsorgemaßnahmen hat eine Satire in der AZ treffend zusammengefaßt: Kein Gras essen und nicht mit Milch duschen!

Maßnahmen wie mehrmaliges Schrubben von Kindern und Salatköpfen ist wohl eher ein Beruhigungsmittel, nach dem Motto: Wir tun ja was. Eine vernünftige Entseuchung der Haut wäre z. B. nur durch mehrmaliges Abziehen mit Tesafilm möglich, kontaminierte Wunden müßten sofort großzügig ausgeschnitten werden, etc. Die amtlichen Entseuchungsmaßnahmen scheinen also eher Placebowirkung zu haben. —

Existierende Katastrophenschutzpläne für KKW's — die im Ernstfall kaum durchzuführen sind, wie auch Tschernobyl zeigt — und die Ausgabe von Jod-Tabletten an die Bevölkerung, haben nur einen Zweck: Die Menschen in Sicherheit zu wiegen und die Akzeptanz für KKW's zu erhöhen!

Warum äußern wir uns gerade als Friedensinitiative zu Tschernobyl? Sog. friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie lassen sich nicht trennen. Es lassen sich inschwer Parallelen zum geplanten Zivilschutzgesetz ziehen, wo der Bevölkerung auch ein Schutz und eine Hilfe im Atomkrieg z. B. durch den Zwangseinbau von Bunkern vorgegaukelt wird.

Jetzt schon werden an Krankenhäusern Großübungen für den Verteidigungsfall durchgeführt. Wir sollen verpflichtet werden, uns in Kriegsmedizin zu üben, so tun, als könne medizinisch etwas getan werden im V-Fall. Die gleiche Strategie bei den AKW's und der Vorbereitung auf den Kriegsfall: Die Möglichkeit einer medizinischen Hilfe und des Überlebens wird behauptet, damit die Bevölkerung ohne Widerspruch mitmacht. —

Obwohl Tschernobyl 1300 km entfernt liegt, treffen uns deutliche und schädliche Auswirkungen für die nächsten Jahrzehnte oder länger. Bei einem GAU in nächster Nähe, an der Grenze zu Frankreich oder hier bei uns, müssen wir die absolute Ohnmacht der Medizin eingestehen, diese Situation wäre medizinisch ebensowenig zu bewältigen wie ein Atomkrieg.

Wir müssen das Restrisiko ausschalten, bevor es uns den Rest gibt: das heißt sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie!

Dr. Peter Gassong,  
Friedensinitiative Gesundheitswesen, Nbg.



# DIE GRÜNEN

... WIR WISSEN ABER GENAU,  
DASS WIR VOM STAAT  
BELOGEN WERDEN!

Wir wissen nicht genau, wie hoch die Strahlenbelastung wirklich ist, wir wissen aber genau, daß wir vom Staat belogen werden.

Rainer Trampert, Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, zieht Schlußfolgerungen aus dem Unglück in Tschernobyl.

1. Es gibt nachweislich keine friedliche Nutzung des Atoms. Alle 374 Atomkraftwerke auf dieser Erde sind Kriegserklärungen an uns. Wir müssen Wirtschaft und Staatsführungen bekämpfen, die diese Gefährdung der Menschheit fortsetzen wollen, ich sage bewußt 'bekämpfen', weil harte strahlende Stoffe unsere Körper ruinieren und dagegen nicht mit Meditation anzukommen ist.

2. Selbstverständlich verlangen wir jederzeitige und vollständige Aufklärung über alle Vorgänge und Meßwerte von Staatsführungen in Ost und West. Gleichzeitig wissen wir aber, daß wir im Ernstfall keine Aufklärung zu erwarten haben und müssen daraus folgern, selber aufzuklären. Deshalb haben wir in nächster Zeit noch viele Einsätze vor uns, an denen hoffentlich wieder viele teilnehmen, die zwischenzeitlich verdrängt hatten. Wir müssen sie auffordern, wieder mitzumachen.

3. Wir müssen allen Menschen sagen, daß es keinen Sinn hat, die Regale mit Jod-Tabletten in Apotheken leerzufegen, sich Trockenmilch zu kaufen und zu Hause zu warten, was passiert. Jod-Tabletten haben ungefähr die Wirkung, die eine Aktentische über'm Schädel im Atomkrieg hat.

Entweder es erfaßt uns oder es erfaßt uns nicht. Wir müssen raus und Widerstand bilden. Wir müssen den Betreibern in Wirtschaft und Staat massenhaft die Legitimation entziehen, die Atomproduktion fortzusetzen. Ich habe in der Berichterstattung über den 1. Mai so oft gelesen, daß Wahltag Zahltag sein soll. Meinetwegen, wenn es denn so kommen sollte. Aber, erstens kommt so etwas meistens nicht von selbst, zweitens können wir nicht alle vier Jahre auf einen Zahltag warten, wenn uns zwischenzeitlich die Dinger um die Ohren fliegen und drittens: wenn Zahltag ist, dann laßt bitte alle Parteien blechen, die am Atomprogramm festhalten, ob sie nun sagen: 'Atom Ja' oder 'Kohle und Atom ja', ob sie als Übel die Menschen gefährden oder als kleines Übel die Menschen gefährden. 4. Ich finde, angesichts der dramatischen Zuspitzung sollten sich alle Grünen dazu durchringen, nicht nur die Schließung aller Atomanlagen und den Stopp aller Baumaßnahmen zu fordern, sondern diese Forderung auch als bedingungslos zu begreifen, die keinen Verhandlungsspielraum zuläßt, außer den Spielraum der Katastrophe.

5. Wir müssen überall den Widerstand organisieren, dazu Bündnisse schließen zwischen Anti-Atom-Initiativen, Grünen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und Sozialdemokraten, die begreifen, daß der Atomkurs von Rau und allen anderen führenden Sozialdemokraten keine mildernden Umstände mehr verdient.

Wir müssen versuchen, Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften zu gewinnen, damit die Millionenorganisation von der tauben Zustimmung jeder industriellen Produktion mehrheitlich abkommt. Viele Gewerkschafter machen das schon nicht mehr mit, aber die heimliche Angst vor dem Arbeitsplatzverlust schwelt. Wir können zwar erklären, welch ein Unsinn das ist wegen der Rationalisierungswirkungen dieser Technik, wir müssen aber zusätzlich erklären, wie zynisch das Argument werden kann, wenn nach jeder Katastrophe Tausende von Menschen einfach keine Gelegenheit mehr haben werden, nach einem Arbeitsplatz fragen zu können.

Wir müssen die Menschen in den Kirchen ansprechen und uns hart mit den Würdenträgern anlegen, denen das ungeborene Leben immer dann im Sinn ist, wenn es um die Zwecksetzung der Frau als Gebärd- und familiäre Pflegeanstalt geht, die aber über das ungeborene Leben nie ein Wort verlieren, wenn Wunschkindern radioaktive Strahlen drohen, die von ihren verwandten Christparteien in die Gegend gesetzt werden.

6. Wir müssen den Menschen alle alten und neuen Analysen der Anti-Atom-Bewegung in Erinnerung rufen. Wir müssen die Materialien in Stadt und Land verteilen und hinzufügen:

Tschernobyl ist ein Beweis dafür, daß kein Land durch die Atomenergie unabhängiger wird, sondern umgekehrt:

Die Abhängigkeit steigt. Die Ukraine ist die Kornkammer der UdSSR und nicht ohne Grund steigen die Werte an der Produktenbörse in der Wall Street unaufhaltsam. Es gibt keine schlimmere Abhängigkeit, als daß ein Volk seine Agrarerzeugnisse endlagern und in der Wall Street betteln gehen muß.

Die drohende atomare Verseuchung unserer Nahrung verschafft uns hier die Vision, mit der Millionen Menschen in der Dritten Welt zu leben haben: die Völkerwanderung zu einer Hafenstadt, wo eine Hilfsgüterladung ankommen könnte.

Wir müssen uns wieder fester zusammenschließen.

ATOMIC  
/NAME & TSCHAPS



# Tschernobyl ist überall!

**11. 5.:** 1 000 Eltern, Erzieher und Kinder belagern die Hamburger Umweltbehörde aus Protest gegen die skandalöse Informationspolitik und überreichen dabei Sand aus verseuchten Kinderspielflächen. Polizei knüpelt in Frauen und Kinder hinein.

**14. 5.:** Am Dienstagabend demonstrierten rund 40 000 Menschen in der Hamburger Innenstadt für die Abschaltung aller AKWs. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Etwa 50 Bauern blockierten das AKW Stade und kippten Gemüse, Eier und Milch vor das Eingangstor.

**15. 5.:** 52, als interessierte Touristen/innen sich bezeichnende AKW-Gegner sind mit einem Bus auf das AKW-Gelände in Esenshamm vorgezogen, und haben über mehrere Stunden eine LKW-Schleuse und ein Pförtnerhäuschen besetzt.

**16. 5.:** Jugendliche und Kinder veranstalten in Freiburg eine „Spielfest-Demo“ gegen die Atom-Politik.

Etwa 1 000 Frauen und Kinder zogen mit Transparenten durch die Straßen Traunsteins.

Nach dem Unfall in Tschernobyl hat sich einiges bewegt. vielerorts haben sich Initiativen gegründet, wurden Demos organisiert und Wissenschaftler zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Hier ein kurzer Ausschnitt der Ereignisse der letzten Wochen.

**3. 5.:** Bundesweit wurde spontan zu Demonstrationen aufgerufen. An den Kundgebungen (u. a. in Stade, Wackersdorf, Stuttgart, Hamm-Uentrop und Berlin) beteiligten sich jeweils mehrere tausend Menschen.

**4. 5.:** 15 000 beim Waldspaziergang in Wackersdorf – CS-Gas-Einsatz.

**8. 5.:** Einige Mitglieder von Robin Wood bestiegen einen 200 Meter hohen Strommasten nahe am AKW Stade. Da der Reaktorbehälter spröde ist, gilt es als besonders gefährdet.

Rund 25 000 Menschen nahmen in Breisach nahe dem französischen AKW Fessenheim an dem Kreuzzug wider das Atom teil.

**Pfingsten:** Camp in Wackersdorf und Demonstranten am Bauzaun mit massiven Polizeieinsätzen (mehrere Berichte in dieser Ausgabe). Drei Mitglieder von Robin Wood klettern in der Nähe des AKWs Würgassen auf einen Strommasten. Dieses AKW ist wegen der vielen Pannen der gleiche Schrottreaktor wie Stade.

In Trier demonstrierten über 6 000 Menschen gegen das nur 50 km entfernt in Frankreich gelegene AKW in Cattenom. Ein Hauptpunkt der Kundgebung war die Durchführung eines Volksbegehrens und Volksentscheids.

Unter dem Motto „Krieg dem Krieg überall, bringt die KWU zu Fall“ kamen in Erlangen über 6000 Personen zusammen, um gegen Siemens und KWU zu demonstrieren. Viele der Teilnehmer fuhrten anschließend nach Wackersdorf.

Über 2000 Menschen kamen vor den Toren von Ohu I und II zusammen und forderten den sofortigen Baustop für Ohu II und die Stilllegung von Ohu I.

Einige hundert AKW-Gegner kamen nach Schweinfurt, um gegen das AKW Grafenrheinfeld zu demonstrieren.

In Ulm waren rund 3.000, in Tübingen über 5.000 und in Heidelberg ca. 8.000 Menschen auf die Straße gegangen, um für die sofortige Schließung aller AKWs zu marschieren.

In Berlin haben Hebammen zu einer Demo gegen Atomenergie aufgerufen. Es nahmen mehr als 10.000 Erwachsene mit ca. 3.000 Kindern daran teil.

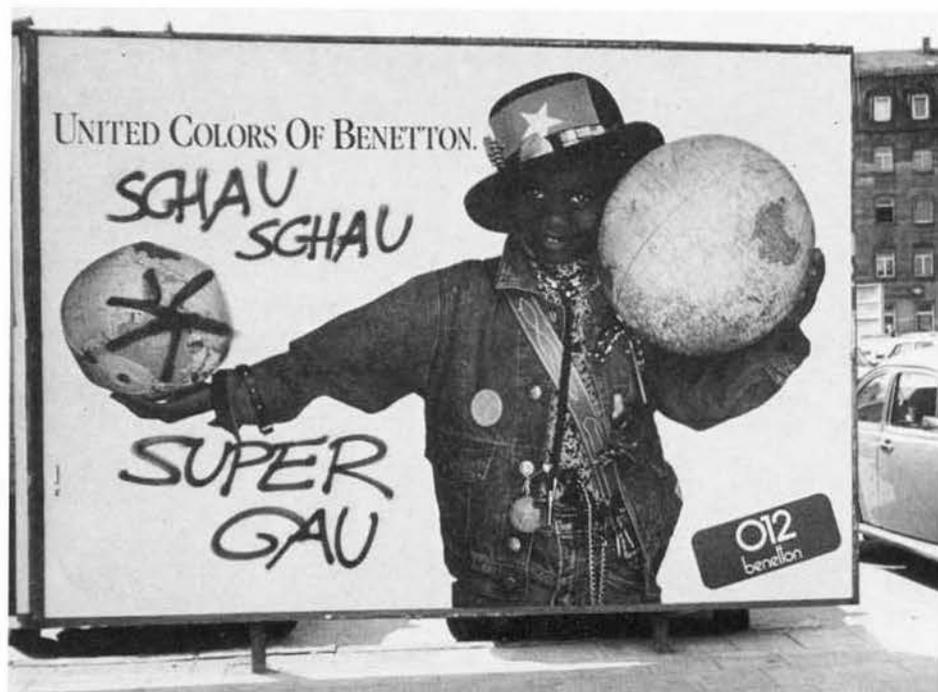
**22. 5.:** In Berlin kamen ca. 800 AKW-Gegner vor der Zweigstelle der KWU zusammen. Der Versuch, die Zufahrt zum Werk zu blockieren, scheiterte an dem großen Polizeiaufgebot.

In München protestierten etwa 100 Oberpfälzer gegen die rücksichtslosen Polizeieinsätze in Wackersdorf. Sie forderten den längst fälligen Rücktritt des bayerischen Innenministers Hillermeier.

**24. - 25. 6.:** Etwa 300 Strahlenmediziner trafen sich in Münster zu ihrer Jahrestagung.

Es zeigt sich insgesamt, daß nach dem Super-GAU das Spektrum der AKW-Gegner größer geworden ist. Menschen, die vorher nie auf die Straße gingen, zeigen ihre Angst und ihren Unmut und fordern die Stilllegung aller Atomanlagen.

## Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen



# AUFRUF·AUFRUF·AUFRUF

## AUFRUF FÜR EIN BUNDESWEITES KOORDINIERUNGS- UND BERATUNGSTREFFEN DER ANTI-AKW-BEWEGUNG

**VORBEREITUNGSTREFFEN:** 31.Mai 86, 14.00 Uhr, Mainzerlandstr. 147 (Nähe Bahnhof), Frankfurt.  
Kontakt: Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Anti Atom  
Büro, Mainzerlandstr. 147, Tel.: 069/497599, 6900 Frankfurt/M

**BUNDESWEITE KONFERENZ:** 27.–29.Juni 1986, ev. ebenfalls in Frankfurt

Tschernobyl hat nicht nur die wissenschaftliche Kritik der Anti-AKW-Bewegung an der Atomenergie auf eine ganz brutale Weise bestätigt. Die Reaktorkatastrophe und ihre Folgen haben auch die massiven Kämpfe der „alten“ Anti-AKW-Bewegung gegen Wyl, Grohnde, Brokdorf usw. bestätigt und all diejenigen blamiert, die jahrelang mitgemacht haben bei den Ausgrenzungs-, Diffamierungs- und Kriminalisierungsversuchen gegen AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegner.

Seit Tschernobyl haben sich die Bedingungen für unseren Widerstand von Grund auf verändert. Gestern noch hielt - abgesehen von der Oberpfalz und dem Wendland - ein relativ kleines Häuflein die Anti AKW Bewegung am Leben. Heute dürfte sich unter dem unmittelbaren Eindruck der Auswirkungen eines Super-GAU in 1.300 km Entfernung ein großer Teil der Bevölkerung heimlich zur Anti-AKW-Bewegung zählen oder zumindest ein rasches Ende des Atomprogramms herbeiwünschen.

Gestern noch vertraute die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der staatlichen Sicherheitspropaganda, heute lernen immer mehr, daß die Obrigkeitshörigkeit gegenüber Regierung und Strahlenschutzkommission tendenziell tödlich ausgehen kann.

Wenn es jemals eine Chance gab, auf der Grundlage eines wirklich massenhaften Anti-AKW-Konsens in der Bevölkerung dem zivilen und militärischen Atomprogramm ein Ende zu bereiten, dann heute.

Auf der anderen Seite stehen der lebensnotwendigen Abschaltung aller AKW's und Atomanlagen und der Verhinderung der WAA die Interessen der herrschenden Industrie- und Energiegiganten und ihrer politischen Parteien entgegen. Es ist ja wohl klar wie Kloßbrühe, daß diese Leute weder Mittel noch Geld scheuen werden, um die Atomenergie, das WAA-Projekt und den Atomstaat zu retten und die Forderung nach Abschaffung des Atomprogramms zurückzudrängen.

Wenn die neue Anti-AKW-Bewegung gegen die geballte Gegenmacht von Kapital und Staatsapparat auch nur die geringste Chance haben will, muß sie sich über alle politischen Differenzen hinweg zu einem neuen und dauerhaften Machtfaktor zusammenraufen.

Deshalb rufen wir alle alten und neuen Aktivistinnen und Aktivisten auf, an einer außerordentlichen Koordinierungs- und Beratungskonferenz der Anti-AKW-Bewegung noch vor der Sommerpause teilzu nehmen, sich in die vorbereitenden Diskussionen einzumischen und dorthin zu mobilisieren.

Zu den notwendigen Aufgaben dieser Konferenz würde nach unserer Auffassung zählen:

- Auswertung der seit Tschernobyl gelaufenen Aktionen, insbesondere der Brokdorf-Demonstration vom 7.Juni 86 und der Wackersdorf-Demonstrationen
- Koordinierung und Beratung der im Herbst 1986 anstehenden Aktivitäten für die Stilllegung aller Atomanlagen (z.B. 1-2wöchige Totalblockade des AKW-Stade, Volksentscheid gegen Atomanlagen?, keine Atommülltransporte ins Wendland, Brokdorf Nachfolgeaktionen, Wackersdorf usw.)
- Aufbau neuer Zusammenhänge der Anti-AKW-Bewegung jenseits politischer Differenzen und jenseits der Differenzen in der Frage der Widerstandsformen
- Stärkung der neuen Anti-AKW-Bewegung als selbstständige, d.h. von allen Parteien unabhängige außerparlamentarische Kraft!

Diesen Aufruf unterstützen bisher:

Zeitschrift *a t o m* - Redaktionen Göttingen und Lüneburg, bayerische Zeitschrift *Radikativ*, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA), Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA),..... (weitere Unterstützer/innen können sich melden bei der *a t o m*, Postfach 1945, 3400 Göttingen, u. c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt)

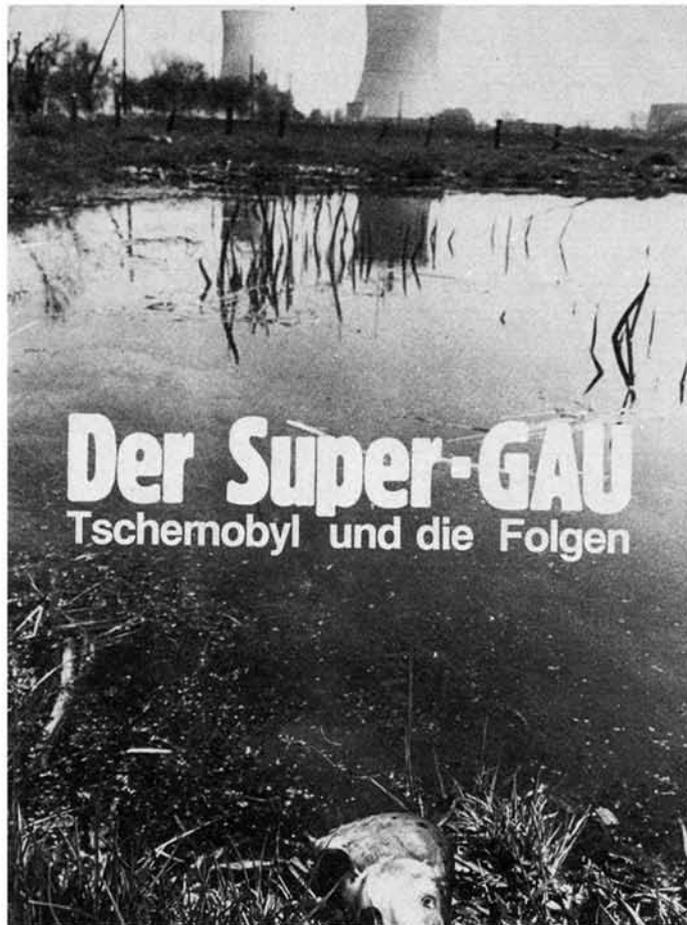
**Die Atomkraftwerke abschalten – die WAA verhindern  
– das Atomprogramm beerdigen !**



**Radi Aktiv**  
bayerisches Anti Atom Magazin

**SONDER-  
NUMMER**

**zu Tschernobyl**



**AUS DEM INHALT**

1. Vorwort und Einleitung
2. Chronik der ersten Wochen nach der Katastrophe
3. Unfallablauf und „Technisches“ zum RBMK Reaktor  
Das sowjetische Atomenergieprogramm
4. Die Situation in der Bundesrepublik
  - a) Die radioaktive Wolke: Ausbreitung, Ausmaß, Zusammensetzung, Meßwerte, Halbwertszeiten, Begriffe, die wichtigsten radioaktiven Stoffe...
  - b) Einschätzung der kurz-, mittel- und langfristigen ökologischen und gesundheitlichen Folgen
  - c) Die Beschwichtigungspolitik der Bundesregierung; die Politik der Landesregierungen
  - d) Das Lavieren der Parteien
5. Artikel der „Atomwirtschaft“ zur „Sicherheit des RBMK“ von 1984  
„Sicherheitsvergleich“ Tschernobyl – Harrisburg – Stade
6. Gibt es relative Schutzmaßnahmen gegen die Radioaktivität?  
Was kann der einzelne und die Bevölkerung insgesamt tun?
7. Betroffenheit und Reaktionen im Ausland (West und Ost)
8. Ist die Atomenergie nun am Ende? Kippt der Weltmarkt und das bundesdeutsche Atomprogramm oder Teile davon?
9. Für einen sofortigen Ausstieg ohne Wenn und Aber!
10. Atomanlagen in der Welt und in der BRD
11. Schlaglichter des Widerstandes  
Aktionen an den Standorten  
Dezentrale Aktionen und Re-Organisation des Widerstandes in den Städten  
Bundesweite Aktionen, Brokdorf und Wackersdorf  
Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung, Radikalisierung des Widerstandes und die Versuche der Herrschenden, ihn zu kanalisieren bzw. zu eliminieren
12. Literaturliste und wichtige Kontaktadressen

Diese Dokumentation hat einen Umfang von 84 Seiten (A4) und kostet 6,- DM. Wiederverkäufer erhalten einen Rabatt von 30 %.

Sie ist eine Gemeinschaftsproduktion von „atom“ und „RADI-AKTIV“ und erscheint am 22. Juni 1986. Abonnenten von „atom“ bzw. „RADI-AKTIV“ bekommen die Tschernobyl-Dokumentation als „normale Ausgabe“ zugeschickt. Bestellungen an: „atom“, Postfach 1945 in 3400 Göttingen (Tel. 0551/7700158); „RADI-AKTIV“, A. Aschenbrenner, Keßlerplatz 15 in 8500 Nürnberg

# Betreiber fürchten um ihre Pfründe

Die Betreiber bundesdeutscher AKWs und der geplanten WAA hielten sich zunächst relativ mit Verharmlosungsgeschichten zurück, mußten sie doch aufgrund des Tschernobyl-Unfalls mit gutem Grund damit rechnen, daß sich auch hierzulande die Stimmung ändern würde. Nach einer Emnid-Umfrage ist die Zahl der Bundesbürger, die den Bau weiterer AKWs bejahen, von 52 auf 29 % zurückgegangen. AKW-Gegner sind nach dieser Umfrage nun nicht nur 46 %, sondern 69 %. In zahlreichen Interviews und Stellungnahmen versuchten Bayernwerke, DWK und zahlreiche andere AKW-Betreiber und -Lobbyisten glaubwürdig zu versichern, „bei uns könne so ein Unfall nicht passieren, ein Super-GAU sei undenkbar“. Teilweise mit Mitteln der Volksverdummung begründen sie ihre vermessenen Behauptungen: Ein solcher Unfall wie in der UdSSR könne in einer WAA nicht passieren (MZ, 14. 5. 1986) – als ob man nicht inzwischen AKWs und WAAs auseinanderhalten könne. Nur ist das überhaupt kein Argument dafür, daß gerade angesichts der massenhaften Störfälle in den bundesrepublikanischen AKWs nicht auch ein solcher Unfall passieren kann, zweitens ist erwiesen, daß die WAA noch anfälliger ist, als es die AKWs eh schon sind.

In verschiedenen Interviews versuchten die Vorstände diverser Atompolitik vorsichtig zu beschwichtigen.

So behauptete ein Sprecher der Bayernwerk AG, ein GAU in der Bundesrepublik wäre „beherrschbar“. Ein solcher Unfall könne sich aber in der BRD nicht wiederholen, weil es vergleichbare Atomanlagen hier nicht gebe. Deshalb sei auch die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie „eine unrealistische Gedankenspielerlei“. Allerdings räumte auch die Bayernwerk AG ein, „daß sich die Stimmungslage in der Bevölkerung so ändert, daß die Politik reagiert“, wenn noch einmal so ein Unfall passiert.

Zynischer ist dagegen der Vorstandsvorsitzende der DWK, der WAA-Betreiberin, Günter Scheuten. „Tief betroffen“ über den Unfall gab er sich, „aber auch erleichtert, daß die Belastung der Umwelt und der Bevölkerung sich nicht außerhalb der natürlichen Schwankungsbreiten bewegte“. Was an der Strahlung natürlich gewesen sein soll, ist zwar unklar. Aber immerhin läßt sich Scheuten über die „Unterschiede in der Sicherheitsphilosophie“ aus, die Ursache dafür seien, daß eben in der Sowjetunion ein solcher Unfall passieren könne, bei uns aber nicht. Unverschämterweise und ausgerechnet mit einem Hinweis auf Harrisburg, wo nur eine halbe Stunde zum GAU gefehlt hat, will er belegen,

„im Westen sei es nicht möglich, daß Spaltprodukte aus Kernkraftwerken ins Freie gelangten“ (nach NEUER TAG, 13. 5. 1986).

Und die WAA sei deswegen für einen GAU ungeeignet, „weil darin gänzlich andere Prozesse ablaufen als in einem Kernkraftwerk“.

In einem anderen Interview der DWK (MITTELBAYERISCHE ZEITUNG, 14. 5. 1986): „Das ist in unserer (!) Wiederaufbereitungsanlage vollkommen anders, es ist überhaupt kein Problem, die Energie, die in dieser Anlage zu hantieren ist, sinnvoll und sicher einzuschließen.“

Aber auch die DWK hat Probleme damit, ihr Vorhaben in der Öffentlichkeit derzeit schmackhaft zu machen: „Die Öffentlichkeitsarbeit ist ja eine sehr schmale Gratwanderung. Wenn wir jetzt plötzlich sehr viel mehr tun würden, dann würde jeder vernünftige Mensch sofort sagen, aha, die haben also doch ein schlechtes Gewissen.“ Das trauen wir ihnen allerdings gar nicht mehr zu!

„Da dieser Baulinie... kein vergleichbarer Typ in anderen Ländern gegenübergestellt werden kann und (sie) auch bei uns weniger bekannt ist, sollen hier kurz die Hauptmerkmale (Vorteile) aufgezählt werden:

– der Reaktor ist nicht von einem tonnenschweren Hochdruckbehälter umschlossen,

– die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch dank der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten der einzelnen horizontal liegenden Kanäle aus Zirkon.“

„Die Reaktoren (WWR und RBMK) der 1000-MW (Megawatt, d. Red.)-Größe sind bereits standardisiert und werden im Fließbandverfahren hauptsächlich im Werk ‚Atommasch‘ gefertigt. Zur Betriebssicherheit sind die Kraftwerke mit drei parallel arbeitenden Sicherheitssystemen ausgerüstet. Die Kraftwerke sind gegen Naturkatastrophen (Orkane, Überschwemmungen, Erdbeben etc.) und gegen Flugzeugabsturz und Druckwellen von außen ausgelegt. Die Sicherheit wird noch durch die in Rußland mögliche Standortauswahl, KKW (Kernkraftwerke, d. Red.) in gewisser Entfernung von größeren Ortschaften zu erstellen, erhöht.“

Bewertungen des sowjetischen Tschernobyl-Reaktortyps RBMK aus dem Artikel „Kernenergie in der Sowjetunion“, veröffentlicht in der Düsseldorfer Zeitschrift „atomtechnik atomwirtschaft“, Heft 12/1983



Zu der angeblichen Supersicherheit der bundesdeutschen Atomreaktoren erklärte Robert Jungk (MZ, 15. 5. 1986): „Bei der internationalen Atomenergiebehörde habe der Reaktorstandard in der Bundesrepublik noch nie als vorbildlich gegolten, sondern bestenfalls als mittelmäßig, lange sogar als unterdurchschnittlich.“ Jungk bezeichnete das AKW Stade als viel schlechter als das Werk von Tschernobyl. Und Tschernobyl galt selbst in bundesdeutschen Expertenkreisen als sicher, wie folgender Ausschnitt aus einem Artikel zeigt:

# „Schlagartiges Bersten

## jederzeit möglich“

Der Physiker Jens Scheer hat nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl einen Vergleich zwischen den Reaktortypen in Stade und in Tschernobyl gezogen. Hieraus sollen nun ein paar der wichtigsten Punkte erläutert werden. Der vollständige Bericht wird in der gemeinsamen Sondernummer **RADI-AKTIV** und **ATOM** zu Tschernobyl, die Ende Juni herauskommen soll, abgedruckt.

Bei beiden Reaktortypen sind Unfallabläufe möglich, die jeweils im anderen nicht möglich sind. Hier seien nur die zwei bedeutendsten Unfalltypen genannt, die die schlimmsten Folgen haben können:

1. Graphitband und unkontrolliert ansteigende Kettenreaktionen mit tagelanger Freisetzung der Radioaktivität sind im Stade-/Biblis-Typ nicht möglich, da kein Graphit vorhanden, wohl aber im Hochtemperatur-Reaktor von Hamm-Ventrop, und wie die Realität gezeigt hat, auch im Tschernobyl-Typ. Dabei wurde er noch 1983 im westdeutschen Fachblatt gelobt als inhorent sicher, sehr zuverlässig und wartungsfreundlich zur Früherkennung von Fehlern geeignet.

2. Schlagartiges Bersten eines Kessels, und sofortige Freisetzung der Radioaktivität sind in allen westlichen Reaktoren vom Druckwassertyp jederzeit möglich, ohne Vorwarnung und Früherkennung durch Risse und Lecks.

Speziell für das AKW Stade wurde in bekanntgewordenen Geheimprotokollen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit des TÜV unerwartet rasche Versprödung festgestellt. Daraufhin wird das AKW nur noch im „Schongang“ mit verringerter Leistung gefahren.

Die Betreiber haben versucht, per einstweiliger Verfügung durch das Landgericht Hamburg mir die Aussage zu verbieten, daß der Kessel jederzeit mit katastrophalen Folgen bersten kann. Dem wurde nicht entsprochen. Ich erhielt lediglich die Auflage, anzumerken, daß der TÜV die Zuversicht geäußert hat, der Betrieb sei bis weit über das Jahr 2012 gewährleistet. Als Physiker muß ich dazu bemerken, daß dem TÜV die wissenschaftlichen Grundlagen für eine so weitgehende Aussage fehlt. Auf die Abhängigkeit von TÜV-Gutachtern, deren Vorgesetzte vielfach den zu begutachtenden Firmen angehören, sei nur am Rand hingewiesen. In Tschernobyl ist solch ein Unfall mangels Kessel nicht möglich.

Der Zusammenhang ziviler und militärischer Atomenergienutzung ist in beiden Ländern vorhanden, aber entsprechend technischer und politischer Gegebenheit verschieden. Das Hauptproblem der „zivilitärischen“ Atomenergie ist die Tatsache, daß der Atombomben-Sprengstoff Plutonium mit dem Atomgewicht

239 zwar als Nebenprodukt in jedem Reaktor erzeugt wird, aber bei zu langer Verweilzeit sich teilweise in schwere Plutoniumisotope verwandelt, die die Effektivität als Sprengstoff verschlechtern, ohne sie jedoch ganz zu beseitigen. Die Militärs sind deshalb vor allem an PU interessiert, das nicht zu lange in Reaktoren war. Bei den AKWs mit Druckkessel können die Brennstäbe nur einmal im Jahr bei Gelegenheit der Revision entnommen werden, wenn unter großem Aufwand der Deckel des Kessels geöffnet wird. Das dann vorhandene „Reaktorplutonium“ soll mithilfe einer neuartigen physikalischen Technik, Laser-Isotopentrennung, von den störenden Isotopen befreit werden. Diese soll in den 90er Jahren in industriellem Maßstab funktionieren, gerade wenn in der WAA Wackersdorf das Gesamt-Plutonium chemisch rein hergestellt werden soll und auch der Atomwaffensperrvertrag ausläuft.

Der Reaktor vom Tschernobyl-Typ war ursprünglich zur Produktion von Militärplutonium konzipiert und die Stromerzeugung als ein Mittel vorgesehen, den PU-Preis zu senken. Die Brennstäbe sind leicht zugänglich und können während des laufenden Betriebs jeweils entnommen werden, wenn das PU noch nicht durch diesen langen Aufenthalt „verdorben“ ist.

### LESERBRIEF

#### Tschernobyl und die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) aus psychobiologischer Sicht

In einem Augenblick des Weltgeschehens, in dem die Irreführungen, Schikanen und die Volksverdummung von Seiten der bayerischen Staatsregierung und anderer Stellen einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, wollen wir Psychobiologen, wie so viele andere Institutionen, ein Wort an die besorgten Mitbürger richten.

Die menschenverachtende Informationspolitik der letzten zwei Wochen hält auch heute noch in milderer Form an. Wenn zum Beispiel ein besorgter Mitbürger die radioaktiven Meßwerte von Regensburg von offizieller Seite erfahren will, ist er massiven Strapazen ausgesetzt. Wenn er Glück hat, bekommt er nach stundenlangen telefonischen Bemühungen endlich Teilwerte vom Wetteramt Offenbach (Tel. 069/80 62 702). Will jemand einzelne Informationen aus dem Umweltministerium in München, ist das zeitweilig noch problematischer. Wie aus Presseberichten zu entnehmen ist, sind die meisten Behörden in Regensburg über die radioaktiven Meßwerte ebenfalls nicht unter-

richtet. Dabei wäre es so leicht, Abhilfe zu schaffen. Statt die Telefonnetze zu überlasten, den Bürgern Zeit zu rauben und unnötig Geld aus der Tasche zu ziehen, könnten, ähnlich wie auch bei den Wasserstandsmeldungen der Donau, zu bestimmten Zeiten wohl die radioaktiven Meßergebnisse im Bayerischen Rundfunk durchgegeben werden. Tatsächlich geschieht das auch für München, Landshut, Grundremmingen, Grafenrheinfeld und Kahl. Leider nützt uns das in Regensburg herzlich wenig!

Wie zahlreiche Aussagen bestätigen, fühlten sich sehr viele Bürger in den ersten Tagen nach dem Großunfall, was Vorsichtsmaßnahmen und Verhaltensregeln betrifft, fast völlig im Stich gelassen. Dafür standen Beschwichtigungen und Verharmlosungen im Vordergrund. Schließlich wurde die Bevölkerung scheinbarweise informiert.

Einige psychobiologische Denkanstöße zum Thema WAA: Die Dämonisierung von schlichten Tatsachen nahm bereits vor der Katastrophe in Tschernobyl gewaltig zu, z. B. mit der Äußerung, die Besucher der ökumenischen Andachten im Taxöldener Forst betrieben „das Werk des Teufels“, oder führten „Teufelsaustreibungen“ durch.

Zum Zauber- und Märchendenken: MdB Zierer wähnt gar, ohne Kernenergie hole uns die Steinzeit ein. Mit wel-

chem Zauber sollte das wohl geschehen? Analytisch betrachtet erinnert Zierers Aussage an das Märchen von den „Siebenmeilenstiefeln“.

Was hat es aber jetzt mit „falschen Propheten“ auf sich? Bei den psychobiologischen Beschreibungsanalysen können wir immer wieder beobachten, wie sich zahlreiche Befürworter der WAA als vom Himmel gefallene Propheten wähnen. Der frühere CSU-Staatssekretär zur WAA: „Störfälle mit negativen Auswirkungen sind ausgeschlossen“. Wenn von anderer Seite manchen Ärzten vorgeworfen wird, sie wollten sich als „apokalyptische Reiter“ betätigen, ist das völlig absurd. Viele Gegner der WAA wollen nur auf die nicht auszuschließenden Risiken und möglichen Gefahren hinweisen, ohne jedoch etwas zu prophezeien. Welche verheerenden Folgen ein sehr großer Unfall haben kann, zeigt Tschernobyl!

Es ist jetzt allerhöchste Zeit nachzudenken und eine Partei zu wählen, die energisch den Bau einer WAA ablehnt! Schließen auch Sie sich einer der Bürgerinitiativen an!

Hans Meier

Obere Bachgasse 2, 8400 Regensburg

# „Ein Tschernobyl wird es in Deutschland nicht geben“ (Riesenhuber)

## Bayerische Erfahrungen

Seit der Katastrophe von Tschernobyl versuchen die Verantwortlichen des Atomprogramms hierzulande permanent, uns davon zu überzeugen, daß ein solcher Unfall in Atomanlagen in den westlichen Industriestaaten nicht passieren kann. Demgegenüber häuften sich in den letzten Wochen die Meldungen von Störfällen in westlichen Anlagen. Dies liegt wohl an der Sensibilisierung der Öffentlichkeit nach Tschernobyl, wodurch nun mehr Informationen nach außen dringen. Ein Beispiel hierfür ist, daß ein Störfall in einem AKW in Frankreich, nordöstlich von Lyon, der 1984 nur knapp an einem GAU vorbei ging, erst jetzt bekannt wurde. Dazu meinte der Nuklearexperte der sozialistisch orientierten CFDT-Gewerkschaft, Kean Tassart, der über den Unfall seit langem informiert war: „Die Öffentlichkeit schien uns für eine Veröffentlichung der Geschehnisse der Problematik gegenüber zu wenig sensibilisiert.“ (TAZ, 22. 5.). Allein in den beiden Tagen 21./22. Mai erschienen in der Presse Meldungen von Störfällen in drei westlichen Atomanlagen. Neben dem erwähnten Unfall im französischen AKW waren dies ein Unfall in der französischen WAA in La Hague, bei dem fünf Arbeiter verstrahlt wurden (NN, 22. 5.) und ein Leck in einem AKW in den USA (TAZ, 21. 5.). Nach Angaben eines ehemaligen Mitgliedes der Atomkontrollbehörde der USA ist bei 39 der 91 amerikanischen Atomkraftwerke eine Reaktorkatastrophe wie in Tschernobyl durchaus möglich (NN, 21. 5.).

Wie es mit der Sicherheit in bundesdeutschen AKWs aussieht, wird im folgenden am Beispiel Ohu deutlich.

aus *„Basiswissen Kernkraft“* von Reimar Paul:

### OHU (KKI)

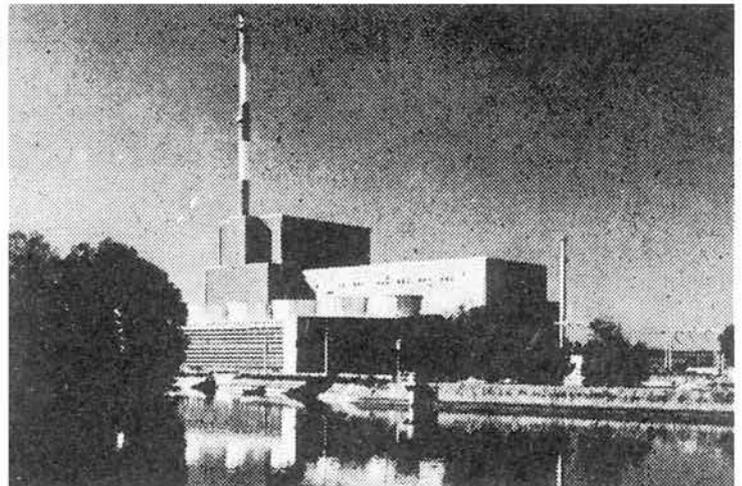
Vierzehn Kilometer flußabwärts von Landshut liegt in der Gemarkung Ohu das Kernkraftwerk Isar (KKI). Ein zweiter, größerer Block ist seit dem Sommer 1982 in Bau, und mit der Reaktorrüine Niederaichbach (siehe auch dort) vervollständigt eine dritte Anlage diesen »Nuklearkern«.

Die Kernkraftwerk Isar GmbH, an der die Bayernwerke und die Isar-Amperwerke zu je 50% beteiligt sind, vergab den Bauauftrag für Ohu I am 2. November 1971 an die Kraftwerk Union. Der mit einer elektrischen Leistung von 907 Megawatt bisher größte deutsche Siedewasserreaktor – das Atomkraftwerk Krümmel war bei der Drucklegung dieses Buches noch nicht am Netz – erhielt am 18. 11. 1977 die Genehmigung für den Probebetrieb, speiste am 3. 12. erstmals Strom in die öffentlichen Leitungen ein und wurde am 5. Mai 1978 in den Vollastbetrieb übernommen. Im Frühjahr 1979 übergab die Kraftwerk Union den Reaktor dann auch privatrechtlich an das Betreiberunternehmen; bis dahin hatten sich allerdings schon so viele Pannen und Stillstände ereignet, daß in Frage stand, ob mit Ohu I jemals lukrative Stromgeschäfte gemacht werden könnten. »Nach der sicherheitstechnischen Gesamtkonzeption sind weder bei Normalbetrieb noch bei Störfällen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sachgüter einzelner Personen oder der Allgemeinheit zu befürchten«, hatte der bayerische Umweltminister Dick bei Erteilung der mit Aufnahme des Probebetriebes verbundenen 4. Teilerrichtungsgenehmigung versichert. Aber schon die folgenden Wochen belehrten nicht nur den Minister, der es ja eigentlich hätte besser wissen müssen, eines anderen.

Am 28. 11. 1977, nur fünf Tage nach Erreichen der ersten Kritikalität, mußte eine Reaktorschnellabschaltung per Hand vorgenommen werden, weil alle vier Hauptkühlwasserpumpen ausgefallen waren. Bis zum 20. Dezember kam es zu mindestens vier weiteren Schnellabschaltungen. Ebenfalls im Dezember mußten auch die ersten größeren Reparaturen vorgenommen werden, während derer das Atomkraftwerk für jeweils mehrere Tage stillstand.

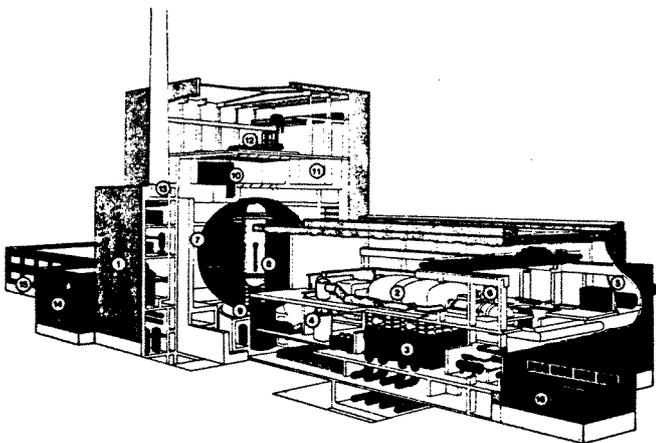
All dessen ungeachtet gab das Umweltministerium, das bis dahin noch keinen Störfall von sich aus bekanntgegeben hatte, noch Ende des Monats grünes Licht für eine Steigerung des Leistungsbetriebes auf 75%.

Auch im folgenden Jahr wurden die meisten Pannen verschwiegen. Entsprechende Informationen gelangten erst durch ein Ende Oktober 1978 von den Bremer Universitätsprofessoren Bätjer und Bleck verfaßtes Papier an die Öffentlichkeit. Das bayerische Umweltministerium, das die Publikation zunächst als »unverantwortliche Panikmache« abgetan hatte, mußte die angeführten Störfälle jedoch später bestätigen und Besserung bei der eigenen Informationspolitik geloben.



Das Betriebsjahr 1978 hatte damit begonnen, daß im Januar eine Kühlmittelpumpe auseinanderflog. Nach den Bruchstücken wurde im ganzen Kühlkreislauf gesucht, aber nur zwei Drittel der Metallteile wurden wiedergefunden. Diese Stillstandszeit nutzte man, um andere Schäden zu beheben. So wurden die Befestigungen der Frischdampfleitungen verändert, da in ihnen höhere Spannungen als vorher berechnet entstanden waren. Auch die Sicherheitsventile, die bei schweren Störungen die weitere Zufuhr von radioaktivem Dampf aus dem Reaktor durch Absperrungen der Hauptleitungen verhindern sollen, wurden repariert, und schließlich mußte noch der Motor einer Kühlmittelpumpe ausgewechselt werden.

Im Februar riß eine Meßleitung, wobei mehrere Kubikmeter radioaktiver Dampf ins Reaktorgebäude strömten. Das Gebäude wurde geräumt und anschließend einer mehrtägigen Entgiftungsaktion unterzogen. Um eine »unnötige Dramatisierung« zu vermeiden und »weil wir den Schaden erst feststellen und die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigen wollten«, gab das Ministerium den Unfall erst mit fünftägiger Verspätung bekannt; ein völliges Verschweigen war in diesem Fall nicht möglich, weil Medien und Öffentlichkeit bereits durch andere Quellen auf den Zwischenfall aufmerksam gemacht worden waren.



Schnittbild durch die Gesamtanlage des Atomkraftwerks Ohu I (Siedewasserreaktor)

Wenige Tage vor Ostern durchzogen radioaktive Dampfschwaden das Reaktor-gebäude. Die Räume konnten ohne Schutzkleidung nicht mehr betreten werden. Da der Reaktor weiterlief, liegt der Verdacht nahe, daß ähnlich wie beim Juni-Unfall in Brunsbüttel (vgl. auch dort) das automatische Schnellausschaltssystem manipuliert wurde. Als sich die Anlage wegen eines anderen Defektes dann doch abschaltete, wurde als Ursache für den Dampfaustritt ein kleines Loch in einer Leitung ausgemacht, die bei Betrieb 280 Grad heißen Reaktordampf führt. Ein weiteres Aufreißen dieser Leitung hätte einen GAU-ähnlichen Unfall verursachen können.

Diesem ersten, aber eindeutigen Hinweis auf fehlerhaftes Material wurde damals noch nicht ausreichende Beachtung geschenkt.

Der am 5. Mai aufgenommene Vollastbetrieb wurde schon eine Woche später wieder unterbrochen; der Reaktor war diesem »Härtetest« offensichtlich nicht gewachsen und mußte vier Monate lang vom Netz genommen werden. Man wechselte die Motoren der restlichen Kühlmittelpumpen aus, nahm Änderungen am Notkühlsystem vor, erneuerte mehr als zehn Prozent aller Schweißnähte am Rohrleitungssystem und reparierte die Zwischenüberhitzer; diese Zwischenüberhitzer haben die Aufgabe, den Dampf, der sich beim Durchströmen des ersten Turbinenabschnitts aufgeheizt hat, in einem frischdampfbeheizten Rohrsystem erneut zu erhitzen.

Die Stillstandszeit schlug für die Kernkraftwerk Isar GmbH mit einem Verlust von 60 Millionen Mark zu Buche. Die immer offensichtlicher werdenden Materialprobleme veranlaßten die Reaktorsicherheitskommission – wie auch bei den anderen drei in Betrieb befindlichen Siedewasserreaktoren – zu der Auflage, das aus einer bestimmten, ungeeigneten Stahlsorte bestehende Rohrsystem auszuwechseln; in Ohu sollte es im Sommer 1981 soweit sein.

Am 20. September erfolgte die Wiederaufnahme des Kraftwerkbetriebes, aber schon am Tag darauf bemerkte man, daß eine Speisewasserleitung undicht war und daß die Zwischenüberhitzer nach wie vor nicht störungsfrei arbeiteten. Im Einvernehmen mit der Landesregierung – obwohl von dieser nachdrücklich bestritten – beschlossen die Betreiber jedoch, die Anlage nicht schon wieder abzuschalten, sondern bis nach den Landtagswahlen am 15. 10. weiterlaufen zu lassen; auch in diesem Fall ist der Weiterbetrieb wahrscheinlich nur durch das Außerkraftsetzen der Sicherheitssysteme ermöglicht worden.

Mitte Juli 1982 wurde die erste Teilerichtungs-genehmigung für das Atomkraftwerk Ohu II, ein sogenanntes Baulinie-80-Kernkraftwerk mit einem Druckwasserreaktor von 1300 Megawatt, erteilt, nachdem der Erörterungstermin bereits 1979 stattgefunden hatte. Die Aussichten, dieses Bauvorhaben zu verhindern, stehen schlecht. Obwohl in der Region seit Jahren mehrere Bürgerinitiativen und Umweltgruppen arbeiten, hat der Widerstand rund um Landshut nie die Breite und Entschlossenheit wie etwa in Wyhl oder Brokdorf erreicht. Und wenn sich einmal größere Protestaktionen anbahnten, dann sahen sich die Atomgegner stets einem hochgerüsteten bayerischen (Frei-)Staatsapparat gegenüber – wie im Mai 1977, als 8000 Polizeibeamte zum Empfang von 1500 Demonstranten angetreten waren.

Als die Wahllokale am Abend des 15. Oktober schlossen, wurde der Reaktor vom Netz genommen. Die in der Folge durchgeführten Untersuchungen ergaben zum Teil schwere Beschädigungen: Mehrere Rohre im Zwischenüberhitzer waren ausgerissen und die zwei Zentimeter dicke Behälterwand zur Hälfte angegriffen. Darüber hinaus waren mehrere Sicherheitsventile nicht betriebsbereit.

Nachdem die Störfallserie auch um den Jahreswechsel durch eine Reihe von Schnellausschaltungen ihren Fortgang genommen hatte, kam es Ende März 1979 wieder zu einer längeren Stilllegung – wegen »Undichtigkeiten in sechs oder sieben Rohren«, wie es in der zehn Tage später abgegebenen offiziellen Stellungnahme hieß. Im Mai gelangten nach einem nicht näher definierten Zwischenfall

30 Liter radioaktives Wasser ins Freie, was sogar in Teilen der SPD-Landtagsfraktion die Forderung nach einer endgültigen Stilllegung von Ohu aufkommen ließ.

Am 16. Juli überflogen zwei Phantom-Düsenjäger das Atomkraftwerk so tief, daß – neben einer Vielzahl von Schäden in der näheren Umgebung – im Bereich der Anlage mehrere Scheiben zu Bruch gingen. Das Umweltministerium räumte ein, daß der Absturz eines Phantom-Flugzeuges auf den Reaktor »verheerende« Folgen haben könnte.

Am 17. 11. gelangten ca. 200 Liter verstrahltes Wasser über einen Regenwasserkanal in die Isar, wobei – natürlich! – »für die Betriebsangehörigen und die Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr bestanden« habe.

Ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geriet Ende des Jahres der damals mit der Bewachung von Ohu und Niederaichbach betraute »Zivile Sicherheitsdienst« (ZSD), ein Münchener Privatunternehmen, dessen Angestellte wegen ihrer dunklen Uniformen und »guten« Bewaffnung allgemein als »Schwarze Sheriffs« bezeichnet wurden. Diese Truppe war zuvor schon bei anderen Einsätzen, etwa bei Ordnungsdiensten in der Münchener U-Bahn, durch brutales und eigenmächtiges Vorgehen ins Gerede gekommen. Der Landshuter SPD-Landtagsabgeordnete Schlittmeier erhob in einer siebenseitigen Parlamentsanfrage folgende Vorwürfe: Bei Schießübungen und Revolverduellen auf dem Kraftwerksgelände hätten die Wachleute u. a. zweimal sich selbst ins Knie bzw. in den Oberschenkel geschossen, mehr als zwanzig Lampen zerstört, Jagd auf Kaninchen, Gänse und Schwäne gemacht, Bojen in der Isar versenkt und Autos getroffen. Zahlreiche Mitglieder des ZSD besäßen keinen Waffenschein, obwohl sie praktisch ungehindert Zugang auch zu Schweißen, noch nicht einmal von der Polizei eingesetzten Waffen hätten sowie über unbegrenzte Mengen an Munition verfügten.

Obwohl aus dem Jahr 1980 besonders schwere Störfälle nicht bekanntgeworden sind, brachte es der Reaktor dennoch nur auf eine Arbeitsauslastung von 55 %, was für ihn noch ein vergleichsweise gutes Ergebnis bedeutet. Am 12. April ging Ohu für eine größere Revision vom Netz, da erneut mehrere Schäden, u. a. an der Turbine, an den Brennelementen sowie an mehreren Leitungen, aufgetreten waren. Zugleich wurden Umbauten am Abklingbecken vorgenommen und ein Kompaktlager eingerichtet.

Heftige Diskussionen entzündeten sich an den zu Jahresbeginn in der Umgebung von Ohu aufgetauchten weißgefiederten und teilweise verkrüppelten Spatzen, die sich in den folgenden Monaten weiter verbreiteten. Viele Atomgegner dachten angesichts dieses Phänomens an Radioaktivität, und auch der SPD-Landtagsabgeordnete Kolo sprach von einem möglichen Zusammenhang zwischen den weißen Vögeln und den Strahlenemissionen aus dem Atomkraftwerk Ohu. Der Umweltstaatssekretär Fischer erklärte demgegenüber, bei den besonderen Spatzen handele es sich um »Albinos«. Selbstverständlich muß keine Verbindung zu der Strahlung aus dem KKI bestehen; andererseits ist unbestritten, daß Radioaktivität häufig zu Mutationen und Veränderungen der Erbanlagen bei Menschen, Tieren und Pflanzen führt.

Am 3. 9. 1981 begann in Ohu die dreizehn Monate andauernde und alle Siedewasserreaktoren betreffende »Runderneuerung«, die vor allem den Austausch der Rohrleitungssysteme und die Verstärkung der Reaktorschutzeinrichtungen beinhaltete (siehe auch bei Brunsbüttel, Philippsburg und Würgassen). Weit mehr als 300 Millionen Mark waren ausgegeben, als der Reaktor im Oktober 1982 wieder in Betrieb genommen werden konnte. Für die Reparaturen hatte man vorübergehend 1600 Arbeiter eingestellt; nach Angaben von Bürgerinitiativen aus der Region sollen zum Schweißen der Rohrleitungen in den strahlengefährdeten Zonen Türken u. a. aus dem anatolischen Hochland angeworben und in Schnellkursen auf ihren Einsatz vorbereitet worden sein.

### „Nur theoretisch denkbar . . .“

*SCHWANDORF/LANDKREIS (ek). „Wiederaufarbeitung – Bürger fragen – Experten antworten“ heißt eine Broschüre, die das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen herausgegeben hat. Neben vielen bemerkenswerten Aussagen ist eine Passage von besonderem Interesse. Da heißt es auf Seite 96 ganz beherzt: „GAU ist die Abkürzung für Größter Anzunehmender Unfall. Dieser Begriff stammt aus dem Bereich der Reaktorsicherheit und ist mittlerweile durch den umfassenderen Begriff der Auslegungstörfälle ersetzt worden. Entsprechend wurde mit dem Begriff Super-GAU ein solcher Unfall bezeichnet, bei dem es zu einer Überschreitung der zulässigen Störfall-Grenzwerte käme. Derartige Ereignisabläufe liegen jenseits der praktischen Vernunft sind also nur theoretisch denkbar.“*

## BRUNSBÜTTEL

Am 18. Juni 1978 ereignete sich dann ein Unfall, der in seinen Ausmaßen und Folgewirkungen als der schwerste in der Geschichte der bundesdeutschen Atomenergienutzung überhaupt bezeichnet werden muß. Um 20.30 Uhr riß an einer der vier Frischdampfleitungen, die vom Reaktor zur Turbine führen, ein sogenannter »Fönstutzen« ab. Diese Stutzen werden nur bei längeren Stillständen benötigt und sind im Normalbetrieb verschlossen.

In der Folgezeit strömten drei Stunden lang mehr als 130 Tonnen radioaktiver, 250 Grad heißer Dampf ins Maschinenhaus; ein Teil kondensierte und schlug sich auf den Boden des Gebäudes nieder, während mehr als die Hälfte durch den Kamin bzw. durch aufgesprengte Dachluken ungefiltert ins Freie entwich. Ein Vielfaches insbesondere der für Jod 131 zugelassenen Abgabewerte gelangte an die Umwelt.

Der Druck in der Dampfleitung betrug beim Eintritt des Störfalles lediglich 20 bar, weil der Reaktor nicht mit Vollast, sondern nur mit etwa 300 Megawatt Leistung gefahren wurde. Dies ist bemerkenswert, weil die Fönstutzen für eine dreibis vierfache Druckstärke ausgelegt waren.

Obwohl die Instrumente im Kontrollraum unmißverständlich ein Leck im Primärkreislauf anzeigten, das wegen des im Maschinenhaus entstehenden Überdrucks unweigerlich eine automatische Schnellabschaltung zur Folge gehabt hätte, wurde von der diensthabenden Bedienungsmannschaft eine solche Abschaltung durch Manipulieren der elektrischen Auslöser verhindert! Zur gleichen Zeit, alles wenige Minuten nach Einsetzen des Unfalls, klemmte der Papiervorschub des Protokollschreibers, der alle Vorfälle, Störungen und Gegenmaßnahmen notieren soll und fiel für die Protokollierung dieses Störfalles aus – ob zufällig und ohne Fremdeinwirkung oder, wie von Bürgerinitiativen und Kritikern vermutet, durch einfaches Festhalten mit der Hand, konnte nie geklärt werden. Außer Zweifel steht jedoch, daß die Verantwortlichen eine Schnellabschaltung vermeiden wollten und auch, daß die Behörden und vor allem die Bevölkerung lange Zeit über den Unfall und seine Ausmaße im unklaren gelassen wurden. Die letzte Schnellabschaltung hatte nämlich nur 22 Stunden zurückgelegen, als der unzulässige Eingriff in das automatische Reaktorschutzsystem stattfand. Schnellabschaltungen sind immer sowohl mit einem Anstieg der Radioaktivität im Kühlwasser und in der Umwelt als auch mit einer durch starkes Druck- und Temperaturgefälle bedingten hohen Belastung nahezu allen Materials verbunden. Von Januar bis Mai hatte das KKB die Obergrenze an erlaubter Jod-131-Emission schon zur Hälfte erreicht; jede neue Schnellabschaltung hätte – aus der Sicht der Betreiber – das Risiko erhöht, den Reaktor noch vor Jahresende abstellen zu müssen. Jeder Tag, an dem ein Atomkraftwerk nicht läuft, kostet das entsprechende Unternehmen mehrere hunderttausend Mark!

Zudem hatte die Herstellerfirma KWU das Funktionieren des Reaktors nur bei bis zu 500 Schnellabschaltungen garantiert.

Bekannt wurden die Manipulationen im Schutzsystem durch das Auffinden eines »Simulierbuches«, in das seit Anfang 1978 ein paar Dutzend Eintragungen über Eingriffe in die automatischen Sicherheitssysteme vorgenommen worden waren.

Erst kurz vor Mitternacht des 18. Juni schaltete sich der Reaktor nach dem Auftreten neuer Komplikationen endlich doch ab. Das Leck an dem abgerissenen Stutzen wurde erst gegen vier Uhr morgens entdeckt.

Anlaß zu Besorgnis gab auch die Informationspolitik der HEW, dem Mehrheitsaktionär des Kraftwerks. Die zuständige Aufsichtsbehörde, das schleswig-holsteinische Sozialministerium, wurde erst sehr spät und zunächst falsch unterrichtet: »Kleine Mengen radioaktiven Dampfes« seien in den Maschinenraum gelangt. Die Bevölkerung, aber auch das Gewerbeaufsichtsamt in Itzehoe, der Landrat des Kreises Dithmarschen als oberster Katastrophenschutzbeauftragter und die Stadt Brunsbüttel blieben bis zum Mittag des 20. Juni ohne Information. Die »Nachrichtensperre« wurde dann auch nur zufällig durchbrochen, als ein anonym Anrufer die Deutsche Presse-Agentur in Hamburg von dem Unfall unterrichtete.

Selbst danach gelangten nur unzureichende, verharmlosende und größtenteils falsche Nachrichten an die Öffentlichkeit, so daß ohne Übertreibung von einer bewußten Irreführung gesprochen werden kann. Die HEW selbst hestätigten diesen Begriff indirekt, als sie am 26. Juni zu Berichten im Norddeutschen Rundfunk eine Stellungnahme verfaßten: »Bewußte Irreführung hatte es zu keiner Zeit gegeben. Offensichtlich haben jedoch unzureichende Informationen zu Fehlinterpertationen geführt, die den Eindruck von Ungereimtheiten entstehen lassen.«

Während des durch diesen Störfall verursachten fast dreißigmonatigen Stillstandes kam es zu einer Reihe von weiteren bemerkenswerten Zwischenfällen.

Am 18. Oktober 1978 wurde im Inneren des Reaktorbehälters ein zehn mal zehn Zentimeter großes und fünf Millimeter dickes Blechstück entdeckt, dessen Herkunft nicht geklärt werden konnte. Solche Metallteile hätten schwere mechanische Schäden vor allem bei Umwälzpumpen, Brennelementen und Steuerstäben hervorrufen können – und haben es in Brunsbüttel vielleicht auch getan.

Nur fünf Tage später gab es einen Defekt bei einer Pumpe, die zur Kühlung des Lagerbeckens – in dem sich zu diesem Zeitpunkt alle Brennelemente des Reaktors befanden – eingesetzt war. Die Notkühlung lief daraufhin zwar an, pumpte jedoch zuviel Wasser ins Becken, so daß es überlief und Wasser in die Entlüftungsanlage geriet, wo es mehrere Ventilatoren außer Betrieb setzte.

Erwähnenswert aus diesem Jahr ist weiterhin ein Schweißbrand, der am 23. November im Maschinenhaus ausbrach.

(...)



### VORSCHLAG AN ALLE ANTI-AKW- UND UMWELTSCHUTZGRUPPEN

LIEBE FREUND/INNEN!

FREIBURG 22.5.86

BEI EINEM TREFFEN DER ÖKOGRUPPEN IN FREIBURG WURDE VORGESCHLAGEN, IN NÄCHSTER ZEIT EINEN AKTIONSTAG ZU MACHEN – WENN MÖGLICH BUNDES- ODER GAR EUROPaweIT UNTER DEM MOTTO "SOFORTIGER AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE", IN ANBETRACHT DER GEPLANTEN GROßDEMONSTRATIONEN IN BROKDORF UND WACKERSDORF AM 7. JUNI UND UM GENÜGEND ZEIT ZUR ABSPRACHE UND VORBEREITUNG ZU HABEN, SCHLAGEN WIR DEN SAMSTAG 28.6. VOR.

WIR HALTEN ES FÜR WICHTIG, NEBEN GROßDEMOS AN BRISANTEN PUNKTEN AUCH BREITE DEZENTRALE AKTIONSMÖGLICHKEITEN ZU SCHAFFEN. DER AKTIONSTAG KÖNNTE AUCH EVENTUELL ALS AUFTAKT ZU BOYKOTTAKTIONEN GEGEN STROMUNTERNEHMEN GENUTZT WERDEN (WIRD Z.ZT. AN VERSCHIEDENEN ORTEN DISKUTIERT).

BITTE DIESEN AUFRUF/VORSCHLAG WEITERGEBEN AN GRUPPEN, DIE WIR MIT UNSEREM VERTEILER NICHT ERREICHEN, RÜCKMELDUNGEN BITTE ZUNÄCHST AN UNS, WENN EIN GEMEINSAMER AKTIONSTAG ZUSTANDE KOMMT, MÜSSTE DIE KOORDINATION SICHER ÜBER EINE ZENTRALERE STELLE LAUFEN (ATOM, ATOMMÜLLKONFERENZ O.ÄH.).

MIT ATOMFEINDLICHEN GRÜSSEN

WYHL-INFO-ZENTRUM  
HABSBURGERSTR. 9  
78 FREIBURG

TEL. 0761/551280 (NETZWERKBÜRO)



# Was soll noch passieren? Abschaltung aller Atomkraftwerke

Der atomare Ernstfall Tschernobyl hat wieder bewiesen: Die Anwendung der Atomspaltung zur Energiegewinnung ist eine prinzipiell unkontrollierbare Technik. Jedes Sicherheitssystem kann nur den Grad des sog. „Restrisikos“ verschieben. Statistisch gesehen ist der GAU vorprogrammiert. Er muß irgendwann passieren. Selbst wenn man die allzu optimistischen Risikostudien der AKW-Betreiber hierzulande zugrundelegt: Danach wäre mit einem großen Kernschmelz-Unfall in 10.000 Reaktorbetriebsjahren (umgerechnet auf alle weltweit laufenden 350 AKWs) zu rechnen. Insgesamt waren 1986 davon bereits 3.500 Jahre abgelaufen: Die Katastrophe stand also – statistisch gesehen – auf der Tagesordnung.

Für ein Land wie die BRD, das nicht nur mit Atomsprenkköpfen, sondern auch mit Atoanlagen am dichtesten bestückte Land der Welt, bedeutet dies, daß hier JEDERZEIT, heute, morgen, übermorgen mit einem Atomunfall wie Harrisburg, Tschernobyl oder noch schlimmer zu rechnen ist.

Dieses „Rest-Risiko“ kann keiner verantworten!

Die Folgen eines atomaren Unfalls in der BRD wären noch viel katastrophaler – an Evakuierung oder Flucht wäre praktisch nicht mehr zu denken. Der Bevölkerung würden Jodtabletten verabreicht, Polizei und Bundeswehr hätten Verseuchte auszusondern und die betroffene Zone militärisch abzuriegeln. In solch einem Fall würden Millionen einfach ihrem Schicksal überlassen. Das ist eben das „Restrisiko“.

**Ausstieg aus dem Einstieg?  
Einstieg in den Umstieg?  
Umstieg in den Ausstieg?**

**Was will die SPD?**

Unbeirrt aller bereits angerichteten Schäden und Gefährdungspotentiale setzen Bundesregierung und Koalitionsparteien ihren aggressiven und Pro-Atomenergie-Kurs fort. Das haben wir auch nicht anders erwartet.

Geläutert geben sich dagegen dieser Tage die Sozialdemokraten. Wer hätte auch vergessen, daß sich eben jene Partei in den 70er Jahren als eifrige Verfechterin des bislang gigantischsten Atomprogramms in der BRD bewährt hat?

Lautstark melden sich nun SPD-Spitzenkandidaten in Bund und Ländern zu Wort. Scheinbar breit und endlos ist auch die Palette vorgetragener Forderungen. So reklamiert Kanzleraspirant Rau für sich die Ablehnung des Schnellen Brüters in Kalkar und der WAA in der Oberpfalz. Der niedersächsische

# SOFORT!



Spitzenkandidat Schröder verspricht etwa für den Fall seiner Wahl im Juni den weiteren Betrieb des AKW Stade „ernsthaft in Frage zu stellen“. Nicht mehr und nicht weniger, denn er ist entschieden gegen das „Abschaffen“ des Atomprogramms. Er will lediglich den „weiteren Zubau“ verhindern – die Kernenergie „auf eine Basis zurückführen, die ökonomisch vertretbar ist“.

Mit diesen und anderen windelweichen Sprüchen versucht die SPD nichts anderes, als die öffentliche Unruhe in Wählerstimmen umzumünzen. Gleichzeitig will sie mit ihrem nebulösen Gerede verhindern, daß sich die einzig logische Forderung, die nach „Sofortiger Abschaltung aller AKWs“, weiter verbreitet. Denn an den heute in der Bundesrepublik laufenden Atommeilern, diesen tickenden Zeitbomben, will sie nichts geändert wissen. Es widerspräche auch aller Erfahrung, wenn die Sozialdemokratie ernsthaft den Interessen des Atomkapitals, besonders des Elektro-Kartells, entgegengetreten würde. Sie war und ist eine Atompartei – wie CDUCSUFD.

**Wie lange will Joschka noch Minister bleiben?**

Während sich die radioaktive Wolke aus Tschernobyl noch über die ganze Welt verbreitet, preist der hessische Ministerpräsident Börner ungetrübt die Vorzüge der „friedlichen Nutzung“, laufen die Biblis-Blöcke weiter, produzie-

ren die Hanauer Plutoniumfabriken ihr Gift (übrigens für sowjetische AKWs) und für Nordhessen plant der sozialdemokratische Koalitionspartner der Grünen den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors.

Statt diesen unglaublichen Provokationen entgegenzutreten, diffamiert der Sprecher von Umweltminister Joschka Fischer Stilllegungs-Forderungen aus dem eigenen grünen Landesverband als „sektiererisches Verhalten“, das der Reaktorkatastrophe „unangemessen“ sei. Die von vielen Grünen bereits erhobene Forderung nach Joschkas Rücktritt wird von ihm selber bisher abgelehnt.

Was wäre denn eine „angemessene“ Voraussetzung für den Rücktritt eines grünen Umweltministers? Muß erst Biblis in die Luft fliegen? In diesem Fall hätte Joschka wohl kaum noch die Möglichkeit zurückzutreten.

**Wie geht's weiter?**

Die Ereignisse nach Tschernobyl haben gezeigt, daß der berechtigte Horror vor der sog. „friedlichen Nutzung“ längst nicht mehr nur Anliegen einer kleinen radikalen Minderheit und wieder so ohne weiteres mit dem Polizeiknüppel niederzumachen ist. Anzuknüpfen gilt es an die Entschlossenheit der Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre: das Atomprogramm muß abgeschafft werden! Aus diesem Grunde sind erneute entschlossene und militante Auseinandersetzungen mit dem Staat und den Atombefürwortern unausweichlich, wollen wir nicht unsere Betroffenheit und Wut den ausgelegten Leimruten opfern und in Ohnmacht verfallen.

**Deswegen: STILLEGUNG ALLER AKWs! SOFORT!**

**Kommunistischer Bund (KB)**





## Neuer „Strahlenschutz“ per Hokus Pokus-Rechnen

### Zur geplanten Novellierung der Strahlenschutzverordnung

Die Menge der Radioaktivität, die sich nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in unserer Atemluft, in Boden, Milch, Fleisch und Gemüse befindet, kann man messen und in Becquerel angeben. Die Strahlenbelastung in rem oder millirem jedoch, die wir durch den Aufenthalt auf verseuchten Böden, durch Einatmen oder Aufnahme der radioaktiven Stoffe mit der Nahrung erhalten, läßt sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nur berechnen.

Diese Berechnung geschieht mit Hilfe von sog. Dosisfaktoren: Sie geben an, wie hoch die Dosis in einem Organ pro zugeführter Menge Radioaktivität ist. So beträgt z. B. die Strahlenbelastung der Schilddrüse eines Kleinkindes, das einen Liter Milch mit 500 Bq Jod-131 pro Liter trinkt (dem von der Strahlenschutzkommission empfohlenen Richtwert), mit dem zur Zeit in der Bundesrepublik vom Bundesinnenminister empfohlenen Dosisfaktor 210 mrem.

Diese berechnete Dosis soll in Zukunft nach den Vorstellungen von BMI und SSK etwa 20 % geringer sein, nämlich nur noch 175 mrem, wohlgerneht bei gleicher Menge an Radioaktivität!

Der Grund: die z. Zt. gültige Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) von 1976 soll novelliert werden, und zwar noch in diesem Jahr. In diesem Zusammenhang sind vom Bundesgesundheitsamt in Neu-

herberg für alle Radionuklide Dosisfaktoren berechnet worden, die sich teilweise erheblich von den bisherigen unterscheiden. Außerdem sollen die Dosisfaktoren in Zukunft nicht mehr amtlichen Empfehlungscharakter haben, sondern allgemein rechtsverbindlich vorgeschrieben sein.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, welche große Bedeutung die geplante Novellierung der Strahlenschutzverordnung für uns alle hat, seien wir nun Bewohner in der Umgebung atomarer Anlagen, strahlenexponiert Beschäftigte oder Betroffene einer Reaktorkatastrophe.

Ein anderes Beispiel verdeutlicht ebenfalls, daß als Folge der Novellierung unsere Strahlenbelastung rein rechnerisch sehr viel geringer sein wird als bisher:

In den Pfingstausgaben vieler deutscher Tageszeitungen war zu lesen, daß die allmächtige Strahlenschutzkommission jetzt bereits weiß, welcher maximalen Strahlendosis die Menschen in der Bundesrepublik nach der Reaktorkatastrophe ausgesetzt sind: nämlich 90 mrem (z. B. SZ vom 17. Mai 1986). Die verwirrte Leserin fragt sich: wie denn das? Wo doch bereits 1 Liter Milch bei einem Kleinkind 210 mrem usw. (siehe oben).

Die Erklärung liegt wiederum im Detail: Es handelt sich hier nicht um die Schilddrüsenedosis, sondern um die sog. effektive Äquivalentdosis. Um diese Dosis zu berechnen, werden die Strahlenbelastungen der einzelnen Organe mit

einem festgelegten sog. Wichtungsfaktor multipliziert, die Summe der Produkte ergibt dann die effektive Dosis.

Konkret für die genannte Abschätzung der SSK heißt das: Die Schilddrüse von Kleinkindern war (und ist) wegen der hohen Aktivität von Jod 131 in der Kuhmilch das am stärksten belastete Organ. Bekanntlich hat die SSK abgeschätzt, daß die Schilddrüsenedosis bei Kleinkindern maximal 3 rem betragen wird. Um diese 3 rem Schilddrüsenedosis in die effektive Dosis umzurechnen, kommt nun der Wichtungsfaktor ins Spiel. Er beträgt für das Organ Schilddrüse 0,03.

Eine kleine Rechnung:

3 rem Schilddrüsenedosis  $\times$  0,03 = 90 mrem effektive Dosis — und schon ist die Strahlenbelastung und damit das Problem erheblich verringert worden.

Auch dieses Konzept der effektiven Dosis soll in die Neufassung der Strahlenschutzverordnung aufgenommen werden.

Da die Materie „Strahlenschutzverordnung“ einigermaßen kompliziert ist, die Veränderungen sich jedoch auf uns alle in mehr oder weniger großem Maße auswirken, sollen die einzelnen Bereiche in den folgenden Nummer des RADIAKTIV ausführlich dargestellt und kritisiert werden.

Das betrifft vor allem folgende Punkte:

- das neue Dosiskonzept (effektive Dosis);
- Dosisgrenzwerte für Strahlenarbeiter und die Bevölkerung in der Umgebung atomarer Anlagen;
- die Neuberechneten Dosisfaktoren des Bundesgesundheitsamtes;
- für Strahlenarbeiter: Neufestsetzung der Grenzwerte der jährlichen Aktivitätszufuhr;
- grundlegende Veränderungen beim § 45 StrlSchV (äußerst wichtig für Genehmigungsverfahren und Gerichtsprozesse!);
- Erhöhung der sog. Freigrenzen;
- keine Begrenzung der Kollektivdosis.

Grundsätzlich ist zur geplanten Novellierung folgendes zu sagen: **offen und leicht ersichtlich**, d. h. für die Dosisgrenzwerte in rem oder millirem, treten mit einer Ausnahme keine Verschlechterungen ein, d. h. die Grenzwerte werden nicht erhöht. Die (wichtige) Ausnahme betrifft den Grenzwert für die Schilddrüsenbelastung in der Umgebung atomarer Anlagen: bisher 90 mrem/a insgesamt über Nahrungsketten, für die Zukunft geplant eine Verdoppelung, nämlich 90 mrem/a über Luft und 90 mrem/a über Wasser.

Versteckt und indirekt sind in den Neuentwürfen jedoch sehr viele Verschlechterungen enthalten (siehe z. B. den oben erwähnten neuen Dosisfaktor für Jod-131); diese Verschlechterungen müssen jeweils erklärt werden, damit sie sichtbar und verständlich werden.

Fortsetzung folgt.

Hannover, 23. Mai 1986  
Ulrike Fink, GÖK

# Chronologie des WAA-Widerstandes

## Um sachdienliche Hinweise wird gebeten . . .

### Ostern

**28./30. März:** Die Polizei räumt das Zeltlager der WAA-Gegner. Es kommt zu brutalen Übergriffen der Polizei. Ein von der Polizei präsentiertes Waffenlager entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Campingausrüstung. Festnahmen: 350. Am Abend findet dazu in Schwandorf eine Demo statt, bei der einige Scheiben zu Bruch gehen und 11 Leute festgenommen werden.

In der Nacht zum Ostermontag werden an einer Tankstelle drei Zapfschläuche durchgeschnitten, bei der Polizei einen Großteil ihrer Einsatzfahrzeuge auftankt.

In der Nähe von Altenschwand wird ein 20 kV-Starkstrommast umgesägt. Fünf weitere Masten werden angesägt. Dem Bayernwerk entsteht dadurch ein erheblicher Schaden.

**31. März – Ostermarsch:** Schon im Vorfeld propagieren die „staatstragenden“ Parteien den Notstand. A. Wernitz (SPD) rät von einer Teilnahme am Ostermarsch ab. Hiersemann fordert in Zeitungsanzeigen zur Spaltung des Widerstandes („Chaoten“ und „friedliche Demonstranten“) auf.

Trotzalledem demonstrieren 80 000 bis 100 000 Menschen gemeinsam gegen Rüstungswahnsinn und die WAA. Schon während der Kundgebung geht ein großer Teil der Ostermarschierer zum Bauzaun. Die Polizei geht mit einer bis dahin nicht erreichten Härte gegen die Demonstranten vor. Erstmals setzt die Polizei das von der Genfer-Konvention in Kriegsfällen geächtete, von der Bayerischen Staatsregierung bei Demonstrationen erlaubte CS-Gas ein. Ein weiteres Mal wird deutlich, wer hier Gewalt gegen wen ausübt. Bilanz: 1 Toter, unzählige Verletzte und 68 Festnahmen.

**3./4. April:** Nach monatelangem Tauziehen verschiedener Gemeinden um das Eingemeiden des WAA-Geländes, kann sich nun Wackersdorf über einen Löwenanteil freuen. Grund: Es werden jährlich ca. 30 Mio. DM Gewerbesteuern erwartet, von dem der Großteil nach Wackersdorf geht.

**6. 4.: Zaun geknackt:** Beim Sonntagsspaziergang gelingt es zum ersten Mal, ein Loch, das groß genug ist, um durchschlüpfen zu können, in den „Superzaun“ zu sägen. Dazu waren keineswegs „diamantenbesetzte Sägedrähte“ vonnöten, es genügten schon stinknormale Billig-Eisensägen. Der Herstellerfirma ist es offensichtlich gelungen, ihren Normalstahlzaun als „Spezialstahl-Superzaun“ zu verkaufen und damit die bisher größte Sabotageaktion.

Kommentar der Polizei: „Wir sind sehr enttäuscht, daß der uns als unbezwingbar angekündigte Superzaun, der später nach Inbetriebnahme auch die Wiederaufarbeitungsanlage schützen soll, so leicht zu knacken ist.“ Herzliches Beileid!





**7. 4. – Anschläge auf Bahnlinien:** Vier Züge bleiben in der Nacht zum Montag auf Strecken in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern außerplanmäßig stehen. Die Ursachen waren jeweils zwei durch ein langes Seil miteinander verbundene Eisenstücke, die von Brücken herab auf die Oberleitungen der Bahnlinien geworfen wurden. Die Züge konnten erst mit erheblicher Verspätung weiterfahren, eine Lok mußte abgeschleppt werden. An den Tatorten fanden sich Flugblätter mit der Aufschrift „WAA nie“.

**8. 4. – Strommast angesägt:** Bei einer Routinekontrolle wird im Landkreis Nittenau ein angesägter Hochspannungsmast einer 220 000 Volt-Leitung entdeckt. Nach Angaben der Polizei wäre der 60 m hohe Mast bei einem leichten Sturm umgekippt und dabei auf eine weitere 110 000 Volt-Leitung und beide auf die Staatsstraße 2145 gefallen. Auch ohne dies entstand der Bayernwerk AG ein Schaden von 10 000 DM für Reparaturarbeiten. Derselbe Mast war im Januar schon einmal angesägt worden.

Die Polizei zieht Zwischenbilanz: Bisher 92 (?) verletzte Polizisten, 125 zerstörte Dienstfahrzeuge und 300 000 DM Schaden durch Anschläge.

**9. April:** WAA-Gegner errichten in der Nähe des Baugeländes ein Kreuz als Zeichen des christlichen Widerstandes gegen die WAA.

**12. 4. – Völlig durchgesägt** waren die vier Stützpfeiler einer 110 kV-Leitung bei Neunburg vorm Wald. Der Mast blieb stehen. Eine Zeitung in Weiden erhielt einen Anruf mit der Mitteilung: „Die WAA wird nicht gebaut ... der Mast Nr. 64 ist umgesägt.“ Bis der Mast wieder festgeschweißt war, mußte die vorbeiführende Straße mehrere Stunden gesperrt werden. Sachschaden 30 000 DM.

**13. 4.:** In der Nacht zum Sonntag wurden in der Nähe von Hofenstetten drei Holzmasten einer 10 000 Volt-Starkstromleitung umgesägt.

#### Sonntagsspaziergang

**14. April:** Hans Schuierer erhält den Umweltpreis der bayerischen SPD.

Ca. 100 WAA-Gegner bringen ihren Protest gegen den Bau der Anlage bei einer CSU-Wahlveranstaltung zum Ausdruck.

**17. April:** Die DWK bekommt von der bayerischen Staatsregierung die Zusage einer 2 Milliarden-Bürgschaft zur Errichtung der WAA.

**20. April – Sonntagsspaziergang:** Es gelingt den WAA-Gegnern, das Tor 5 am Baugelände zu öffnen. Die Polizei versuchte, Demonstranten festzunehmen, doch wurde dies von den Demonstranten verhindert.

**21. April – Bezirkspartei der SPD in Weiden:** Die SPD erklärt: Es sei ein Irrtum, die SPD als Teil der Anti-AKW-Bewegung zu bezeichnen. Die sofortige Stilllegung der AKWs sei abwegig. Vielmehr strebe die SPD die Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Mülls an.

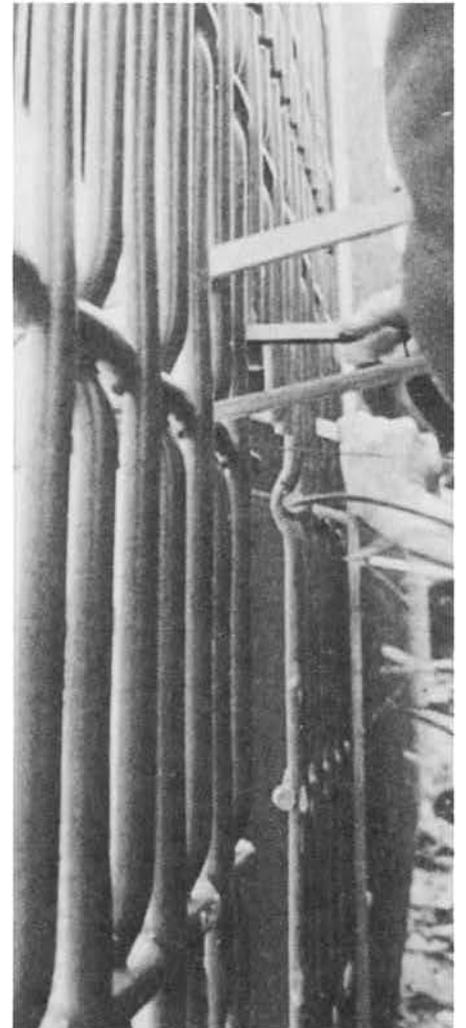
#### 27. April – Sonntagsspaziergang:

Die Löcher werden größer – Brandanschlag auf WAA-Baufirma.

Ca. 20 Leute schafften es beim Sonntagsspaziergang, ein 1 qm großes Loch in den Zaun zu schneiden. Der Tagesbericht der Polizei vermerkte: „Diese Aktionen wurden von den übrigen Besuchern mit spontanen Beifallskundgebungen unterstützt.“

Demonstranten warfen allerlei Abfall, Jaucheflaschen etc. über den Zaun. Ferner kam es zu mehreren Sprühaktionen am Amtsgericht Schwandorf und Amberg und einigen Banken.

Das „Kommando Karl-Heinz Hiersemann“ läßt auf einer Großbaustelle in Erding einen Baukran in Flammen aufgehen. In ihrem Bekennerschreiben heißt es: „Wir haben am 27. 4. mehrere Brandsätze in DYWIDAG- und LIEBHERR-Fahrzeugen in Erding gelegt. Nach Massenverhaftungen und CS-Gas muß der Widerstand gegen die WAA auf einer für uns ungefährlichen Ebene weitergehen. WAA nie! Einstellung aller Verfahren gegen Atomgegner! Die neue Kraft für Bayern-Kommando Karl-Heinz Hiersemann“.



stand gegen die WAA in Mißkredit zu bringen". Als Ausgangspunkt solcher Überlegungen nannte er den „staatlich verfügbaren Bombenanschlag“ auf die niedersächsische Justizvollzugsanstalt in Celle und die konkrete persönliche Erfahrung eines „unverhältnismäßig und damit rechtswidrigen Polizeieinsatzes“ am Ostermontag.

**29. 4.:** Der stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD äußert in einem Schreiben an den bayerischen Innenminister Hillermeier den Verdacht, ob auch in Bayern im Auftrag des Verfassungsschutzes oder anderer Stellen Gewalttaten in Bezug auf die WAA „inszeniert“ werden, um V-Personen mit einer Legende zu versehen bzw. den Wider-

**30. April:** Das bayerische Anti-Atommagazin „RADI-AKTIV“ wird beschlagnahmt. Die Polizei dringt in die Wohnungen der Redakteure ein.

**1. 5. – Ausgebrannte Bauwägen:** Zwei Bauwägen einer Baufirma, die am WAA-Bau beteiligt ist, werden an einer Brückenbaustelle zwischen Taxöldern und Bodenwöhr Ziele eines Brandanschlags. Außerdem werden eine Rüttelmaschine und ein Seilzugbagger an derselben Baustelle stark beschädigt.

**4./5. Mai:** Über 10 000 Menschen kommen zum ersten Anti-WAA-Folkfestival nach Wackersdorf. Die gesamten Einnahmen und Gagen kommen dem Rechtshilfefond der WAA-Gegner zugute.

Über das gesamte Wochenende gingen WAA-Gegner gegen den Bauzaun vor. Überall werden über Nacht Barrikaden errichtet. Am Sonntagnachmittag kam es zu willkürlichen Wasserwerfereinsätzen mit Reizgasen gegen die ca. 2000 Demonstranten. Wieder gelang es den WAA-Gegnern, den Bauzaun zu beschädigen. Einige Polizeifahrzeuge werden beschädigt.

Ca. 200 WAA-Gegner errichteten eine Barrikade auf der B 85 bei Wackersdorf. Der Verkehr mußte für ca. 1 Stunde umgeleitet werden.

Erklärung der Bürgerinitiative:

Es kam zu schweren Übergriffen der Polizei mit Gas, Knüppel und Fäusten. Die Demonstranten gingen deswegen zum DWK-Gebäude, weil die Polizei das Demonstrationsrecht der Bürger am Bauzaun außer Kraft gesetzt hatte. Das Gelände war dermaßen gasverseucht, daß man ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen dort nicht mehr demonstrieren konnte.

**6. Mai:** Sprühaktionen in Schwandorf. Sachschaden: 22 000 DM.

**7. Mai:** Anlässlich eines Besuches von BFM Riesenhuber kam es zu Auseinandersetzungen zwischen WAA-Gegnern und Polizei. Eine Frau wurde dabei von einem Polizeiknüppel am Kopf verletzt.

**9. Mai:** Aufgrund einer anonymen Zeitungsanzeige wird das Info-Büro des Bayerischen Wirtschaftsministeriums in Schwandorf mit allerlei radioaktivem Sand, Kies, Gemüse, Milch etc. eingedeckt.

**11. 5. – Brandanschlag auf Bodenwöhrer Rathaus:** Mit Molotow-Cocktails wird am Sonntag früh um 4 Uhr der Gemeindegartenraum des Rathauses in Bodenwöhr in Brand gesetzt. An Einrichtungsgegenständen entstand ein Schaden von ca. 30 000 DM.

**11. Mai – Sonntagsspaziergang:** Die Demonstranten beschädigen den Bauzaun. Wieder Wasserwerfereinsatz mit Reizgas von seiten der Polizei. Festnahmen.



Im gesamten Bundesgebiet finden Demonstrationen gegen das Atomprogramm statt. Berlin (1500), Erlangen (5000 gegen Siemens und KWU), Trier (6000), Niederaibach (2000), Ulm (3000), Tübingen (5000), Heidelberg (8000) u. v. a. m.

Am Samstag beginnt das Pfingstcamp in der Nähe des Baugeländes. Fast 10 000 Menschen sind gekommen.

Die bisher massivsten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und WAA-Gegnern. Gemeinsam gehen 20 000 WAA-Gegner gegen den Bauzaun vor. Der Zaun wird an vielen Stellen durchlöchert. Die Polizei setzt willkürlich Wasserwerfer mit CS- und CN-Gas ein. Am Montag setzt die Polizei bzw. der BGS Gasgranaten ein, die sie aus Hubschraubern in die Menschenmenge wirft. Bilanz: ca. 3 500 Verletzte, mehr als 30 Festnahmen.

Bahnanschläge in Altenschwand (s. Pfingstberichte).

Am Sonntagabend wurde an der Bahnstrecke Regensburg—Landshut in Altglofsheim die Eisentür einer Vorsignalsteuerstube aufgebrochen und anschließend der Innenraum in Brand gesetzt. Die gesamte Steueranlage wurde zerstört, ca. 100 000 DM Sachschaden. An der Außenseite des Gebäudes war „WAA nie“ gesprüht.

**20. Mai – Räumung des WAA-Pfingstcamps:** Am Abend umstellen mehrere Hundertschaften Polizei das Pfingstcamp der WAA-Gegner. Das Camp wird geräumt. Festnahmen: 177. Während der Räumung organisierte die Oberpfälzer Bevölkerung Straßenblockaden, um den Abtransport der WAA-Gegner zu verhindern bzw. zu behindern. Es kommt zu brutalen Übergriffen der Polizei gegen die Blockierer.

**21. Mai:** Der bayerische Innenminister Hillermeier erklärt: „Angesichts der Situation (Pfingsten) wäre auch der Schußwaffeneinsatz gerechtfertigt gewesen.“ Ferner plädierte er dafür, die Polizei mit „Wirkwurfkörpern“ auszustatten.

Nicht erst dieser Ausspruch und die massiven Gaseinsätze von Hubschraubern zeigen, daß dieser Staat Verletzungen, aber auch mögliche Tote „billigend“ in Kauf nimmt, um solche WAAhnsinnsprojekte wie die WAA durchzusetzen.

**21. 5. – Wieder Bahnanschläge:** Wie schon am 7. 4., diesmal mit meterlangen Eisenstangen, an deren Enden Ziegelsteine gebunden waren, werden zwei E-Loks auf den Strecken Regensburg—München und Regensburg—Nürnberg gestoppt. Dabei entstand ca. 10 000 DM Schaden.

**23. 5. – Strommasten gefällt – Brandanschlag auf Polizeiwache:** Zwei Holzstrommasten einer 20 000 Volt-Leitung bei Kölblsdorf fielen der Säge von Unbekannten zum Opfer.

In derselben Nacht wurden in die Garage der Neunburger Polizeidienststelle mehrere Brandsätze geworfen. Dabei brannte ein VW-Kombi aus und ein weiteres Polizeiauto wurde leicht beschädigt. Auch gegen das Dienstgebäude flogen zwei Brandsätze. Sachschaden 25 000 bis 30 000 DM.



## Dem RWE auf's Dach gestiegen

Das Bonner-WAA-Plenum gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf steigt heute, am Freitag, den 21. März, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) aufs Dach.

Wir demonstrieren damit gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die uns auch hier betrifft und damit gegen deren Hauptbetreiber, die RWE, mit Hauptsitz in Essen. Denen, die uns immer die Stromrechnung aus Brühl schicken, präsentieren wir hiermit unsere Quittung: Keine Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf! Raus aus dem Atomprogramm!

Wir wollen diese Politik nicht mitfinanzieren!

Warum?

„Wackersdorf ist überall“ – unter diesem Motto besetzten am 21. 3. 1986 ca. 20 AKW- und WAA-Gegner das Dach des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes. Die Besetzung dauerte rund fünf Stunden; währenddessen wurden in der Innenstadt und vor dem Gebäude Flugblätter verteilt, aus denen wir im folgenden Auszüge bringen.

Am Beispiel des Atomgeschäfts wird deutlich, wie weit die Marktbeherrschung des Essener Konzerns reicht:

Das notwendige Uran läßt die RWE u. a. in Australien abbauen. Die Verarbeitung zu Brennelementen geschieht in den schlagzeilenträchtigen hessischen Atomfabriken NUKEM und ALKEM, die beide von der RWE kontrolliert werden. Das RWE ist Betreiber mehrerer Atomkraftwerke (z. B. Mühlheim-Kärlich vom Typ Harrisburg), sowie fast mit 70 % an der Milliardenruine Schneller Brüter in Kalkar beteiligt. Mit 31 % der größte Anteilseigner der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK), Hauptbetreiber des geplanten Atommüllendlagers in Gorleben sowie der geplanten WAA in Wackersdorf.

(...) Wir unterstützen mit unserer Besetzung des RWE den Widerstand vor Ort, der sich in einer starken Widerstandsbewegung und den Aktionen auf dem Baugelände in Wackersdorf manifestiert.

WAA-Plenum  
c/o Colmantstr. 36, Bonn 1

# Auf dem Weg in den Überwachungsstaat

Im Januar dieses Jahres faßten ca. 50 Bürgerinnen und Bürger aus den Ortschaften Alten- und Neuenschwand den Entschluß, eine Bürgerinitiative zu gründen. Aus diesem Grund trafen sie sich am 31. Januar im Gasthaus Lorenz, Altenschwand-Bahnhof, zu einer Gründungsversammlung. Da diese Versammlung auch in den örtlichen Zeitungen angekündigt wurde, waren etwa 80 Einwohner der beiden Dörfer anwesend. Aber auch andere lasen die Zeitung; denn es waren zwei Polizeibeamte in Zivil, im Volksmund Spitzel genannt, anwesend. Diese beiden „Herren“ fielen natürlich sofort auf, da sie niemand kannte. Schon vor dem Beginn der Versammlung beobachtete der Sprecher der BI das verdächtige Verhalten dieser beiden Herren. Sie parkten nämlich ihren Opel Rekord Caravan mit Münchner Nummer neben der Bahnstation Altenschwand, gegenüber dem Gasthaus Lorenz, und schlichen sich in gebückter Haltung über die Bahngleise (das Überschreiten der Bahngleise ist übrigens verboten). Während der Versammlung gelang es niemandem, mit diesen beiden Subjekten ins Gespräch zu kommen. Auf einer Anwesenheitsliste trugen sie sich auch ein. Und zwar unter falschen Namen und Adressen, wie sich später herausstellte.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer wurde vom Sprecher der BI gebeten, eine Anfrage beim Innenministerium zu machen, ob, und wenn ja, warum die Gründungsversammlung observiert wurde.

Die Antwort des Staatssekretärs Rosenbauer war erschreckend. Es wurde unumwunden zugegeben, daß diese Versammlung bespitzelt wurde, und da es eine öffentliche Versammlung war, auch Polizeibeamte das Recht hätten, daran teilzunehmen. Weiter hieß es, „es sei sogar die Pflicht der Polizei, mögliche geplante Straftaten im Vorfeld aufzuklären“.

Gerade dieser Satz brachte die Bürger aus Alten- und Neuenschwand in Rage. Da wird friedlichen Bürgern, die sich zusammenfinden aus der Sorge um ihre Gesundheit und der Gesundheit ihrer Kinder und deswegen ihren Widerstand organisieren wollen, unterstellt, daß sie Straftaten planen wollen. „Das ist ja schlimmer wie bei den Nazis“, war vor allem von älteren Leuten zu hören. Einer meinte sogar, „während der Hitler-Diktatur habe ich so etwas nicht erlebt bei uns hier“.

Es bleibt nur noch nachzutragen, daß diese beiden Spitzel bei späteren Einsätzen der Polizei gesehen wurden. Mit Uniform, Helm und Schlagstock.

Hans Feuerer, BI-Altenschwand

# Büro Freies Wackersland

## Der Widerstand im Hintergrund

Daß dieser unser demokratische Rechtsstaat auf dem erklärten Weg zum Polizeistaat ist, spürt jeder, der auch nur versucht, die ihm durch das Grundgesetz verankerten Rechte auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Die Faust im Nacken hat seit Beginn der Planung für die WAA in WAAckersdorf die oberpfälzer Bevölkerung. Massive Überwachung durch Zivilpolizei, ständige „Routinekontrollen“ der Personalien, Verfolgungsfahrten und Einschleichen von Spitzeln in geschlossene Bürgerversammlungen sind an der Tagesordnung.

Doch wer nicht den relativen Schutz genießt, ein Oberpfälzer zu sein, gilt in den Augen von Fricker, Hillermeier & Co. als Freiwild. Der Überfall auf das Camp in Hofenstetten und der bürgerkriegsähnliche Zustand zu Ostern sind nur zwei glanzvolle Höhepunkte, die wieder einmal beweisen, welche Mittel das Kapital einsetzt, um seine Interessen durchzudrücken.

Doch in dem Maße, wie die Verflechtung von „Volksvertretern“ und Wirtschaft zutage tritt, wächst auch der Widerstand. Doch für was gibt es Polizei und Justiz! Mit Massenverhaftungen und Musterprozessen demonstriert man dem Volke, wer hier eigentlich das Ruder in der Hand hat.

Da nicht jeder die einschlägigen Erfahrungen hat, in die Mühlen unserer Justiz geraten zu sein, ist für viele die erste Festnahme bei einer Demo etc. ein einschneidendes Erlebnis. Um eine Kontaktstelle zu haben, die uns hilft, uns gegen die willkürlichen und unverhältnismäßigen Übergriffe von Polizei und Justiz wehren zu können, wurde ein Ermittlungsausschuß (EA) ins Leben gerufen.

Zur Liste der Arbeiten des EA gehören u. a. einige sehr wichtige Punkte.

Der EA

– stellt die Kontakte her zwischen Festgenommenen und Rechtsanwälten, koordiniert die Termine für RA-Besuche im Knast bei der Vorführung vor den Haftrichter;

– gibt Rechtshilfeauskünfte;

– ist die Kontaktstelle für die Presseagenturen;

– leitet Erklärungen an die Presse weiter über Aktionen, evtl. Festnahmen, Anzahl der Festgenommenen und Tatvorwürfe;

– sammelt Dokumentationsmaterial, z. B. Fotos, Gedächtnisprotokolle, Zeitungsartikel etc., die die Vorgehensweise

# CSU im Spinatfeuer

Schwandorf, 8. Mai, 14 Tage nach Tschernobyl

Vor seinem Auftritt auf der CSU-Delegiertenversammlung mußte sich ‚unser‘ Minister Riesenhuber erst einen Weg durch ein Sperrfeuer von radioaktiv-verseuchten Salatköpfen, rohen Eiern, Blattspinat, Rhabarber und frisch gemähtem Gras bahnen. Der Zorn von 300 WAA-Gegnern vor dem Versammlungsort entlud sich in verseuchter grüner Form auf diejenigen, die ganz konkret die radioaktive Verseuchung der Oberpfalz durch den Bau der WA mitvorbereiten.

Riesenhuber, Doktor der Chemie, und sehr wohl wissend, wie er in den letzten Wochen zur bewußten Desinformation der Bevölkerung über den Super-Gau in Tschernobyl beigetragen hat, wollte trotz der regierungsamtlichen Beschäftigung über das Ausmaß der radioaktiven Verseuchung denn doch nicht von dem grünen Regen getroffen werden. Er wird wissen, warum!

Dieser würdige und angemessene Empfang der Bevölkerung für einen Regierungsvertreter wird Riesenhuber hof-

fentlich noch lange im Gedächtnis haften bleiben: Wenn er wieder einmal der KWU als Forschungsmittel getarnte Subventionen zuschiebt, wird er sich nicht herausreden können, er kenne die Stimmungslage der Bevölkerung zur Atompolitik nicht. So hautnah wird er sie noch nie erlebt haben!

O-Ton der CSU zu den WAA-Gegnern vor der Tür: eine Minderheit, die sich nicht an demokratische Grundlagen hält. Kein Wunder, waren doch ein Teil der radioaktiven Wurfgeschosse vorher noch in Jauche getränkt worden, um klarzumachen, daß diese Atompolitik bis zum Himmel stinkt.

Selbst das CSU-Jungvolk, das traditionell alles gesundbetet, was von oben kommt, mußte diesmal den WAA-Gegnern ihren Tribut zollen. Diese machten nämlich deutlich, daß sie keine CSU-Reden und -Veranstaltungen mehr im Landkreis dulden, solange die CSU-Politik in einem Ausverkauf der Bevölkerung mündet: Die in Steinberg angesetzte JU-Veranstaltung zum Thema ‚Jugend und Politik‘ mußte kurzfristig, eben wegen massiven Protestes, abgesagt werden.

Auch weiterhin muß den CSU-Funktionären klargemacht werden, daß sie eine Minderheit darstellen, die sich nicht an demokratische Grundlagen hält.

der Polizei gegen WAA-Gegner beweisen;

– leitet Informationen an die Presse über Gerichtsverhandlungen gegen WAA-Gegner, Verhandlungsverlauf und Verfahrensweise der Richter und Staatsanwälte weiter.

Aus der Notwendigkeit heraus, für alle Dauerpräsenzler, die ihrem Widerstand Ausdruck verleihen, wurde in den gleichen Räumlichkeiten das „Info-Büro Freies Wackerland“ mit eingegliedert. Seine hauptsächliche Aufgabe sieht das Büro in der Öffentlichkeitsarbeit.

Über dieses Büro läuft die Koordination von Aktionen (z. B. Ostercamp, Pfingstcamp etc.). Es wurde ein Verteilerdienst eingerichtet, der mit sämtlichem Infomaterial versorgt ist, was den Widerstand betrifft und dieses auch gerne weiterleitet (z. B. ATOM, RADIAKTIV, Infomaterial gegen Atomenergie).

Außer der allgemeinen Pressearbeit wird auch sämtliches Material gesammelt, das die Gefährdung der Umwelt durch die Betreibung einer WAA dokumentiert. Um ein Gesamtbild über die Aktionen der anderen Widerstandsgruppen (Brokdorf, Gorleben, Mutlangen etc.) zu haben, werden alle erhältlichen Infos aufbewahrt.

Sehr wichtig ist auch die Teilnahme an allen Gremien, die vor Ort stattfinden, z. B. BIs, LAKO, usw., um so auch die Interessen und Meinungen der Dauerkämpfer vorzubringen.

Diese kurze Selbstdarstellung bietet natürlich nur einen groben Überblick über den Berg an Arbeit, der täglich anfällt. Mehrere Dauerpräsenzler haben so in der Zeit von 10 bis 20 Uhr zu tun. Da die Kosten für den Verteilerdienst der Infos, Büromaterial, Miete, Telefonko-

sten etc. selbst getragen werden müssen, ist das Büro auf Spenden angewiesen. Wir möchten euch daher bitten, unseren Kampf gegen die WAA, Staatswillkür und Polizeiterror zu unterstützen. Mit jeder Mark, die ihr abzwacken könnt, ist uns schon geholfen.

Spenden könnt ihr überweisen an: P. Späth, „Freies Wackerland Büro“, Sparkasse Schwandorf, BLZ 750 510 40, Kto.-Nr. 380 561 068.

Wer regelmäßig einen kleinen Beitrag beisteuern möchte, könnte den beigefügten Coupon ausfüllen und uns zusenden. Als Gegenleistung schicken wir dann in unregelmäßigen Abständen die neuesten Infos aus dem „Freien Wackerland“.

#### COUPON COUPON COUPON COUPON

Hiermit erteile ich dem Büro „Freies Wackerland“, Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr, bis auf Widerruf die Erlaubnis, monatlich DM ..... von meinem Konto abzubuchen.

Name

Anschrift

Bankverbindung

BLZ

Kto.-Nr.

Datum

Unterschrift

Voraussetzung, Ihr meldet Euch bei uns, Anm. d. Verfin.), kommen dann nach Regensburg in dieses ominöse Büro.

Dort werden dann drei Karteien angelegt. Erstens mal alphabetisch, zweitens chronologisch, dann drittens örtlich (also nach „Verhaftungskomplex, wie z. B. Pfingstcampräumung usw.).

Und, wie schon gesagt, ist es für eine gute Arbeit total wichtig, alle Daten, von der Einknastung angefangen, bis zum Rauskommen, bis zum Strafbefehl und bis zum Prozeßtermin, bitte bei uns im Info-Büro zu melden. Es hilft uns und Euch vor allem bei den Prozeßen. Ehrlich!

**Achtung!**

#### Prozeßtermine in Schwandorf:

- 09.06. Heinz Brandl, 9.30 Uhr, SAD, Nötigung
- 10. 06. Wolfgang Grüner, 8.00 Uhr, Mungo, 13.00 Uhr, SAD
- 11. 06. und 12. 06. Thomas Sieben (Becks), je 8.30 Uhr, Amberg, wegen Landfriedensbruch bis ...
- 16. 06. Rainer Zech, 9.30 Uhr, SAD, Nötigung
- 19. 06. Wolfgang Wittich, Regensburg, Nötigung, Kolpinghaus
- 30. 06. Walli Knoll-Franke, 8.30 Uhr, Widerstand, Nötigung, Verstoß gegen Versammlungsgesetz, Kolpinghaus
- 22. 07. Fees Christian, 9.00 Uhr, Nötigung, vom 19. 12. (wurde vom 30. 05. verlegt)
- 23. 07. Julia Kümmel, Nötigung, Widerstand, vom 13. 12., SAD

## Prozeßerfahrungen und Ermittlungsausschuß:

Zu den Prozeßen ist bis jetzt folgendes zu sagen:

- der Richter, Dr. Schmalzbauer in Schwandorf, legt großen Wert auf konkrete Aussagen. Er fragt bei allen, auch bei den Polizeizeugen, sehr genau nach.
- auf politische Argumente gehen er und die Staatsanwälte überhaupt nicht ein.
- schon bei einigen Prozeßen wurden die Polizei-Video-Filme, auf Antrag der Rechtsanwälte, als Beweismittel zugelassen. (Aber bitte mit Vorsicht zu genießen, wenn mensch nicht weiß, was 'drauf ist. Die Anwälte prüfen gerade die Möglichkeit, die Filme vorher zu sehen!)
- die Strafen sind im allgemeinen niedriger als beim Strafbefehl. (Es

kommen u. U. die Verfahrenskosten noch dazu.)

- die Freisprüche (bis jetzt, und wahrscheinlich auch in Zukunft) wurden nur „aus Mangel an Beweisen“ ausgesprochen. („Die Aussagen der Polizisten zerplatzen wie Seifenblasen.“)

In Regensburg wird ein Büro (noch eins) für die Prozeßkoordination eingerichtet. Es hat die Aufgabe, Prozeßinfos zu sammeln usw. und Info-Plakate für die Rechtsanwälte zusammenzustellen, damit eine einheitliche Prozeßstrategie und so möglich werden.

Also, der (normale) EA ist trotzdem im Info-Büro Freies Wackerland, Altenschwand ( 09434/3368 ). Die Listen, die dort gemacht werden (unter der

Da wir erfahren haben, daß bei vielen noch Unklarheit über die Arbeit und Funktion des Ermittlungsausschusses (EA) bestehen, wollen wir nochmal präziser darauf eingehen.

Der EA ist Kontaktstelle für Leute, die was mit den Bullen zu tun gekriegt haben und aufgrund ihres Widerstandes vom Staatsapparat politisch verfolgt werden.

## Ermittlungen und Prozeßkoordination

Zuerst mal müssen sich alle Festgenommenen so schnell es geht bei uns melden. Schreibt euch vor Waldspaziergängen/Aktionen die Telefonnummer des EA auf den Arm und besteht auf eurem Recht zu telefonieren, wenn ihr bei der Bullenwache/BGS angekommen seid. Wir nehmen dann eure Personalien auf, wann, wo und warum sie euch festgenommen haben, besonders bei ekla-



Foto: Wolfgang Gast

tantem Bullenterror und schalten, wenn ein Haftbefehl besteht, sofort eine(n) Anwalt/Anwältin ein. Nach eurer Freilassung müßt ihr euch unbedingt bei uns zurückmelden. Nur so können wir feststellen, wo ihr wie lange sitzt und euch notfalls helfen!

Viele meinen, damit sei's getan. Aber hier fängt die Arbeit eigentlich erst an. Den meisten wird ja irgendwas angehängt, d. h. sie kriegen Strafbefehle aufgedrückt. Es ist dringend notwendig, die Vorgehensweise des Staates bei der Kriminalisierung von WAA-Gegnern/innen und sein Verhalten Menschen gegenüber, die sich dem System nicht bedingungslos unterordnen, offenzulegen und publik zu machen. Das geht aber nur dann, wenn wir einen genauen Überblick über alle Festnahmen, Strafbefehle und Prozesse bekommen. Deshalb brauchen wir von allen, denen ein Strafbefehl ins Haus geflattert ist oder bei denen ein Verfahren ansteht, unbedingt genauere Angaben über Anklagepunkte und Strafmaß. Zu jedem Prozeß sollen vom EA Prozeßbeobachter dabei sein, die den Prozeßablauf genau dokumentieren und veröffentlichen können. Dazu wäre es gut, von den Betroffenen eigene Stellungnahmen/Prozeßerklärungen zu bekommen.

Der EA steht in dauerndem Kontakt mit Anwälten/innen. Wenn bei euch irgendwelche Unklarheiten über Rechtsfragen auftauchen, könnt ihr erst mal den EA anrufen. Falls wir eure Fragen nicht beantworten können, bekommt ihr von uns Anwälte vermittelt, wenn ihr selber keine kennt.

Leider haben wir erfahren, daß einige Leute ihre Strafbefehle schon bezahlt haben. Davon ist dringend abzuraten. Vielleicht ist das in manchen Fällen sinnvoll, darüber kann aber nur ein/e Anwalt/Anwältin entscheiden. Es gibt Leute, die sich lieber selbst verteidigen. Trotzdem sollten sie vorher Rücksprache mit einem Anwalt/einer Anwältin halten und uns auf jeden Fall verständigen. In Fällen von besonders harten Bullenübergriffen (CN-/CS-Gaseinsatz, Knüppelinsatz, Räumungen...) können wir uns über den EA koordinieren und uns ein gemeinsames Vorgehen überlegen.

Im Moment läuft EA und Koordination der Prozeßtermine über das Info-Büro Freies Wackerland. Beim letzten Anwaltstreffen in München wurde beschlossen, auch dort ein Kontaktbüro einzurichten, das dann hoffentlich ab Juni voll läuft. Wer in München mitarbeiten will, kann sich im Info-Büro (Tel. 09434/3368) bei Angie melden.

Prozesse sind ja bekanntlich mit nicht gerade wenig Kosten verbunden. Viele von uns haben eh kaum Kohle und können einen Prozeß nur dann führen, wenn sie finanziell unterstützt werden. Weil wir nicht schön brav unseren Strafbefehl zahlen, sondern den Staatsapparat auf Trab halten wollen, gibt es die Initiative Prozeßkostenhilfe. Vom Konto der Ini können Anwalts- und Verfahrenskosten zur Hälfte übernommen werden, in Härtefällen auch ganz. Strafen sind grundsätzlich davon ausgenommen. Das Vergabegremium besteht aus vier Leuten (zwei BI-Mitgliedern, einem BIWAK'ler,

ein Mensch vom Info-Büro). Die Sitzungen der Ini sind öffentlich und finden mindestens vierteljährlich statt, jeder kann seinen Antrag dort selbst einbringen. Ein Anspruch auf Unterstützung besteht nicht, in Zweifelsfällen hat die LAKO das letzte Wort. Wer will, kann sich die Satzung vom Uli schicken lassen.

Wer Antrag auf Unterstützung stellen will, soll eine Kopie des Strafbefehls und der Anklageschrift, die anstehenden Anwaltskosten, kurze eigene Darstellung des Vorfalls, Auskünfte über Verpflichtungen und Einkünfte und Familienstand an die Adresse von Uli (siehe unten) schicken.

Wir wissen, daß es in mehreren Städten bereits Prozeßkostenhilfekonten gibt. Wenn ihr so ein Konto eingerichtet habt, setzt euch bitte mit uns in Verbindung, damit wir uns koordinieren können.

Leider sieht es auf dem Konto nicht gerade rosig aus. Es ist abzusehen, daß bei der bevorstehenden Prozeßkostenlawine bald völlige Ebbe ist. Deshalb nochmal eine Aufforderung an alle: Sammelt massenweise Kohle, macht Veranstaltungen und überlegt, welche Gruppe oder Verbände auch mal 'nen größeren Betrag einzahlen können!

**Prozeßkostenkonto:** Ulrich Meyer, Postscheckamt Nbg., Kto.-Nr. 301 572-852, BLZ 760 100 85;

**Telefonnummer des Ermittlungsausschusses:** 09434/3368;

**Kontaktadresse für Anträge:** Uli Meyer, Augustinerplatz 1, 8400 Regensburg.



# Gelbe Seite

aktiv für die WAA

DWK und DWW  
Postfach 62  
8464 Wackersdorf  
Tel. 09431/5494

BUCHFINK  
(installiert WAWE's für Zaun)  
Nagelschmidgasse  
8460 Schwandorf

SCHWAGER F.  
Transportunternehmen  
Steigerstraße 19  
Sulzbach-Rosenberg  
Tel. 09661/3021

ALLGm. MASCHINENBAU AG  
Wasserpumpen  
Pegnitz

ÜBELHÖR (Wildschutzzaun)  
Haydenstraße 7  
8400 Regensburg  
Tel. 0941/74882

RUPPERT und FISCHEL  
Bullentankstelle (Fiatwerkstatt  
und einzige Münztankstelle)  
Wackersdorfer Straße  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/2223

OSCAR BERZL GmbH  
Esso-Vertretung  
Egelseer Straße 3a  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/51416

KRAPF GmbH & Co.  
Eisendreherei, Zaun  
Weidingweg 8  
Weiden  
Tel. 0961/22625

**DIE WAA-KARLSRUHE  
HABE IN DEN LETZTEN  
15 JAHREN 1,5 TONNEN  
PLUTONIUM PRODUZIERT,  
DAS MITTELS EINES KOM-  
PLIZIERTEN CHEMISCHEN  
PROZESSES AUCH ZUM  
BAU VON KERN-  
WAFFEN VERWENDET  
WERDEN KÖNNTE.**

**·SALANDER·  
VORSTANDSMITGLIED  
DWK**

OTFRIED KNEMEYER  
Versmold / Niedersachsen  
(stellt Rodungsmaschinen)

CELTEN – Service  
Holzminden

SCHOU und WIRTH AG  
Anlagen- und Gebäudetechnik  
Rennweg 1  
8400 Regensburg  
Tel. 0941/3781-0/206-0

EISEN-SCHMIDT  
Träger für prov. Zaun  
Klosterstraße 16  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/3301

und in  
Amberg, Ohmstr. 41  
Tel. 09621/8980

TIP vom

*Radi Aktiv*

**Wer hier wirbt,  
wirbt auf  
Nr. Sicher.**

ELLERT, Bauunternehmer  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/1015  
(Rodungs- und Erdbewegungs-  
arbeiten)

BETONWERK BLECHHAMMER  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/2237

VOGL  
Hauselohweg 120  
8672 Selb  
Tel. 09287/6343  
(Einschlag des nicht verwertbaren  
Holzes)

REINDL und FEHRING GmbH  
Holzwohlefabrik, Sägewerk  
Bahnhof 23  
Eslarn  
Tel. 09653/248  
(Einschlag und Nutzung des verwert-  
baren Holzes)

RATISBONA  
Obermünsterstr. 9  
8400 Regensburg  
Inh.: Gerl  
Tel. 0941/51380/53036  
(Bewachung des WAA-Geländes)

PHILIPP HOLZMANN AG  
6000 Frankfurt

SIEMENS  
(Computeranlagen)

HEIDELBERGER ZEMENT  
8412 Burglengenfeld

TBG – Transport – Beton  
Gesellschaft  
Weiden, Grafenwöhr, Eschenbach

WELNNHOFER Hans u. Peter  
Tiefbau und Statik  
Waldgasse 3b  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/2888

TGB Transportbeton/Donau, Naab  
(überall anzutreffen)  
Zweigwerk in  
8464 Alberndorf/Wackersdorf

GEBRÜDER DONHAUSER  
Hoch- und Tiefbauunternehmen  
Ettmannsdorferstr. 47  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/8475

FERRO-METALLBAU  
Stahl-tore-Stahlbau  
8464 Wackersdorf  
Tel. 09431/50585

SCHÖNBERGER  
KG – Stahlbau  
8472 Wölsendorf  
Tel. 09435/2577

SCHMIDTBRÄU  
Brauerei und Gaststätte  
Marktplatz 8  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/2223  
(Bewirtschaftung der DWK-Kantine)

STS STAHLTECHNIK STRAUB  
GmbH & Co. KG  
Wiener Str. 19  
8400 Regensburg  
Tel. 0941/1576/793315  
(Zaun)

HORNIK METALLBAU GMBH  
Regensburger Str. 71  
8460 Schwandorf  
Tel. 09431/50303  
nach Geschäftsschluß:  
Tel. /4416

# Ostern in Wackersdorf

## CS-Gas-Premiere

### Der 2. Tote

## in Wackersdorf

80 000 bis 100 000 Menschen kamen zum Ostermarsch 1986 – die bisher größte Demonstration gegen die WAA – und das am Bau-  
platz! Massivste Hetze und Massenfestnahmen im Vorfeld konnten die Leute offensichtlich nicht einschüchtern. Trotz brutalen Gift-  
Gas-Einsatzes konnte die Geschlossenheit zwischen Bauzaun-Aktivist\*innen und nicht ausgerüsteter, aber sympathisierender Bevölkerung  
nicht gebrochen werden.

Beim stundenlangen Giftgaseinsatz der Wasserwerfer kam es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zum Einsatz des  
berüchtigten CS-Gases. Mehrere Hundert Verletzte waren die Folgen. Mit tiefer Erschütterung müssen wir innerhalb von einem Monat  
um einen zweiten Toten trauern: Der 38jährige asthmakranke Ingenieur Alois Sonnleitner aus Gräfelting starb an einem Asthmaan-  
fall, nachdem er auf dem Kundgebungsplatz höchstwahrscheinlich mit CS-Gas in Berührung gekommen war.



## Geschlossen am Bauzaun

Nachdem bereits am Ostersonntag  
10 000 zum wöchentlichen Sonntags-  
spaziergang gekommen waren und ihre  
ersten Wasserwerfer-Erfahrungen, auch  
schon mit CS-Gas versetzt, machen  
mußten, kamen tags darauf zwischen  
80 000 und 100 000 Menschen zum  
Ostermarsch.

Bereits am Vormittag strömten die  
Leute zum Kundgebungsplatz – und  
daran vorbei, zielstrebig zum Bauzaun.  
Und dieser Zug Richtung Bauzaun riß  
den ganzen Tag nicht ab – es war, als  
hätte es die massive Vorfeldhetze der  
CSU und den SPD-Aufruf, nicht zum  
Bauzaun zu gehen, nicht gegeben. Da-

durch war faktisch eine Geschlossen-  
heit der Aktion zwischen Kundgebung  
und Bauzaun-Aktivitäten gegeben und  
damit wurde es der Polizei unmöglich  
gemacht, einen kleineren Teil abzuspal-  
ten und als „Gewalttäter“ festzuneh-  
men, — trotz der großen Zahl der im  
Einsatz befindlichen Polizisten – die  
Zahlen schwanken hier zwischen 5 und  
10 000 Mann.

„Zieh dir deine Mütze übers Gesicht“,  
empfahl ein Vater seinem Jungen, den  
er auf den Schultern trug, als die beißen-  
den Schwaden des Wasserwerfers sie er-  
reicht hatten. Am Anfang setzte die  
Polizeiführung „nur“ Wasser ein, um ge-

gen die Bauzaunsäger, Steinwerfer und  
die interessierte sympathisierende Bevöl-  
kerung, die einfach das Geschehen nur  
verfolgte, vorzugehen. Dann wurde CN-  
und später CS-Gas beigemischt – in  
Konzentrationen, daß man teilweise den  
Eindruck bekam, als würde pur gespritzt  
werden.

Es war der größte Wasserwerfereinsatz  
in der Geschichte der BRD. Die aus der  
ganzen BRD zusammengekarteten – u. a.  
auch aus dem rot-grünen Hessen – 48  
Wasserwerfer waren fünf Stunden pau-  
senlos im Giftgaseinsatz. Bereits nach  
kurzer Zeit suchte sich ein kleiner Sturz-  
bach, mit dicken Giftgas-Schaumkro-  
nen besetzt, den Weg die Böschung hin-  
unter. Im gesamten Waldgebiet ringsum  
hing bald ein dichter Schleier ätzenden  
Giftgases.

Vereinzelt waren auch die Oberpfälzer  
im Steine- und Knüppelwerfen aktiv  
oder schafften „Material“ heran. Ein äl-  
terer Oberpfälzer zu einem Vermumm-  
ten: „Hier, wirf du die Steine, du kannst  
weiter werfen, du hast noch mehr  
Kraft.“ Oder ein anderer, der sein Ta-  
schenmesser zur Verfügung stellte, weil  
damit schneller die Steine ausgegraben  
werden konnte. Jeder Treffer auf einem  
Wasserwerfer wurde von den Umste-  
henden mit Beifall bedacht.

Und obwohl auch immer wieder ge-  
zielt in die untenstehende Bevölkerung  
hineingehalten wurde (bzw. möglichst  
hoch, damit sich der Giftnebel besser  
verteilt), gingen die Ostermarschierer  
nur kurz zurück, um möglichst dem  
Wasserstrahl auszuweichen, aber sie wa-  
ren grundsätzlich nicht dazu zu bewe-  
gen, den Ort des Geschehens zu verlas-  
sen. Eine zahlenmäßig kleine Gruppe  
fiel allen durch ihr Verhalten auf: Ange-  
führt vom Schwandorfer Vorstandsmit-  
glied Kersting versuchten Leute aus der



Friedensbewegung, den Zaun und die Wasserwerfer vor den militanten WAA-Gegnern zu schützen. (!!) Dies stieß auf weitverbreitetes Mißverständnis. So wurden sie von Oberpfälzern gefragt, wie oft sie schon hier gewesen seien, und bei der Antwort „zum ersten Mal“ wurden sie aufgefordert, gefälligst da zu verschwinden und runter zu gehen. Stattdessen ließen sie sich weiter von CN- und CS-Gas vollspritzen und nahmen dadurch gesundheitliche Schäden in Kauf, die nicht abzuschätzen sind.

„Wer sich in den Aktionsbereich von Chaoten begibt, hat es selbst zu verantworten, wenn er in Mitleidenschaft gezogen wird“. Diese von Innenminister Hillermeier im Vorfeld ausgegebene Devise, wurde von der Polizei gezielt umgesetzt. In die gleiche Kerbe hieb Polizeipräsident Friker, als er ankündigte: „Eine genaue Unterscheidung zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten sei beim Wasserwerfer-Einsatz nicht mehr möglich.“ Diese Äußerungen hatten einen klaren Adressaten: die Oberpfälzer, die Sonntag für Sonntag am Zaun sind, sollten abgeschreckt und eingeschüchtert werden, sich weiter am Bauzaun herumzutreiben. Doch die Rechnung der WAA-Propagandisten ist nicht aufgegangen. Im Gegenteil.

Im Gegensatz zu den Wasserwerfer-Einsätzen, die noch einigermaßen berechenbar waren, was die Richtung betraf, war dies später folgenden Einsätzen von Tränengas-Granaten kaum noch berechenbar – soweit man sie überhaupt kommen sah. Die Gaskartuschen wur-

den bevorzugt in die Weite geschossen – bis zu 80 m vom Bauzaun in die dort „friedlich“ stehende Menschenmenge hinein. Eine alte Frau z. B. hatte sich zum Ausruhen auf einen Baustumpf gesetzt, als direkt neben ihr einen Tränengasgranate einschlug. Ein beherzter Vermummter lief geist esgegenwärtig hin und rannte, die Tränengas-Granate in der Hand, Richtung Bauzaun, um sie wieder dorthin zurückzuwerfen, wo sie herkam. Begeistertes Klatschen der Umstehenden. Es gab viele solcher mutiger Einsätze, doch bei den in großer Entfernung verschossenen Tränengasgranaten war das Zurückwerfen nicht mehr möglich – die Leute konnten noch zusehen, wie sie möglichst schnell flüchten konnten. Hunderte von Menschen mußten an Ort und Stelle, im Krankenhaus oder von privaten Ärzten behandelt werden. Sie klagten über Kopfschmerzen, Augenreizungen, Übelkeit etc. Viele Menschen konnte vor Ort nicht geholfen werden, da die Polizei das von den Sanitätern deponierte Wasser für Augenspülungen beschlagnahmt hatte!

## Kundgebung: Augen zu und durch

Während am Bauzaun die ersten Vorstufen zu dem an Pfingsten dann durchgezogenen Bürgerkrieg geprobt wurden,

verhielten sich die Friedens- und SPD-Redner auf der parallel laufenden Kundgebung so, als sei nichts geschehen: Kein einziges Wort zu den Massenfestnahmen der letzten zwei Tage im Vorfeld des Ostermarsches, kein Wort über den gleichzeitig stattfindenden Wasserwerfer-Einsatz mit hohen Giftgas-Konzentrationen, kein Wort über die weit in die Menge hinein verschossenen Tränengasgranaten – stattdessen war die Rede von „Gewaltfreiheit“ – die tatsächlich ausgeübte brutale Staatsgewalt schien dabei uninteressant zu sein.

Als einer der Kulturschaffenden es wagte, einen Aufruf zu machen, zum Bauzaun zu gehen, wurde sofort von SPD-Größen auf Landrat Schuierer eingeredet, und anschließend unter dem Druck seiner Partei-Oberen ging er dann aufs Podium und beschwor die immer noch zum Bauzaun strömenden Menschenmengen, sich doch vom Bauzaun fernzuhalten.

Auch auf seiner Kundgebungsrede hob Landrat Schuierer die Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit des Widerstandes besonders hervor. Später gab er zu, vom anwesenden SPD-Vorstand unter Druck gesetzt worden zu sein und daß er es eigentlich nicht so gemeint habe.

Ansonsten war in den ganzen Reden nichts gegen Atomenergienutzung und gegen den Atomstaat zu hören, sondern nur allgemeine Parolen „gegen SDI und WAA“.

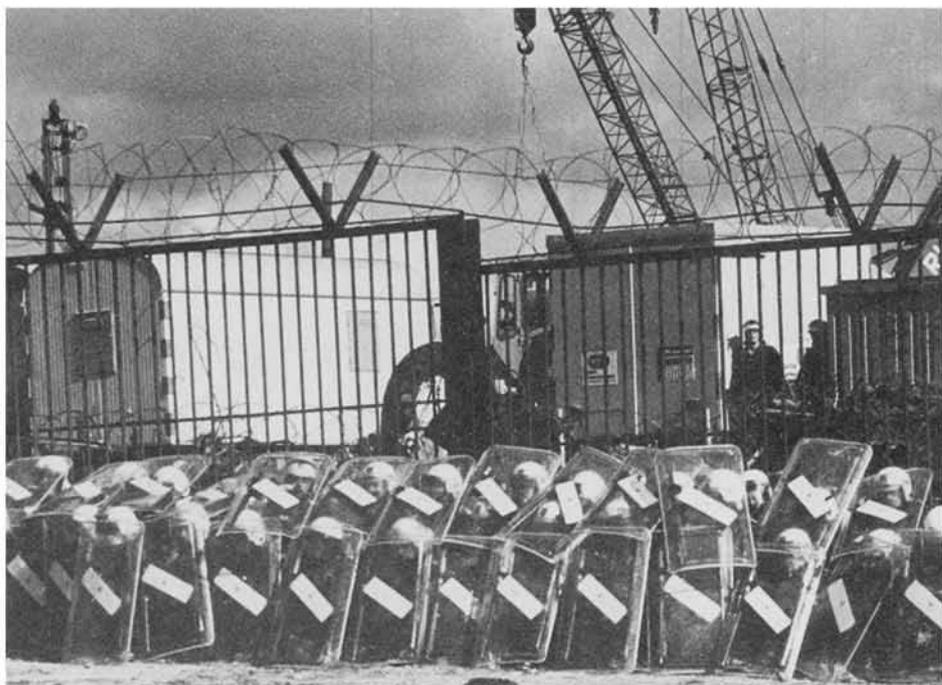


Foto: Joker

## „Wackersdorf im Visier der RAF?“

### Vorfeldhetze mit allen Mitteln

Rechtzeitig zum Auftakt der Hetzkampagne zum Ostermarsch tagte in München der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU), der einschlägige Herren aus dem sensiblen Bereich der Innenpolitik zu Wort kommen ließ. Ein Schwerpunkt bildete dabei der Regierungsdirektor beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, Wingerten, der vor einen „neuen Gefährdungslage“ warnte, weil die WAA von den Terroristen mittlerweile als Teil des sog. „Militärisch-Industriellen-Komplexes“ betrachtet wird, gegen den sich bisher die meisten Anschläge von RAF und revolutionären Zellen gerichtet haben. Gegenwärtig finde angeblich noch eine Abstimmung zwischen der militärischen und der militanten Ebene der Terroristen über mögliche Aktionen gegen die WAA statt. Die WAA sei für die RAF Bestandteil „imperialistischer Kriegspolitik“. Ihre Kampfansage richte sich nicht nur gegen die Anlage in Wackersdorf, sondern gegen sämtliche direkt oder indirekt beteiligten Firmen, Banken und Versicherungen. Gegenwärtig kursieren nach Erkenntnissen des Bayerischen Verfassungsschutzes „Schwarze Listen“ von Firmen aus der Oberpfalz in der Szene. Terroristische Kreise seien dabei, Einfluß auf die demokratische Basis der Anti-WAA-Bewegung zu nehmen (NZ, 14. 3. 1986). Soweit die „Erkenntnisse“ unseres Verfassungsschutzdirektors. Bleibt höchstens zu ergänzen, daß besagte „Schwarze Liste“ z. B. in unserem RADL-AKTIV zu finden ist und mit als Grund für die Beschlagnahme herhalten mußte.

Ob wir damit schon als Teil besagter „terroristischer Kreise“ eingestuft werden?

Justizminister Lang knüpfte an die RAF-Hysterie an, und verwies auf angebliche Informationen, nach denen terroristische Gruppen aus großen Menschenmengen heraus Aktionen starten wollen. Darüber hinaus gäbe es auch bereits „regelrechte Schulungen zur Demontage des Bauzauns“.

### „Gewalttätigkeiten nahezu unvermeidlich“

Das bayerische Innenministerium sah Gewalttätigkeiten als „nahezu unvermeidlich“. Durch die Aufrufe zur Demontage des Bauzauns sei die „Konfrontation mit der Polizei vorprogrammiert“. Gleichzeitig wurde täglich in allen oberpfälzer Tageszeitungen fast halbseitige Anzeigen der bayerischen Staatsregierung geschaltet, die inhaltlich bis zum Osterwochenende hin immer noch skrupelloser in ihrer Hetze wurden: „Harmlose Demonstranten?“, „Gewalt an Ostern“ u. a., so heißt es in einer der Hetztiraden: „Wir wissen, daß kein verantwortungsbewußter Einheimischer, auch wenn er wegen der WAA noch so besorgt ist, die Polizei provoziert, Gewalt anwendet oder geltendes Recht mißachtet. Aber es gibt Hintermänner und politische Rädelführer, deren Namen und Vorstrafenregister von anderen ‚Kampflätzen‘ der Bundesrepublik bekannt sind – und diese Leute tragen bei jeder Gelegenheit Unfrieden in unser Land und suchen die Provokation unserer Polizei ...“

Auch die bundesweite CSU-Garde meldete sich rechtzeitig vor dem Osterwo-

chenende noch zu Wort: Bundesinnenminister Zimmermann „warnte vor Chaoten“. Es sei mit der „Teilnahme von Personen zu rechnen, die auch politischen Mord befürworten“. Zu den erwarteten Demonstranten zählten Gruppen, „die sich aus dem Umfeld der Roten-Armee-Fraktion, der Revolutionären Zellen sowie aus gegen die Demokratie kämpfenden, reisenden Chaoten“ zusammensetzten. (NN, 29. 3. 1986).

Gleichzeitig wurde die Stimmungsmache dazu benutzt, die SPD aufzufordern, sich wegen befürchteter Gewalttätigkeiten nicht an der Demo zu beteiligen.

Doch was für Gründe stecken hinter dieser uferlosen Hetze der CSU?

## Die Angst der CSU vor der Bevölkerung

Die CSU hat es nicht leicht: War bei den Platzbesetzungen klar geworden, daß die örtliche Bevölkerung diese massiv unterstützt und mitträgt, mußte der Polizeipräsident zwei Wochen vor dem Ostermarsch auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit den regelmäßig stattfindenden Sonntagsspaziergängen weitgehende Eingeständnisse machen: Nicht nur, daß eine „zunehmend aggressiv werdende Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegenüber den Polizeibeamten“ festzustellen ist, sondern „daß die in der Mehrzahl passiven, einheimischen Demonstranten ... Gewalttäter“ vor Zugriffen der Polizei „durch Kettenbildung geschützt“ hätten.

Auf diesem Hintergrund und in Verbindung mit der neuen Situation, daß der Zaun jetzt geschlossen ist und somit unweigerlich zum anziehenden Angriffspunkt wird, sollte diesmal, bevor sich ein neuer Kristallisationspunkt für die Anti-WAA-Bewegung auftut, jedes kleinste Anzeichen von Militanz im Keim erstickt werden: Zum einen dadurch, daß von vornherein möglichst viele Leute aus Angst gleich daheim bleiben und zum zweiten, daß man durch die Stimmungsmache von vornherein jedes noch so weitgehende Mittel polizeilicher Gewalt im vorab legitimiert und durch das volle Durchziehen brutaler Polizeieinsätze in Zukunft auch die letzten eingeschüchtert werden sollen, die sich dieses Mal noch einmal getraut hatten, an den Zaun zu gehen. So sollte ein Gefühl der Hilflosigkeit entstehen, das keine weiteren Perspektiven mehr offen läßt.

Nur durch diese Betrachtungsweise ergibt das Ausmaß der Hetzkampagne und der wahnwitzige Polizeieinsatz an Ostern einen Sinn.

Aufgegangen ist dieses Konzept, zehntausenden Menschen sei Dank, überhaupt nicht.

# Mit „neuer Kraft“ gegen militante WAA-Gegner

In die gleiche Hetzkampagne stießen auch Teile der SPD, vor allem auf Bundesebene: Der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wernitz, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel und der ehemalige ostbayerische SPD-Vorsitzende Xaver Wolf forderten die SPD auf, nicht an der Demonstration teilzunehmen. Da es klare Hinweise auf gewalttätige Aktionen gebe, müsse die SPD ihren Aufruf zurückziehen. Wernitz ging noch darüber hinaus und malte Wackersdorfer Schlachtszenen „schlimmer als in Brokdorf oder an der Startbahn West“ an die Wand. Ein Scharfmacher, der in die CSU mindestens genau so gut hineinpassen würde.

Auf einer extra einberufenen Sondersitzung der bayerischen SPD eine Woche vor der Kundgebung wurde dann beschlossen, weiterhin zum Ostermarsch nach Wackersdorf aufzurufen. Noch tags zuvor hatte Spitzenkandidat Hiersemann klargestellt, daß er im Fall einer Kundgebung am Bauzaun „Sozialdemokraten guten Gewissens nicht raten kann, an der Demonstration teilzunehmen“.

Nicht ein Gesinnungswandel, sondern eine Entfernung zwischen Kundgebungs-ort und Bauzaun von ca. 800 m machte diesen Entschluß möglich. „Bei einem Abstand von ca. 15 Minuten Fußmarsch kann es eine Vermischung von unterschiedlichen Aktionen nicht geben“, so die Begründung. Allerdings lautete die Anmeldung zur Demo auf den Platz neben dem Bauzaun und Landrat Schuierer hatte zu diesem Zeitpunkt seine Weisung auf 800 m Entfernung noch nicht erlassen. Man muß vermuten, daß die SPD-Spitze Landrat Schuierer diese Weisung abgenötigt hat und seine Zusage dazu hatte.

Hiersemann rundete noch wenige Tage vor der Demo das Bild ab, indem er große Anzeigen in den Tageszeitungen veröffentlichte: „...Der Widerstand gegen die WAA ist von Monat zu Monat machtvoller geworden. Seine Stärke ist die Gewaltlosigkeit. Unsere Partei ist gegen jede Form der Gewalt. Das Prinzip der Gewaltlosigkeit ist für uns ein Pfeiler des WAA-Widerstandes. Wer dieses Prinzip verletzt, spielt der CSU und den WAA-Betreibern in die Hände ... Bekennen Sie sich offen zur Gewaltlosigkeit. Helfen Sie mit, eine Atmosphäre zu schaffen, die Gewalt nicht zuläßt. Ich richte an alle den Appell, nach der Kundgebung nicht zum Bauzaun zu ziehen, sondern den Ort der Demonstration nach ihrem Ende friedfertig zu verlassen ...“.

Auch bei dreimaliger Wiederholung des „Prinzips der Gewaltfreiheit“ wird die Einschätzung nicht richtiger. Denn nicht die Gewaltlosigkeit ist die Stärke der

Anti-WAA-Bewegung, sondern ihre Geschlossenheit. Dabei wird nicht einem andern „Prinzip der Gewalt“ das Wort geredet, sondern viele sehen die Notwendigkeit, durch Rütteln am Zaun und an Strommasten ihre Entschlossenheit zur Verhinderung der WAA deutlicher zu machen über ihre tägliche „gewaltfreie“ Kleinarbeit am Infotisch etc. hinaus.

Wenn Herr Hiersemann einmal beim Sonntagsspaziergang dabei gewesen wäre, hätte er z. B. viele „Gefangenenbefreiungen“ mitkriegen können, durchgeführt von entschlossenen Oberpfälzern. Ein Aufruf, nicht an den Bauzaun zu ziehen, bedeutet in dieser Situation, eine Spaltung der Bewegung herbeiführen zu wollen. Doch die Oberpfälzer ließen sich davon nicht abhalten.

## Nicht alles glänzt, was grün ist

Während die Grünen im Bundestag „die WAA-Gegner in der SPD“ aufforderten, „sich ernsthaft mit der Oberpfälzer Bevölkerung zu solidarisieren, keinen Versuch einer Spaltung zu unternehmen und auch die berechtigten Aktionen zivilen Ungehorsams politisch zu unterstützen“, klingt es aus der Oberpfalz etwas anders: Wolfgang Daniels (Regensburg) tat so, als gäbe es keine

## Resumee — Ostermarsch

Die in diesem Umfang unerwartet große Beteiligung am Ostermarsch hat einmal mehr gezeigt, daß sich die Menschen aus der Oberpfalz und anderswo nicht so leicht durch platte Hetze einschüchtern lassen, sondern die Angst vor den Auswirkungen einer WAA schwerer wiegen als die zu befürchtende polizeistaatliche Gewalt.

Gleichzeitig zog es das Gros der Demonstranten vor, sogar bis zum vielgeschmähten Bauzaun vorzugehen, und trotz CN-CS-Gaseinsatzes die Geschlossenheit der Anti-WAA-Bewegung zu demonstrieren.

Wollte Strauß mit der CS-Gas-Premiere es endlich schaffen, die oberpfälzer Bevölkerung vom Bauzaun fernzuhalten, so hat er sich stattdessen nur einen größeren Haß und wildere Entschlossenheit



Überlegungen zum Bauzaun. Stattdessen befürchtete er, daß „Provokateure von der Polizei eingesetzt werden könnten, sollte die Osterdemonstration friedlich verlaufen. Denn sonst stünden Polizei und Staat enttäuscht da, wenn alles gewaltfrei verläuft.“

Daß es nicht gerade zur feinen Art gehört, alle Bauzaun-Akteure wider besseren Wissens als Provokateure zu diskreditieren, braucht wohl keiner weiteren Begründung.

der Menschen aus der Region zugezogen.

Doch es gab auch Probleme: So hatten die bayerischen Bürgerinitiativen bei der Organisation und Durchführung des Ostermarsches letztendlich nichts zu melden, mobilisierten aber gleichzeitig das Gros der Leute. Ein Grund war die seit Monaten andauernde Überlastung der BI's durch immer wieder neue Großaktionen. Der Hauptgrund war jedoch, daß die zentralen Figuren des Nürnberger Friedensforums, die die Organisation für den Ostermarsch machen, nicht bereit waren, eine wirklich gleichberechtigte Planung von Friedens- und Anti-WAA-Bewegung zu akzeptieren, sondern in allen Punkten ihre Vorstellungen durchdrückten, was soweit ging, daß eigentlich nicht einmal

ein BI-Vertreter reden sollte.

Die Tatsache, daß es nicht zu der von der SPD gewünschten Spaltung in „Gewalttäter“ und „friedliche Demonstranten“ gekommen ist, liegt weder an den (kaum vorhandenen) Eingriffen der Bürgerinitiativen und noch viel weniger an der Friedensbewegung, als einzig und allein an der großen Zahl entschlossener Oberpfälzer/innen, die sich ihr Recht, zum Bauzaun zu gehen, auch nicht von der SPD streitig machen ließen und lassen. Nur dadurch, daß zehntausende von Menschen mit am Bauzaun waren, war es der Polizei nicht möglich, die vom Polizeiführungsstab angestrebten 1500 Festnahmen (nach Informationen aus

Polizeikreisen) am Bauzaun durchzuführen.

Der bayerische Innenminister Hillermeier bestätigte dies auch indirekt: Auf die Frage nach der geringen Zahl von Festnahmen erklärte er: „Wir mußten damit rechnen, daß ein Großteil der Menschen die Chaoten schützen würde“. (TAZ, 18.4.86)

Ein anderes Problem ist, daß es der SPD gelungen ist, in den Medien den Eindruck entstehen zu lassen, als hätten sie die Ostermarschkundgebung tatsächlich in räumlicher Trennung zu den Bauzaunaktionen durchführen können und als sei es nicht die totale Mehrheit der anwesenden Demonstranten gewesen,

die mit zum Bauzaun gezogen sind.

Hier hatte ausnahmsweise einmal die CSU recht, als sie danach der SPD vorwarf, daß die SPD die von ihr zugesicherte Trennung zwischen Bauzaun und Kundgebung nicht erfüllen konnte und somit faktisch mit den „Gewalttätern“ gemeinsame Sache gemacht habe.

Letztendlich waren die Bürgerinitiativen zu schwach, diese Tatsachen in die Medien hinüberzubringen und damit den Erfolg der Zehntausende, die Geschlossenheit der Anti-WAA-Bewegung auch einer breiteren Bevölkerung bekanntzumachen.

## Offener Brief zum Ostermarsch in Wackersdorf

Die Mobilisierung für den Ostermarsch in Wackersdorf ist ein Schritt zurück im Widerstand gegen die WAA!

Das gepriesene Zusammengehen der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung beschränkt sich hier auf ein Kulturprogramm und eine Abschlußkundgebung am Ostermontag.

Zu nichts mehr und nichts weniger wird aufgerufen, das allein ist schon organisierte Demobilisierung! Betrachtet mensch dann noch die Rednerliste: Helga Genrich – Informatiker-Friedensinitiative; Hans Schuierer – Landrat; Heinrich Schäffer – Betriebsratsvorsitzender Maxhütte . . ., so erkennt jede, daß die Anti-AKW-Bewegung überhaupt nicht vertreten ist und der Widerstand gegen die WAA in keiner Weise thematisiert wird.

Statt dessen steht das offizielle Programm und der offizielle Aufruf in bewährter Tradition der letztjährigen Ostermärsche.

Verläßt man sich dann noch auf die zentralen Flugblätter und Plakate, für die Mobilisierung, so ist damit bundesweit wohl niemand ins Wackerland zu mobilisieren!

Erst ein extra Papier zeigt die Stoßrichtung auf, die den Anti-WAA-Widerstand weiterbringen kann: „Parallel und zusätzlich (nicht in Konkurrenz) sollen direkte Aktionen laufen“.

Wenn dies auch von den friedensbewegten Gruppen mitgetragen wird, soll es auch ins offizielle Programm! Falls es keine solche Unterstützung bzw. Gutheißung gibt, liegen uns jetzt schon die wehleidigen Distanzierungen im Ohr, die einer Spaltung in „friedliebige“ und „gewalttätige“ Demonstranten Vorschub leisten!

Dies zeigt einmal mehr, daß autonome Strukturen geschaffen werden müssen, die den Charakter solcher „Aktionstage“ schon frühzeitig mitbestimmen.

Wir jedenfalls fühlen uns verarscht...

**BIGAM**

(Bürgerinitiative gegen Atomanlagen  
Marburg, c/o KFZ  
Schulstraße 6, 3550 Marburg)



Foto: Joker

## LESERBRIEF

### Zum Ostermarsch am 31. 4. 1986 „Opferlämmer?“

*Der Einsatz von CN-/CS-Gas am Ostermontag, dem 31. 4. 1986, während des Ostermarsches am WAA-Gelände ist eine grausame Unverschämtheit.*

*Dazu gibt es ja mittlerweile etliche Stellungnahmen von Betroffenen und sonstigen WAA-Gegnern/innen. Allerdings war ich über das Verhalten einiger Leute aus „unseren“ Reihen enttäuscht:*

*Kein(e) Redner(in) verlor am 31.4.86 auch nur ein Wort über die „Räumungen“ des Zeltlagers in Hofenstetten, am Samstag, 29. 4. 1986 oder über die in Kölbldorf sowie über die polizeiliche Umstellung des Anti-WAA-Büros in Schwandorf desselbigen Tages.*

*Die Hetzkampagnen der Bayerischen Staatsregierung und sonstigen Leute im Vorfeld des Ostermarsches am 31.4.86 gegen die WAA haben anscheinend Früchte getragen und tatsächlich zur Einschüchterung beigetragen.*

*Somit war dann die Devise der Ostermarschveranstaltung „Friede, Freude, Eierkuchen“.*

*Gleichzeitig herrschten am Bauzaun des WAA-Geländes bürgerkriegsähnliche Zustände und das CS-/CN-Gas mußte eigentlich bis zum Podium „stinken“.*

*Währenddessen wurden „tolle“ Reden geschwungen – die tränenvergasteten Menschen vom Bauzaun, die über 300 gefangenen Leute (in Hofenstetten und Kölbldorf) wurden einfach übergangen.*

*Mir drängt sich der Eindruck auf, daß diese Leute als „Opfertiere“ der Widerstandsbewegung schweigend hingenommen werden – Hauptsache man behält warme Füße am bequemen Podium und zeigt keine Solidarität mit Leuten von Anti-WAA-Zeltplätzen und ähnlichen Unterkünften.*

*Und dann maßen sich Leute aus jenen Reihen per Megaphon noch an – Menschen in die vorderste Linie zu den Wasserwerfern zur Abwehr der „Steinwerfer“ zu schicken!*

Karin, Oberpfalz

# Der 2. Tote in Wackersdorf

Mindestens zwei tote WAA-Gegner hat der Widerstand in Wackersdorf bisher gekostet. Zwei Menschenleben, für die die gesamte Atommafia verantwortlich ist – incl. der „kleinen“ Beamten, die auf Befehl und durch Dienstgeilheit täglich von neuem Menschenleben aufs Spiel setzen.

Die bewußt in Kauf genommene Tötung von Menschen liegt im Atomstaatsinteresse. Sie soll als Abschreckung dienen für alle, die gegen den Atomstaat und für das Leben kämpfen. Somit genießen die staatlichen Killer umfassenden Schutz: Der wirkliche Ablauf wird ins Gegenteil verkehrt, die Schuldigen gedeckt, es gibt keine Ermittlungen gegen die Beamten wegen Mordes, Totschlags, unterlassener Hilfeleistung. Und bevor überhaupt Gutachten über die Todesursachen eingeholt werden, sind deren Ergebnisse schon veröffentlicht.

Sowohl Erna Silka als auch Alois Sonneleitner sind offiziellen Darstellungen zufolge eines mehr oder minder „natürlichen“ Todes gestorben. Einwirkungen durch die Polizei, ob direkt oder indirekt wurden von vorneherein ausgeschlossen. Man geht halt als alte Frau oder Asthmatiker nicht auf eine Demonstration!

Bei Erna Silka waren die staatlichen Vertuschungsversuche noch äußerst plump: Ihr wurde eine schwere Herzkrankheit und ein Herzschrittmacher unterschoben, wobei diese Lügen leicht zu widerlegen waren.

Anders verhielt es sich bei Alois Sonneleitner. Hier gingen die Mordvertuscher sogar noch soweit, sich als einzige darzustellen, die sich um die Rettung des Schwerverletzten kümmerten.

Laut ersten Polizeiangaben war Alois am Nachmittag in Richtung Kundgebungsgelände unterwegs. Ca. 2 km vom Kundgebungsort entfernt erlitt Alois S., der Asthmatiker war, einen schweren Asthmaanfall. Er wandte sich an die Besatzung eines Streifenwagens um Hilfe, die auch sofort gewährt wurde. Leider war jede Rettung zu spät. Bei der Einlieferung ins Krankenhaus Schwandorf war Alois S. schon tot.

Nur zwei Punkte stimmen an dieser atomstaatlichen Schilderung: Alois war Asthmatiker und im Krankenhaus SAD konnte nur noch sein Tod durch Erstickten (offiziell) festgestellt werden. Der Rest ist zwar in sich logisch, jedoch nichts anderes als der üble Versuch, die wahren Umstände des Todes zu vertuschen. Die Polizei gab an, Alois war auf dem Weg zum Kundgebungsgelände. Das

zu einer Zeit, wo die Kundgebung schon zu Ende ging.

In Wirklichkeit war Alois S. schon ca. 4 Stunden früher beim Bauplatz und er hatte auf jeden Fall Berührung mit dem Lungenkampfstoff CS. Erstens war vom Tag zuvor noch genügend vorhanden und zweitens stand Alois ca. 100 m hinter der Bühne Richtung Rotes Kreuz, wohin ebenfalls nicht gerade geringe Nebelschwaden zogen. Alois bekam während der Kundgebung plötzlich Atemnot. Er hatte ein Spray bei sich, das ihm bei solchen Beschwerden normalerweise hilft. Hier half es gar nichts. CS-Gas ist als Gasmaskenbrecher im Kriegseinsatz bekannt, da es neben psychischer auch physische (gedachte) Atemnot hervorrufen kann. Alois ging dann zu seinem Auto, wo er ein Beatmungsgerät hatte. Da der Akku nicht funktionierte ging er weiter Richtung Schwandorf um irgendwo an eine 220 V Steckdose hinzukommen. Ein Angebot eines WAA-Gegners, ihn nach Wackersdorf zu fahren lehnte er ab, da er glaubte, die Polizei könnte ihm schneller und effektiver helfen. Ein tödlicher Irrtum. Die Streife, an die er sich wandte, nahm die ganze Geschichte anscheinend nicht ernst. Weder brachten sie ihn zum nächstgelegenen Wohnhaus (ca. 500 m) noch informierten sie anscheinend sofort den Rettungsdienst. Mindestens eine halbe Stunde verging, bis erste Hilfe eintraf. Eine halbe Stunde, die von der Polizei zu verantworten ist und für Alois S. den Tod bedeutete.

Ob die Streifenwagenbesatzung wegen einem Befehl, an ihrem Standplatz zu bleiben, Alois nicht wegbrachte, ob ihnen schnelle und effektive Hilfe zu un bequem war oder sie sich der Lage nicht bewußt waren, bleibt den Sternen überlassen. Es herrscht Nachrichtensperre. Die Polizisten sind noch nicht bekannt.

Das wichtigste ist jedoch der Zusammenhang mit CS-Gas. Alois hatte hundertprozentig Kontakt mit diesem Lungenkampfstoff, und wenn die offiziellen Vertuscher in diesem Punkt noch so oft einen Blackout haben. Alois war Asthmatiker und somit besonders anfällig für einen Lungenkampfstoff. Der Tod war vorprogrammiert und angesichts der eingesetzten Menge und Konzentration ist es höchstens verwunderlich, daß nur einer in diesem vergastem Gebiet starb. Sogar die Schweizer Herstellerfirma Immuna International warnt vor den tödlichen Folgen ihres CS-Gases für Asthmatiker, Herzranke und Allergiker.

Auch das Field Manual 3/10 der US-Army empfiehlt den CS-Einsatz nur, wenn „mögliche Todesfälle akzeptabel“ sind. Und die Amerikaner müssen es ja wissen, schließlich starben nach einem CS-Angriff auf ein vietnamesisches Dorf im Februar 1966 14 Kinder.

Die Vertuschungsversuche von Seiten des Atomstaates zeigen, daß dieser etwas zu verbergen hat. Zumindest die bewußte Inkaufnahme von Menschenleben.

„Empfehlungen“, daß kranke und schwache Demonstranten zu Hause bleiben sollten, wie es der Atomstaat uns rät, sind nichts anderes als eine Außerkraftsetzung der Demonstrationstheorie, verbunden mit einer öffentlichen Morddrohung. Wer für seine Überzeugung auf die Straße geht, hat in diesem unseren Freistaate mit seinem Leben zu rechnen. Hier noch von Demokratie zu reden zeugt nur von Menschenverachtung. Die Toten von Wackersdorf zeigen uns vielmehr, daß es nicht mehr nur um die Frage WAA Ja oder Nein geht, sondern um ein System, das über Leichen geht.

Unsere Antwort kann und darf nicht sein, nur noch gesunde Durchschnittsbürger um die dreißig und ohne irgendwelche Krankheitsanzeigen während der letzten 10 Jahre demonstrieren zu lassen. Wir müssen uns viel besser schützen. Taucherbrillen und Tücher vor dem Mund sind die beste Grundausstattung. Mit guten Handschuhen kann man zumindest der Gasgranaten habhaft werden.

Ist dies nicht möglich, genügt ein kleines Eimerchen, das man einfach drüberstülpt. Wasser zum Augenauswaschen sollte auch jeder mitnehmen. Und wenn der BGS dieses Erste-Hilfe-Material nochmals beschlagnahmt, sollte er als das behandelt werden, was er ist:

Eine Truppe, die alle Befehle ausführt, auch wenn sie den Tod von Menschen zur Folge haben – wie solche Leute zu bezeichnen sind, kann sich jeder selbst denken.



## Bayern hat's

Wir waren nach Wackersdorf gefahren, mit den Erfahrungen der ersten Bau- platzbesetzung – und der Räumung im Hinterkopf. Deshalb hielt sich auch die Hoffnung auf eine ausgebaute Sani- Struktur in Grenzen. Vor Ort dann folgendes Bild: Zehntausende von Anti- WAA-Demonstranten – neugierig und engagiert – aber gänzlich unerfahren und nicht auf die folgende Eskalation vorbereitet.

Das begann schon am Sonntag, als Tausende von Spaziergängern das Gelän- de besichtigten: den Zaun aus dicken Stahlstäben mit doppelter Nato-Draht- Krone – die einzelnen Elemente noch

### ● Bericht von Rhein-Main-Sanis von der Osterdemonstration

# Bundesdeutsche CS-Premiere am Bauzaun in Wackersdorf



durch ein Stahlseil verbunden. Dahinter eine Fahrstraße für die Wasserwerfer (insgesamt 41 Stück, darunter 17 des Typs 9000 – also die bisher größte An- sammlung überhaupt!), ca. 30 bis 40 m breit, und dann der Baumaschinenpark, wiederum von einem Zaun umgeben.

Vereinzelte Versuche, den Zaun anzu- gehen, wurden mit dem ersten Wasser- werfereinsatz beantwortet. Nach wenigen Minuten wurde auch „Geschmack“, also CN, zugesetzt – allerdings noch in geringer Konzentration.

Die meisten Verletzten dieses Tages rührten aus der Unerfahrenheit von Demonstranten, die vielfach versuchten, den Nato-Draht mit bloßen Händen (!) von der Mauerkrone zu reißen. Rißwun- den bis 9 cm Länge waren die Folge, vielfach auch mehrere auf einmal. Am schlimmsten traf es einen WAA-Gegner,

der sich alle Sehnen beider Hände durchschnitt...

Am Montag waren dann Zehntausen- de auf den Beinen. Die Hetzkampagne der Landesregierung hatte nicht ver- fangen, denn die Leute gingen vielfach gleich zum Bauzaun weiter. Ein gewis- ser Volksfestcharakter am Kundge- bungsplatz war nicht zu übersehen: Der Geruch der Würstchen, viele Stände mit Bier und anderen Getränken – dazwi- schen die Infostände und die Bühne. Nach unseren Schätzungen waren etwa 65 000 Leute da.

Weniger gemütlich ging's dafür am Bau- zaun zu. Auf vereinzelte Stein- und Matschwürfe folgte fast sofort der Ein- satz der großen WaWe's, denen nach und nach auch CN in hohen Konzentrationen beigemischt wurde.

Die bundesdeutsche CS-Premiere kam dann nach ca. 1 Stunde: dem Wasser zu- gemischt war der Unterschied spürbar:

Annähernd dieselben Symptome wie

lichen Eskalation bildete dann der mas- senhafte Einsatz von Gaspetarden, kurz- zeitig mehr als eine pro Sekunde(!). Das Zurückwerfen der Granaten scheint die Polizeiführung wenig beeindruckt zu ha- ben, die im übrigen ganze Einheiten mehr als eine Stunde im Steinhagel ste- hen ließ. Wie sich solcherart vorbehan- delte Beamte dann bei einem Ausfall verhalten, ist wohl jedem einsichtig.

Interessant vielleicht noch, daß wäh- rend des ganzen Tages nur BGS-Einhei- ten im Einsatz waren, auch Sonderein- heiten (BGS-Kommando West bei Bonn) waren eingeflogen worden.

Zum Schluß noch der Bericht eines Demonstranten, der von einer flach ab- geschossenen Gas-Granate getroffen wurde:

„Ich stand auf einem etwas erhöhten Punkt und etwas abseits von den ande- ren Leuten. Ich bin dann von der Grana- te an der rechten Brustseite getroffen worden. Die Wucht des Aufpralls war so groß, daß ich umfiel und mir die Luft wegblieb. Dann bemerkte ich, daß das Gas ausströmte und rollte mich zur Sei- te. Dabei muß ich wohl auch was von dem Zeug eingeatmet haben. Dann stand ich auf und lief ca. 20 Schritte in den Wald, wo ich dann umfiel. Ich hatte starke Luftnot und konnte nicht spre- chen. Etwa fünf Minuten bin ich dann so liegengeblieben, bis mir jemand was zu trinken gab und es mir dann langsam wieder besser ging.“

Nach diesen Tagen denken wir, daß es dringend notwendig ist, in der Region die Aufklärungsarbeit zu verstärken, um für künftige Anlässe besser gerüstet zu sein.

Das gilt auch und besonders für Sani- Sachen!

BI-Vorstand Schwandorf

### Presse-Erklärung

## Staatliche Gewalt?

Foto: Joker

Die großangelegte Panikmache der CSU-Regierung in den Medien hat in der Öffentlichkeit in der Bevölkerung nicht gegriffen. Um so mehr zeigte anschei- nend die Polizei Wirkung. Übernervös und ängstlich provozierte sie zusammen mit dem Bayerischen Rundfunk einen Zwischenfall im Zeltlager bei Hofstet- ten, um einen Grund zum Räumen zu erhalten. Dies gelang schließlich mit dem Einsatz eines gefährlichen tiefflie- genden Hubschraubers, der nachweis- bar Menschen in Lebensgefahr brachte. Die dabei entstandene Wut einzelner Teilnehmer war offensichtlich beabsich- tigt und voraus kalkuliert. Bei der an- schließenden Räumung des Zeltlagers wurde rechtswidrig das Eigentum der insgesamt friedlichen Camper vorsätz- lich zerstört. Autos wurden aufgebro- chen, Zelte, Decken und Campinggerät zerrissen bzw. unbrauchbar gemacht, die Wiesen der Landwirte mit schwerem Fahrzeug in Grund und Boden gefahren. Der Verantwortliche für das Zeltlager

beim CN, nur stärker: Erheblich öfter das Auftreten von Lidkrämpfen – ent- sprechend stieg bei uns der Wasserver- brauch. Trotzdem war es unmöglich, mit den vorhandenen Sanis alle Betrof- fenen zu spülen. Auch aus Wassermangel wurden dann nur noch die schlimmsten Fälle behandelt.

Bei einigen Menschen, darunter auch bei einem Sani aus dem Rhein-Main- Gebiet, kam es zu Atemnot, Kreislauf- beschwerden und Orientierungslosigkeit. Hier mußten wir dann auch Asthma- Spray einsetzen, um die Symptome zu mildern. Zwischen den Einsätzen haben wir dann die Leute informiert, was für Zeug das ist und was dagegen zu tun ist. Alles in allem haben wir sicher nur einen kleinen Prozentsatz von Betroffenen er- reicht.

Den vorläufigen Höhepunkt der polizei-

wurde bezeichnender Weise erst nach der polizeilichen Räumung aufgefordert, das Camp räumen zu lassen. Schließlich wurde sogar ein 4jähriges Kind ED-behandelt.

Diskriminierend auch die polizeiliche Aktion bei den Landwirten in Kölblsdorf und Warmersdorf. Mehr als 500 Polizisten gingen gegen 43 Übernachtungsgäste der Landwirte vor. Ohne Durchsuchungsbefehl beschlagnahmten sie in der Landwirtschaft allgemein übliche Werkzeuge als gefährliche Waffen. Dabei wurde u. a. von Nachbarn beobachtet, wie Zivilbeamte aus der Scheune des Landwirtes im Schutz der Polizei verschwanden. Der Landwirt widersprach eindeutig der Behauptung des Einsatzleiters POR Lang, daß entlassene Leute aus Amberg bei ihm Unterkunft gefunden hätten. Für die beschlagnahmten Gegenstände wurde keine Quittung ausgestellt.

In diesem Zusammenhang fordern der Landwirt Josef Fischer und seine von den polizeilichen Maßnahmen betroffenen Berufskollegen alle Landwirte der Umgebung auf, aufgrund der Vorfälle am Ostermontag keine Bundeswehr mehr bei Manövern im hiesigen Raum zu beherbergen bzw. zu verköstigen. Wenn Landwirte als Bürger so feindlich behandelt werden wie am Ostermontag, muß entsprechend auf solch staatliche

Aggression geantwortet werden.

Am Abend des Ostermontags fand in Schwandorf eine Spontandemonstration statt, in deren Verlauf völlig unbeteiligte Bürger von SEK-Polizisten nach Kenntnis der BI massiv mißhandelt, zusammengeschlagen und gequält wurden. amnesty international ermittelt in diesem Zusammenhang wegen Folterung von in Gewahrsam genommenen Personen in Amberg.

Die BI verurteilt aufs Schärfste den von der Polizei herbeigewünschten und völlig unberechtigten Einsatz von CN- und CS-Gas. Die Polizei probte hier allem Anschein nach den Bürgerkrieg in der Oberpfalz, indem sie ein im Vietnamkrieg erprobtes, international geächtetes Tötungsmittel, das Kampfgas CS, einsetzte. Als Begründung für den lebensgefährlichen CS-Kampfgaseinsatz mußten fadenscheinige Argumente herhalten. Die Frage drängt sich auf, ob die WAA-Gegner und die Oberpfälzer Bevölkerung nur als Versuchskaninchen für dieses erstmals in Bayern eingesetzte Kampfgas dienen sollten.

In welchem Zustand ist unser Rechtsstaat, wenn er gegen Menschen, die grundsätzlich zugesicherte, demokratische Rechte in Anspruch nehmen, derart massiv reagieren muß?

BI-Vorstand Schwandorf  
3. 4. 1986

●  
Karfreitag:

Die ersten Zelte, die von uns aufgebaut werden, sucht die Polizei sofort per Luftdruck der Hubschrauber wieder abzubauen. Nachdem dies nicht gelingt, muß ein Motorradfahrer, der auf einem Sandweg fährt, dafür herhalten. Der Hubschrauber fliegt über ihn, reißt ihn durch den Druck um und schwebte nach unten. Ein paar Leute aus dem Lager greifen ihre Masken und Steine und kommen dem, auf dem Boden liegenden, zur Hilfe. Noch weit außerhalb der Steinwurfzone fliegt der Hubschrauber zurück. Danach geht das beginnende Lagerleben weiter. Gegen Abend erreicht das Gros der Leute den Platz und stellt die Zelte auf.

●  
Ostersamstag:

Am nächsten Morgen: Schock! Wir sind von ca. 1000 Bullen umstellt. Alle (BGS) mit Helm, Stock und Schild, z. T. sogar mit Tränengasgewehren. Vier Hundertschaften stürmen in Legionsmanier über den Hügel. Wir sammeln uns um das Lagerfeuer, trinken unsere Biervorräte leer, harren der kommenden Dinge. Diese erscheinen in Form von drei Gefangenenbussen, es wird uns erklärt, daß Widerstand zwecklos sei. (So 'n Quatsch). Dann werden wir einer nach der anderen abgeführt, fotografiert und abtransportiert . . . Ausflugsziele sind: PI Amberg und BGS-Kaserne Nabburg. Die Kasernen werden mit Leben und Musik gefüllt. Verschiedene Örtlichkeiten werden verschönert, andere entrümpelt.

Alle 270 Leute werden ED (Erkennungsdienstlich) behandelt, sogar ein **4-Jähriges Mädchen**, Terroristenzukunft. In der Nacht werden alle Frauen freigelassen, den männlichen geht es schlechter. (Die trauen den Frauen wohl nichts zu?!) Sie werden in die JVA's nach Regensburg, Amberg, Bayreuth etc. gebracht, mit Tee incl. Beruhigungsmitteln, versorgt.

Nachdem wir die Räumlichkeiten unseren Anforderungen entsprechend verändert haben, werden wir dem Haftrichter vorgeführt und nach Ablauf der vollen Ausschöpfung der 48h-Frist wieder freigelassen.

Die Polizei hatte den Antrag gestellt, uns bis einschließlich Ostermontag schmoren zu lassen, um uns von der Demo („Harter Kern“) fernzuhalten.

Mehr Erfolg hatten sie diesbezüglich bei den Leuten, die sie am Ostersonntag bei Morgengrauen in den Scheunen von Bauern abkassierten — die konnten sie, problemlos nach Polizeiaufgabengesetz, grundlos einbehalten, bis die Demo gelaufen war.

## Anfang und Ende des Ostercamps



Foto: Joker



## Hubschrauberangriff auf Motorradfahrer

Spritzflasche und Wasserflasche die Tränengasopfer versorgte. (...)

(...) Immer wieder wurde der tiefer als der Bauplatz liegende Wald von oben gießkannenförmig mit Reizgas-Wasser bespritzt, um die Demonstranten zu vertreiben. (...)

(...) Zweimal schlugen in meiner Nähe Gasgranaten im Wald ein, die von Demonstranten in Richtung Bauzaun zurückgeworfen wurden. (...)

(...) Diese Beteiligung eines hessischen Wasserwerfers an Angriffen auf Demonstranten in Wackersdorf wiegt umso schwerer, als der Grüne Landtagsabgeordnete, Franz Jakob, dem Umweltzentrum Kassel noch am 22. März versicherte, der Hessische Innenminister habe ihm den Verzicht auf Beteiligung hessischer Polizei in Wackersdorf schriftlich zugesichert.

(...) Ich fordere Euch auf, die Koalition mit den hessischen Sozialdemokraten sofort zu beenden, um nicht den leisesten Verdacht einer Mittäterschaft oder Mitverantwortung der Grünen mit diesen Angriffen auf Atomgegnerinnen und Atomgegner zu erregen, denen Ihr bisher noch wenigstens verbal nahe stehen wollt. (...)

Jochen Wulfhorst  
Goethestraße 36, 3500 Kassel

Foto: Wolfgang Gast

Foto: Joker

## An Die Grünen im Landtag Schloßplatz 2 6200 Wiesbaden

Betr.:  
Hessischer Wasserwerfer-Angriff  
auf Demonstranten  
in Wackersdorf

Liebe Leute,

es war für mich eine besondere Art von Heimatgefühl, als nordhessischer Atomgegner am Montag in der fernen Oberpfalz am Bauzaun in Wackersdorf mit hessischem Tränengas und Reizgas aus einem hessischen Wasserwerfer bespritzt worden zu sein, als ich mit



# „Unabhängige“ Wissenschaftler

## im Auftrag von DWK und Ministerium

In allen gesellschaftlichen Bereichen in Bayern sehen sich die WAA-Durchpeitscher immer mehr in die Defensive gedrängt – dementsprechend müssen sich die WAA-Strategen immer neue Propaganda-Tricks einfallen lassen. Aus dem Schoß der DWK und der Bayerischen Staatsregierung sollen plötzlich unabhängige Wissenschaftler geboren worden sein – wie diese unbefleckte Empfängnis vonstatten gegangen sein soll, konnte jedoch bis jetzt nicht geklärt werden. Zugetragen hat sich jedoch folgendes:

Nachdem sich Anfang dieses Jahres über 150 Physiker der Universität Regensburg mit einer „Resolution gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf“ an die Öffentlichkeit gewandt hatten, tauchten wenige Wochen danach 16 Professoren aus mehreren Universitäten auf, die sich der Lohhudelei auf die WAA verdient machen wollten und den Regensburger Physikern „Mißbrauch der Wissenschaft“ vorwarfen.

Unter der Überschrift „16 Kernwissenschaftler: Ja zur WAA“ griff die Bayerische Staatsregierung eine Woche vor dem Ostermarsch in ihrer Großanzeige diesen Vorwurf auf und zitierte weiter diese Wissenschaftler: „Die WAA kann so gebaut und betrieben werden, daß auch bei betrieblichen Stör- und Unfällen keine Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen in der Umgebung und in der Anlage droht.“

Wie dummdreist müssen hier eigentlich die staatlichen Wissenschaftler gewesen sein, die die streng geheimen Katastrophenschutzpläne für Atomkraftwerke in der BRD erstellt haben – wenn sowieso nichts passieren kann, ist es wohl unsinnig, sich über eine militärische Absperrung eines strahlenverseuchten Gebietes, das es ja dann gar nicht geben kann, bzw. über die Massenevakuierung der anwohnenden Bevölkerung Gedanken zu machen und in geheime Pläne und Dienstanweisungen zu gießen.

Doch daß die Aussagen dieser 16 Wissenschaftler widersprüchlich und falsch sind und ihre „mangelnde Sachkompetenz“ deutlich macht (was sie selbst Wissenschaftlern wie Prof. Weiss vorwerfen), macht ein Beispiel deutlich:

So behauptete einer der 16, Prof. Fritz Weigel von der Uni München, daß „durch die chemische Aufarbeitung die radioaktiven Stoffe der Brennelemente in kleinerer Volumina konzentriert werden“ (MZ, 21. 2. 1986). Hier muß er wohl etwas falsch nachgeplappert haben, denn nicht nur kritische Wissenschaftler weisen nach, daß sich das Volumen durch die WAA vervielfacht, sondern selbst der Initiator der Pro-WAA-Wissenschaftler, Prof. Baumgärtner, Leiter des Instituts für Radiochemie an der Technischen Universität München, erklärte in einem 2seitigen Interview im Bayernkurier: „Durch die Wiederaufbereitung wird nicht die Radioaktivitätsmenge vermehrt, sondern das Volumen,

über das die Radioaktivität verteilt ist.“ (Bayernkurier, 5. 4. 1986)

Besagter Prof. Baumgärtner, der sich und seiner Pro-WAA-Initiative gern das Flair der „Unabhängigkeit“ angeeignet lassen will, ist allerdings alles andere als unabhängig, sondern erweist sich als Büttel von DWK und Bayerischem Staatsministerium, wie ein Einblick in diverse interne Briefwechsel deutlich macht!

Geschäftsstelle der Sutcher - ARGE Wiederaufbereitungs- anlage Bayern	Westendstraße 199 Postfach 210420 8000 München 21	Technis. Überwa. Bayern München
TUM, Bayern, v. Postfach 210420, 8000 München 21 für Landesentwicklung und Umweltfragen z. H. Herrn Dr. Ruckdeschel Postfach 81 01 40 8000 München 81	Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung u. Umweltfragen N 045966 25 SEP 1984 Aktions 9201 Bed. A St. 0 17/196	
Ihre Nachricht	Unser Zeichen DZ-KS V-Dr.-Stü-s A.-Nr.: 3734	Durchwahl 15 06 Datum 24.09.84

Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf  
Beratung durch Herrn Prof. Baumgärtner

Sehr geehrter Herr Dr. Ruckdeschel,

wie in unserem Schreiben A.-Nr. 3633 vom 23.08.84 angekündigt, haben wir mit Herrn Prof. Baumgärtner einen Beratungsvertrag abgeschlossen. Eine Kopie dieses Vertrages legen wir Ihnen bei. Wie hinsichtlich der Rechnungskontrolle vereinbart, übersenden wir auch eine Kopie des Vertrages an die DWK.

Mit freundlichen Grüßen

Gutachter-ARGE WAA  
Projektleitung

Aus einem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) geht hervor, daß Baumgärtner und Prof. Mayinger (der ebenfalls dem Pro-WAA-Clan der 16 angehört), bereits 1983 einen Forschungsauftrag der DWK übernommen hatte (s. Faksimile). Aus einer handschriftlich beigefügten Aktennotiz geht darüber hinaus hervor, daß Baumgärtner auch als Mitglied des technischen Beirats der DWK aktiv ist.

1984 hat sich Baumgärtner dann einen hübschen Beratervertrag an Land gezogen; er soll „die ARGE im Rahmen der Begutachtung zur Bau- und Anlagentechnik der WAA bei Wackersdorf auf seinem Wissensgebiet beraten“. Das Ganze für einen hübschen Stundenlohn von 113,- DM zuzügl. MwSt für max. 150 Stunden und natürlich auch gegen Auslagenerstattung.

Die ARGE (Gutachter-Arbeitsgemeinschaft WAA Bayern) ist zugezogener Sachverständiger des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen im Sinne des § 20 Atomgesetz zur sicherheitstechnischen Begutachtung des Vorhabens der Errichtung und des Betriebes einer WAA Wackersdorf.

Der ARGE-Projektleiter Stürmer hat denn auch Prof. Baumgärtner die Grenze seiner wissenschaftlichen Beraterarbeit schriftlich klar aufgezeigt:

„Bei einem Auftrag an Herrn Prof. Baumgärtner sollten folgende Gesichtspunkte beachtet werden:

- die Aussagen über ein spezielles Fachgebiet sollten nicht dazu führen, daß im Gutachten wesentliche Unterschiede in der Prüftiefe zustandekommen

- alle Detailaussagen in den Gutachten sollten der Gutachtenspraxis der bisherigen Genehmigungsverfahren entsprechen

- die Definition: „Stand von Wissenschaft und Technik“ muß die technische Machbarkeit ausreichend berücksichtigen

- die gutachtlichen Aussagen zum Funktionsbereich G „Brennstoff-Verarbeitung“ sollten mit den Aussagen zur Genehmigungsfähigkeit von ALKEM abgestimmt sein

- die gutachtlichen Aussagen sollten der sicherheitstechnischen Fragestellung adäquat formuliert sein und nicht aufgrund rein wissenschaftlicher Überlegungen ...“

Das heißt aber im Klartext nichts anderes, als daß das Ergebnis schon vorgegeschrieben ist, daß es keine bösen Überraschungen geben kann, die man dann wieder irgendwie kaschieren oder verschwinden lassen muß, wie bei „schlechten“ Gutachten durchaus schon vorgekommen ist.

Die „Prüftiefe“ soll weiterhin sich im wesentlichen an der Oberfläche bewegen, die Detailaussagen sollen so wenig detailliert sein wie bisher auch, „Stand von Wissenschaft und Technik“ soll weiterhin heißen, die kostengünstigste Möglichkeit auszuwählen, es sollen von vornherein Widersprüche ausgeschlossen werden, indem bereits im vorab mit ALKEM die Aussage abgestimmt werden sollen und überhaupt sollen „rein wissenschaftliche Überlegungen“ nicht der bestimmende Faktor für die zu treffenden Aussagen sein.

Die einzige Unabhängigkeit solcher „unabhängigen Wissenschaftler“ liegt wohl in ihrer Unabhängigkeit vorm Arbeits- und Sozialamt, da ihnen die DWK und die Bayerische Staatsregierung für ihre treuen Dienste sicher ein gutes Auskommen gewährleisten.

Nicht, daß man ihnen nicht einen schönen Lebensabend gönnt, aber bei der Vorstellung, daß diese sog. Gutachten die Grundlage liefern für die Genehmigung der WAA, kommt einem zwangsläufig das große Kotzen.

# antimilitarismus information

## Vom AKW zur Bombe?

Das Themenheft der ami  
Vom AKW zur Bombe?

analysiert u.a. Stationen bundesdeutscher Nuklearpolitik, die Atomexportinteressen der BRD, untersucht den Atomwaffensperrevertrag und die Nonproliferationspolitik und die Dritte Welt. Eine ausführliche Liste der Nuklearen Schwellenländer 1985, die deren Atomlagen detailliert auflistet und eine genaue Darstellung der Wege zur Bombe runden das 60 Seiten starke Heft ab. Der Preis beträgt 4 DM (plus Porto)

Bezug: ami-Verlag  
Deidesheimer Str. 3/1  
1000 Berlin 33

Dort gibt es auch kostenlose Probeexemplare der ami, das monatlich erscheinenden antimilitaristischen Informationsdienstes.



# WACKERSDORF

Fotografische Impressionen aus dem  
Taxöldener Forst



von Bernd Grepl

Arbeitsgemeinschaft Journalismus & Fotografie (AGJF)

Bernd Grepl, Gridlene Bärenstr. 12, 8400 Regensburg, Tel. 0941 54050

Anti-WAA-Büro  
8460 Schwandorf



Argumente gegen die WAA - neue Broschüre der bayrischen Grünen.  
Bestelladresse: Die Grünen LV, Christophstr. 1, 8 München 22  
☎ 089/227402 der Preis beträgt für Einzelbesteller DM 3,-. Ab 5 Exemplaren DM 2,- für wiederverkäufem, BI/s usw. und porto. Alle wesentlichen Aspekte zusammengefaßt. 32 S.

## Achtung! DREI BÜCHER ZU DEN PLATZBESETZUNGEN

Das Buch  
zur Konferenz

GIBTES IM:

INFO-BÜRO  
FREIES WACKERLAND

Altenschwand 91  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/3368



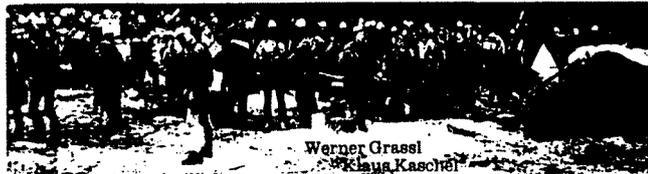
Das Buch 'Made in Germany? - Schleichwege zur Bombe' greift die Ergebnisse der Konferenz auf und nimmt eine erste umfassende Auswertung vor. Ein heikles Thema wird so auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht!

Hrsg.: Trägerkreis der Konferenz  
'Atombomben - made in Germany?'

ca. 140 Seiten, viele Grafiken und Fotos  
Preis ca. 16,80 DM

Ab Ende November 1985 im Buchhandel erhältlich

*neu*



Werner Grassl  
Klaus Kaschel

## Kein Friede den Hüften...

Die Tage der „Freien Republik Wackerland“



# Wackersdorf



Andreas-Haller-Verlag

Bestelladresse:

Atommüllzeitung  
Sultenweg 57  
2120 Lüneburg

Matthias Köntzel

Atomwaffensperrevertrag  
und nukleare Optionen  
der Bundesrepublik

323

Bücher für deutsche und internationale Politik  
Politische Monatszeitschrift 30. Jahrgang

Sonderdruck Nr. 323 aus Heft 8/1985

## SCHWARZER FADEN Vierteljahresschrift für Anarchie und Luxus

Das „FLI“ als Herausgeberkreis des SF will Anarchisten aus unterschiedlichen Bereichen mit verschiedener Herangehensweise an soziale und gesellschaftspolitische Probleme zusammenbringen. Sie sollen - ohne Prinzipienklärungen und Statuten - durch freihetliche Diskussion und Information die Theorie und Praxis der libertären Bewegung fördern und verbreiten. Das FLI orientiert sich an den Prinzipien der Gegenseitigen Hilfe, der Freien Vereinbarung, des Föderalismus, der Basisdemokratie, des Minderheitenschutzes und der Selbstverwaltung als gesellschaftliches Organisationsprinzip von unten. Es will zur Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren etc.) beitragen.



Inhalt von Nummer 21:

- ★ **Notizen zu Stammheim** - und zu deutschem Verdrängungsdrang von Herby Sachs und Klaus Bittermann
- ★ **Anarchisten und Grüne** - und über den Mangel an politisch-sozialem Selbstverständnis bei uns von Michael Wilk
- ★ **Gramsci, Glotz und die Hegemonie der Linken** - ein Analyseansatz von Geronimo
- ★ **Der Staat** - Die wirkliche Rocky Horror Show von Stephen Schecter
- ★ **Mujeres Libres** - Individualität und Gemeinschaft; über sich selbst organisierende Frauen während des Spanischen Bürgerkriegs
- ★ **Interview mit Clara Thalmann** - „Ordnung ohne Freiheit ist Unterdrückung - Freiheit ohne Ordnung geht aber auch nicht“ von Black Star Press

Einzelnummer: 5.-DM (64 S.)  
SF-Abonnement: 15.-DM (4 Nrn.)  
Sondernummer Arbeit: 5.-DM  
Sonderdruck SF 0-12: 10.-DM  
**Redaktion Schwarzer Faden**  
Postfach  
7031 Grafenau-1

erhältlich.  
INFO-BÜRO  
FREIES WACKERLAND  
Altenschwand 91  
8465 Bodenwöhr  
Tel. 09434/3368

Diese Aufkleber sind für 1 DM/Stück



**WAA**



**Pfui Deifi!**

*neu*

*Radi Aktiv  
- abonnieren*

# — Anti-WAA-Adressen

ABENSBURG Friedensinitiative	c/o Brigitte Hausinger Münsterstr. 15 8423 Abensberg	LANDSHUT Bürgerforum Landshut	III. Weltladen Freyung 624 8300 Landshut 0871/65 886	SCHWANDORF Ortsgruppe Pfreimd	Hannelore Lanzl Hirtenstr. 8 8473 Pfreimd
ALTDORF BI Altdorf	Lisa Ehm Neumarkterstr. 41 8503 Altdorf 09187/87 76	LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Bernot Mühllein Bauerstr. 2 8311 Alttraunhofen 08705/10 23	SCHWANDORF Ortsgruppe Neunburg v.U.	Alois Herrmann Uferal 24 8462 Neunburg v.U. 03672/12 12
AMBERG BI Amberg	Helmut Wilhelm Langangerweg 42 8450 Amberg 09261/51 278	LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Sepp Fleck Am Pfarranger 6 8300 Höhennggalkofen 0871/52 551	SCHWANDORF Anti-WAA-Büro	Sandstraße 1 8460 Schwandorf 09431/10 29
AUGSBURG Aktion Umweltschutz e.V.	c/o Jörg Westerhoff Burgfriedenstr. 10 8500 Augsburg 0821/51 60 04	MITTERTEICH BI Mitterteich	Franz Kunz Ernst-Reuter-Str. 7 8536 Mitterteich 0933/28 84	SCHWANDORF ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS c/o Info-Büro	Freies Wackerland Altenschwand 81 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
AUGSBURG Weltbund zum Schutz des Lebens (W.S.L.) LU	c/o Carl v. Audrian Nesselwangerstr. 12 8500 Augsburg 0821/65 961	MITTERTEICH BI Mitterteich	Erich Dickert Königsstraße 7 8536 Leonberg 0933/75 7	SCHWANDORF INFO-BÜRO Freies Wackerland	Altenschwand 81 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
AUGSBURG BI gegen Atomanlagen	c/o Marion Rieß Kemptenerstr. 22 8501 Königbrunn 0821-7152	MÜNCHEN Münchener Initiative gegen Atomkraftwerke	c/o H.P. Haferkorn Implestr. 38 8000 München 70 089/76 28 73	STÄDTDREIECK Jugendzentrum im Städtedreieck	Postfach 1174 8412 Burglengenfeld
AUGSBURG Initiative f. strahl- enfreie Energievers.	Robert Prastela Kirchgasse 8 8500 Augsburg 0821-38 8 34	MÜNCHEN V.U.A. München	Kurt Neumann Metzstr. 11 8000 München 089/48 01 374	SULZBACH-ROSENBERG BI Sulzbach-Rosen- berg	Ingrid Hartl Adolf-Kolping-Str. 9 8458 Sulzbach-Rosenberg 08661/25 63
BAMBERG B I G A	Christian Hoss Pestalozzistraße 5 8500 Bamberg 0951/47 162	MÜNCHEN Bund Naturschutz im Bayern e.V.	H. Steininger Schindelfeldstr. 8 8000 München 22 089/28 43 71	TRAUNSTEIN Die Grünen, KV Traun- stein	c/o Margot Stefule Oberpirach 1 8091 Frabertshausen 08624/1320
BAMBERG B I G A	Hubert Sachs Grünhundsbrunn 3 8500 Bamberg	MÜNCHEN Landesverband d.kath. Landjugend	Krimhildenstr. 14 8000 München 089-172560	VILSHOFEN Bürgerforum Umwelt e.V.	Galgenberg 3 8358 Vilshofen
BAMBERG Bund Naturschutz Bamberg	Dr. Ludwig Trautmann-Popp Obere Sandstr. 7 8500 Bamberg 0951/53444	MÜNCHEN AK UMWELT im Arbeitskreis	Behndertenerbeit e.V. Schmidt-Kochel-Str. 2 8000 München 70	WEIDEN BI Weiden	Josef Hess Hohenstaufenstr. 99 8480 Weiden 0951/27 156
BAYREUTH Robin Wood Bayreuth	Jochen Sehr Orlamündeweg 31 8580 Bayreuth 0921/46262	NEUMARKT BI Neumarkt/ Die Grünen	Heinz Metz Spenglerstr. 11 8500 Nürnberg 0911/26 08 04	WENDELSTEIN Hermann Blumenstock Raubersriederweg 8 8508 Wendelstein 09129-78 03	
BAYREUTH BUND NATURSCHUTZ Kreisgeschäftsstelle	Ludwigstraße 32 8580 Bayreuth 0921/53 992	NEUMARKT BI Neumarkt	Eddie Nowak Weidenuweg 11 8434 Barching 09179/5802	WÜRZBURG Anti WAA Komitee	Heinz Darnann Schlieslistr. 24 8700 Würzburg 0931-28 43 79
CHAM BI Cham	Martin Heuback Grub Biggerweg 5a 8453 Kötzing 09941/35017	NEUSTADT/AISCH Bürgerinitiative gegen Atomanlagen	c/o Buchladen Hobbit Würzburger Str. 21 8530 Neustadt/Aisch 09161/5790	----- Bis außerhalb Bayerns:	
COBURG Die Grünen	Werner Michal Nicolaus Zach Str. 68 8630 Coburg 09561-36794	NÜRNBERG Radi-Aktiv	Anita Aschenbrenner Käblerplatz 15 8500 Nürnberg 20 0911/55 83 61	DBU-Jugend Jugendnaturschutzver-	Christian Unselt Gut Sunder 3108 Meißenhof 05056-12 92
COBURG Friedensbüro	Mohrenstr. 3 8630 Coburg	NÜRNBERG BI gegen die WAA	Karin Gleixner Förcher Str. 6b 8500 Nürnberg 80 0911/26 86 89	ATOMMÜLL-KONFERENZ Atommüllkonferenz	Anette Ried Langstraße 14 3530 Warburg 05641/6864
COBURG BI Coburg	c/o Michael Selle Bahnhofstr. 8 8630 Coburg	NÜRNBERG Bund Naturschutz Nordbayern	Bauernfindenstr. 23 8500 Nürnberg 50 0911-86 80 11	BONN Die Grünen	c/o Wolfgang Daniels Bundeshaus 5300 Bonn 0228-169367
DONAUMÜRTH Schutzgen. DonauMüth Städt. Pfaffenhofen	Dr. Jochen Meyer Birkenweg 2 8851 Buttenwiesen	OBERVIECHTACH BI Oberveichtach	Fritz Bilkenroth Burkhardtberg 1 8478 Leunz 09671/12 56	DIEMELSTADT Anti-Atombüro	Auf dem Ort 10 3549 Diemelstadt-Wethen 05694/737
ECKENTAL Die Grünen	Manfred Bachmayer Hallerstr. 15 8501 Eckental 09126-91 26j	PAPPENHEIM Umweltgruppe Pappenh	Volker Schmid Dr. Dr. Bertha-Kipfmüller 1 8834 Pappenheim 09143-6105	FREIBURG Anti-WAA Plenum	Jose Fritz Wilhelmstr. 15 7800 Freiburg
ERLANGEN Anti-WAA-Gruppe Erl- angen	Matthias Schilling Bismarckstr. 25 8520 Erlangen 09131/22 66 0	PASSAU Verein z. Förderung d. K.B.J.M.	Innatr. 8a 8350 Passau 09351/36480	FREIBURG Wühl-Info-Zentrum	c/o Fabrik Habsburgerstr. 9 7800 Freiburg 0761/551280
ERLANGEN Gruppe gegen Atoman- lagen	Stefan Pahde Forchheimer Str. 11 8520 Erlangen 09131/67 069	PASSAU Die Grünen KV Passau-Stadt	Innatr. 8a 8350 Passau 0951/34 44 41	GÜTTINGEN Göttinger AK gegen Atomenergie	Bernd Weitmann Hermann-Fögeueg 14a 3400 Göttingen
ERLANGEN Bund Naturschutz Kreisgruppe Erl.	BN Erlangen Helmstr. 1 8520 Erlangen	PEGNITZGRUND BI Pegnitzgrund	Wolfgang Gröner 8561 Eschenbach 71 09154-85 64	HANNOVER Gruppe ökologie Han- nover (Gök)	Immengartenstr. 31 3000 Hannover 1 0511/69 63 130
FÖRCHHEIM Grün-Alternative Liste Forchheim	c/o Peter Mraz Bayreuther Str. 59 8550 Forchheim/Brand 09134/50 17	REGENSBURG B I W A K	BIWAK-Büro Spiegelgasse 10 8400 Regensburg 0941/55 555	KARLSRUHE BUND Mittlerer- Oberrhein	Umweltzentrum Untere Straße 36 7500 Karlsruhe 21 0721-55 80 51
FREILASSING Die Grünen 36 L KV Freilassing	Die Grünen Freilassing Breslauerstr. 13 8228 Freilassing	REGENSTAUF BI Regenstein	I. u. H.-W. Robold Marktplatz 9 8413 Regenstein 09402/34 08	KASSEL Umweltzentrum Kassel	Eifbüchenstr. 18 3500 Kassel 0561/77 53 07
FREISING Anti-WAA-Gruppe	Helga Voit General-v.-Nagel-Str. 4c 8050 Freising 08161 / 29 75	SCHWANDORF Ortsgruppe Wackers- dorf	c/o Helmut Wehrauch Dasserstr. 7 8464 Wackersdorf	LÜCHOW-DANNENBERG BI Lüchow-Dannenberg	Drauscherstr. 3 3130 Lüchow 05841-4584
GRÜNE Die Grünen Nürnberg	Karl-Brüger-Str. 32 8500 Nürnberg 40 0911/45 59 84	SCHWANDORF BI gegen die WAA Schwandorf/ Vorstand	Dieter Kerating Kaitersbergstr. 1 8460 Schwandorf 09431/8946	LÜNEBURG Atomüllzeitung	Sabine Roisch Söltenuweg 57 2120 Lüneburg 04131-45290
GRÜNE AK Energie der Grünen	Dorothea Wiczorek Geutzstr. 4 8000 München 089/27 17 514	SCHWANDORF Ortsgruppe Schwandorf	Karlheinz Kargermeier Rosenstr. 18 8460 Schwandorf-Fronberg 09431/20 435	MARBURG BI gegen Atomanlagen	c/o KFZ Schulstr. 6 3550 Marburg
GRÜNE AK Energie der Grünen	Alfred Kürblein Engelhardtstr. 4 8000 München 70	SCHWANDORF Ortsgruppe Nittenau	Dieter Kirpal Sandweg 2 8415 Nittenau 09436/4 53	METTINGEN BI gegen Atomenergie Mettingen	z.Hd. Müller Reuterstr. 18 4530 Ibbenbüren 05451/12 620
GRÜNE KO-Ausschub der Grünen	Kollosemsstraße 6 8000 München 5 089/26 68 68	SCHWANDORF Ortsgruppe Städtedreieck	Brigitte Pabst Ludwig-Thomastr. 15 8418 Teublitz 09471/31 70	MÜRFELDEN BI gegen die Flug- hafenweiterung	Helga Arnold Wilhelm-Leuschnerstr. 50 6082 Mürfelden 06105-37 26
INGOLSTADT Grünes Büro Ingolstadt	Horst Feigler Trinktorstr. 8 II. 8070 Ingolstadt 0941-33 703	SCHWANDORF Ortsgruppe Schwarzenfeld	Michael Mohr Waldstr. 3 8472 Schwarzenfeld 09435/20 86	MÜNSTER Umweltzentrum Münster	Scharnhorststr. 57 4400 Münster 0251/52 11 12
KALLMÜNZ BI Kallmünz	Karl Hammer Galgenberg 5 8411 Kallmünz 09473/10 51	SCHWANDORF Ortsgruppe Bruck	Helmut Ertel Silberbergstr. 6 8466 Bruck 09434/25 16	OBERRHODLZ Bürger gegen A-Müll Isenhagener Land	c/o Odo Jasekl Wierstorf 27 3122 Oberrhodalz 05832/1423
KRUMBACH Initiative gegen die WAA	c/o Jo Eder Schloßberg 7 8808 Krumbach-Hohenranau 09282-5818	SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Hans Bammerl Schmidgasse 5 8470 Nabburg 09433/62 56	SALZGITTER UMWELTSCHUTZFORUM Schacht Konrad	c/o Karen Traube Broiestedterstr. 6 3320 Salzgitter-Blackenst
KULMBACH Die Grünen Regional- büro oberfranken	Regionalebüro Oberfranken Obere Stadt 27 8650 Kulmbach 09221-83581	SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Agnes Dietz Karlshofer Str. 2 8470 Nabburg 09433/7 50	UNTEREILBE BUJ Holstein	Heimatweg 7 2087 Bönnigstedt 040-55 667 21

